

BERUFSORIENTIERUNG



Anja Hall
Qualifikations-
entwicklung in der
Arbeitswelt

Andreas Lange
Lebensführung und
berufliche Perspektiven

Tanja Breuer
Das duale System als
Ideal?

Edgar Göll
„McWar“ –
US-Imperium
made by BU\$H

**Im Forum DL21
schreiben u. a.:**
Arne Heise, Andrea
Nahles, Felix Welti,
Jürgen Karasch

Es ist ein Kreuz mit der Wirklichkeit! Ist sie gedacht? Ist sie konstruiert? Ist sie virtuell, also nicht wirklich? Ist sie global oder lokal, ist sie teilbar? Oder ist sie – welche naive Frage – vielleicht sogar wirklich? Ist das, was die Schlagzeilen verkünden wirklich? Sind es die Bilder der Tagesschau oder sogenannter Reality-Shows? Sind es die Umfrageergebnisse der Meinungsforscher?

Die Frage nach der Wirklichkeit ist eine Grundfrage für die Philosophen auf der Suche nach der Wahrheit. Wissenschaftler erkunden ihre Teilwirklichkeiten und manche erklären sie zur Gesamtwirklichkeit. Politiker erklären sich zu Realpolitikern und grenzen sich von Theoretikern als utopistische Spinner ab, die wirklichkeitsfremde Forderungen erhöhen!

Pädagogen wissen, dass Lernen erfolgreich ist, wenn es gelingt, eine klärungsbedürftige Sache mit dem Klärungsinteresse der Lernenden, deren Erfahrungen und Kenntnissen zusammen zu führen und durch neue Erkenntnisse zu klären. Lernen bleibt erfolglos, wenn die Klärungsbedürftigkeit einer Sache nicht eingesehen wird und die Klärungsversuche den Erfahrungen und Kenntnissen der Lernenden widersprechen.

Erfolgreiche Politik kann nur gelingen, wenn sie – wie erfolgreiches Lernen – bei Reformen die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger für die Reformnotwendigkeit erreicht und an deren Erfahrungen anknüpft. Wenn sie Reformnotwendigkeit nicht eingesehen wird, wenn Erfahrungen, die stets mit Interessen verbunden sind, vernachlässigt werden, dann wird Politik, auch wenn sie sich auf Kanzlerworte oder Empfehlungen von Expertenkommissionen stützt, nicht erfolgreich sein.

Kurzum: Realpolitik ist nicht realistisch, wenn sie die Wirklichkeit der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht erreicht.

*

Da die Wirklichkeit durch eigene Erfahrungen und Interessen mitdefiniert wird, ist sie ein veränderbarer Begriff, um den politisch gekämpft wird.

Dabei spielen die Interpreten der Wirklichkeit – Medien, Meinungsforscher und PR-Berater – sicherlich eine wichtige Rolle, aber sie garantieren nicht, dass die Wirklichkeit der Menschen getroffen wird. Sie sind selbst interessengeleitet und so fließt die eigene Wirklichkeit ein, wenn Wirklichkeit medial dargestellt wird.

An Beispielen wird deutlich, wie mediale Wirklichkeit an der wirklichen Wirklichkeit scheitern kann:

- Die Flutkatastrophe an der Elbe war medial präsent. Das Handeln der Regierung erhielt ökologisches und soziales Profil, die Menschen erkannten sich in ihren Erfahrungen und Interessen. Sie waren bereit, eine bereits beschlossene Steuersenkung zu verschieben und zeigten Solidarität. Das durchbrach die mediale Stimmung der Chancenlosigkeit von Rot-Grün und dürfte wesentlich zum Wahlsieg von Rot-Grün beigetragen haben.

- Die Entscheidungen der zweiten Rot-Grünen Regierung unmittelbar nach der Wahl bedrohte die Wirklichkeit derjenigen, deren Erfahrungen durch den Sozialstaat geprägt werden. Das dürfte die wesentliche Ursache für die massenhafte Wahlenthaltung sozialdemokratischer Anhänger bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen gewesen sein.

Die soziale Wirklichkeit der übergroßen Mehrheit der Menschen in Deutschland ist von der positiven Erfahrung des Sozialstaats geprägt: gesellschaftliche Verantwortung für die großen Lebensrisiken Krankheit, Armut

im Alter, Pflegebedürftigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Verelendung (vgl. Vester in spw 129). Die Erfahrungen des gescheiterten Versuchs, mit dem Schröder-Blair-Papier die Strategie der neuen Mitte zu verankern, sollten als Warnung dienen. Die sozialstaatliche Erfahrung der sozialdemokratischen Anhängerschaft ist politisch sogar wirksamer als die Ablehnung eines Krieges. Anders lässt sich nicht erklären, dass die Zustimmung zur Position der Bundesregierung zum Irakkrieg nicht zu einer Verbesserung der Umfragewerte der SPD führt.

Kurzum: Die Wirklichkeit der Erfahrungen und Interessen der Mehrheit der Menschen im demokratischen Diskurs wirksam werden zu lassen, ist die Voraussetzung für Reformen, die die Unterstützung der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen.

*

Die sozialstaatsgeprägten Erfahrungen der Menschen dominieren nicht die medial inszenierte Wirklichkeit in den Medien. Auch die Umfragen der Meinungsforschungsinstitute spiegeln nicht die Lösungsvorstellungen des gesellschaftlichen Milieus, da nicht danach gefragt wird.

In Talk-Shows sind die Meinungsträger des egoistischen Individualismus stets in der Mehrheit und vom Beifall der vom gleichen Milieu gestellten Zuschauer zusätzlich bestätigt.

So wundert es nicht, dass sich in der medialen Wirklichkeit die virtuelle Wirklichkeit der neoliberalen Modernisierung durchsetzt. Dadurch wird dort auch der neoliberale Reformbegriff der Deregulierung, der Privatisierung, der Steuersenkung gebetsmühlenhaft vervielfältigt.

Dagegen müssen die am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierten Reformen, die sich an den sozialstaatlichen und ökologischen Erfahrungen der Menschen orientieren, ihre Wirklichkeit selbst konstruieren. Dazu bedarf es der Belebung der innerparteilichen Demokratie genauso wie der Aktivierung der Menschen, die ihre Wirklichkeit selbst in die Hand nehmen wollen.

Kurzum: Der Kampf um die Wirklichkeit ist geprägt vom Kampf zwischen der konstruierten Wirklichkeit des neoliberalen Marktprinzips und der konkreten Wirklichkeit sozialstaatlicher Erfahrung.

*

Die Bundesregierung ist gut beraten, die Details ihrer großen Reformvorhaben für diese Legislaturperiode mit der Bevölkerung den Konsens über die Reformnotwendigkeit zu suchen und sich der sozialstaatlichen und ökologischen Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger zu versichern.

Es wird davon abhängen, dass die Veränderungen im Einklang mit diesen Erfahrungen stehen und dass sie sich einordnen in das Zukunftsziel eines ökologischen und sozialen Generationenvertrags, bei dem Mensch und Natur im Mittelpunkt stehen.

Das erfordert eine prinzipielle Änderung des Politikstils der politischen und parlamentarischen Institutionen. Das verlangt nach regionalen öffentlichen Foren, in denen um Unterstützung für die Reformprojekte gerungen wird. Das hat allerdings auch die Voraussetzung, dass in die Reformprojekte Forderungen aus der Bevölkerung aufgenommen werden.

Nicht zuletzt die Erfahrungen der Globalisierungskritiker mit dem Weltsozialforum zeigen, dass realistische Reformprojekte konzipiert und zur qualitativen Verbesserung in laufenden Reformprozessen beitragen können.

Kurzum: Rot-Grün sollte mehr Demokratie wagen. spw 2/2003

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dürre (Recklinghausen)
 Katrin Fuchs (Ver)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Kratke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Rösper (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Uta Biermann
 Björn Böhning
 Stefanie Gerszewski
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 45

Die spw erscheint mit 6 Hefen im Jahr.

Jahresabonnement Euro 34,-

(bei Bankinzug Euro 32,-)

Auslandsabonnement Euro 37,-

Abbestellungen mit einer Frist

von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und

Zuschriften. Wenn möglich, sollen

Manuskripte per E-mail oder auf einer

MS-DOS/Windows formatierten Diskette

mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2003.

Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, April 2003

kurzum 2

Arne Heise
 Das sozialdemokratische „Markenprofil“ schärfen 4

Andrea Nahles
 Gerhard Schröder und der Herrscher der Molosser: Pyrrhus 6

Horst Peter, Norbert Sprafke
 Aspekte der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen 9

Björn Böhning, Felix Welti
 Sinnloser Sozialabbau – Menschenopfer statt ökonomischer Aufklärung 10

Jürgen Karasch
 Hartz – Gewinner und Verlierer 12

Helga Kühn-Mengel
 Präimplantationsdiagnostik: gesunde Kinder auf Bestellung 13

Lars Jeschke
 attac – Der Ratschlag 14

Ulrich Zachert
 Mehr Beschäftigung durch weniger Kündigungsschutz? 16

Marco Bülow
 Sonnige Aussichten?
 Die Energiewende als nachhaltigstes Projekt dieses Jahrhunderts 17

BERUFSORIENTIERUNG

Ulf Banscherus, Björn Böhning, Tanja Breuer
 Einleitung zum Schwerpunkt 19

Anja Hall
 Qualifikationsentwicklung in einer sich wandelnden Arbeitswelt 20

Andreas Lange
 Die Lebensführung Jugendlicher und ihre beruflichen Perspektiven
 in einer Bildungs- und Wissensgesellschaft 23

Tanja Breuer
 Ist das deutsche System das Ideal?
 Berufsausbildung und -orientierung im internationalen Vergleich 23

Christoph Ehrmann
 Bildungsfinanzierung und Bildungsgerechtigkeit 31

Ulf Banscherus, Björn Böhning, Tobias Gombert
 Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept 35

Ingo Benzenberg
 Berufliche Weiterbildung als Förderinstrument
 für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik 38

INTERNATIONALE POLITIK

Edgar Göll
 „McWar“ – US-Imperium made by BUSH 40

Rolf Mützenich
 Irak Konflikt und US-Strategie 44

Wolf Stettler, Adrian Zimmermann
 Die Schweiz sagt Nein zum „freien Strommarkt“ 45

THEORIE & STRATEGIE

Sabine Reiner
 Steuern auf Zinserträge – hat der Fiskus etwas zu verschenken? 48

Thieß Petersen
 Privates versus gemeinschaftliches Eigentum 50

Björn Böhning, Marc Herter, Britta Lenz, Anja Spiegel, Cornelia Walter
 Politik der nächsten Generation (Teil 1)
 Einige Überlegungen zum Verhältnis von Sozialdemokratie und junger Generation 54

Rez.: Bob Woodward, Bush at War – Amerika im Krieg (Ingo Zander) 58

*Rez.: Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf, Globalisierung der Unsicherheit
 (Friedrich Woski-Prenger) 58*

spw-intern 59

Das sozialdemokratische „Markenprofil“ schärfen

Betrachtungen zur strategischen Positionierung der SPD

Von Arne Heise

Zunächst möchte ich zwei Ausgangshypothesen formulieren, unter denen die folgenden Überlegungen angestellt wurden und die ihrerseits natürlich diskutiert werden können:

Politikprodukte müssen auf dem ‚Politikmarkt‘ verkauft werden (wie andere Produkte auf ihren Märkten auch) und müssen deshalb professionell ‚vermarktet‘ werden. Dies stellt spezielle Anforderungen an die Inszenierungsfähigkeit der Politikinhalt, aber auch der Politiker. Außerdem bedarf es der Ausprägung einer glaubwürdigen ‚Marke‘, die die Politik einer Partei mit sinnstiftenden, stimmigen Assoziationen und Konnotationen verknüpft. Was im Marketing-Deutsch ‚Marke‘ heißt, ist letztendlich nichts anderes als eine klare ideologische Positionierung. In einer komplexen, unüberschaubaren gesellschaftlichen Umwelt sucht der Wähler nach Interpretationshilfen und Weisungen – nichts anderes sind Ideologien im positiven Sinne. Wichtig ist dabei die Glaubwürdigkeit, die einerseits an den handelnden Personen, andererseits aber natürlich auch an den mit der Marke verknüpften Zielen und den – im täglichen Politikgeschäft – verwendeten Instrumenten hängt.

Die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Kompetenz

Ich weise die These von Dick Morris und Hans-Peter Bartels zurück, wonach ökonomische oder wirtschaftspolitische Kompetenz keine notwendige Voraussetzung für langfristigen Wahlerfolg – zumindest einer sozialdemokratischen Partei – mehr seien, weil der Staat im Globalisierungszeitalter seine Steuerungskapazität eh eingebüßt habe und anders lautende Wahlaussagen deshalb nur als Wahllügen zurückschlagen würden. Ich glaube vielmehr, dass gesellschaftspolitische Kompetenz und Wählbarkeit heute mehr denn je auf ökonomische und wirtschaftspolitische Kompetenzzuweisungen bauen muss – unabhängig von der tatsächlichen Steuerungsfähigkeit der Politik. Der Wähler erwartet von denjenigen, denen er Verantwortung überträgt, dass diese handlungsfähig sind, ansonsten leidet deren Legitimation. Gutgemeinte Ehrlichkeit oder be-

schämtes Totschweigen an dieser Stelle werden nicht honoriert.

Vor diesem Hintergrund möchte ich meine Problemwahrnehmung darlegen: Die dramatischen Negativwerte der SPD in der Beliebtheits- oder Wählbarkeitsskala und deren katastrophale Wahlschlägen der jüngsten Vergangenheit gehen wesentlich auf zwei Faktoren zurück:

Die Marke ‚Neue Mitte‘ oder ‚Dritter Weg‘, unter der die SPD unter Gerhard Schröder antritt, findet beim Wähler wenig – dauerhaften, bindenden – Anklang, die Stammwähler gehen sogar offen auf Distanz. Nach meiner Auffassung liegt dies wesentlich daran, dass die Neuinterpretation der ur-sozialdemokratischen Werte ‚Soziale Gerechtigkeit‘, ‚Solidarität‘ und ‚Chancengleichheit‘ – durchaus eingeführte Attribute übrigens –, in Form von ‚Teilnahme-gerechtigkeit‘ – was ausdrücklich zunehmende soziale Differenzierung einschließt –, ‚aktivierende Sozialpolitik‘ statt effektiver Schutz vor Lebensrisiken und ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ statt (Voll-)Beschäftigung intuitiv als im Kern nicht-sozialdemokratisch erkannt werden. Diese Konnotationen aus dem angloamerikanischen Politikgeschäft (Wahlkampfparolen der Clinton- und Blair-Strategen) passen nicht ohne weiteres zur deutschen (und schon gar nicht zur sozialdemokratischen) Politikkultur. Außerdem ist die implizite Unterordnung unter die Dominanz des neoliberalen Agenda-Settings (wenn ich die Begrifflichkeit ‚Neoliberalismus‘ auch nicht allzu abgeschmackt als Keule verwenden will, fällt mir keine bessere Bezeichnung ein) für viele der unnötige Verzicht auf eine eigenständige Führerschaft durch den anstehenden und wohl unvermeidlichen gesellschaftlichen Reform- und Modernisierungsprozess. Die Menschen spüren intuitiv, dass dieses Politikprojekt mögliche Lasten nicht gleichmäßig (sozial gerecht) verteilt. Es fehlt gegenwärtig jegliche erkennbare Politikkonzeption ‚kurzer oder mittlerer Reichweite‘ für das tägliche Politikgeschäft. Schröders Politik mäandert zwischen arbeitgeber- und arbeitnehmerfreundlichen Positionen hin und her. Es sind nicht so sehr die ständig neu- ‚Säue, die durchs Dorf getrieben werden‘,



Arne Heise

sondern die Tatsache, dass man den Eindruck gewinnt, die Regierung wird von den Medieneliten ziel- und konzeptionslos vor sich hergetrieben – vielfach wird eine absolute Sinnentleerung konstatiert. Bei der Medienelite und den ideologisch weniger gebundenen Führungseliten der ‚Neuen Mitte‘ hat sich der eh latente Eindruck vollends verfestigt: ‚Die können’s einfach nicht‘ und die sozialdemokratische Stammwählerschaft verliert den Glauben, dass diese Regierungsmannschaft noch weiß, wo sie hin will – Reformwille allein genügt ihnen nicht und sie verlieren das Vertrauen, dass die Pragmatiker noch über ausreichend sozialdemokratische Instinkte verfügen – ein Tribut an ihren Pragmatismus.

Positionierungsmöglichkeiten der „Marke“ SPD

Vor diesem Hintergrund sehe ich nur zwei Chancen, die die Schröder-Regierung und die Schröder-SPD hat, will sie nicht auf Wunder, andere Sondereinflüsse oder gar Skandale der Konkurrenz vertrauen, um wieder mehr Zuspruch für die eigenen Politik zu erhalten:

Sie muss alle Anstrengung daran setzen, eine ‚Marke‘ auszuprägen, die verlässliche ideologische Führung bietet, und das beinhaltet eine dramatisch verbesserte Kommunikation der Ziele und Wert der Partei, der Gesellschaftsvision, der man sich anschließen kann, wenn man SPD wählen möchte (Clements Bonmot ‚Wer Visionen hat, muss zum Arzt‘ zeigt wohl, dass dies noch nicht allen in der Partei bewusst geworden ist).

Hierbei kann Schröder versuchen, den medial gesteuerten Zeitgeist und eine zweifellos wirtschafts- und unternehmensfreundliche Rahmung von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen als gegeben und unabänderlich hinzunehmen (sich quasi dem neoliberalen Zeitgeist zu unterwerfen) und auf das eigene Kommunikations- und Inszenierungstalent zu vertrauen – mit der Botschaft: Der Weg ist das Ziel oder: Reformen werden zum Selbst-

zweck, Schröder und Clement sind die ‚Macher‘, die SPD ist der Fahrensmann durch die gefährlichen Strudel der Modernisierung.

Als Alternative könnte die SPD versuchen, die Führerschaft in einem kritischen Modernisierungsdiskurs zu übernehmen – allerdings zweifellos gegen ein neoliberales Trommelfeuer von Medien und Verbänden.

Die erste Strategie hat sich bislang nicht bewährt und es bleibt zu bezweifeln, ob selbst eine weitgehende Unterwerfung unter die Modernisierungseliten den verlorenen Kredit bei der ‚Neuen Mitte‘ zurückgewinnen kann. Ich denke, diese Strategie kann nur aufgehen, wenn die CDU tatsächlich den Fehler machen sollte und den Positionen von Friedrich Merz folgt und mit der Aufgabe des historischen Gründungskonsens der Bundesrepublik zur gesellschaftlichen Bedeutung des Korporatismus und insbesondere der Gewerkschaften eine Polarisierung der Gesellschaft betreibt, die zumindest die Stammwähler wieder fester an die SPD bindet. Wenn deutlich wird, dass eine Merz-CDU tatsächlich so etwas wie einen Systemwechsel will, dann können Schröder, Clement und, vor allem, Müntefering als die ‚Reformer innerhalb des Systems‘ ungeahnte Zustimmung erlangen. Allein langfristig tragfähig ist eine solche Strategie wohl auch nicht, weil die Erfolgskontrolle – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – negativ ausfallen wird – falls nicht ungeahnte Zufälle (der Ökonom spricht dann von positiven externen Schocks) auftreten.

Die alternative Strategie ist ihrerseits nur denkbar, wenn es glaubwürdigem, mit eigenständiger Kompetenz und Autorität ausgestattetem Personal gelingen könnte, den medialen Gegenwind zu einer eigenen Profilbildung zu nutzen – dies ist wahnsinnig schwer, erfordert unendliches Standvermögen und verbleibt zweifellos auch erfolgsunsicher – allerdings könnte die Realitätskontrolle – sozusagen die ‚Macht des Faktischen‘ – für sich, d.h. für diese Strategie sprechen.

Agenda-Setting und Themen-Framing

Wie auch immer die Marke ‚SPD‘ zukünftig konnotiert sein wird, zusätzlich muss eine Politikkonzeption ‚mittlerer Reichweite‘ – also für den Regierungsalltag – auf den Tisch und kommuniziert werden, die ‚stimmig‘ zur Marke passt und sozusagen das beständige Überprüfen und aufwendige ‚Vermarkten‘ von Einzelmaßnahmen ersetzen kann. Im Anpassungsszenario zeichnet sich die Konzeption durch den Modus – die Veränderung, die Reform – aus, zweifellos würden symbolische Landmarken wie ‚Kündigungsschutz‘, ‚Niedriglohnssektor‘, ‚Steuer-senkung und Sozialversicherungsreform‘ dabei im Mittelpunkt stehen – nachdem nun auch das ‚Bündnis für Arbeit‘ als gescheitert eingestellt wurde, dürfte man sozialdemokratische Alleinstellungsmerkmale ziemlich vergeblich suchen. Die Botschaft

wird nicht sein: Sozialdemokratie, sondern: Macher.

Im alternativen Szenario müsste die Wiederbelebung und Reform der makroökonomischen Steuerung (kein zurück in die 70er Jahre), aber auch die Reform der Gemeindefinanzierung und der sozial gerechte Umbau des Leistungskatalogs und der Finanzierung der Sozialversicherung zur Anpassung an veränderte gesellschaftliche Bedingungen und an die Anforderungen eines zusammenwachsenden Europas als wesentliches Element des Globalisierungsprozesses im Mittelpunkt stehen. Damit könnte man sich den Inszenierungsregeln der Me-

Der Umgang Schröders mit dem Irak-Konflikt zeigt, dass ökonomische Kompetenz keine notwendige Bedingung für Wahlerfolge sein kann, andererseits aber derartig überstrahlende Ereignisse wahltaktisch kaum hinreichend geplant und gesteuert werden können.

Es zeigt sich weiterhin, dass der Wähler sich auch medial – gerade bei Themen, die intuitive Schlüsselpositionen betreffen (wie Krieg und Frieden, aber ich würde auch Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und den Anforderungen an staatliches Handeln dazu zählen) – nicht fernsteuern lässt und es durchaus gelingen kann, gegen den Main-

Zeit für einen Neuanfang

Vorschläge für eine neue Agenda sozialdemokratischer Regierungspolitik

Andrea Nahles, Sprecherin Forum Demokratische Linke 21, Ulrich Mauerer MdL, Koordinator der Linken im SPD-Parteivorstand, Niels Annen, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD, Hermann Scheer MdB, Präsident Eurosolar, Träger des Alternativen Nobelpreises, Sigrid Skarpelis-Sperk MdB, Mitglied im Parteivorstand

I. Die extreme Niederlage unserer Partei bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen ist wesentlich durch massive Vertrauensverluste in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik begründet. (...)

Das Vertrauen in die SPD, den gesellschaftlichen Wandel zukunftsweisend und gerecht zu gestalten, ist nicht zuletzt durch öffentliche Debatten über den Abbau von Arbeitnehmerrechten erschüttert. (...) Gefordert ist nichts weniger als eine Neuaufstellung von Regierung und Partei.

(...) Erwartet wird klare Führung auf der Basis durchdachter Konzepte. Erwartet wird sowohl ein selbstbewusstes sozialdemokratisches Profil als auch Geschick im Umgang mit der erstarkten Union. Erwartet wird eine wesentlich verbesserte Kommunikation und Präsentation der eigenen Politik.

II. Vor allem anderen aber wird erwartet, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit wieder erste Priorität einer sozialdemokratischen Bundesregierung werden. (...)

Vor diesem Hintergrund ist eine Politik, die sich auf Haushaltskonsolidierung und das Warten auf einen weltwirtschaftlichen Aufschwung reduziert, nicht mehr verantwortlich. Sparen und Arbeitsplätze schaffen, beides geht in der jetzigen Situation nicht und ist angesichts von 4,6 Millionen Arbeitslosen auch nicht mehr vermittelbar. (...)

III. Ein Kurswechsel in dieser zentralen Frage kann auch nicht durch eine diffuse Reformdebatte ersetzt werden. Auch wir halten Reformen für unabdingbar. Aber für Reformen wird es keine breite Zustimmung in Deutschland geben, solange die Frage der gerechten Lastenverteilung zweifelhaft ist. (...)

IV. Verstärkt wird die wirtschaftliche Krise zusätzlich durch die restriktive Kreditpolitik des Bankensektors. (...) Sollte der Bankensektor seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe auf Dauer nicht ausreichend gerecht werden, muß der Gesetzgeber geeignete Schritte prüfen, um eine ausreichende Kreditversorgung sicherzustellen.

V. 1. (...) Wir schlagen deshalb vor, die Gewerbesteuerumlage zugunsten der Kommunen wieder zu senken.

2. (...) Wir schlagen deshalb eine zeitlich befristete Investitionszulage auf Neuinvestitionen vor.

3. (...) Ein Aussetzen der Kofinanzierungsauflagen in ausgewählten Sektoren und besonders finanzschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit muss geprüft werden. (...)

4. Wir schlagen deshalb vor, die Einkommenssteuerreform in Teilen vorzuziehen. Der Grundfreibetrag sollte rückwirkend zum 1.1. 2003 erhöht, der Eingangssteuersatz weiter abgesenkt werden.

5. (...) Die Mittelstandsbank braucht (...) zusätzliches Kapital. Das erforderliche Kapital kann auch ohne zusätzliche Neuverschuldung mobilisiert werden, wenn auf den verfügbaren Teil der Devisenreserven zurückgegriffen wird.

dien – die Veränderung besser kommunizieren können als Stillstand, Verteidigung oder Erhalt – zuwenden ohne darauf zu verzichten, die Agenda selbst zu gestalten und die Themen eigenständig zu rahmen (framen). Wie einsam die SPD damit stehen würde, mag man ermesen, wenn man an das Frühjahr 1999 – kurz vor Lafontaines Rücktritt – zurückdenkt oder auch die Regierungsposition im Irak-Konflikt betrachtet.

Ich denke allerdings, dass am Beispiel Irak-Konflikt meine Überlegungen in wenigen Punkten kurz zusammengefasst werden können:

stream, gegen die öffentliche Meinung und die Medieneliten Mehrheitspositionen zu formulieren und also, wenn nur genügend Kapazität, Beharrlichkeit und Anstrengung darauf verwendet wird, ein alternatives Agenda-Building und Themen-Framing gelingen kann.

Schlussendlich aber zeigt der Irak-Konflikt auch, dass selbst die Zustimmung in einer auch emotional wichtigen politischen Frage nicht ausreicht, um über eine fehlende Marke mit stimmigen Bildern und Konzeptionen hinwegzutäuschen – es gilt mittelfristig eben doch: It's the economy, stupid! Forum DL21

Gerhard Schröder und der Herrscher der Molosser: Pyrrhus*

Von Andrea Nahles

Richtungsweisend war die Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Daran gibt es keinen Zweifel. Die Senkung der Lohnnebenkosten wird zur Leitidee der rot-grünen Bundesregierung erhoben. Eine Fetischisierung mit weitreichenden Konsequenzen. Rhetorisch hat Gerhard Schröder versucht, eine soziale Balance zu schaffen. Aber dann wurde er konkret: Einschnitte sind auf Seiten der Arbeitnehmer beim Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe, dem Kündigungsschutz und bei den Kranken geplant. Dem stehen unverbindliche Appelle an die gesamtgesellschaftliche Verantwortung auf der anderen Seite gegenüber. Die Ausnahme mit der Ausbildungsumlage sei hier positiv vermerkt. In der Summe markiert diese Rede die weitgehende Unterwerfung der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter wesentliche Elemente der neoliberalen Diskurse der letzten 10 Jahre.

Die entscheidende Frage ist, ob der als Befreiungsschlag angelegte Maßnahmenkatalog die konjunkturellen und beschäftigungspolitischen Probleme lösen kann. Allein das könnte die weitreichenden sozialen Einschnitte – wenn überhaupt – legitimieren. Hauptproblem ist die rezessive ökonomische Gesamtsituation und der damit einher gehende Anstieg der Massenarbeitslosigkeit auf 4,7 Millionen. Besonders die fehlenden 110 000 Ausbildungsplätze und die 540 000 jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahre machen die Dramatik der Situation deutlich. Klopft man die Ankündigungen von Gerhard Schröder auf die Frage ab, was Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schafft, ergibt sich folgendes Bild.

1. Stabilitätspakt und kommunales Investitionsprogramm

Die stetig negative konjunkturelle Entwicklung, Wachstumsprognosen von deutlich unter 1 %, der Irak-Krieg und nicht zuletzt die katastrophale Situation der kommunalen Haushalte haben den Ruf nach einem entschiedenen Kurswechsel der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesrepu-

blik kontinuierlich verstärkt. Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung darauf reagiert. Eine überzeugende Offensive für eine wachstumsorientierte Investitions- und Steuerpolitik ist daraus nicht erwachsen. Das kommunale Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau geht in die richtige Richtung und wird doch kaum Beschäftigung schaffen. Es wird kein Kapital mobilisiert. Neue Schulden ausgeschlossen. Heiner Flassbeck analysiert (FR, 15. März): „Offenbar hat die deutsche Wirtschaftspoli-

Rettet die Sozialdemokratie in der SPD!

Von Thomas Behm, Heidrun Breyer, Mathias Brodkorb; Rudolf Borchert u. a.

(...) 1. Die SPD ist ihrem Anspruch an eine Politik der „Sozialen Gerechtigkeit“ nicht gerecht geworden und hat hierdurch das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler verloren. (...)
 2. Die SPD-Politik ist programmatisch orientierungslos. (...) Eine zukunftsweisende Reformpolitik müsste u.E. ansetzen an den tiefgreifenden Veränderungen, die sich im Bildungssystem und der Sozialstruktur der BRD seit den siebziger Jahren ergeben haben. (...) Der Versuch, eine so genannte „Neue Mitte“ als Subjekt sozialdemokratischer Politik auszumachen, ist gescheitert. (...)
 Innerhalb der SPD wird der Prozess der Entpolitisierung und Entdemokratisierung vorangetrieben. Die SPD setzt schon lange nicht mehr auf die aktive Beteiligung der eigenen Mitgliedschaft an der Politik. (...) Diese Entwicklung (...) trägt zu einer weiteren Entpolitisierung und Entdemokratisierung der Volkspartei SPD bei und verringert die Attraktivität der SPD für Außenstehende.
 Eckpunkte einer sozialdemokratischen Politik der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens sind für uns: Die Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit von Kommunen, Ländern und Bund. (...) Wir benötigen (...) eine vorausschauende, flexible Finanzpolitik, die die Wirtschaftsentwicklung unterstützt und Nachfrageströme stabilisiert. (...) Wir fordern deshalb die verfassungskonforme Neuregelung der Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Besteuerung von Finanzspekulationen (Tobin-Steuer) sowie die Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes.
 Die Auflage eines Zukunftsinvestitionsprogramms für Beschäftigung, Bildung und Umwelt. (...) Wir fordern deshalb neben einer koordinierten Konjunktursteuerung die Auflage eines Zukunftsinvestitionsprogramms (ZIP) für mehr Beschäftigung, zur Verbesserung der Bildung und zum Schutz der Umwelt. (...)
 Eine Umkehr der Politik für Ostdeutschland. (...) Zur Förderung der Kommunen fordern wir die Auflage eines Kommunalen Investitionsprogramms als Bestandteil des unter 2. geforderten ZIPs zur Sanierung der Infrastruktur der ostdeutschen Kommunen.
 Eine Politik der solidarischen Erneuerung der sozialen Sicherheit. Immer wieder wird die „Reform“, d.h. häufig der Abbau der sozialen Sicherungssysteme gefordert. (...) (...) Notwendige Maßnahmen sind hier die Einbeziehung aller Einkommensarten in die Finanzierung, die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen sowie die Ergänzung der lohnbezogenen Beiträge durch eine Bruttowertschöpfungsabgabe, die sich an Umsatz und Gewinn eines Unternehmens orientiert. Außerdem schlagen wir nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gestaffelte Beiträge zu den Sozialversicherungen vor: (...).
 Eine Politik der sozialen und zivilen Konfliktlösung. Unabdingbar für die Wiederherstellung und den Erhalt der Glaubwürdigkeit der SPD ist das konsequente Festhalten am „Nein“ zum Krieg im Irak. (...) Darüber hinaus fordern wir die deutsche Bundesregierung auf, Deutschland international noch stärker zu einem führenden Land bei der zivilen und sozialen Konfliktlösung zu machen. (...)

tik nicht begriffen, dass man mit Geld, das schon da ist, auf keinen Fall Wachstum und Beschäftigung fördern kann. Der Staat ver-



Andrea Nahles

fügt, ohne Kredite aufzunehmen, immer nur über Geld, das er anderen abgenommen hat. Wer anderen Geld abnimmt, um es

selbst wieder auszugeben, bewirkt selbstverständlich wieder genau nichts außer Umverteilung.“

Hoffnung machen können nur die Ankündigungen des Bundeskanzlers zusammen mit europäischen Partnern im Falle eines Irak-Krieges den Stabilitätspakt, „flexibler“ auszuliegen. Das ist die entscheidende Stellschrau-

be: Offensiv muß das Korsett des Stabilitätspaktes gesprengt und der so geschaffene Spielraum auch voll ausgeschöpft werden. Ob nun ein Vorziehen der Steuerreform im unteren und mittleren Einkommenssegment die Binnennachfrage ankurbeln hilft oder andere investive Mittel freigemacht werden – wichtig ist die Orientierung nach vorne. Das wäre der Weg für mehr Wachstum und Beschäftigung und eine Trendumkehr in die richtige Richtung. Die Entscheidung steht allerdings aus.

2. Privatisierung des Krankengeldes

Nach der Teilprivatisierung der Rente soll nun das Krankengeld aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gestrichen werden. Hauptziel: Die Lohnnebenkosten sollen auf hier 13 % abgesenkt werden. Hauptziel ist nicht die Qualität und Effizienz des Systems zu steigern oder präventive Gesundheitspolitik stark zu machen. Nein. Es geht um 7,5 Milliarden Euro, soviel soll die Streichung des Krankengeldes bringen, weitere zwei bis drei Milliarden Euro will das Kanzleramt von den Versicherten über Selbstbeteiligungen (z.B. bei Arztbesuchen) einsammeln. Fragen tun sich auf: Die potentiellen privaten Anbieter berechnen individuelle Risiken. Was bedeutet das für Menschen mit Vorerkrankungen ect.? Und wenn Ältere, chronisch Kranke oder andere belastende Gruppen herausgenommen würden, dann dürfte die angestrebte Absenkung der Beiträge um 0,6% kaum zu halten sein. Und dann? Wie sieht es bei unterschiedlichen Berufsgruppen aus? Gewerblich Beschäftigte mit hohem körperlichen Einsatz werden gegenüber Angestellten benachteiligt? In jedem Fall müssen die Beschäftigten künftig nicht nur den bisherigen Arbeitgeberanteil, sondern auch die Gewinnspanne der privaten Versicherer alleine aus der eigenen Tasche finanzieren. Über Jahre wurden intensiv Effizienzressourcen in den Gesundheitssystemen ermittelt, Vorschläge zu kostensparenden Reformen auf dem Tisch gelegt, umfassende Präventionskataloge zusammengestellt und dann fällt einem sozialdemokratischen Bundeskanzler nix anderes ein als die Selbstbeteiligungen zu erhöhen und eine weitere systemverändernde Privatisierung zu betreiben – das ist schlicht ein Armutszeugnis.

3. Lockerung des Kündigungsschutzes und der Tarifautonomie

Zwei Wochen vor der Wahl überraschte Wolfgang Clement die Öffentlichkeit und nicht zuletzt die eigenen Genossen mit der Ankündigung, den Kündigungsschutz zu lockern. Ein Thema, das vor dem Hintergrund von steigenden Arbeitslosenzahlen Verunsicherung und Verbitterung auslöste. Der Fraktionsvorsitzende machte öffentlich Front. Geändert wird trotzdem. Ein Wahl-

recht zwischen Kündigungsschutz und Abfindungen, was – gar nicht im Sinne der Erfinder – zu wesentlich mehr Abfindungsregelungen in Deutschland führen wird. Eine Förderung von Befristungen und Leiharbeit bei kleinen Firmen mit 5 Festangestellten und eine Beschränkung der Sozialauswahl sind die entscheidenden Veränderungen. Gerade die Reduzierung der Sozialauswahlkriterien ist nicht akzeptabel. So sollen in Zukunft betriebsbedingte Gesundheitsschädigungen nicht mehr Teil der Kernkriterien der Sozialauswahl sein. So nach dem Motto: Wer sich in der Lackiererei bei der Arbeit bleibende Beeinträchtigungen zugezogen hat, wird halt durch einen gesunden jüngeren Arbeitslosen ersetzt und darf gucken, wo er bleibt. Das ist nicht sehr häufig in der Praxis, zugegeben, aber umso unverständlicher, warum hier ein wesentliches Gebot der sozialen Gerechtigkeit verletzt wird.

Die Chance für einen Neustart nutzen

Von Julia Henke, Marc Herter, Oliver Kaczmarek, Barbara König, Dietmar Köster, u. a.

(...) Die Erwartungen vieler, die noch im September 2002 SPD gewählt haben, sind enttäuscht worden. Weder ist eine Strategie zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu erkennen, noch erkennen sie in der aktuellen Politik der Bundesregierung eine Entwicklung, die ihren Anforderung an eine Politik der sozialen Gerechtigkeit entspräche. (...)

Die Irak-Politik des Bundeskanzlers wird positiv bewertet. (...) Zur Abrüstung des diktatorischen Systems ist es erforderlich, den politischen und wirtschaftlichen Druck auf den Irak aufrecht zu halten, ohne es zu einer militärischen Intervention kommen zu lassen. (...)

Die aktuellen Zahlen von 4,6 Millionen Menschen ohne Arbeit haben erneut die Dringlichkeit gezeigt, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu Erfolgen zu kommen. Neben dem Abbau von Vermittlungshemmnissen muss dabei wieder die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt der politischen Arbeit stehen. (...) Dazu gehört die Neuverteilung der Arbeit wie auch eine größere Verteilungsgerechtigkeit des gesellschaftlichen Reichtums. (...)

Für die Rückkehr zu einer konjunkturgerecht einsetzenden Schuldenfinanzierung von Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Bildung, die die Möglichkeit schafft, konjunkturelle Abschwünge abzufedern und strukturpolitische Brüche zu vermeiden, anstatt sie zu verschärfen und zu vertiefen. Hierzu ist auch eine Aussetzung des Maastricht-Kriteriums notwendig.

Die Gemeindefinanzreform muss schnell kommen. Sie muss vor allem eine Stabilisierung der Gewerbesteuer, eine Modernisierung der Grundsteuer und eine strikte Konnexität zwischen zugewiesenen Aufgaben und Finanzierung aufweisen. Darüber hinaus brauchen wir ein kurzfristiges kommunales Investitionsprogramm für finanziell stark angeschlagene Kommunen, um dringend notwendige Investitionen vor Ort durchführen zu können. Die Gemeindefinanzreform muss schnell kommen. Sie muss vor allem eine Stabilisierung der Gewerbesteuer, eine Modernisierung der Grundsteuer und eine strikte Konnexität zwischen zugewiesenen Aufgaben und Finanzierung aufweisen. Darüber hinaus brauchen wir ein kurzfristiges kommunales Investitionsprogramm für finanziell stark angeschlagene Kommunen, um dringend notwendige Investitionen vor Ort durchführen zu können. (...)

Partner bei der Erneuerung.

Die bürgerlichen Parteien und Funktionäre der Arbeitgeberverbände rufen zum „Klassenkampf von oben“ auf und stellen den vom Grundgesetz geforderten Sozialstaat substanziiell infrage. (...) Die Gewerkschaften sind Partner der Sozialdemokratie bei der notwendigen Erneuerung, nicht Gegner. (...) Statt auf Zweiklassenmedizin setzen SozialdemokratInnen auf mehr Effizienz im System und eine Stärkung der Prävention. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt genießt dabei für ihre Ansätze unsere volle Unterstützung.

(...) Notwendig ist ein Orientierungsrahmen 2010, in dem die Sozialdemokratie ihre mittelfristige Reformperspektive festhält, an der sie ihre Politik für alle erkennbar ausrichtet. Die Orientierung auf nachhaltige Konzepte darf dabei nicht nur auf eine technokratische Haushaltskonsolidierung hinauslaufen, sondern muss auch und vor allem auf Investitionen in die Zukunft orientieren. (...)

Sie muss dem gesellschaftlichen Strukturwandel mit einem strategischen Konzept begegnen, das für Menschen mit neuen modernen Erwerbsbiographien und Lebensentwürfen sowie für diejenigen, die sich längst als ModernisierungsverliererInnen sehen, eine ähnlich starke Ausstrahlungskraft besitzt. (...)

gelungen (WSI Tarifarchiv) in allen Branchen und Regionen – passgenau auf die Unternehmen zugeschnitten. Gewerkschaften sträuben sich schon lange nicht mehr gegen Flexibilisierungen an sich, aber sie wollen soziale Regeln und Mindeststandards. Die Androhung war überflüssig und sie war eine unverzeihliche Provokation, die einen massiven Vertrauensverlust auf Seiten der Gewerkschaften hervorgerufen hat.

4. Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld

Das Präsidium der SPD hat am 16.3.2003 die Reduzierung des Arbeitslosengeldes auf 12 bzw. 18 Monate mit der Begründung verabschiedet, man wolle damit den „Anreiz“, eine Arbeit aufzunehmen, erhöhen. Wie hört sich das wohl für einen 54jährigen Bauarbeiter an, der gerade arbeitslos geworden ist und dessen Vermittlungschancen miserabler nicht sein könnten. Argumentiert wird auch damit, dass gerade die Möglichkeit, Arbeitslosengeld 32 Monate zu beziehen, als eine Art Frühverrentungsmodell missbraucht wurde. Das Argument ist nicht falsch. Es ist richtig, dass wir die Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmöglichkeit von älteren Arbeitnehmern vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen und im Interesse der Betroffenen sukzessive steigern müssen.

„Rückbesinnung nach dem Wahldesaster“

Beschluss des Bezirksvorstands Hessen-Süd vom 03.02.2003

1. (...) Die SPD hat ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler in Hessen wie in Niedersachsen nur unzureichend mobilisieren können. Ursache hierfür war in erster Linie die bundespolitische Prägung dieser Wahlen.

2. Der sozialdemokratische Niedergang ist vorrangig eine Folge der Entfremdung der sozialdemokratischen Politik von ihrer gesellschaftlichen Wählerbasis seit 1999 durch neoliberale Experimente. (...) So ist die hohe Arbeitslosigkeit durch diese Politik nicht gesenkt worden, obwohl doch eine die Arbeitslosigkeit minimierende Politik von einer sozialdemokratisch geführten Regierung erwartet und auch versprochen wurde.

3. (...) Die vom Bundeskanzler selbst so genannte „Kakophonie“ der sozialdemokratischen Politik am Beginn der neuen Legislaturperiode, insbesondere die erneut gegen das sozialdemokratische gesellschaftspolitische Grundverständnis sozialer Gerechtigkeit gerichteten neoliberalen Signale, beispielsweise

- die demonstrative Verhinderung der von den Länder-SPD-Organisationen (...) geforderten Wiedereinführung der Vermögenssteuer und ihr sog. „Ersatz“ durch Absenkung der Besteuerung leistungslosen Kapital-(Zins-)Einkommens sehr Wohlhabender unter die Lohnsteuerquote (...);

- die Ankündigung, die Arbeitslosigkeit durch Lockerung des Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer bekämpfen zu wollen (...);

- die Ankündigung der Bundesgesundheitsministerin von „Reformen“ (...), die die sozialdemokratische Wählerbasis nur als Bedrohung empfinden kann (...),

haben zur erneuten verheerenden Frustration der sozialdemokratischen Wählerschaft geführt (...).

4. So sind die Landtagswahlen vom 02.02.2003 nach allgemeiner Bewertung ein Denkzettel für die SPD-Politik, der in der Tat Anlass zum Nachdenken, zur Rückbesinnung und zur Korrektur des Kurses der Bundes-SPD sein muss.

Geschieht dies nicht, droht gar im Zusammenspiel mit der konservativen Mehrheit im Bundesrat eine Verschärfung der neoliberalen Experimente, wird dies die Sozialdemokratie in den endgültigen Niedergang führen. (...)

Seit dem Wechsel im Parteivorsitz 1999 überwiegt die Austrittswelle erheblich die Zahl der Neueintritte. Seit 1999 haben allein im Bezirk Hessen-Süd über 8.200 zum Teil sehr langjährige Mitglieder, auch viele ehrenamtliche Leistungsträger, die SPD verlassen. Soweit sie dies begründet haben, geschah dies überwiegend mit dem Hinweis auf die Bundespolitik.

Eine Fortsetzung des neoliberalen Fehlweges der SPD droht diesen Exodus und den politischen Niedergang der Partei noch zu beschleunigen.

5. Wir fordern, dass die innerparteiliche Demokratie wieder hergestellt wird und die Partei die Entscheidung über die Grundlinien der Politik trifft. Deshalb wollen wir die Einberufung eines *außerordentlichen Bundesparteitags* zur Diskussion der Lage der SPD und zur Neubestimmung ihrer Politik.

Dafür ist eine Humanisierung der Arbeitswelt, eine Verstärkung von Weiterbildungsmöglichkeiten und eine altersvariable Arbeitsorganisation erforderlich. Warum hat der Kanzler das nicht zu einer bundesweiten Initiative gemacht und dafür Geld in die Hand genommen? Aber selbst wenn er das getan hätte. Bei 540 000 jugendlichen Arbeitslosen unter 25 Jahren stellt sich ernstlich die Frage, ob jetzt der geeignete Zeitpunkt ist, das sozial abgepufferte Ausscheiden von Älteren aus den Betrieben zu blockieren. Und nicht zuletzt: Es kann nicht sein, dass der Bezug des Arbeitslosengeldes betrieben wird und die Arbeitsämter auf Weisung ihres obersten Dienstherren Gerster die Programme für Langzeitarbeitslose massiv herunterfahren. Genau das passiert gerade flächendeckend.

5. Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau

Schäbig ist der Bruch der klaren Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Ausdrücklich wurde von allen Teilen der Partei eine Zusammenlegung der ALHI und SOLI unterstützt. Nicht zuletzt um damit die Sozialhilfeempfänger wieder in die aktive Arbeitsmarktförderung mit einzubeziehen. Ausdrücklich wurde aber auch verein-

bart, dass keine Absenkung der ALHI auf Sozialhilfeniveau erfolgen dürfe. Auch die Zustimmung der Gewerkschaften zu den Hartz-Vorschlägen erfolgte auf dieser Basis. Schäbig ist aber weniger der Bruch der Vereinbarungen als solche, sondern schäbig sind die Folgen für die Betroffenen. 80% der heutigen ALHI-Bezieher, deren Haushaltseinkommen gegenwärtig noch oberhalb der Sozialhilfe-Bedarfsschwelle liegt, müssen mit massiven Verlusten rechnen. Sollte wie bei der Sozialhilfe auch das Anrechnungsverfahren für ALHI-Bezieher nicht mehr individuell, sondern haushaltsbezogen erfolgen, dann wird eine beschleunigte Verarmung von derzeit 1,6 Millionen ALHI-Beziehern die unausweichliche Folge sein. Betroffen sind die, die ohnehin nicht mehr viel haben. Betroffen sind einige hunderttausend Kinder.

Ideologisch verbirgt sich hinter dieser ganzen Operation die Überzeugung, dass ein Drücken der ALHI-Bezüge die Annahme von schlechtentlohnenden Jobs erheblich nach oben treiben werde. Die ALHI-Kürzungen als Triebmittel des Niedriglohnssektors in Deutschland. Druck auf die unteren Einkommensgruppen geht damit einher. Ergänzt wird das durch den notorischen Arbeits- und Wirtschaftsminister. Vollmundig droht er mit einer massiven Verschärfung des Qualifikationsschutzes bei Arbeitslosigkeit. Nicht vom Tellerwäscher zum Millionär, meint Clement, sondern nach (sieben Monaten) vom Akademiker zum Würstchenverkäufer um die Ecke.

Die sozialpolitische Glaubwürdigkeit der SPD wird für ein Jahrzehnt beschädigt bleiben, wenn wir diesen vorgeschlagenen Kürzungen nachgeben.

Fazit: Kommt es nicht zu einer offensiven Veränderung im Umgang mit den Stabilitätskriterien, lassen sich von den vorgeschlagenen Maßnahmen keine zusätzlichen Impulse für den Arbeitsmarkt erwarten.

Warum hat Schröder diese Rede so und nicht anders gehalten?

Es ging Schröder in erster Linie um die Demonstration von Handlungsfähigkeit. Nach monatelanger selbstverschuldeter Richtungslosigkeit, monatelangem öffentlichen neoliberalen Feuerwerk – sattelte der Kanzler dramaturgisch noch eins drauf. Es ging darum, die Blockademöglichkeiten der Union im Bundestag zu erschweren bzw. zu vermeiden. Die Debatte verlief in diesen beiden Punkten zunächst einmal gut. Der Partei und Fraktion ließ und lässt Schröder keine Spielräume, weil er sich selber keine gibt. Erfolgskriterien jenseits der 100 %igen Umsetzung seiner Vorschläge hat er nicht vorgegeben. Jede Veränderung wird von der Opposition mit Häme begleitet (s. die Diskussion um die Hartz-Vorschläge). Sowohl das Verfahren vor als auch nach der Rede war und ist unparlamentarisch und kaum

mehr demokratisch zu nennen. Mehr noch als bei der Vertrauensfrage zu Afghanistan – wo es immerhin weltpolitische Zwänge und Begründungen für Schröders Entscheidung gegeben hat – wird die Wahlmöglichkeit von Fraktion und Partei gebrochen. Das Problem: Der begründete Eindruck, dass die Politik der Bundesregierung sozial nicht ausgewogen ist, hat sich nach der Regierungserklärung Schröders verfestigt. Das öffentliche Einsacken der Initiative zur Einführung der Vermögensteuer und das als ungerecht empfundene (und strategisch wie kommunikativ völlig verunglückte) Steuervergünstigungsabbaugesetz kombiniert mit der sozialen Unwucht der konkreten Vorschläge der Regierungserklärung lassen selbst gutmeinende Zeitgenossen irritiert, skeptisch und manchmal auch wütend nach dem Kern sozialdemokratischer Politik suchen. Schröder – der Pyrrhos der SPD. So scheint es. Einer der siegt und siegt – für sich selbst. Unter Inkaufnahme großer Glaubwürdigkeits- und Vertrauensverluste.

In der Hoffnung, dass der nächste Aufschwung alle Grausamkeiten vergessen macht. Unter Vernachlässigung der „Spätfolgen“ für die SPD als eine bisher noch nicht vollständig auf das Niveau von Kaderehormsam geschrumpften Partei. Einer der nicht sät, sondern pflügt.

Die entscheidende Frage für die Linke und für die gesamte Partei ist, wie gehen wir mit diesem Kurs um?

Wir sind in keiner einfachen Situation. Druck von oben – ist da. So stark wie selten. Gegen Druck von unten? Ich beobachte zur Zeit vor allem, dass individuelle Antworten gegeben werden. Selten hat es in wenigen Tagen so viele begründete Austritte (insbesondere von langjährigen) Mitgliedern gegeben. Das dürfen wir als Parteilinke (und eigentlich auch als Gesamtpartei) nicht einfach so hinnehmen. Öffentlicher Widerspruch, das ist nötig und Orientierung müssen die von uns möglichst breit geben, die über entsprechende Funktionen in der Fraktion und im

Partei Vorstand verfügen. Tatsache ist, dass die Fraktionsmitglieder noch stärker ins Geschirr gezwungen werden. Tatsache ist, dass die Linke wohl auch deshalb nicht eine Linie hat, sondern mehrere.

Umso wichtiger ist es, eine eigene Stimme der Partei zu entwickeln. Hören muß man sie auch. Das können wir nicht nur „oben“ ein paar Leute machen lassen. Vier Regional-Konferenzen soll es geben. Leider liegen zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Orte und Termine fest. Ich fordere dringend dazu auf, dass wir diese Regionalkonferenzen politisch mit prägen. Wir müssen dort Flagge zeigen und das vorher gezielt organisieren. Meldet Euch bei www.forum-dl21.de an. Wir geben Euch Ansprechpartner vor Ort und helfen, wie wir können.

Forum DL21

* König der Molosser und Herrscher in Epirus – siegte 280 bei Herakleia und 279 bei Ausculum unter großen Verlusten (daher Pyrrhussieg) über die Römer, denen er dann 275 bei Benevent endgültig unterlag.

Aspekte der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen

Von Horst Peter, Norbert Sprafke

Nach der Niederlage in der Bundestagswahl am 22. September hat das Kartell der Wahlverlierer aus konservativen Medien, Wirtschaft, neoliberalen Meinungsträgern eine öffentliche Stimmung aufgebaut, man könne am 2. Februar mit einer Denkkettelwahl das Wahlergebnis der Bundestagswahl korrigieren. Darin liegt der Schlüssel für die Wahlsiege der CDU in Hessen und Niedersachsen.

Die Stimmung im Wahlkampf traf am genauesten das CDU-Plakat „Steuererhöhungen, immer mehr Abzüge, Wahlbetrug. Rotgrün braucht Kontrolle. Auf Hessen kommt es an. Deshalb am 2. Februar CDU“.

Die Bundesregierung begünstigte die Denkkettelkampagne, indem sie den politischen Entscheidungen, die teilweise notwendig und nachvollziehbar sind, versäumte im Rahmen eines rot-grünen Projekts einen Sinn zu geben. Außerdem wurde durch ständig neue Vorschläge vor allem von Wolfgang Clement (Kündigungsschutz) oder Ulla Schmidt die sozialdemokratische

Wählerklientel weiter verunsichert. So gab ein großer Teil der Wähler der SPD, die nicht gewählt haben, als Motiv für die Wahlenthaltung fehlende soziale Gerechtigkeit an und für den Wechsel zur CDU die Bundespolitik. Die Hessen-SPD und der niedersächsische Ministerpräsident versuchten mit einer Kampagne für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Solidaritätssteuer für Bildungsgerechtigkeit, eine öffentliche Auseinandersetzung über Solidarität statt Egoismus anzustoßen. Dies hätte die Denkkettelkampagne durchaus aufbrechen können. Sie hätte der konstruierten Stimmung soziale Wirklichkeit entgegengestellt und vor allem Gerhard Bökels Image mit einem konkreten Projekt verbunden. Diese Kampagne wurde durch Kanzlermachtwort gestoppt und durch die Zinsabgeltungssteuer unterlaufen. Damit war der SPD in Hessen und Niedersachsen die Basis für eine Mobilisierungsstrategie im Wahlkampf genommen. Der Kanzler stoppte zwar durch Machtwort die Kakophonie, soweit sie aus seiner Sicht

die wahlkämpfenden Landesparteien betraf. Warum stoppte er nicht mit einem Machtwort rechtzeitig auch die Kakophonie der Bundesminister und Kommissionäre. Das Bild der Bundesregierung litt ja nicht unter den Kampagnenvorschlägen aus den wahlkämpfenden Ländern, sondern unter dem Vorschlagschaos aus der Mitte der Regierung. Die wahlkämpfenden Landesparteien wollten mit ihren Kampagnen ja nur gutmachen, wieder zurechtrücken, was die Bundesminister schlecht machten.

Die in der Plakatserie „Das bringt Bökel den Hessen“ richtig gesetzten Themen der Landespolitik wie Bildungsgerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Jugendarbeitslosigkeit null hatten unter diesen Rahmenbedingungen insbesondere aus der Opposition heraus keine Chance sich öffentlich durchzusetzen. Auch wurde versäumt, mit den Themen vor Weihnachten die angesprochenen Milieus zu erschließen und zu aktivieren.

Unter dieser Konstellation wurde gerade die traditionelle sozialdemokratische Wählerschaft verunsichert. Das erklärt die überdurchschnittlichen Verluste der SPD in ihren Hochburgen.

Forum DL21

Horst Peter, spw-Mitherausgeber, und Norbert Sprafke, SPD-UB-Geschäftsführer, leben in Kassel

Sinnloser Sozialabbau – Menschenopfer statt ökonomische Aufklärung?

Von Felix Welti und Björn Böhning

Das Gerhard Schröder mit der Regierungserklärung vom 14. März die Initiative in der Sozialpolitik wieder übernommen hat, zeigt, dass das Regieren über Kommissionen an seine Grenzen stößt. Für wichtige Fragen hat er aber auf die Rürup-Kommission verwiesen. Es ist daran zu erinnern, dass Ulla Schmidt gesagt hat, ein demokratiewidriges „eins zu eins“ werde es hier nicht mehr geben.

Demokratie ist Diskussion

Oft ist zu hören, die Vorschläge Schröders dürften nicht zerredet werden. Aber Anspruch auf Umsetzung „eins zu eins“ hat auch der Bundeskanzler in einer parlamentarischen Demokratie nicht. Was in den Medien Tag für Tag als „Zerreden“ bezeichnet wird, ist nichts anderes als der demokratische Prozess.

Allergisch reagieren Experten und Kommentatoren, wenn eine bestimmte Gruppe sich einmischt: die Bürgerinnen und Bürger. Artikulieren sie sich als Mitglieder von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, so gelten sie als Interessenvertreter. Politik ist aber das Aushandeln von Interessen. Wozu sollte es einen Sozialstaat geben, wenn er in niemandes Interesse wäre?

Dass Experten und Journalisten keine Interessen hätten und verfolgten, kann man nicht ernsthaft behaupten. Jedenfalls sind sie mit einem überdurchschnittlichen Einkommen versehen, selten gesetzlich krankenversichert, jederzeit zur Privatvorsorge in der Lage oder verbeamtet. Ihr Vorverständnis durch eigene Beiträge zu korrigieren, sind die Gliederungen der SPD ebenso verpflichtet wie die Gewerkschaften.

Arbeitslose als Sündenbock?

Es ist viel von Opfern die Rede gewesen, die gebracht werden müssten. Im Altertum waren Opfer zumeist Tiere, die geschlachtet wurden, um das Wetter und die Ernte zu beeinflussen (Sündenbock). Heute sollen Arbeitslose und Kranke das Opfer für mehr Arbeitsplätze sein. Ein Zusammenhang zwischen Opfer und Ergebnis bestand damals wie heute nicht.

Das durch Sozialbeiträge vereinnahmte Geld verschwindet ja nicht, sondern verbleibt im wirtschaftlichen Kreislauf. Als Rente oder Arbeitslosengeld stabilisiert es die Kaufkraft von Teilen der Bevölkerung, die sonst weniger konsumieren würden. Werden die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt, wird ein Teil des Geldes gespart oder durch Anlage im Ausland der Volkswirtschaft entzogen. Gerade bei schlechter Konjunktur wirkt der Sozialstaat nicht als Last, sondern als Stütze der Wirtschaftsentwicklung. Auch empirisch gibt es keinen Beleg für die These vom Wettbewerbshindernis. Staaten mit hoher Sozialleistungsquote und hohen Löhnen wie Dänemark, Schweden oder Österreich haben eine deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit als Deutschland. Weder theoretisch noch empirisch kann ein Zusammenhang zwischen Lohnnebenkosten und Arbeitsplatzentwicklung aufgezeigt werden. Bleibt die Frage, ob sinkende Sozialbeiträge psychologische Wunder bewirken. Als Rot-Grün die Rentenbeiträge deutlich gesenkt und dafür die Öko-steuer eingeführt hat – was blieb in der Missstimmungsdemokratie Deutschland in Erinnerung? Wenn in einer schwierigen Lage Arbeitslose und Kranke als Sündenbock herhalten, beweist dies nur die ökonomische Unaufgeklärtheit und Verrohung der Akteure.

Sozialstaat ist nötig

Sozialstaatliche Sicherung ist nötig, damit diese Gesellschaft funktioniert. Es ist ein Irrtum, dass sie im modernen Kapitalismus ein Fremdkörper sei. Denn dieser braucht qualifizierte Arbeit. Die sie leisten, müssen bereit und in der Lage sein, ihre Arbeitskraft zu erhalten, weiterzuqualifizieren, flexibel anzubieten. Ohne funktionierende Sicherung könnten sich ihre produktiven Potenziale nicht entfalten. Deutlich wird dies da, wo der deutsche Sozialstaat nicht funktioniert. Die Entwertung der Arbeitskraft von Millionen Müttern, die nicht oder unterqualifiziert beschäftigt sind, ist ein gesellschaftliches und ökonomisches Problem für Deutschland: nicht weil wir zuviel, sondern weil wir zuwenig Sozialstaat haben.



Felix Welti

Der Sozialstaat soll nicht nur Flexibilität ermöglichen, sondern auch ihre Grenzen aufzeigen. Wird das versäumt, kann er nicht mehr auf Solidarität zurückgreifen. Deutlich wird das an der Pflegeversicherung: Sie setzt voraus, dass es Angehörige gibt, die in der Lage sind zu pflegen. Werden Mobilitätsanforderungen auf die Spitze getrieben, leben immer weniger Menschen in der Nähe ihrer Eltern.

Neue Strukturen – neue Risiken

In den letzten Jahren hat die Informationstechnologie Produktion und Konsum verändert und geprägt. Für die „New Economy“ wurde behauptet, die soziale Sicherung habe sich überholt. Es ist Ernüchterung eingetreten. Wer in Metabox oder Mobilcom investiert hat, ist heute froh, wenn ihm BfA und AOK geblieben sind. Auch flexible Unternehmensstrukturen führen nicht zu weniger, sondern zu mehr und anderer sozialer Schutzbedürftigkeit. Wer seine Arbeitskraft mal hier mal da anbietet und auf ständige Qualifikation angewiesen ist, braucht eine stabile Sicherung, die es ihm etwa ermöglicht, nicht nur zu existieren, sondern auch sich weiterzuqualifizieren. Die Jusos haben hierzu Vorschläge für eine Arbeitsversicherung gemacht. Notwendig ist eine Diskussion über die Zielrichtung und Qualität sozialstaatlicher Leistungen. Es wäre gut, wenn über die Einbeziehung Selbstständiger in die Sozialversicherung nicht so gesprochen würde, als ginge es nur um zusätzliche Einzahler. Vielmehr müssen diese neuen Selbstständigen genauso für die Risiken Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit gesichert sein wie andere auch.

Standards durch Gesetz und Tarifvertrag sichern, dass die Konkurrenz der Unternehmen nicht ein Wettbewerb um niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen ist, sondern um mehr Produktivität und bessere Produkte. Gewerkschaften und Tarifsystem sind ein positiver Faktor im internationalen Wettbewerb und wesentliche Ursache, dass der Kapitalismus so dynamisch ist.

Diktatur führt nicht nur im politischen Bereich zu Stagnation und Verkrustung, sondern auch im ökonomischen. Öffnungsklauseln können unterschiedliche Bedingungen im Wettbewerb berücksichtigen. Wird aber die betriebliche Aushandlung der Arbeitsbedingungen zum Regelfall, geht die Schutz- und Ordnungswirkung verloren. Entsprechende Vorschläge sind nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch ökonomisch bedenklich.

Arbeitsrecht als Wettbewerbsvorteil

Auch das individuelle Arbeitsrecht dient der Rationalität des Gesamtsystems. Der Schutz vor schneller und willkürlicher Kündigung zwingt die Unternehmer, Qualifizierung statt „hire and fire“ zu betreiben. Der Kündigungsschutz gilt in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten. Dieser Schwellenwert ist angeblich ein Beschäftigungshemmnis. Empirische Untersuchungen belegen das nicht (vgl. Pfarr e.a. 2003). Die vorgeschlagene Nichtanrechnung der befristet Beschäftigten auf den Schwellenwert setzt einen Anreiz, mehr Personen befristet zu beschäftigen. Damit ist nichts gewonnen. In Spanien sind die meisten Arbeitsverhältnisse befristet – und die Arbeitslosigkeit ist an der Spitze der EU. Die wahlweise Abfindung bei betriebsbedingten Kündigungen könnte sinnvoll sein, darf aber nicht die treffen, die sich zu Recht gegen willkürliche Kündigung wehren. Die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen soll durch eine mit dem Betriebsrat auszuhandelnde Namensliste ersetzt werden können. Diese Regelung gab es – wie den erhöhten Schwellenwert – schon in der Spätphase der Kohl-Regierung, ohne dass damit Arbeitsplätze geschaffen wurden. Sie ist problematisch, weil sie den Betriebsrat in die Rolle bringt, nicht mehr Interessenvertretung zu sein, sondern praktisch mitzukündigen.

Armut durch Arbeitslosigkeit

In der Arbeitsförderung ist das Tempo von Reformen sehr hoch. Es fehlt die Zeit, Neues überhaupt umzusetzen. So war das Job-Aktiv-Gesetz kaum erprobt, da kamen Hartz I und II. Die Menschen, die Ämter und Betriebe müssen aber wissen, worauf sie sich einstellen können, sonst bewirkt keines der Instrumente mehr etwas. Nun ist vorgeschlagen, das Arbeitslosengeld bis zum 55. Lebensjahr nur noch maximal zwölf Monate zu zahlen. Bei über 55-jährigen sollen es achtzehn Monate sein. Für einen 53-jährigen Arbeitslosen bedeutet dies eine Halbierung der bisherigen Bezugsdauer. Danach soll es nicht mehr Arbeitslosenhilfe geben, sondern eine einheitliche Leistung auf dem Niveau der Sozialhilfe. So etwas hätte nur dann mit „Fördern und Fordern“ zu tun, wenn für die Betroffenen Arbeitsplätze angeboten würden. Dies ist aber nicht der Fall. Da es sich um Versicherungsleistungen handelt, für die zuvor Beiträge geleis-

tet wurden, gilt der verfassungsrechtliche Schutz der Eigentumsgarantie. Eine Sicherung gegen Armut durch längere Arbeitslosigkeit besteht so nicht mehr. Wenn wieder mehr Kinder in Familien aufwachsen, die auf Sozialhilfeniveau gesetzt sind, kann dies kaum als überzeugende zukunftsweisende Sozialreform gelten. Wenn die Kommunen aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit entlassen werden sollen, ist das grundsätzlich gut und vernünftig. Wenn dabei aber die kommunalen Beschäftigungsinitiativen kaputt gehen, ist nichts gewonnen.

Vergessene Privilegien

Aus dem Blickfeld gerückt sind die Familienleistungen. Das ist erstaunlich, wenn von Konzentration auf die wirklich Bedürftigen gesprochen wird. Ehegattensplitting bedeutet deutlich verminderte Steuerlast für die Verheirateten, bei denen ein Partner mehr verdient als der andere, etwa bei Managern, Verfassungsrichtern, Abgeordneten und Chefredakteuren, bei denen eine Hausfrauenehe zum Lebenszuschnitt gehört. Sie werden auch dann gefördert, wenn keine Kinder da sind. Auch der Familienleistungsausgleich für Familien mit Kindern gibt denen am meisten, die schon viel haben. Wer durch Kinderfreibetrag einen höheren Steuervorteil realisiert als er Kindergeld bekommen würde, erhält diesen Vorteil. Das betrifft die 20% mit den höchsten Einkommen. Im Gegensatz zu den Sozialversicherungsleistungen ist dieser Vorteil nicht auf abhängig Beschäftigte begrenzt – und er steht nicht im Zentrum der veröffentlichten Kritik. Das großzügig für alle Kinder ausgeschüttete Geld fehlt bei den Einrichtungen der Kinderbetreuung. Für die Investitionen, um Deutschland auf europäisches Niveau bei der vorschulischen Kinderbetreuung zu bringen, ist kein Geld da. Bildungskatastrophe, soziale Ungleichheit der Bildungschancen, Armut Alleinerziehender sind die Folgen. Das ist Fehlverteilung von Sozialaufwand, die wir uns nicht mehr leisten können.

Wen trifft die Krankengeldstreichung?

Die Herausnahme des Krankengeldes aus der gesetzlichen Krankenversicherung löst weder kurz- noch langfristige Probleme. Sie betrifft jeden, der länger als sechs Wochen arbeitsunfähig ist und bisher einen Anspruch auf bis zu anderthalb Jahre Krankengeld hatte sowie Eltern mit kranken Kindern. Eine private Sicherung wird risikoadäquat erfolgen. Das heißt: Menschen mit Kindern, mit Vorerkrankungen, chronischen Krankheiten und verschleißenden Berufen bekommen diese Versicherung entweder gar nicht oder müssen sie teuer bezahlen. Höhere Selbstbeteiligung, Selbstbehalte und Praxisgebühren werden zur Folge haben, dass auch notwendige Arztbesuche unterbleiben. Auch mit Härteklauseln: Gesundheitspolitisch sind diese Maßnahmen problema-

tisch, weil notwendige Arztbesuche unterbleiben und die soziale Ungleichheit der Gesundheitschancen verschärft wird.

Strukturreform ist richtig

Viele Vorschläge zur Strukturreform sind zu unterstützen: Die Abschaffung des Vertragsmonopols der kassenärztlichen Vereinigungen, unabhängige Qualitätssicherung der ärztlichen Behandlung und der Arzneimittelversorgung sind dringend notwendig, wenn Beitragsmittel vernünftig und effizient verwendet werden sollen. Das Nebeneinander von niedergelassenen Fachärzten und Krankenhäusern in der fachärztlichen Versorgung ist weltweit einzigartig. Wir brauchen größere Einheiten und Gesundheitszentren. Dies ist auch im Interesse der Patienten, die im gegenwärtigen System keine optimale Versorgung finden, weil jeder Arzt das Interesse hat, möglichst viele eigene Leistungen zu erbringen, statt rasch zur bestmöglichen spezialisierten Leistung zu führen. Der vorgeschlagene elektronische Patientenausweis wird auf diesem Weg notwendig sein. Auf der Kassen-seite leisten wir uns einen irrationalen Wettbewerb der Krankenkassen um gesunde Versicherte. Das führt zu einer ungerechten Beitragsbelastung und Versorgungsmängeln. Die sinnvollste Lösung wäre die regionalisierte Einheitskasse. Auf der Beitragsseite gibt es nur wenige befriedigende Gründe, warum es eine Pflichtversicherungsgrenze gibt. Ihre Heraufsetzung und die Einbeziehung bisher ausgenommener Gruppen und Einkommensarten könnte eben effizienter bei der Stabilisierung der Beiträge sein als planloser Leistungsabbau.

Es ist zu hoffen, dass wir zu einer rationalen Diskussion über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zurückkehren. Sie für die jüngere Generation zu erhalten und zu sichern, ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Denn diejenigen, die im Namen der jüngeren Generation nach Abbau rufen, sind nicht die, die es mit Blut, Schweiß und Tränen zu bezahlen haben.

Forum DL21



Björn Böhning

Hartz – Gewinner und Verlierer

Jürgen Karasch

Am 16.8.2002 legte die von der Bundesregierung Anfang des Jahres nach Affären um getürkte Vermittlungszahlen der Bundesanstalt für Arbeit (vgl. Karasch, in: Arbeit und Beruf 7/2002) berufene Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ unter Leitung des Personalvorstandes von VW, Hartz, ihre Vorschläge vor.

Herzstück ist die Personal-Service-Agentur (PSA); danach soll jedes Arbeitsamt eine eigene oder ausgelagerte Leiharbeitsfirma gründen. Dort sollen dann Arbeitslose an Unternehmen als Leiharbeiter vermittelt werden.

Über die PSA hinaus soll auch die gewerbliche Leiharbeit noch ausgeweitet werden. Zur Eindämmung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit sollen sich Arbeitslose in beschränktem Umfang selbstständig machen („Ich-AG“) sowie Minijobs ausgeweitet werden.

Die Zumutbarkeitskriterien sollen verschärft und die entsprechende Beweislast umgekehrt werden; musste bisher das Arbeitsamt die Zumutbarkeit der vermittelten Beschäftigung beweisen, ist es künftig an dem Arbeitslosen selbst, darzulegen, weshalb gerade dieser Job für ihn nicht zumutbar ist.

Die Arbeitslosenhilfe soll erheblich gekürzt, später zeitlich begrenzt und mit der Sozialhilfe zusammengelegt werden.

Die Umsetzung erfolgte im Wesentlichen – umstritten bleibt bis heute, ob 1:1 oder nur 1:0 – in den beiden „Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ ab 1.1.2003 (vgl. Sauer, in: spw 128 (6/2002), S. 7f., Karasch, in: ZFSH/SGB 2/2003).

Die „radikalen“ Ideen wurden sofort nach ihrer Veröffentlichung von verschiedenen Seiten hochgelobt; dennoch: der Berg kriecht – und gebär eine Maus.

Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien

Kein einziger der Vorschläge ist wirklich – im Wortsinn – radikal, das heißt packt das Problem – Arbeitslosigkeit – an der Wurzel, die da schlicht und einfach – man muss es doch noch einmal in Erinnerung rufen dürfen – lautet:

Es fehlen Arbeitsplätze, in Millionenhöhe. Punkt. (Sondermemorandum der Arbeits-

gruppe Alternative Wirtschaftspolitik zum Hartz-Konzept vom 28.11.2002; IAB-Materialien 3/2002, S. 4; Bontrup/Marquardt, in: Sozialer Fortschritt 12/2002, S. 315).

Kein einziger der Vorschläge schafft auch nur einen zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Die Hartz-Vorschläge zielen, genauso wie das Gegenkonzept der Union, das bei der Ausweitung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und der Leiharbeit sowie der Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien teilweise über Hartz hinausgeht, letztlich nur auf eine effizientere Verwaltung bestehender Arbeit und Arbeitslosigkeit.

„Vermittlungsoffensive“ als falsche Strategie

Mit der einseitigen Ausrichtung auf effektivere und schnellere Vermittlung („Vermittlungsoffensive“) verfolgt Hartz genau die falsche Strategie, denn die bessere Vermittlung von Arbeitslosen hat zwar für den Einzelnen Vorteile, steigert jedoch nicht das Gesamtangebot an Arbeitsplätzen; dies täte in der derzeitigen Situation allein – wenn auch jeweils befristet – der zweite Arbeitsmarkt, der andererseits ausgetrocknet werden soll.

Und anstatt das Heil bei privaten Dritten zu suchen, hätte vielmehr die Personalausstattung der Arbeitsämter quantitativ und qualitativ verbessert werden sollen. Die Bundesanstalt bräuchte, soll die mit viel Aplomb bereits am 1.1.2002 begonnene Vermittlungsoffensive nicht als Fußnote in historischen Betrachtungen enden, 20 000 zusätzliche Vermittler, aber das Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt setzt vieles von Hartz um, genau diesen Vorschlag – nämlich ein Betreuungsverhältnis von 1 Vermittler zu 200 bis 250 Arbeitslosen – jedoch nicht.

Behördenintern wurden statt der Abschaffung überflüssiger Leistungen und weitreichender Pauschalierungen sowie von Verwaltungsvereinfachungen neue überaus aufwändige und überregulierte Verfahren geschaffen, zum Beispiel bei der Ausgabe von Bildungsgutscheinen oder den Berechnungen von Anspruchsminderungen wegen verspäteter Meldung.



Jürgen Karasch

Durch die erneute und diesmal massive Ausweitung der Leiharbeit und den flächendeckenden Ausbau eines Niedriglohnssektors durch Mainzer Modell, Ich-AGs und Minijobs – neben dem bereits bestehenden im ganzen Osten Deutschlands, wo die durchschnittlichen Stundenlöhne gerade mal 78 % derjenigen im Westen erreichen und wo er bekanntlich nicht zu mehr Beschäftigung geführt hat – werden auch die bestehenden Normalarbeitsverhältnisse unter Druck geraten. Immer mehr sozialversicherungspflichtige Stellen werden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden, wie zum Beispiel heute schon im Reinigungs- und Gaststättengewerbe sowie im Einzelhandel. Viele weitere Unternehmen werden zukünftig lieber einen Arbeitnehmer, zum Beispiel beim Arbeitsamt, ausleihen statt ihn selber fest anzustellen oder eine sozialversicherungspflichtige Stelle in mehrere Mini-Jobs aufteilen. Der Kündigungsschutz wird dadurch ausgehebelt werden, und noch mehr Lohndumping wird sich breit machen. Die geltenden Tarifverträge werden dem nicht mehr stand halten können, die Tariffucht wird weiter zunehmen.

Verlierer des Hartz-Konzepts

Verlierer werden deshalb alle Arbeitnehmer und die Gewerkschaften als ihre organisierten Interessenvertreter sein, die alleine das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zu mildern im Stande wären.

Verlierer werden auch die Arbeitslosen sein, denen statt Vermittlung in zusätzliche Arbeitsplätze mit einem Verdienst, von dem man leben kann, Leistungskürzungen, Leiharbeit, Minijobs und Ich-AGs (von Sprachexperten zum „Unwort des Jahres 2002“ gekürt, s. FAZ vom 22.1.2003) drohen.

Gewinnen werden von den Vorschlägen von Unternehmern für Unternehmer einzig

und allein letztere, denn ihnen werden zukünftig allseits flexible und von den Fesseln des Arbeits- und Tarifrechts befreite „freie Verkäufer“ ihrer Arbeitskraft zur Verfügung stehen.

Jetzt beantwortet sich auch die Frage von selbst, warum die Hartz-Kommission nicht die Vorschläge öffentlich unterbreitet hat, die wirklich radikal sind und die Arbeitslosigkeit halbieren würden, nicht bloß statistisch, sondern tatsächlich durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, als da wären

– an dieser Stelle nur *pars pro toto* und *in nuce*:

- Ausweitung öffentlicher Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Kultur, Gesundheit
- Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung und aktiver Arbeitsmarktpolitik
- Umverteilung vorhandener Arbeit durch Überstundenabbau und Wochenarbeitszeitverkürzung, finanzierbar durch eingesparte Entgeltersatzleistungen, eine sozial gerechte Steuerreform, die ertragskräftige

- Unternehmen und Einkommensstarke durch Rücknahme der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne, Wiedererhebung der Vermögenssteuer und Reform der Erbschaftssteuer entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt,
- die konsequente Bekämpfung krimineller Steuerhinterziehung und
- Umschichtungen im Bundeshaushalt, zum Beispiel zu Lasten der Rüstungsausgaben.

Forum DL21

Präimplantationsdiagnostik: gesunde Kinder auf Bestellung?

Von Helga Kühn-Mengel

Mit den rasanten Fortschritten der Biomedizin, mit der dynamischen Entschlüsselung des genetischen Erbguts, mit der Entwicklung genetischer Testsysteme wird es in zunehmendem Maße möglich, Elternschaft, Schwangerschaft und Geburt technisch zu beeinflussen und zu kontrollieren. Ein Beispiel dafür ist die Präimplantationsdiagnostik (PID), ein Teilbereich der genetischen Diagnostik, der sich mit erheblicher Dynamik entwickelt. Die PID ist ein Verfahren, mit dem sich genetische Untersuchungen an Embryonen, die im Labor gezeugt wurden, vornehmen lassen.

PID heilt nicht, sie selektiert

Die PID findet notwendigerweise als Teil anderer fortpflanzungstechnologischer Maßnahmen statt: Grundlage ist die vorausgegangene In-Vitro-Fertilisation (IVF), die sogenannte künstliche Befruchtung. Allgemein bekannt ist die pränatale Diagnostik: Hier wird der Fötus im Mutterleib untersucht; die Präimplantationsdiagnostik hingegen untersucht den Embryo nicht nur vorgeburtlich, sondern *in vitro*, noch im Reagenzglas, vor dem Transfer in den Körper der Frau. Die Untersuchungen ermöglichen die Feststellung monogenetischer Erkrankungen, die auf die Veränderung eines Gens zurückzuführen sind, oder Veränderungen des Chromosoms allgemein.

Absoluter oder relativer Embryonenschutz? Das deutsche Embryonenschutzgesetz beruht auf einem absoluten Schutzkonzept für den menschlichen Embryo *in vitro* ab dem

Zeitpunkt der Kernverschmelzung. Dieses gestattet eine künstliche Befruchtung nur zur Herbeiführung einer Schwangerschaft; bei PID allerdings wird die Schwangerschaft, also die Implantation des Embryos, vom Ergebnis des Gentests abhängig gemacht. Die PID impliziert einen Bruch mit dem absoluten Schutzkonzept des Embryos: Es werden mehrere Embryonen geschaffen, und bei Vorliegen des nicht gewünschten genetischen Merkmals wird von einer Implantation in die Gebärmutter einer Frau abgesehen. Zudem werden im Rahmen der PID aus der künstlichen befruchteten Eizelle einzelne Zellen entnommen, die dann auf genetische Merkmale getestet werden. Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft ist nicht auszuschließen, dass bei diesen Zellen „Totipotenz“ vorliegt, also die Möglichkeit der Entwicklung zu einem menschlichen Individuum. Das Embryonenschutzgesetz aber verbietet die Untersuchung an Embryonen im Stadium der zellulären Totipotenz.

Die PID wird in Deutschland nicht durchgeführt, sie ist aber in einigen europäischen Nachbarländern und in den USA erlaubt. Im deutschen Embryonenschutzgesetz wird sie nicht ausdrücklich genannt. Die Mehrheit der Juristen und Juristinnen, ebenso wie die Bundesregierung, geht davon aus, dass ihre Anwendung durch deutsches Recht nicht gedeckt ist. Sie verstößt im Gegenteil gegen verschiedene Regelungen des Embryonenschutzgesetzes.

Immer wieder wird angeführt, dass die In-Vitro-Fertilisation in Verbindung mit der Prä-



Helga-Kühn Mengel

implantationsdiagnostik für manche Paare mit schweren Erberkrankungen im familiären Umfeld Hilfe und Entlastung darstellt: Sie eröffnet die Chance auf eine Schwangerschaft, ohne den Konflikt eines Abbruchs in den ersten Schwangerschaftswochen.

Die Debatte um die PID begann in Deutschland im Jahr 1995. Damals stellte sich ein Ehepaar an der Universitätsklinik Lübeck vor, das 1990 nach der Geburt ein Kind infolge einer schweren Mukoviszidose-Erkrankung verloren hatte. Eine daraufhin erfolgte genetische Diagnostik ergab ein Wiederholungsrisiko von 25 Prozent. Das Paar wünschte sich ein weiteres Kind, ließ jedoch im Laufe der Schwangerschaft eine Pränataldiagnostik durchführen. Nachdem die Untersuchung eine Mukoviszidose-Erkrankung ergeben hatte, wurde ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt. Eine dritte Schwangerschaft endete in gleicher Weise. Vor diesem Hintergrund ging das Paar den Weg der künstlichen Befruchtung und wünschte die Durchführung einer PID. Dies wurde von der Ethikkommission der Universität Lübeck allerdings mit Verweis auf die deutsche Rechtslage abgelehnt.

Für die psychisch belastende Situation dieses Paares und den daraus resultierenden Wunsch nach dem Testen des *in vitro* heranwachsenden Lebens habe ich Verständnis.

Helga Kühn-Mengel, SPD-MdB, gesundheitspolitische Sprecherin, Mitglied in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“.

Ethik ist meines Erachtens immer nur dann menschlich, wenn sie nicht abstrakt argumentiert, sondern auch den konkreten Einzelfall mit einbezieht.

Recht auf ein gesundes Kind

Allerdings zeigt gerade das Beispiel der Mukoviszidose für mich die Schwierigkeit der ethischen Bewertung und politischen Entscheidungsfindung. Viele Menschen führen mit dieser Krankheit aufgrund moderner Therapeutika ein durchaus „normales“ und erfülltes Leben mit Beruf und Familie. Für sie ist die Diagnose „Mukoviszidose“ keineswegs ein Grund zur Selektion von Embryonen. Sie fühlen sich in ihrer Würde verletzt, wenn gerade von der Ärzteschaft diese Krankheit immer wieder als klassisches Beispiel zur Durchführung einer PID genannt wird. Im Falle einer Zulassung der PID stellt sich also die Frage: Wer entscheidet über den Indikationskatalog, der zur Durchführung einer Diagnostik in vitro berechtigt? Selbst unter Humangenetikern gibt es keinen Konsens darüber, welche Erbkrankheiten als besonders schwerwiegend einzustufen sind. Die PID berührt in der Verfassung festgeschriebene Grundrechte, wie die Menschenwürde und das Recht auf Leben.

Weitere wichtige Fragen stellen sich: Welche Auswirkungen haben die neuen Gen- und Reproduktionstechniken auf das Leben und die Selbstbestimmung der Frau? Vor dem Hintergrund staatlicher und gesellschaftlicher Fremdbestimmung haben Frauen in den vergangenen Jahrzehnten die Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfe gefordert. Aber: Gibt es ein Recht auf ein Kind, und gibt es ein Recht auf ein gesundes Kind? Hat andererseits der Staat das Recht, die Nutzung der neuen gentechnischen Möglichkeiten zu verbieten?

Eine Familie zu gründen, Kinder zu haben, ist für viele Menschen wesentlicher Bestandteil eines erfüllten Lebens. Aber die nicht ein-

fach abzuwägenden Fragen lauten: Sollen wir dafür den Embryonenschutz aufgeben? Und müssen wir uns nicht fragen, ob eine solche Beschränkung auf Hochrisikopaare einzuhalten ist, wenn einmal die Erlaubnis grundsätzlich gegeben wurde? Und gibt es ein Recht auf ein eigenes, nicht behindertes Kind? Vielleicht ist PID der von einigen Wissenschaftlern gewünschte Einstieg in die verbrauchende Embryonenforschung.

Ich verstehe die Hoffnungen, die mit der Möglichkeit verbunden sind, in die Natur des Menschen eingreifen zu können. Zur PID gehört aber nicht nur der Wunsch nach einem eigenen Kind, sondern auch die so genannte Verwerfung genetisch belasteter Embryonen, die „Zeugung auf Probe“.

Aber noch herrscht Einigkeit darüber: Wo die Menschenwürde berührt ist, zählen wirtschaftliche Argumente nicht. Deshalb darf in Deutschland nicht an Embryonen geforscht werden.

Gibt es einen Bewertungswiderspruch zwischen § 218, PND und PID?

Diese Diskussion kommt immer wieder auf: Für mich ist es kein Bewertungswiderspruch, dass ein Schwangerschaftsabbruch nach Pränataldiagnostik zulässig ist, die Präimplantationsdiagnostik aber nicht. Zum Zeitpunkt der individuellen Entscheidung für die PID besteht keine Schwangerschaft, der Konflikt spielt sich im Labor ab, nicht innerhalb der untrennbaren Einheit von Mutter und Kind. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die einen relativen oder prozeduralen Schutz von menschlichen Embryonen vertreten, ist eine Abwägung gegenüber anderen hochrangigen Gütern, z.B. hochrangige Forschungsinteressen, Erfüllung des Kinderwunsches von „genetisch belasteten“ Paaren, hier nicht möglich. Auf dieser rechtsethischen Grundlage kann von der Schutzwürdigkeit des Embryos nur bei Kollision mit gleichrangigen Grundrechten abgesehen werden; dies ist

einzig bei einer bereits vorliegenden Schwangerschaft der Fall, sofern die Rechte auf Leben, körperliche Integrität und Selbstbestimmung der Frau berührt sind.

Gesellschaftliche Auswirkungen

Die PID selektiert Embryonen nach den Merkmalen „lebenswert“ bzw. „unerwünscht“. Damit geht neben dem frauenpolitischen die gesellschaftliche Dynamik mit einher, die einer gesetzlichen Öffnung der Präimplantationsdiagnostik folgen würde. Das Angebot der Präimplantationsdiagnostik birgt die Gefahr, dass der gesellschaftliche Druck weiter erhöht wird, die Geburt eines Kindes mit Behinderung zu verhindern.

Mir persönlich ist es ein besonderes Anliegen zu hinterfragen: Was bedeutet dies alles für Menschen mit Behinderungen? Die Zulassung der PID kann stigmatisierende, ausgrenzende und diskriminierende Tendenzen in der Gesellschaft gegenüber Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken verstärken. Behinderung wird dann womöglich als selbst verschuldet verurteilt werden.

Des Gesetzgeber ist in der Pflicht

Auf der Grundlage dieser Argumente kam die Enquete-Kommission „Recht und Ethik der modernen Medizin“ der 14. Legislatur zu dem eindeutigen Votum gegen eine Zulassung von PID. Es ist die Pflicht des Gesetzgebers, diese Fragen politisch zu entscheiden: Ständesrechtliche Regelungen, etwa in Form von Richtlinien der Bundesärztekammer reichen hier nicht aus. Die Fragen um die Zulässigkeit der Präimplantationsdiagnostik sind für mich politisch und ethisch längst nicht abschließend entschieden. Ich hoffe, dass die gerade wieder neu eingesetzte Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzt und die notwendige vorbereitende Arbeit für nachhaltige Entscheidungen des Deutschen Bundestages leistet.

Forum DL21

attac – Der Ratschlag

Bericht vom attac-Ratschlag, 18./19. Januar in Göttingen

von Lars Jeschke

Fremde Kulturen treffen aufeinander...

Circa 500 der mittlerweile 10.000 Mitglieder waren trotz kurzfristiger Einladung am 18./19. Januar nach Göttingen gekommen, wo neben einigen Debatten im Plenum eine

Vielzahl verschiedener Diskussionen und Arbeitsgruppen stattfand. Das Spektrum reichte von Diskussionen über die WTO (World Trade Organization), die Hintergründe des Irak-Krieges, die inhaltliche und orga-

nisatorische Vorbereitung von Veranstaltungen auf und zu kommenden Ereignissen wie Evian und G7-Gipfel bis hin zu Themen wie „Pressearbeit für Regionalgruppen“ oder „Moderationstechniken“.

Schon die Themenbreite macht deutlich, wie verschieden die Erwartungen der anwesenden attacies waren. Während die einen praktische Hilfestellung für die Arbeit vor Ort erhofften, wollten andere die Beteiligung an kommenden (Protest-)Veranstal-

Lars Jeschke, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender, Mitglied im SPD-Landesvorstand Bremen, Vertreter der Jusos im attac-Rat (höchstes beschlussfassendes Organ zwischen den Ratschlägen)

tungen konkret vorbereiten. Wieder andere wollten ihre Kenntnisse über die verschiedenen Organisationen und Prozesse, die die Globalisierung gestalten, vertiefen. Und so verwundert es auch nicht, dass derzeit drei verschiedene politische Kulturen bei attac aufeinanderprallen: diejenige mit organisationskritischer Haltung, aber auch zumeist ohne jede Organisationserfahrung, diejenige, die trotz kritischer Haltung einen tendenziell pragmatischen Politikansatz pflegt (teilweise mit, teilweise ohne Organisationserfahrung) und diejenige, die versucht attac für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Die letzte Gruppe ist sicherlich die kleinste, hat aber zur Zeit großen Einfluss auf die Debattenkultur und einzelne Arbeits- und Regionalgruppen, da sie attac in den Mittelpunkt ihrer Strategie stellen. Dies wurde nicht zuletzt deutlich bei den beiden Themen, die die Debatte des Ratschlags prägten: nämlich um das Papier „Globalisierung gerecht gestalten“ und der „Friedenstour“, einer Veranstaltung, die als Reihe bundesweit durchgeführt zur Mobilisierung für die Demonstration am 15. Februar in Berlin beitragen sollte. Heftige Diskussionen riefen die RednerInnen der Friedenstour hervor, beispielsweise wegen gewagter historischer Vergleiche, die Debatte darüber dauert an. Gestritten wurde über und anlässlich des gemeinsamen Positionspapiers von DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund), VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen) und attac Deutschland mit dem Titel „Globalisierung gerecht gestalten“.

Die Debatte um Bündnisse und Positionen

Der Streit um das DGB/VENRO/attac-Papier lohnt einer näheren Betrachtung: Auf zwölf Seiten haben die drei genannten Organisationen sich auf gemeinsame Positionen geeinigt, mit denen sie, „die neue Bundesregierung [...] zu einem größeren Engagement für eine sozial und ökologisch gerechtere Weltordnung mit demokratischem Antlitz“ (Globalisierung gerecht gestalten, S.1) auffordern will. Umfassend werden Forderungen und Anforderungen an Armutsbekämpfung, Nachhaltigkeit, die internationalen Finanzmärkte und ihre Institutionen, an die WTO und das GATS-Abkommen (General Agreement on Trade in Services – hier geht es um die Öffnung der Dienstleistungsmärkte, wie Gesundheit, Bildung u.v.m.), kurz zu allem was in globalisierungskritischen Kreisen derzeit diskutiert wird, formuliert. Die Kritik an dem Papier fand auf verschiedenen Ebenen statt. Viele hatten ein Problem mit dem Verfahren, dass der KoKreis (Koordinierungskreis, ähnlich einem Vorstand) dieses Papier mit den Partnern in einer Pressekonferenz veröffentlicht hat, ohne vorab die Mitglieder über das geplante Positionspapier zu informieren, geschweige denn zur Diskus-

sion gestellt zu haben. Diese Kritik kam vor allem von attacies, die mangelnde Transparenz der Arbeit der verschiedenen attac-Ebenen kritisieren. Sie haben große Angst, dass sich die Gremien verselbstständigen und attac letztendlich den Weg der Grünen geht, von einer kritischen Bewegung zu einer staatstragenden Partei oder zumindest etablierten Organisation mit den üblichen Umgangs- und Positionsfindungsformen. Diese Kritik wurde von einer Gruppe aufgegriffen, die sich ganz anderes von attac erhofft. Sie verfolgen die Strategie durch und mit attac weltweit die werktätigen Massen zu mobilisieren, um eine sozialistische Weltordnung durchzusetzen. Diese waren verantwortlich für die Schärfe in der Diskussion, für persönliche Diffamierungen und Verletzungen. Ähnlich scharf haben sich die geäußert, die sich gegen jede Globalisierung wenden und sich in einer bloß globalisierungskritischen Erklärung, die die Institutionen der neoliberalen Globalisierung wie die WTO indirekt anerkennt, nicht wiederfinden können. Auch inhaltlich wurde Kritik geübt. Es wurde bemängelt, dass sich attac hinter eigene Positionen zurückgezogen habe. Die „Frankfurter Erklärung“, die auf dem vorangegangenen Ratschlag verabschiedete Arbeitsgrundlage von attac, geht in ihren Positionen zur Globalisierung wesentlich weiter. Während von den Mitautoren die strategische Bedeutung der Zusammenarbeit vor allem mit den Gewerkschaften hervorgehoben wurde, wurde genau diese Zusammenarbeit von manchen Kritikern verurteilt. Einige attacies haben offensichtlich ein grundsätzliches Problem mit den deutschen Gewerkschaften, da diese ihrer Meinung nach in Betriebs- und Aufsichtsräten eine an Wirtschaftsinteressen orientierte Globalisierung befördern. Andere meinten, dass eine Zusammenarbeit nur mit Organisationen möglich sei, die die eigenen Positionen teilen. Insbesondere den organisationsunerfahrenen attacies ist es schwer gefallen zu verstehen, dass inhaltlich nichts aufgegeben wurde, die gemeinsame Erklärung die eigenen Positionen nicht ersetzt.

Was setzt sich durch: politischer Pragmatismus oder Fundamentalismus

Für die Zukunft von attac und damit auch der globalisierungskritischen Bewegung in Deutschland insgesamt, ist es von großer Bedeutung, in welcher Form mit potentiellen Bündnispartnern umgegangen wird. Sollte sich die Erwartung durchsetzen, dass attac-Positionen erst übernommen werden müssen, um eine Zusammenarbeit zu ermöglichen, wird attac sicher keine Bündnisse mehr eingehen können. Die große Skepsis vieler attacies gegenüber etablierten Organisationen mag berechtigt sein, darf aber nicht zu Bündnisunfähigkeit führen. Hier offenbarte sich die Meinung vieler Aktiver, sie bräuchten



Lars Jeschke

keine Bündnisse, sie seien die globalisierungskritische Bewegung und nicht bloß ein Teil davon. Nicht der kleinste gemeinsame Nenner sei richtig, sondern wer mit attac arbeiten wolle, müsse sich eben an deren Positionen orientieren. Diese Haltung findet sich auch in Bezug auf die Umwelt- und die Friedensbewegung wieder. Von ähnlich großer Bedeutung ist die innere Verfasstheit von attac. Viele Mitglieder äußerten die Erwartung, dass zum einen die GremienvertreterInnen keine Papiere legitimieren sollen, die hinter gefundene attac-Konsense zurückfallen. Zum anderen sollten Erklärungen, wie die hier diskutierte, dem Konsens-Prinzip von attac (90% Zustimmung=Konsens) unterworfen werden. Das würde bedeuten, dass attac, insbesondere der KoKreis, handlungsunfähig würde, da wichtige Erklärungen und Entscheidungen nur alle halbe Jahre auf dem Ratschlag diskutiert werden könnten.

attac oder Deutsches Sozialforum – wem gehört die Zukunft

Aus dem KoKreis und dem Rat wurde nach dieser Diskussion halblaut die Frage gestellt, ob attac in Deutschland noch eine Zukunft hat. Sollten sich Instrumentalisierungsversuche mit ihren gezielten Verletzungen und Diffamierungen wiederholen, werden sich Einzelpersonen und Organisationen, die die Arbeit derzeit tragen, perspektivisch zurückziehen. Gleiches gilt in der Frage, ob attac zu einem pragmatischen Politikansatz fähig ist. Der Spagat zwischen Netzwerk von Personen und Organisationen, deren Spektrum von der Hoffnung auf ein bisschen mehr Gerechtigkeit in der Welt bis hin zu dem Glauben an die kommende Weltrevolution reicht, hat gerade erst begonnen. Angesichts des Erfolgs von World und European Social Forum (WSF in Porto Allegre und ESF im November in Florenz) erschien den Zweiflern eine Zukunft ohne attac durchaus vorstellbar. Die Perspektive der globalisierungskritischen Bewegung hieße dann Deutsches Sozialforum. Ob sich die oben beschriebenen Probleme dort nicht wiederholen würden, ist allerdings eine andere Frage.

Mehr Beschäftigung durch weniger Kündigungsschutz?

von Ulrich Zachert

Neue Vorschläge zum Kündigungsschutz?

Vor kurzem erregte ein Vorschlag des Wirtschafts- und Arbeitsministers, Wolfgang Clement, Aufsehen, den Kündigungsschutz zu ändern. Clement hatte in einem Interview gesagt, der Schwellenwert des geltenden Kündigungsschutzgesetzes ab 6 Beschäftigten führe dazu, dass Kleinbetriebe nicht mehr als 5 Mitarbeiter einstellen würden. Also müsse man darüber nachdenken, ob – und wenn wie – diese harte Grenze abgeschliffen werden könne. Wie eine Neuregelung im Einzelnen aussehen und wie weit der Schwellenwert erhöht werden soll, ist noch unbekannt. Im Ministerium hieß es, es werde an eine gleitende Regelung gedacht.

Bevor darauf eingegangen wird, ob es sinnvoll ist, in diesem Sinne eine rechtspolitische Initiative zu ergreifen, sollen die wichtigsten Koordinaten des geltenden Kündigungsschutzrechts kurz in Erinnerung gerufen werden

Kündigungsschutz: Was ist das?

Wie in allen europäischen Ländern entscheidet der Unternehmer in Deutschland im Rahmen marktwirtschaftlicher Spielregeln, ob und wie viele Arbeitnehmer er beschäftigen kann und will. Zugleich verpflichten ihn verschiedene Gesetze, Kündigungen gegenüber den Betroffenen zwar nicht immer, aber doch in vielen Fällen zu rechtfertigen. Ob die Kündigung im jeweiligen Konflikt zulässig war oder nicht, entscheiden die Arbeitsgerichte. Hierzu gibt es eine umfassende Rechtsprechung, die durch Richterrecht über Jahrzehnte Grundsätze für die Lösung des jeweiligen Einzelfalles entwickelt hat. Nach geltender Rechtslage wird der Verlust des Arbeitsplatzes in aller Regel nicht verhindert, jedoch wird erreicht, dass Kündigungen vom Arbeitgeber gründlicher vorbereitet und besser begründet werden müssen. Auch dies entspricht dem Standard jedenfalls der übergroßen Mehrheit der europäischen Staaten.

Die Kernvorschrift des deutschen Kündigungsschutzrechtes ist § 1 Abs. 2 des Kün-

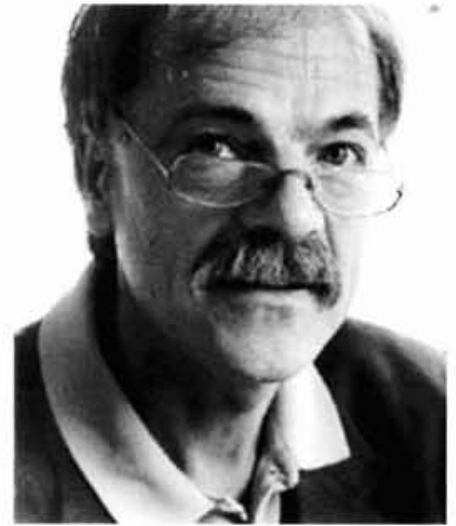
digungsschutzgesetzes (KSchG) aus dem Jahre 1951. Danach muss eine Kündigung „sozial gerechtfertigt“ sein. Unter dem Begriff der „sozialen Rechtfertigung“ werden fristgemäße Kündigungen von bestimmten Gründen abhängig gemacht, die der Arbeitgeber vorzutragen und gegebenenfalls zu beweisen hat. Das KSchG unterscheidet Gründe in der Person, im Verhalten des Arbeitnehmers sowie dringende betriebliche (wirtschaftliche) Gründe. Bei einer betriebsbedingten Kündigung muss der Arbeitgeber zusätzlich im Rahmen einer Auswahl soziale Gesichtspunkte ausreichend berücksichtigen. Darüber hinaus ist der Betriebsrat vor Kündigungen zu unterrichten und hat begrenzte Widerspruchsrechte gegen die Kündigung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Empirische Untersuchungen weisen aus, dass nur ein geringer Teil der gekündigten Arbeitnehmer, nämlich etwa 10%, versucht, durch eine Kündigungsschutzklage seine Rechte vor dem Arbeitsgericht überhaupt wahrzunehmen. Von diesen 10% setzt lediglich ca. 2% durch, dass ein Weiterbeschäftigungsanspruch an dem alten Arbeitsplatz besteht.

Dieser – in seiner Wirkung begrenzte – Kündigungsschutz setzt erst ein, wenn der Arbeitnehmer länger als sechs Monate in demselben Betrieb oder Unternehmen beschäftigt war. Außerdem müssen nach aktuellem Recht im Betrieb oder Unternehmen mindestens 6 Arbeitnehmer beschäftigt sein.

Die arbeitsmarktpolitische Kontroverse um den Kündigungsschutz

Die Kontroverse ist nicht neu. Im Gegenteil wurde über nur wenige arbeitsrechtliche Themen in den letzten Jahren in Wissenschaft und Politik so intensiv gestritten, wie über den Kündigungsschutz. Hintergrund sind unterschiedliche Positionen, die seit langem die ökonomische und arbeitsmarktpolitische Debatte beherrschen. Vor allem in der volkswirtschaftlichen Diskussion hat eine neoliberale Strömung erhebliches Gewicht. Danach führt der Abbau kündigungsschutzrechtlicher Schutzstandards



Ulrich Zachert

dazu, dass die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen gestärkt und zugleich ihre arbeitsmarktpolitische Situation verbessert wird. Dagegen gehen politisch-institutionelle (Arbeitsmarkt-) Theorien davon aus, dass sich die Beschäftigungsstabilität, die mit dem Kündigungsschutz verfolgt wird, grundsätzlich positiv auf Motivation und Vertrauen der Beschäftigten auswirkt und damit einen Beitrag zur Steigerung der Produktivität leistet.

Der Gesetzgeber: „Rein in die Kartoffeln und raus aus den Kartoffeln“

Alles dies blieb kein wissenschaftliches Glasperlenspiel. Vielmehr hat die konservativ/liberale Regierung im Jahr 1996 dem neoliberalen Ansatz in gewisser Weise Rechnung getragen. Der Kündigungsschutz wurde nämlich in verschiedener Hinsicht abgebaut oder eingeschränkt.

Unter anderem wurde die Schwelle der Geltung des KSchG heraufgesetzt. Nunmehr war das Gesetz lediglich für Betriebe ab 11 Arbeitnehmer – vorher ab 6 – anwendbar. Dies hört sich harmlos an, führte jedoch dazu, dass etwa 80% der (Klein-) Unternehmen mit knapp 20% der Beschäftigten aus dem Kündigungsschutz völlig herausfielen. Ferner hat die Novellierung von 1996 bei der Sozialauswahl, die der Arbeitgeber bei betriebsbedingten Kündigungen vornehmen muss, stärker auf Qualifizierung und weniger auf soziale Gesichtspunkte abgestellt.

Nach dem Wechsel der politischen Mehrheit im Herbst 1998 haben SPD und Grüne diese Änderungen weitgehend rückgängig gemacht und damit den ursprünglichen Rechtszustand wieder hergestellt. Die Änderungen des Jahres 1996, vor allem die Herabsetzung von zusätzlichen Kleinbetrieben aus dem Kündigungsschutz, hatten nämlich keine zusätzliche Beschäftigung erbracht. Bei allem Streit um Statistiken kann als gesichert gelten, dass die Senkung der Schutzstandards keinen wesentlichen Abbau der Ar-

beitslosigkeit zur Folge hatte. Darüber hinaus zeigen empirische Untersuchungen, dass – im Unterschied zu einem verbreiteten Eindruck – der deutsche Arbeitsmarkt bereits durch eine hohe Flexibilität gekennzeichnet ist. Jedes Jahr werden nämlich etwa ein Viertel der Beschäftigungsverhältnisse, das sind ca. 7 Millionen von etwa 32 Millionen Arbeitnehmern, durch Abgänge und Zugänge erneuert. Hier spielt eine Rolle, dass in vielen Fällen der Kündigungsschutz durch Alternativen des Personalabbaus vermieden werden kann. Dazu zählen u.a. Aufhebungsverträge und auch Befristungen, die nach geltendem Recht bis zu 2 Jahren ohne gerichtliche Kontrolle zulässig sind.

Schließlich ergeben international vergleichende Analysen, etwa der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass kein klarer Zusammenhang zwischen nationaler Regulungsdichte des Kündigungsschutzes und der Arbeitsmarktsituation besteht. Die Fähigkeit der Wirtschaft, Arbeitsplätze zu schaffen, hängt vor allem davon ab, ob sie in der Lage ist, neue Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und zu verkaufen sowie Hindernisse für Neugründungen von Unternehmen, etwa die Verfügbarkeit von Risikokapital, abzubauen. Ferner geht es um die Verbreitung von unternehmerischem Denken in der Bevölkerung und die räumliche Mobilität, also die Bereitschaft den Wohnort zu wechseln. Im Ergebnis scheint der Beitrag

des Arbeitsrechts weitaus geringer als diejenigen meinen, die im Abbau arbeitsrechtlicher Schutzstandards geradezu einen Königsweg zur Lösung arbeitsmarktpolitischer Probleme sehen.

Kündigungsschutz: Quo vadis – wo gehst Du hin?

Alles dies stimmt skeptisch, ob ein Drehen am Kündigungsschutz dazu führt, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen oder zumindest die bestehenden erhalten werden können. Gleichwohl greift die Rot-Grüne Regierung unter dem Druck der „Modernisierungspropheten“ die alten Ideen von 1996 wieder auf, die sie selbst bei Regierungsantritt im Jahre 1998 bereits gewogen und für zu leicht befunden hatte. Zwar wird versichert, man werde den Kündigungsschutz auch nicht teilweise durch eine Abfindungsregelung oder ein Wahlrecht hierauf ersetzen, wie es von der Opposition gefordert wird. Daran, dass die Schutzwelle für die Betroffenen gesenkt werden soll, kann jedoch kein ernsthafter Zweifel bestehen, denn sonst machte die Initiative Clements keinen Sinn. Vertreter der Wirtschaft mahnen bereits, die Änderung dürfe nicht nur symbolischen Charakter haben. Eine Lockerung müsse auf den gesamten Mittelstand, also auf Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten ausgedehnt werden. Dies würde jedenfalls in der Tendenz dazu führen, dass Deutschland sich aus dem „eu-

ropäischen Geleitzug“ entfernte. Denn in Art. 30 der Europäischen Grundrechtscharta vom Dezember 2000 wird ein Mindeststandard eines europäischen Kündigungsschutzes prinzipiell anerkannt. Auch unsere höchstrichterliche Rechtsprechung setzt Mindestbedingungen, die nicht unterschritten werden dürfen.

„Die Spuren schrecken“

Die Kontroverse dauert an und an Vorschlägen zum Abbau des bestehenden Kündigungsschutzes –, gestützt durch wissenschaftliche Expertisen –, wird es nicht mangeln. Churchill wird der Satz zugeschrieben: „Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“.

Lassen wir den gesunden Menschenverstand zu seinem Recht kommen. Wir haben Bundesländer mit einer Arbeitslosigkeit um 5-6% und andere, vor allem „neue“ Länder, wo sie sich um 20% herum bewegt. Überall gilt der gleiche Kündigungsschutz. Damit liegt der Gedanke nicht fern, dass wir Gründe für die Arbeitslosigkeit nicht –, jedenfalls nicht vorrangig –, im Kündigungsschutz zu suchen haben.

So ist man geneigt, die Betroffenen an die griechische Fabel vom Fuchs und dem kranken Löwen zu erinnern. Der krank in seiner Höhle liegende Löwe fragt den Fuchs, warum er nicht hereinkomme. Der Fuchs antwortet: „Weil ich sehe, dass viele Spuren hineinführen, aber wenige herauskommen ...“.

Forum DL21

Sonnige Aussichten?

Die Energiewende als nachhaltigstes Projekt dieses Jahrhunderts.

Von Marco Bülow

Wende Dich der Sonne entgegen Und Du lässt den Schatten hinter Dir! (Afrikanisches Sprichwort)

Dem wichtigem Hinweis auf die Gefahren der Globalisierung sollte immer der Nachsatz folgen, dass wir die drohenden Szenarien nicht als unabwendbares Schicksal hinnehmen müssen. Paradebeispiel dafür ist die Energiewende. Unser Umgang mit den fossilen Energieressourcen führt zu einem Horrorszenario, wenn wir das Ruder nicht noch herumreißen können. Sicher eine Aufgabe, zu der man Sisyphos und Herkules gleichermaßen benötigt. Doch

sie ist zu bewältigen, weil die Alternative nicht nur den Kollaps verhindern kann, sondern gleichzeitig eine riesige Chance bedeutet. Die Energiewende könnte zum nachhaltigsten globalen Projekt dieses Jahrhunderts werden.

1. Gerader Kurs zum Kollaps

Seit jeher war Energie die Grundlage für die menschliche Entwicklung, den wirtschaftlichen Fortschritt. Dies stellte so lange kein Problem dar, wie nur wenige Menschen an diesem Fortschritt partizipierten und der Verbrauch noch nicht so explodierte, wie wir es im letzten Jahrhundert erlebt haben.



Marco Bülow

Nahes Ende der Ressourcen

Wir wissen heute, dass die fossilen Energieressourcen nicht nur endlich, sondern in naher Zukunft erschöpft sind. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten fossile Vorräte verbraucht, die in der Natur in Jahrmillionen von Jahren entstanden sind. Auch wenn das genaue Jahr nicht vorher bestimmbar ist, hat schon ein Teil der jetzigen Weltbevölkerung mit den Auswirkungen der Verknappung, wahrscheinlich

Marco Bülow, Journalist, ist SPD-Bundestagsabgeordneter aus Dortmund und Mitglied im Umweltausschuß, Berichterstatter für den Bereich der erneuerbaren Energien. Ein ausführlicher Beitrag zum Thema findet sich auf www.marco-buelow.de

sogar dem Ende der fossilen Ressourcen zu kämpfen. Noch schneller holt uns die Realität ein, wenn der Anstieg des Energieverbrauchs weiter so fortschreitet wie bisher:

- Seit 1960 hat sich der Weltenergieverbrauch etwa verdreifacht. Bis 2030 wird er sich um mindestens weitere 65% erhöhen.
- Durch fortschreitende industrielle Entwicklung in bevölkerungsreichen Ländern wie China wird der Zuwachs im Verbrauch explodieren.
- Durch die immer seltener neu entdeckten Erdöl- oder Erdgasfelder wird der Weltenergiehunger nur für Stunden, höchstens für wenige Tage gestillt.

Das Ende von Öl, Gas und Uran ist selbst bei den optimistischsten Berechnungen noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erreicht.

Weite Wege für fossile Energien

Nur wenig Energie wird dort verbraucht, wo sie der Natur entzogen wird. Die Förderung von fossilen Ressourcen zieht viele Umwandlungsschritte und häufig viele Meilen des Transportes nach sich. Nur etwa 30% der tatsächlich geförderten Primärenergie landet als Nutzenergie beim Verbraucher. Dabei wurde durch die Förderung, die Umwandlungsprozesse und den Transport zum Endkunden bereits haufenweise CO² in die Atmosphäre gepustet.

Dicke Luft und Chaos-Klima

Der Klimawandel findet bereits statt und seine Auswirkungen werden zunehmend spürbar:

- Die Durchschnittstemperatur steigt und wird unsere Klimazonen verschieben.
- Seit Jahren schmelzen die „ewigen“ Eisbestände und verursachen ein Ansteigen des Meeresspiegels. Dies bedeutet weniger Landmasse bei steigenden Bevölkerungszahlen.
- Eine Zunahme von Sturmfluten fordert Tote, Verelendung und Massenmigration. Selbst in reichen Staaten fordert sie mindestens hohe ökonomische Schäden mit heftigen sozialen Auswirkungen. Hier genügt als Beispiel die Elbflut von 2002 anzuführen.

Derweil steigt der Ausstoß des Hauptklimakillers CO² kontinuierlich an. Bei gleichbleibendem Verlauf wird 2030 etwa 70% mehr CO² produziert als 2001. Dabei belastet dieser Anstieg nicht „nur“ unsere Umwelt und das Klima. In wenigen Jahrzehnten ist ein rapider Anstieg der CO²-Konzentration in unserer Atemluft verzeichnet worden. Wir dürften nicht einmal die Hälfte aller vorhandenen Ressourcen verbrauchen, weil ansonsten die CO²-Konzentration in der Atemluft lebensbedrohliche Ausmaße annehmen würde.

Wachsende Konflikte um Öl

Man braucht kein besonders aufmerksamer Beobachter zu sein, um zu erkennen, dass in zunehmenden Maße das Öl im Mittelpunkt sicherheitspolitischer und militärischer Erwägungen steht. Die Sicherung dieses begehrten

Energieträgers wird umso wichtiger, je weniger von ihm vorhanden ist. Diese Entwicklung erhöht das weltweite Konfliktpotential und steigert die Kriegsgefahr.

Verlierer sind natürlich die Menschen, die unter den Konflikt- und Kriegsfolgen zu leiden haben. Verlierer dieser Entwicklung sind zudem die ärmeren Länder insgesamt, da sie kaum die Mittel besitzen, den Kampf um die Ressourcen aufzunehmen. Letzte Wälder werden der Abholzung dann nicht mehr entkommen. Aber auch für die reichen Länder ergeben sich die bekannten unkalkulierbaren Risiken und Gefahren. Zudem erhöhen sich die Energiepreise, was wiederum die Wirtschaft extrem belastet. Dies alles um so mehr, da die Energieabhängigkeit der europäischen Länder von politisch instabilen Regionen immer größer wird. Bei einer gleichbleibenden Entwicklung verdoppelt sich die fossile Energieabhängigkeit Europas bereits in den nächsten 25 Jahren.

2. Rettungskurs Richtung Sonne

Seit Rio ist die Welt voll von gut gemeinten Absichtserklärungen und freiwilligen Vereinbarungen ohne größere Wirkung. Dabei darf es nicht bleiben. Erfolgversprechender ist das mutige Handeln einzelner Staaten und der engagierte Kampf einzelner Initiativen und Organisationen.

Deutschland hat sich nach dem Regierungswechsel 1998 auf die Fahnen geschrieben, die Energiewende voranzutreiben. In der Tat sind in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen getroffen worden, allmählich eine Wende einzuläuten. Dazu gibt es sicherlich eine Menge kritisch anzumerken. Das deutsche Beispiel zeigt uns aber, dass selbst mit Ansätzen in einem Land einiges erreicht werden kann, was bei Erfolg seine Nachahmer finden wird.

Modellbeispiel dafür ist die Förderung der Erneuerbaren Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG.) Diese Förderung hat in Deutschland einen regelrechten Boom ausgelöst. Die deutsche Bilanz nach zwei Jahren hat die meisten Erwartungen übertroffen:

Der Anteil der Erneuerbaren Energien soll bis 2010 auf über 12% verdoppelt werden. Bereits 2002 sind die 8% überschritten worden.

Allein 2001 wurden durch die Erneuerbaren Energien 35 Millionen Tonnen des Klimakillers CO² eingespart.

Die Erneuerbaren Energien sichern heute insgesamt etwa 130.000 Arbeitsplätze. Dies sind mehr Arbeitsplätze, als die Atom- und Kohlebranche zusammen aufbringen, obwohl ihr Anteil am Strommarkt fast 10 mal so groß ist. Weltweit folgen Länder dem deutschen Erfolgsweg und setzen ähnliche Gesetze in Kraft.

Erneuerbar statt „ex und hop“

Die unglaublichen Chancen der Erneuerbaren Energien sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Die bei den fossilen Energieträgern aufgezeigten Gefahren werden durch den Austausch mit Erneuerbaren Energien zu enormen Chancen:

Die Erneuerbaren Energiequellen sind unerschöpflich. Damit gelten die Investitionen in die Erneuerbaren Energien für alle kommenden Menschenzeitalter.

In allen Regionen der Welt sind Erneuerbare Energien vorhanden. Sie können meist sehr dezentral nutzbar gemacht werden und sich den örtlichen Begebenheiten anpassen. Es gibt weniger Umwandlungsprozesse und ein größerer Anteil an Nutzenergie landet auch tatsächlich beim Verbraucher.

Durch die Dezentralität werden zusätzlich deutlich mehr Arbeitsplätze (darunter viele handwerkliche Berufsgruppen) geschaffen.

Die klimaschädlichen Emissionen werden eingespart und die Klimaveränderungen könnten gestoppt werden.

Die abnehmende Energieabhängigkeit drosselt die Konflikt- und Kriegsgefahr. Dagegen ist der Einsatz moderner Technologien zur Gewinnung Erneuerbarer Energien nicht nur ein lohnendes Exportgeschäft, sondern auch ein sinnvoller Beitrag zur Entwicklungshilfe

Ein Spiel auf Zeit

Trotz der absoluten Dominanz der Vorteile der Erneuerbaren Energien gibt es noch keinen unaufhaltbaren Siegeszug. Einflussreiche Länder mit großen fossilen Ressourcen, mächtige herkömmliche Energie-Branchen verharmlosen die Gefahren, wettern wider besseren Wissens gegen eine Wende. Viele Politiker beugen sich diesem Lobbyismus, bremsen den Fortschritt. Sogenannte Modernisierer werden zu unbeweglichen Dinosauriern. Doch auch hier wird die Entwicklung nicht aufzuhalten sein. Die Frage ist allerdings, ob die Wende noch rechtzeitig kommt. Um eine wirkliche Wende hinzubekommen, bedarf es aber mehr, als die positiven Ansätze zur Förderung der Erneuerbaren Energien in Deutschland:

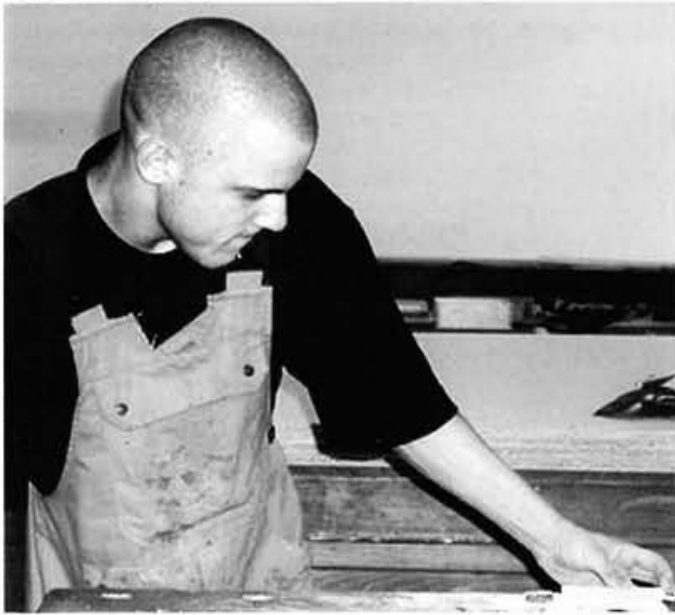
Viele Staaten müssen nachziehen, ein ökonomischer Wettkampf muss entstehen, der die Technologien immer effizienter macht, die Nutzungsmöglichkeiten verbreitert.

Die Kommunikations- und Aufklärungsarbeit muss noch besser in Gang kommen. Die von Deutschland im nächsten Jahr ausgerichtete Internationale Erneuerbare Energie Konferenz spielt dabei eine wichtige Aufgabe.

Die Forschung zu den Erneuerbaren Energien muss intensiviert werden. So werden sie schneller preislich konkurrenzfähig und es können weitere Potentiale entdeckt werden. Besonders wichtig ist die Ergänzung der Erneuerbaren Energien durch die Energieeffizienz. Ohne einen effizienteren Umgang mit der Energie werden die Erneuerbaren Energien zu spät kommen.

Die Energiewende könnte nicht nur zum nachhaltigsten Projekt dieses Jahrhunderts werden, sie ist zum Erfolg verdammt. Es sind keine utopischen, gar illusorischen Spinner, sondern knallharte Realisten, die für die Wende kämpfen. Sie bedürfen jedweder Unterstützung. Die Kraft von Herkules und die Ausdauer von Sisyphos liegt in jedem von uns.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Berufliche Orientierung

Einleitung zum Schwerpunkt

Von Ulf Banscheraus, Björn Böhning und Tanja Breuer

Nicht erst seit der fulminant angekündigten Kanzlerrede sind Diskussionen um qualitative Reformen in der deutschen Politik im Rückzug begriffen. Finanzierungsmöglichkeiten und Finanzpolitik stehen im Vordergrund der Debatten um die Zukunft sozialer Sicherung, von Bildung und Ausbildung sowie dem Ausmaß regionaler Infrastruktur. Ganz abgesehen davon, dass die Entscheidung, aus welchem Blickwinkel diese Politikfelder betrachtet werden, auch schon eine Richtungsentscheidung ist, wundert sich der politische Konsument doch darüber, dass die Frage nach der Ausgestaltung und der Organisation dieser Reformfelder kaum noch mehr diskutiert wird (werden kann). Erschwerend hinzu kommt, dass über fast alle politischen Lager hinweg, der programmatische Vorrat der 90er Jahre aufgebraucht ist und damit kurzfristige Finanzfragen im Vordergrund stehen. Mittel- und langfristige Reformvorstellungen werden dabei immer seltener artikuliert. Der Slogan „Geiz ist geil“ bekommt hier angesichts der Politikere – eine ganz neue Bedeutung. Diese Rahmenbedingungen haben wir zum Anlass genommen, ein Thema aufzugreifen, an dem sich Zukunftschancen junger Menschen entscheiden, aber auch beispielhaft Veränderungen in den Lebens- und Erwerbsläufen dargestellt und entsprechende Reformbedarfe abgeleitet werden können: Die Berufliche Orientierung.

Die konjunkturelle Schwächephase wirkt sich derzeit insbesondere auf eine massive Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit aus. Insgesamt haben wir derzeit – auch auf-

grund des Zurückfahrens der JUMP-Maßnahmen – 580.000 junge Arbeitslose. Auf dem Ausbildungsmarkt sieht es ähnlich aus. Nicht zuletzt deshalb hat der Bundeskanzler noch einmal eindringlich (wenn auch ohne Fristen) auf die Möglichkeit der Ausbildungsplatzumlage hingewiesen. Diese Zahlen bedeuten aber auch, dass viele junge Menschen ohne Zukunftsperspektive aufwachsen und sich bei ihnen die ökonomischen Krisenentwicklungen besonders abladen.

Gleichzeitig ändern sich die Anforderungen an das Management des eigenen Lebenslaufs und der Erwerbsbiografie. Unsichere Rahmenbedingungen und gesteigerte Anforderungen an Kompetenzen, Gestaltungs- und Integrationsleistungen gerade in der Zeit der beruflichen Orientierung müssen von jedem jungen Menschen in einem höchst individualisierten Maß bewältigt werden. Andreas Lange weist in seinem Artikel auf die Öffnung der Handlungsräume von Jugendlichen hin und beschreibt, wie gesellschaftliche wie ökonomische Ansprüche an das individuelle „Selbstmanagement“ gewachsen sind. Dies verlangt eine Vielzahl von Anpassungsleistungen im Lebenslauf, die darüber hinaus mit Ansprüchen an das eigene Leben und Arbeiten korrespondieren können – häufig diesen aber entgegenlaufen.

Übergänge im Lebenslauf, sei es zwischen Arbeitsplätzen oder zwischen Bildung und Beruf, werden immer mehr auch zu entscheidenden Wegweisern des eigenen Lebensweges. Soziale Benachteiligungen wirken sich hier fort oder werden nivelliert. Wie Lebenslaufübergänge gestaltet werden bzw. werden können, und wo Unterstützungsleistungen notwendig wären, bedarf tiefer gehender Analysen.

Die berufliche Orientierung ist in Zeiten der „Globalisierung“ untrennbar mit der regionalen Wirtschaftsstruktur verbunden. Zwar werden die (gesetzlichen) Anforderungen an die individuelle Mobilität immer größer, gleichzeitig fehlen aber sozialstaatliche Absicherungs- und Anreizstrukturen. Die Bedeutung regionaler Bildungslandschaften für die Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik nimmt Ingo Benzenberg in den Blick. Er zeigt deutlich, dass Berufsschulen als zentraler Bestandteil einer abgestimmten Arbeitsmarkt-, Regional- und Strukturpolitik einen wichtigen Beitrag zur Qualifizierung und Weiterbildung und damit zum regionalen Strukturwandel leisten können.

Wie das Thema berufliche Orientierung in die politische Diskussion eingespeist werden kann und dabei zum Ausgangspunkt eines populären Reformansatzes in der jungen Generation werden kann, zeigen Gombert, Böhning und Banscheraus in ihrem Artikel. Sie fordern ein, dass die berufliche Orientierung auf die gesamte Erwerbsbiografie ausgedehnt werden muss und leiten daraus Anforderungen an die Bildungs- und Sozialpolitik ab. Sie versuchen dabei durch unterstützende und dienstleisterische soziale Sicherungsmaßnahmen während der Berufsorientierung ein positives Staatsverständnis zu etablieren.

Zum Abschluss vergleicht Tanja Breuer das französische und britische Berufsausbildungssystem mit dem deutschen dualen System. Es zeigt sich, dass die deutsche Berufsausbildung obwohl sich die Unternehmen aus der Verantwortung für die betriebliche Ausbildung zurückziehen, entscheidende Vorteile gegenüber einem rein staatlichen oder einem rein marktorientierten System hat.

Dieser spw-Schwerpunkt soll den Bogen aufspannen für die Diskussion um Qualität und Zielrichtung fortschrittlicher Politik. Dies wird am Beispiel der Berufsorientierung beispielhaft deutlich. Die soziale, bildungs- und strukturpolitische Frage beruflicher Orientierung wird insbesondere die Jusos bei ihrer Diskussion um ein solidarisches Generationenprojekt weiter begleiten. Es gilt darüber hinaus, an weiteren Fragestellungen die zentralen Reformfelder einer linken „Agenda 2010“ zu bestimmen.

spw 2/2003

Ulf Banscheraus lebt und studiert in Berlin, Björn Böhning, stellv. Juso-Bundesvorsitzender, Berlin, Tanja Breuer, stellv. Juso-Bundesvorsitzende, Trier

Qualifikationsentwicklung in einer sich wandelnden Arbeitswelt

Von Anja Hall

Einleitung

Der Wandel der Wirtschaft und der Arbeitswelt hat unmittelbare Auswirkungen auf die Beschäftigten- und Qualifikationsentwicklung sowie die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Angestoßen sind die Veränderungen in der Arbeitswelt u.a. durch die Globalisierung der Wirtschaft und des Handels sowie durch sinkende Markteintrittsbarrieren. Diese lassen den Wettbewerbsdruck unter den Anbietern steigen und verändern die Angebotsstrukturen. Die wichtigsten Folgen von Strukturwandel und Globalisierung sind verstärkter Kostendruck, zunehmende Innovationen und eine erweiterte Produktpalette, so die Ergebnisse einer Betriebsbefragung zur Weiterbildung in Deutschland. (Vgl. Grünewald, U. u.a.)

Vorangetrieben werden diese Entwicklungen durch die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, die wie kaum eine andere technologische Basisinnovation des 20. Jahrhunderts Unternehmen, Volkswirtschaften und Gesellschaften nachhaltig beeinflusst haben. Als Katalysator für Wachstum und Produktivität durchdringen sie nahezu alle Bereiche der Wertschöpfung in allen Branchen und ermöglichen die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle und die Optimierung von Beschaffungs-, Herstellungs- und Vertriebsprozessen.

Der zunehmende Technikeinsatz und die steigende Marktdynamik wie auch Veränderungen der Kundenstruktur, des Kundenverhaltens und der Kundenbedürfnisse führen des Weiteren zu einem nachhaltigen Strukturwandel in den Organisationen. Prozessorientierte Betriebs- und Arbeitsorganisationen beginnen sich durchzusetzen, mit dem Ziel rascher auf Wandlungen der Märkte und differenzierter auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Kunden reagieren zu können. Im Unterschied zur traditionellen Organisation nach Fachabteilungen und entsprechenden Berufen strukturieren in prozessorientierten Arbeitsorganisationen die Erforder-

nisse der Prozesse gleichermaßen Aufgabenzuschnitte und Zuständigkeiten. (Vgl. Schumann, M.: 2002)

Der Wandel der Arbeitswelt wird im ersten Teil dieses Beitrags näher beschrieben und zwar anhand von in deutschen Betrieben eingeführten Innovationen und deren Auswirkungen auf die Arbeitssituationen der Beschäftigten. Im zweiten Teil des Beitrags wird die Beschäftigten- und Qualifikationsentwicklung nach Sektoren, Tätigkeitsfeldern und Qualifikationen bis 2010 sowie die Reaktionen des Systems der beruflichen Bildung auf die Veränderungen der Arbeitswelt untersucht.

Wandel der Arbeitswelt

Veränderungsdynamik in den Betrieben und deren Folgen für die Beschäftigten

Drei von vier Erwerbstätigen haben zwischen 1997 und 1999 Veränderungen in ihren Betrieben wahrgenommen; die persönliche Arbeitssituation hat sich dadurch bei jedem zweiten Befragten verändert. Dies sind

Ergebnisse einer repräsentativen Erwerbstätigenbefragung von 1998/99 zum Wandel der Arbeitswelt und seinen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsbelastungen. Hierbei handelt es sich um eine Befragung von rund

Die Umstrukturierung oder Umorganisation von Abteilungen hat im Durchschnitt fast jeder dritte Befragte in den letzten zwei Jahren erlebt.

34,3 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland (0,1-% Stichprobe). (Informationen zum Datensatz: www.bibb.de/forum/projekte/bibb_iab/start.htm)

Über die Einführung neuer Produktionstechniken, Maschinen, Werkstoffe oder neuer Computerprogramme in den Betrieben berichten 44 Prozent der Befragten. Neue oder deutlich verbesserte Produkte bzw. neue Dienstleistungen nennen 34 Prozent. Von Prozess- oder Produktinnovationen persönlich betroffen ist fast jeder zweite Befragte. Die Umstrukturierung oder Umorganisation von Abteilungen/ Arbeitsbereichen hat im Durchschnitt fast jeder dritte Befragte in den letzten zwei Jahren erlebt (29%). Dies war deutlich häufiger der Fall, wenn neue Produktionstechniken, Maschinen, Werkstoffe oder neue Computerprogramme in den Be-

trieben eingeführt wurden (48%) als ohne diese technischen Innovationen (14%). Für 44 Prozent hatten derartige Umstrukturierungen eine unmittelbare Auswirkung auf die persönliche Arbeitssituation. (Das Ausmaß, in dem Veränderungen in den Betrieben auftreten, steigt generell mit der Betriebsgröße, insbesondere im Falle von betrieblichen Umstrukturierungen: 1- 49 Beschäftigte (17%), 50-499 Beschäftigte (44%), 500 und mehr Beschäftigte (63%). Die persönliche Betroffenheit der Arbeitnehmer ist allerdings in Kleinbetrieben (51%) höher als in Großbetrieben (41%)

Weitere Organisationsinnovationen sind Veränderungen im Managementbereich (22%), die Auslagerung von Aufgaben/Arbeitsbereichen bzw. die vermehrte Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen (12 %) sowie die Modifikationen der Unternehmensstruktur/der Eigentumsverhältnisse (10 %). Diese Veränderungen haben bei jedem dritten Befragten die persönliche Arbeitssituation verändert.

35 Prozent der Befragten sagen, dass in den letzten zwei Jahren zusätzliche MitarbeiterInnen eingestellt wurden; 21 Prozent der Befragten haben erlebt, dass vermehrt freie MitarbeiterInnen oder Aushilfen eingesetzt wurden. Persönlich betroffen ist von diesen Personalentwicklungen lediglich jeder vierte Befragte. Personalreduktion, Stellenabbau bzw. Entlassungen wurden zwar nur von 29 Prozent der Befragten berichtet, doch hat sich bei 40 Prozent von diesen die persönliche Arbeitssituation verändert. So kann sich durch Personalreduktion etc. der Zuschnitt des eigenen Arbeitsplatzes, der eigenen Arbeitsaufgabe, der Arbeitsdruck oder der Grad der Arbeitsteilung verändern. (Vgl. Dostal, W.: 2001) Fast jeder zweite Befragte (43%) sieht sich infolge dieser veränderten Arbeitssituation seit 1997 mit gestiegenen fachlichen Anforderungen konfrontiert. Für Befragte, deren Arbeitssituation sich durch die beschriebenen Veränderungen gewandelt haben, trifft dies deutlich häufiger zu (58%) als für Beschäftigte, die von Innovationen nicht betroffen waren (33%). Auch werden Befragte, die mit einer neuen Arbeitssituation konfrontiert wurden, bei ihrer Arbeit häufiger vor neue Aufgaben gestellt, in die sie sich erst mal hineindenken und einarbeiten müssen (44%), als Beschäftigte, deren Arbeitssituation seit 1997 gleich geblieben ist (28%). Demzufolge sagen Beschäftigte in neuen Arbeitssituationen auch häufiger, dass zumindest immer mal wieder Dinge verlangt werden, die nicht erlernt wurden

(29%), als nichtbetroffene Befragte (19%). Die Bewältigung neuer Aufgaben, die vom normalen Arbeitsablauf abweichen, erfordern Problemlösungskompetenz und die ständige Bereitschaft sich weiterzubilden. In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Weiterbildungsbeteiligung von Erwerbstätigen in Westdeutschland stetig und deutlich zugenommen: Waren es 1979 noch 20 Prozent, so stieg der Anteil 1998/1999 auf 41 Prozent der Erwerbstätigen, die an einer beruflichen Weiterbildung teilgenommen haben. (Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in den letzten

5 Jahren Lehrgänge, Kurse oder Seminare besucht, die der Weiterbildung im Beruf oder der beruflichen Umschulung dienen?) Dabei liegt die Beteiligung von Beschäftigten in Dienstleistungsberufen (46%) deutlich über dem Anteil für gewerblich-technische Berufe (33%). Aus der hohen Weiterbildungsbeteiligung kann allerdings nicht zwangsläufig der Schluss gezogen werden, dass die benötigten Kenntnisse nicht ausreichend vorhanden wären. Sie belegt aber, dass zur Erhaltung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt berufliche Qualifikationen laufend ergänzt bzw. erweitert werden müssen (bedingt durch die eingangs beschriebenen Entwicklungen). Mit anderen Worten: die hohe Weiterbildungsbeteiligung ist ein Indikator für die hohe Innovationsdynamik in der Arbeitswelt.

Die von den Beschäftigten wahrgenommenen betrieblichen Veränderungen spiegeln sich wider in der Sicht der Betriebe. Als Ursachen für die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen nennen die Betriebe hauptsächlich: die Entwicklung neuer Produkte (47%), neue Prozesse in der Produktion bzw. zur Leistungserbringung (41%) und neue Organisationsstrukturen (25%). (Quelle: IAB-Betriebspanel 2000)

Verbreitung der Informationstechnologie als Motor des Wandel

Motor des Wandels in der Arbeitswelt ist die rasante Verbreitung der Informationstechnologie. Ende der siebziger Jahre geben 13 Prozent der Erwerbstätigen an, zumindest gelegentlich mit computergesteuerten Geräten zu arbeiten. Bis 1985/86 stieg dieser Anteil auf 22 Prozent, bis 1991/92 auf 39 Prozent. 1999 arbeiten zwei von drei Beschäftigten (65%) zumindest gelegentlich mit programmgesteuerten Arbeitsmitteln. Dabei haben computergesteuerte Arbeitsmittel Werkzeuge und Arbeitsmittel einfacher Art nicht verdrängt, sie ergänzen sie vielmehr; die Vielfalt des Arbeitsmitteleinsatzes hat im Zuge des Vordringens neuer Techniken sogar zugenommen. Auch die früher geäußerte These, „moderne Technik entwertete Qualifikationen“

bestätigt sich nicht: In Deutschland haben Berufstätige, die mit neuer Technik arbeiten, überdurchschnittlich häufig ein Hochschulstudium, eine Fachschulausbildung oder eine betriebliche Ausbildung abgeschlossen. (Vgl. Troll, L.: 2002)

Gerade als überwiegend verwendetes Arbeitsmittel nehmen computergesteuerte Geräte an Bedeutung zu. Waren es 1979 noch 6 Prozent, stieg der Anteil 1998/99 auf 38 Prozent. Das Verhältnis von hauptsächlich und gelegentlicher Nutzung programmgesteuerter Arbeitsmittel hat sich Ende der 90er

Jahre zugunsten des Hauptarbeitsmittels verschoben (1979: 40%-60%, 1998/99: 60%-40%).

Die neuen Techniken berühren nahezu jeden Wirtschaftszweig und Arbeitsbereich und weisen alle Merkmale einer Schlüsseltechnologie auf. Selbst im Berufsbereich „Naturprodukte gewinnen“ (Gärtner, Landwirte) setzten sich diese langsam durch (8 % 1991/92 auf 27 % 1998/99). Am häufigsten werden computergesteuerte Arbeitsmittel in den Dienstleistungsberufen eingesetzt: Verwaltungs-, Büroberufe (93%), Planungs-, Laborberufe (93%), Dienstleistungskaufleute (73%). (Vgl. Troll, L.: 2000)

Die zunehmende Verbreitung und der Einsatz von Informationstechnologien in fast allen Bereichen verlangen in nahezu allen Berufen EDV-Kenntnisse, wobei die Beschäftigten auf diese Anforderungen unterschiedlich vorbereitet sind. Fast jeder dritte Beschäftigte (30%) benötigt 1998/99 bei seiner Tätigkeit EDV-Kenntnisse, die über Grundkenntnisse hinausgehen, so die Ergebnisse der BIBB/IAB-Erwerbstätigenbefragung von 1998/99. Beschäftigte in technischen Berufen, Büroberufen, Organisations- und Verwaltungsberufen sowie Dienstleistungskaufleute benötigen signifikant häufiger

(rund 60%) besondere EDV-Kenntnisse. Weit unter dem Durchschnitt liegen Beschäftigte in Fertigungs- und Verkehrsberufen (12%).

Der Weiterbildungsbedarf ist in allen Berufsbereichen sehr hoch: 36 Prozent der Beschäftigten, die diese Kenntnisse benötigen, sehen es als erforderlich an, diese durch Weiterbildung zu ergänzen, aufzufrischen oder zu erweitern. Zahlenmäßig betrifft dies z.B. 884.000 Beschäftigte in Büroberufen, 445.000 Beschäftigte in Fertigungsberufen, 332.000 Beschäftigte in Sozial-/Erziehungsberufen. Hinzu kommen 2,1 Millionen Beschäftigte (9%), die zwar zum Befragungszeitpunkt keine besonderen EDV-Kenntnisse im Beruf benötigen, aber dennoch einen Weiterbildungsbedarf voraussehen.

Beschäftigten- und Qualifikationsentwicklung

Entwicklungstrends nach Sektor, Tätigkeitsfeld, Tätigkeits- und Qualifikationsniveau

Projektionen (vgl. Dostal, R.: 1999) bestätigen für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland innerhalb der Sektoren eine weitere Verlagerung zum Dienstleistungsbereich auf 69 Prozent in 2010 (1995: 62%). Die damit verbundene allgemeine Höherqualifizierung ist dabei weniger auf die Beschäftigungsverschiebung zugunsten des Dienstleistungsbereichs zurückzuführen als vielmehr auf eine intrasektorale Verschiebung der Qualifikation in den einzelnen Wirtschaftszweigen. So setzt sich die Zunahme von Planungs- und Verwaltungsberufen, die einen höheren Anteil von Hochqualifizierten aufweisen als die Fertigungsberufe, branchenübergreifend durch. Hinzu kommt der Stellenabbau in den Fertigungsberufen, der bis Anfang der 90er Jahre fast nur Ungelernte traf. (vgl. Alex, L.: 2000)

Die Veränderungen auf der Ebene der Tätigkeitsfelder verdeutlichen diese intrasektoralen Qualifikationsverschiebungen: Bei den Produktionstätigkeiten werden Arbeitsvolumen und Beschäftigte deutlich abnehmen. Dabei



Foto: Christian Kiel (Berlin)

sind nicht nur die primären Produktionstätigkeiten wie „Gewinnen und Herstellen“ betroffen, sondern auch die sekundären Produktionstätigkeiten wie „Maschinen einrichten, Reparieren“ (Anteilsrückgang seit 1995: 6,7 Prozent-Punkte). Hoffnungsträger der künftigen Beschäftigungsentwicklung sind die sekundären Dienstleistungen (insbesondere „Organisation/Management“, „Betreuen/Beraten/Lehren/Publizieren“, „Forschen/Entwickeln“) mit einem Anteilszuwachs von 5,3 Prozent-Punkten seit 1995.

Auf der Ebene der *Tätigkeiten* zeigt sich: Die Bedeutung von *anspruchsvolleren Tätigkeiten* wie Führungsaufgaben, Organisation und Management, qualifizierte Forschung und Entwicklung, Betreuung, Beratung, Lehren, u.ä. nimmt bis 2010 deutlich auf 41 Prozent zu (Anteil 1985: 28%, Anteil 1995: 35%). Einfache Tätigkeiten werden hingegen immer weniger nachgefragt, so dass zukünftig mit weiter steigenden Qualifikationsanforderungen zu rechnen ist.

Der Bedarf an (Fach-) Hochschulabsolventen wird daher bis 2010 auf 29 Prozent wachsen (1995: 23%); für gering Qualifizierte werden hingegen Beschäftigungseinbußen von 17 Prozent 1995 auf 11 Prozent bis 2010 erwartet. Die mittlere Qualifikationsebene (Lehre) wird im Volumen ihren Anteil von 61 Prozent nahezu beibehalten, wobei auf der Fachschulebene ein Anstieg auf 12 Prozent bis 2010 (1995: 9%) zu verzeichnen sein wird. Die Kombination Realschule plus Lehre wird 2010 mit 33 Prozent (Anteil 1995: 24%) in ihrer Bedeutung gegenüber der Kombination Hauptschule plus Lehre mit einem Anteil von 30 Prozent in 2010 zunehmen (Anteil 1995: 39%).

Beschäftigungsfähigkeit durch berufliche Bildung

Aufgrund der eingangs beschriebenen hohen Dynamik des ökonomisch-technologischen Wandels und der Veränderungen der Betriebs- und Arbeitsorganisation, die sich immer weniger an einer Arbeitsteilung mit klar definiertem Funktions- und Berufsbezug orientiert, müssen Berufe fortlaufend modernisiert werden, um nicht hinter der Realität zu rückzubleiben. (Zwischen 1996 und 2002 sind 125 Ausbildungsberufe modernisiert worden, 47 Berufe wurden in diesem Zeitraum neu geschaffen. Damit wurden neue Tätigkeitsfelder erschlossen, insbesondere im Dienstleistungsbereich.) Drei ineinander greifende Gestaltungselemente der Berufsbildung sind hier besonders hervorzuheben (Vgl. Sauter, E.: 2002):

Dynamische Beruflichkeit und Gestaltungsoffenheit

Neben dem Verzicht auf Technikvorgaben mit dem Ziel, die Inhalte gegenüber techni-

schen Weiterentwicklungen und Verfahrensveränderungen offen zu halten (Prinzip der Gestaltungsoffenheit) werden Ausbildungsberufe dynamisch konzipiert: Zum einen besteht ein Kern von relativ stabilen Qualifikationen und Kompetenzen (die wichtigsten Berufsfunktionen); zum anderen ein Flexibilitätskorridor, der dafür sorgt, dass branchen- und betriebsspezifischen Anforderungen im Rahmen eines Berufs entsprochen werden kann. Nach diesem Muster sind z.B. die im Jahre 1997 in Kraft getretenen vier IT-Ausbildungsberufe konstruiert.

Dynamische Beruflichkeit und Flexibilität durch vielfältige Strukturierung

Mit der Neuordnung und Modernisierung von Ausbildungsberufen sind vielfältige Strukturierungsmöglichkeiten entstanden: Durch Pflicht- und Wahlqualifikationseinheiten, Fachbereiche, Einsatzgebiete, Sparten und Wahlbereiche wird üblicherweise im letzten Drittel der Ausbildung auf ein breites Spektrum späterer Tätigkeits- und Beschäftigungsfelder vorbereitet. Hervorzuheben ist dabei insbesondere die modulare Strategie, d.h. Betriebe und Auszubildende haben die Möglichkeit, aus einer vorgegebenen Anzahl von Qualifikationen zu wählen und so betriebsspezifische und individuelle Ausprägungen eines Gesamtprofils zu erreichen.

Dynamische Beruflichkeit und Flexibilität durch Zusatzqualifikationen

Zusatzqualifikationen als zertifizierbare (Teil-) Qualifikationen, die über das hinausgehen, was die Ausbildungsordnungen fordern (z.B. berufsorientierte Sprachkenntnisse oder IT-Qualifikationen) eröffnen als Mittelstück zwischen Aus- und Weiterbildung für die Betriebe vielfältige Möglichkeiten, berufliche Bildung flexibel zu gestalten. Neben einer flexiblen Strukturierung der Berufsbildung muss eine systematische Ver-

knüpfung von Aus- und Weiterbildung die Anschlussfähigkeit für den weiteren Qualifikations- und Kompetenzerwerb gewährleisten. Das flexible IT-Weiterbildungssystem, das auf

den vier IT-Berufen aufbaut, erlaubt z.B. die Verzahnung von IT-Weiterbildungsabschlüssen auch mit IT-Studiengängen.

Aus den in vielen Bereichen immer schneller stattfindenden technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gilt es, frühzeitig und kontinuierlich die richtigen Konsequenzen zu ziehen, um Qualifikationsdefizite zu vermeiden. Hierzu hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Forschungsnetz „FreQueNz“ eine Initiative zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen initiiert mit dem Ziel, neue Trends der Qualifikati-

onsentwicklung kontinuierlich zu beobachten und frühzeitig zu identifizieren. (Der Früherkennungsinitiative des BMBF gehören mittlerweile elf Institute und Institutionen an. Für den Ergebnistransfer steht die elektronische Informations- und Kommunikationsplattform <http://www.frequenz.net> zur Verfügung.)

Da in Bereichen/Branchen mit etablierten (staatlich anerkannten) Qualifizierungswegen in der Regel funktionsfähige Sozialpartnerstrukturen bestehen, die solche Monitoringfunktionen übernehmen, gilt das besondere Interesse neuen Beschäftigungsfeldern, in denen Tarif- bzw. Sozialpartnerstrukturen in der Regel wenig entwickelt sind. Aus dem Forschungsnetz FreQueNz liegen beispielsweise Ergebnisse zu folgenden Branchen-, Tätigkeitsfeldern vor: IT, Multimedia, E-Commerce, Logistik, Einzelhandel, kaufmännische und technische Büro-tätigkeiten, Facility-Management, Finanzdienstleistungen, Gesundheit, Pflege, Wellness, Tourismus, Bau/ KFZ/ Elektro, Call-center. Diese Beispiele zeigen: Neben der Analyse der längerfristigen strukturellen Entwicklungen auf der Makroebene müssen insbesondere die Entwicklungen auf der Mikroebene der Tätigkeitsfelder und Tätigkeiten beobachtet werden.

spw 2 / 2003

Literatur

- Alex, L. (2000): „Qualifikationen und Erwerbstätigkeit 1979 – 1999“; in: BMBF (Hrsg.): „Qualifikationsstrukturbericht 2000“, Bonn.
- Dostal, R. (1999): Arbeitslandschaft 2010 – Teil 2: Ungebrochener Trend in die Wissensgesellschaft, IAB-Kurzbericht 10/99 sowie Weidig, I.; Hofer, P.; Wolff, H. (1999): Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau, Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung (BeitrAB 227)
- Dostal, W. (2001): Veränderungen im Betrieb und ihre Auswirkungen auf die persönliche Arbeitssituation, in: Dostal, W. u.a.: „Wandel der Erwerbsarbeit: Qualifikationsverwertung in sich verändernden Arbeitsstrukturen“, BeitrAB 246. Dieser Band enthält auch das Ausmaß betrieblicher Veränderungen und der Betroffenheit nach verschiedenen Personengruppen.
- Dostal, R. (1999): Arbeitslandschaft 2010 – Teil 2: Ungebrochener Trend in die Wissensgesellschaft, IAB-Kurzbericht 10/99 sowie Weidig, I.; Hofer, P.; Wolff, H. (1999): Arbeitslandschaft 2010 nach Tätigkeiten und Tätigkeitsniveau, Beiträge zur Arbeitsmarkt und Berufsforschung (BeitrAB 227)
- Grünwald, U.; Moraal, D.; Schönfeld, G. (2003). Betriebliche Weiterbildung in Deutschland und Europa, Bielefeld (Befragt wurden 474 weiterbildende Unternehmen in Deutschland)
- IAB-Betriebspanel 2000, Berechnung durch die Schalterstelle des IAB-Betriebspanel. Das Panel umfasst hochgerechnet 2.153.506 Betriebe
- Sauter, E. (2002): Ein neues Paradigma für die Konstruktion von Ausbildungsberufen, WSI Mitteilungen 1/2002
- Schumann, M. (2002). Struktureller Wandel und Entwicklung der Qualifikationsanforderungen. CD-ROM: Dokumentation des 4. BIBB-Fachkongresses 2002. Berufsbildung für eine globale Gesellschaft – Perspektiven im 21. Jahrhundert, Berlin 23.-25. Oktober 2002
- Troll, L. (2000): Die „dritte technische Revolution“ hat schon stattgefunden, IAB-Materialien 1/2000
- Troll, L. (2002): Die Arbeitsmittellandschaft in Deutschland. Auf der CD-ROM: Dokumentation des 4. BIBB-Fachkongresses 2002. Berufsbildung für eine globale Gesellschaft – Perspektiven im 21. Jahrhundert, Berlin 23.-25. Oktober 2002

Die Bedeutung von anspruchsvolleren Tätigkeiten nimmt deutlich zu.

Die Lebensführung Jugendlicher und ihre beruflichen Perspektiven in einer Bildungs- und Wissensgesellschaft

Von Andreas Lange

1. Der Grundwiderspruch heutigen Jungseins: virtuelle Öffnung der Handlungsräume bei gleichzeitiger Steigerung der Ansprüche an Selbstorganisation und -management

Will man nicht in den vielstimmigen Chor der Kulturkritiker von Jugendlichen einstimmen und dem eine sozial- sowie kulturwissenschaftlich fundierte Zeitdiagnose heutigen Jungseins entgegensetzen, muss man sich von Beginn an mit den Widersprüchen unserer Epoche auseinandersetzen. Der fundamentalste Widerspruch ist dabei die virtuelle Öffnung von Handlungs- und Orientierungsräumen für junge Menschen bei gleichzeitiger Steigerung der Anforderungen an deren Selbstdisziplin, Selbstorganisationsfähigkeiten und „Selbstmanagement“. Die Erweiterung der Möglichkeiten und die mit ihr verbundene wachsende Selbstverantwortung ist mit dem Verlust traditioneller Selbstverständlichkeiten, der Sicherheit dessen, was sich wann wo und für wen gehört und was nicht, verbunden (Liebau 1999). Allerdings – das ist eines der konsensfähigen Ergebnisse der modernen Jugendforschung – reagieren die jungen Menschen in der überwiegenden Mehrzahl nicht anomisch oder panisch auf diese Herausforderungen, sondern mit einer gehörigen Portion Pragmatismus. Sie entpuppen sich als „virtuose Schnäppchenjäger der Moderne“ (Zinnecker/Behnke/Maschke/Stecker 2002). Das entbindet wiederum nicht davon, sich näher mit den widersprüchlichen Lebensbedingungen, ihrer möglichen Zuspitzung in bestimmten sozialen Lagen auseinanderzusetzen. Zudem kann ein Pragmatismus zwar dem einzelnen Jugendlichen in seiner individuellen Lebenssituation zum Erfolg gereichen, muss aber nicht unbedingt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt nützlich sein.

Mit Vera King (2002) möchte ich zur Diskussion stellen, ob nicht eine der wesentlichen Entwicklungsaufgaben des Jugendalters, über das bloße pragmatische, an äußeren

Kriterien gemessene erfolgreiche Handeln die Herausbildung von „Generativität“ sein könnte: Sie bezeichnet eine Position und Haltung psychischer und sozialer Wirkmächtigkeit, Fürsorgefähigkeit und Produktivität, die sich auf die unterschiedlichen Bereiche und Aktivitäten beziehen kann und eben nicht alleine auf die eigene Person gerichtet ist, sondern auf andere Personen, Gruppen und Sozialverbände.

Ausgangspunkt meiner Betrachtungen jugendlicher Lebensführung ist *erstens* der historisch einmalige Wohlfahrtsschub der sechziger Jahre (Geißler 2001: 98 ff.). Er hatte für alle Bevölkerungsschichten, nicht zuletzt die Jugendlichen, eine nachhaltige Verbesserung der materiellen Lebensgrundlage zur Folge. Beispielsweise wurde ein Jugendzimmer vom Privileg der Kinder der Besserverdienenden zur „privaten Standardökologie“ heutiger Jugend, was auch unter der Perspektive einer gelingenden Identitätsausbildung – das eigene Zimmer als Rückzugs- und Experimentierraum – als nicht unbedeutend angesehen werden darf. Neben diesen unmittelbaren Steigerungen der Wohlfahrt profitierten die Jugendlichen erheblich vom massenhaften sozialen Aufstieg ihrer Eltern, vor allem im Dienstleistungssektor (Vester 1993). Auch wenn heute diesen Öffnungsprozessen solche der Schließung entgegenstehen, bleibt die säkulare Wohlstandssteigerung als Grundlage jeder Diskussion über Jugendliche und ihre Lebensführung ernst zu nehmen.

Verschränkt mit der wirtschaftlichen Modernisierung hat sich zudem *zweitens* eine kul-

turelle Modernisierung vollzogen (Ziehe 1998), welche die Orientierungshorizonte der jungen Generation seit den sechziger Jahren explosionsartig vervielfältigt hat. Der amerikanische Kulturforscher James Lull umschreibt die durch das Ineinandergreifen von technologischen und inhaltlichen Innovationen entstandenen neuen kulturellen Ökologien als „Superkultur“ und stellt die sich daraus ergebende entscheidende Frage: „Wie können sich Menschen in einer Welt zurechtfinden, in der sich der stabilisierende Einfluss der Kultur als gemeinsames Projekt immer stärker in ein symbolisches und per-

sonalisiertes Panorama von Bildern und Träumen, Fantasien und Illusionen, Reisen und Zufluchtsorten verwandelt? Die historisch beispiellose Entwicklung der Kommunikationstechnologien und der uns heute umgebenden, weit reichenden Globalisierung verändern die Natur und Bedeutung von Kultur. Obwohl „Gemeinschaft“ ein zentrales Merkmal bleibt, wird Kultur

Der fundamentalste Widerspruch ist die virtuelle Öffnung von Handlungs- und Orientierungsräumen für junge Menschen bei gleichzeitiger Steigerung der Anforderungen an deren Selbstdisziplin, Selbstorganisationsfähigkeiten und „Selbstmanagement“.

jetzt ein individualistischeres und stark diskursives Projekt.“ (Lull 2002: 751).

Die auf der materiellen wie ideellen Ebene prinzipiell vermehrten Handlungschancen, die virtuelle Einsicht in viele voneinander verschiedene Lebensformen sowie der Abbau von relativ rigiden Verhaltensnormierungen im Miteinander der Geschlechter und Generationen bilden die eine, sicherlich positiv zu bewertende Seite der Modernisierungsmünze. Die andere Seite hängt eng mit dem Umbau der Wirtschaft und des Sozialstaates in Zeiten von Finanzierungs- und Strukturkrisen zusammen. Er wird nämlich auf einer ideologisch-rhetorischen Ebene von mächtigen Interessengruppen und ihren publizistischen Sprachrohren dahingehend gedeutet (Honneth 2002), dass nun eben zunehmend der Einzelne sein Schicksal

Dr. Andreas Lange, Sozialwissenschaftler, war bis Ende 2000 wiss. Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“ der Uni Konstanz. Derzeit arbeitet er an einer Monographie zu Kindheit und Jugend aus soziologischer Sicht.

aktiv in die Hand zu nehmen habe – auch wenn Dutzende von soziologischen Studien belegen, dass es immer noch enorme Unterschiede in den Startchancen und Erfolgchancen je nach Herkunftsmilieu gibt. Die besten Chancen für Karrieren in Wirtschaft und Wissenschaft haben Promovierte, die dem gehobenen oder dem Großbürgertum entstammen (Hartmann 2002). Die mit großem publizistischen Aufwand betriebene Stilisierung der individuellen Leistung als Garant für Erfolg in der Marktgesellschaft vernachlässigt nicht nur diese herkunftsbedingten Unterschiede in der Ressourcenbasis für die Erbringung arbeitsmarktrelevanter Leistungen, sondern sie führt auch dazu, dass ein Scheitern, sei es bei der Ausbildung, sei es im Beruf, dem Jugendlichen als individuelles Versagen zugerechnet wird. Ausgeblendet wird in der individualisierenden Zuschreibungslogik, dass der finanzielle Erfolg, die Entlohnung einer Tätigkeit in vielen empirischen Fällen nicht viel mit der tatsächlichen Verausgabung und dem Engagement in einem Berufsfeld zu tun hat (Neckel/Dröge 2002).

Weitet man den Blick dann noch auf die zu erwartenden Umschichtungen in der Arbeitsteilung der gesamten Gesellschaft, die zunehmend die Fesseln, aber auch Sicherheiten des fordistischen Regimes abstreift, dann sind Jugendliche heute als Generation sehr stark auf sich selbst verwiesen: „In einer individualisierten Gesellschaft, in der die Menschen ihre Biographien immer weniger in den gesicherten Identitätsgehäusen der Berufsarbeit einrichten können und in der ihr Lebenssinn zur Eigenleistung wird, sind vermehrt Fähigkeiten zur Selbstorganisation in den sozialen Mikrowelten gefordert.

Fertige soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung verlieren ihren Gebrauchswert. Sowohl die individuelle Identitätsarbeit als auch die Herstellung von gemeinschaftlich tragfähigen Lebensmodellen unter Menschen, die in ihrer Lebenswelt aufeinander angewiesen sind, erfordern ein eigenständiges Verknüpfen von Fragmenten.“ (Keupp/Kraus 1999: 217).

Vor dieser theoretischen Folie gilt es, die Muster jugendlicher Lebensführung als Ganzes zu betrachten, will man den Stellenwert von Ausbildungs- und Berufsfragen nicht von vornherein einseitig auf eine ökonomistische, jugendkulturell und alltagsweltlich blinde Nachfrage-Angebots-Perspektive verengen. Eine übergreifende, qualitative und quantitative Befunde kombinierende Herangehensweise ist in diesem Sinne notwendig, um die voraussetzungsreichen, prekären „Yo-Yo-Biographien“ heutiger Jugendlicher beim Übergang ins Erwachsenenleben im hier und jetzt ihrer alltäglichen Lebensführungen (Lange 2002) zu stabilisieren und Generativität im oben definierten Sinne zu ermöglichen.

2. Lebensführung von Jugendlichen in der Bildungs- und Wissensgesellschaft: Entgrenzung von „Freizeit“ und „Lernzeit“?

2.1. Formelle Bildung: Jugend heute als Schuljüngend

Trotz aller gesellschaftlichen Turbulenzen ist die Bedeutung des Bildungssektors für Ju-

gend heute unbestritten. So unterstreicht Fend (1997: 88) die Relevanz des Bildungssystems für die moderne Lebensplanung und Lebensführung wie folgt: „Ähnlich wie die gesellschaftliche Moderne hat auch das Bildungswesen eine Geschichte, es hat sich in der heutigen Form erst in den letzten zweihundert Jahren entwickelt, ist erst in diesem Zeitraum zu einem Instrument des sozialen Aufstiegs und zu einem Instrument der persönlichen Lebensplanung geworden.

Erst durch die historisch entstandene Verknüpfung zwischen Ausbildungsabschlüssen und beruflichen Möglichkeiten, die in den letzten Jahren immer dichter wurde, hat das Bildungswesen

eine große lebensgeschichtliche Bedeutung bekommen.“

Jugendliche befinden sich heute insgesamt gesehen wesentlich früher – Kindergarten und Vorschule – sowie für wesentlich längere Zeit in den unterschiedlichen pädagogischen Einrichtungen der Schul- und Ausbildungssysteme. Immer mehr Jugendliche besitzen den Status des Schülers bzw. der Schülerin, so dass man ohne weiteres sagen kann, dass Jugend die äußere Form von Schuljugend oder des SchülerInnenseins angenommen hat. Immer mehr *Lebenszeit* wird von der Schule beschlagnahmt. Inzwischen bleiben in der Bundesrepublik (fast sämtliche) Jugendliche durch ein zweimaliges Heraufsetzen der Vollzeitschulpflicht in den meisten alten Bundesländern seit den siebziger Jahren, aber auch in den neuen Bundesländern mindestens 10 Schuljahre bis zum Alter von ca. 16 Jahren in den Einrichtungen des Bildungssystems, so dass Schäfers (1998: 136) die Verschiebung der Altersstruktur der Berufsausbildung als Begründung anführt, sie in einer Einführung in die Soziologie des Jugendalters gar nicht mehr umfassend abhandeln zu müssen. Auch die immense Ausweitung des Besuchs weiterführender Schulen (gymnasiale Oberstufe, Fachoberschule, berufsbildende Einrichtungen im dualen Ausbildungssystem: Berufsschule, Fachschule, Berufsaufbauschule usw.) sowie die enorm gestiegene Zahl der Studierenden an Hoch- und Fachhochschulen haben sowohl horizontal zur Verbreitung des Jugendphänomens (insbesondere auch für Mädchen und Unterschichten) als auch lebensbiographisch vertikal zur Verlängerung der Jugendphase geführt. Gleichzeitig ist eine hohe Bildung heute nicht mehr Garant für einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz – das sogenannte „Qualifikationsparadox“ lässt grüßen! Verlierer sind aber trotz aller Bildungsexpansion eindeutig die Jugendlichen aus niedrigeren Milieus, die oftmals die Schule ohne Abschluss verlassen.

Fertige soziale Schnittmuster für die alltägliche Lebensführung verlieren ihren Gebrauchswert.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Festzuhalten bleibt ferner, dass den Jugendlichen in den Bildungsinstitutionen einerseits durchaus Chancen zu einer breiten Bildung offeriert werden – andererseits aber sind ihnen viele Bildungsinhalte und –formen vorgegeben. Nicht die Interessen der Lernenden bestimmen diesen Vermittlungsprozess, sondern die Interessen derjenigen Gruppen, die über die Definitionsmacht verfügen, welches Wissen überliefert und weiter vermittelt werden soll (Lüders/Mack 2001). Zudem verfügen Jugendliche immer noch über wenig echte Partizipationschancen in wichtigen schulischen Angelegenheiten. An dieser Stelle klafft also ein Graben zwischen dem neuen gesellschaftlichen Imperativ der Selbstorganisation und den schulisch-institutionellen Strukturen, die dies in nur eingeschränktem Ausmaß zulassen.

Eine nachvollziehbare Reaktion auf diese weitgehende Fremdbestimmung eines nicht unbeträchtlichen Anteils an Lebenszeit in einer Gesellschaft, die ansonsten die Werte der Autonomie und Freiheit propagiert, ist, dass schulisches Lernen nicht gerade beliebt ist. In der Studie „null zoff & voll busy“ (Zinnecker/Behnken/Maschke/Stecker 2002: 42ff) bezeichnen sich nur 31 Prozent der 10-18-Jährigen als SchülerInnen, die gerne lernen; 55 Prozent hingegen halten das Lernen für ein notwendiges Übel. Wenn aber gleichzeitig die Bildungsaspirationen der Jugendlichen immer weiter steigen, so wie in der jüngsten Shell-Studie eindrucksvoll belegt (Linssen/Leven/Hurrelmann 2002: 64), dann ergibt sich hier eine ziemlich ungesunde Mischung, muss man doch als Jugendlicher für eine relativ lange Zeit einer ziemlich unbeliebten, negativ eingefärbten Hauptbeschäftigung nachgehen.

2.2. Informelle Selbstbildung: Neue Lernorte und –formen in der Wissensgesellschaft

Die Arbeitsteilung in den Sozialwissenschaften verführt dazu, lebensweltlich zusammenhängende Bereiche künstlich analytisch zu trennen. Das gilt mit besonderer Schärfe für die oftmals wenig miteinander in Verbindung gebrachten Forschungszweige der Freizeit- und der Bildungs- bzw. Berufsforschung, gerade bezogen auf Jugendliche. Damit aber vergibt man die Chance, wesentliche Transformationsprozesse gegenwärtiger Gesellschaften aufzuschlüsseln, die genau die Verknüpfungen von „Freizeit“ und „Beruf“ betreffen. Denn diese Trennung, so die These, entspricht nicht mehr den tatsächlich zu beobachtenden Lerngelegenheiten und Lernmodi. Interessiert man sich hingegen für die *gesamte Lebensführung*, dann geraten genau die Wechselwirkungen der Bereiche in den Blick.

Es ist nämlich davon auszugehen, dass ein großer Teil von grundlegenden Kompetenzen zur Lebensbewältigung in den Jugendjahren auch im Freizeitbereich erworben

und fortentwickelt wird. Genannt sei auf einer ersten Ebene zum Beispiel der Umgang mit zunächst fremden Personen, beispielsweise in Form des Trainers oder Übungsgruppenleiters, die Orientierung in unbekanntem Räumen, die Erprobung des eigenen Mutes und der eigenen Kräfte in riskanten Situationen, das Austragen von Konflikten in Freundschaften (Cornelißen u.a. 2002). Freizeitaktivitäten sowie insbesondere Projekte im Ehrenamt oder im Verein können eine wichtige Brücke auf dem Weg in ein optionsreiches, individualisiertes Erwachsenenleben sein. Gleichzeitig aber bergen einige Freizeitfelder erhebliche Risiken, bis hin zur Ausbildung von Suchtverhaltensweisen. Aber auch mittelbar und unmittelbar berufsrelevante Fähigkeiten können in der Freizeit erworben werden. Das Erlernen eines Musikinstrumentes, die Erprobung der eigenen gestalterischen Fähigkeiten, das regelmäßige Training im Sportverein, die Aneignung von Computer- oder Sprachkenntnissen mag für einen Teil der Jugendlichen bloßes Hobby sein, für andere aber zu einer wichtigen Voraussetzung für ihren Erfolg in Ausbildung und Beruf werden.

Die hier angeführten Fertigkeiten und Fähigkeiten sind überdies von Belang, weil sie die Grundlage für ein erfolgreiches Handeln in der neuen Gesellschaft des 21. Jahrhunderts indizieren. Parallel zum offiziellen Bildungskanon eignen sich Kinder und Jugendliche oftmals Kompetenzen im informellen Bereich an, die geradezu pionierhaft auf die Bedingungen der „postfordistischen Bildungs-/ Wissens-/ Kulturgesellschaft“ abgestimmt sind. Auf diesen Punkt weist in seinen Beiträgen beharrlich immer wieder der Bremer Kultur- und Kindheitsforscher Heinz Hengst hin. In Anlehnung an Gerd-Günter Voß (1998), der die zentralen und letztlich entscheidenden Kompetenzen eines neuen Typs von Arbeitskraft als basale Lebens- und Persönlichkeitskompetenzen charakterisiert hat, die sich in der *gesamten Lebenspraxis* manifestieren müssen, stellt Hengst (2000) seine AnschlussThese auf: Kinder und Jugendliche, die in modernen Konsum- und Dienstleistungsgesellschaften aufwachsen, nehmen in ihren Lebenswelten entsprechende Weichenstellungen in Richtung eines Systems vielfältiger Lernorte und –formen und einer produktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in vielen Arrangements schon heute vor. Jedenfalls gelte dies für bestimmte Milieus. Die Art, in der die Jugendlichen ganz unterschiedliche soziale Bühnen gestalten und koordinieren, nehmen Muster von Karrieren und Lebensverläufen vorweg, die sich immer mehr durch-

setzen werden. Kinder und Jugendliche sitzen dabei mehrheitlich nicht, wie oft geargert wird, irgendwelchen „Hirngespinnsten“ auf. Design, Mode, Medien und Sport sind keine niedlichen Außenseiterbereiche oder exotischen Nischen der Wirtschaft mehr – ganz im Gegenteil: Kulturwirtschaft im weitesten Sinne ist ein immer wichtiger werdendes Segment der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung (Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW 2001). Am Beispiel der Techno-Szene haben Hitzler/Pfadenhauer (2000) dies bekräftigend aufgezeigt, wie aus einem Freizeitvergnügen ein durchaus lukrativer Broterwerb werden kann.

Mit Manuela DuBois-Reymond (2000) ist zu vermuten, dass es bestimmte Gruppen von Jugendlichen sind, die diese neuen Lernpfade nutzen können. Mit den „jugendkulturellen Trendsettern“ bezeichnet sie eine Fraktion von Jugendlichen, die selbstbewusst mit neuen Lernkulturen experimentiert und so neue Lernkulturen schafft. Die gesellschaftlichen Lebenschancen sind in postkapitalistischen Gesellschaften nicht egalitär – allerdings sind jugendkulturelle Lerneliten nicht mehr so eindeutig an das kulturelle und soziale Kapital ihrer Eltern gebunden wie früher.

Im Schlepptau der angeführten gesellschaftlichen Prozesse erfährt auch das klassische Verständnis von Berufswunsch und Berufsplanung einschneidende Veränderungen. Die Differenzierungs- und Subjektivierungstendenzen

führen zu individuell abzuarbeitenden Anforderungen. Keineswegs kann pauschal, wie das oft geschieht, von einer Abnahme der Bedeutung des Erwerbssektors gesprochen werden. Es ist vielmehr eine Ver-

schiebung im Gange, die sich zum einen übergreifend als Subjektivierung der Erwerbsarbeit verstehen lässt: Mit dieser Formel ist gemeint, dass Erwerbsarbeit nach wie vor die Grundlage der materiellen und sozialen Integration in die Gesellschaft darstellt, dass sich aber gleichzeitig die Bedeutung von Arbeit aber immer weniger auf die Existenzsicherung alleine bezieht. Sie wird vielmehr aufgeladen mit Bedürfnissen nach Sozialkontakten und Sinnsuche, die ihrerseits Teilaspekt eines generell gestiegenen Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung als Kriterium individueller Lebensplanung darstellen. Diese Ansprüche belegen einmütig alle neueren Jugendstudien.

3. Ausblick: Neue Sichtweisen für die Bildungs- und Ausbildungspolitik

Mit Krafeld (2001) ist das Hin- und Hergereissensein zwischen Lebenskonzepten und

Es klafft ein Graben zwischen dem neuen gesellschaftlichen Imperativ der Selbstorganisation und den schulisch-institutionellen Strukturen.

Lebensrealitäten die Grundmelodie der jugendlichen Lebensführung mit Blick auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Das Lebenskonzept der Moderne ist immer noch um die Erwerbstätigkeit herum gestaltet. Sie wird als unabdingbare Voraussetzung für die Lebensverwirklichung und die soziale Orientierung angesehen. Allerdings kann eine erhebliche Anzahl von jungen Menschen den Übergang von der Schul- zur Berufskarriere nicht mehr problemlos bewältigen. Damit scheint aber auch der Schritt ins Erwachsenenleben blockiert, trotz zum Teil großer Anstrengungen in Form von Vorbereitungs- und Weiterqualifizierungsmaßnahmen. Jugendliche und junge Erwachsene müssen in unserer arbeitszentrierten Gesellschaften also zunehmend damit zurechtkommen, dass sie im Moment keine Arbeit haben. Nimmt man den Anspruch ernst, allen Menschen ein Grundrecht auf gesellschaftliche Teilhabe und entsprechende persönliche Entfaltung zuzugestehen, unabhängig von ihrer Karriere auf dem Arbeitsmarkt, dann kommt man mit rein arbeitsmarktfixierten Konzepten nicht mehr weiter. Krafeld (2000) setzt deshalb auf ganzheitliche, lebensweltorientierte Ansätze. Er trägt damit insbesondere auch dem Umstand Rechnung, dass die kulturellen Freizeitsektoren in die Überlegungen einbezogen werden sollten, was in den üblichen Ansätzen nicht der Fall ist. „Freizeit“ gilt hier als Störfaktor für die eigentlich wichtigen, ökonomisch verwertbaren Qualifizierungsprozesse.

Die soziologische Diagnose einer zunehmend von den Jugendlichen selbst in die Hand genommenen Ergänzung formeller Bildung durch informeller Bildung und dass Postulat, dass *Generativität* als Haltung psychischer und sozialer Wirkmächtigkeit, Fürsorgefähigkeit und Produktivität eine übergreifende

Entwicklungsaufgabe im 21. Jahrhundert darstellt, sollte demnach verstärkt Eingang finden in die bildungspolitischen Diskussionen, die derzeit im Umfeld der PISA-Studie sehr stark von Diagnosen der Defizite der Jugendlichen, wenig vom Anknüpfen an deren Kompetenzen geprägt ist. Die Betrachtung der gesamten Lebensführung von Jugendlichen, ihrer sozialen und kulturellen Praktiken in Familie, Peer-Group, Schule, Verein und Verband in Abhängigkeit von der sozialen Lage ist hierfür ein Deutungsangebot der Sozialwissenschaften, das in den entsprechenden politischen Foren und Arenen zu einer weniger verengten, umfassenderen Sicht auf Jugendleben heute beitragen könnte.

Keineswegs kann pauschal von einer Abnahme der Bedeutung des Erwerbssektors gesprochen werden.

spw 2 / 2003



Foto: Christian Kiel (Berlin)

4. Literatur

- Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft NRW (2001). *Kulturwirtschaft im Netz der Branchen. 4. Kulturwirtschaftsbericht NRW*. Dortmund: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr.
- Cornelißen, W. (2002). Freizeit – freie Zeit für junge Frauen und Männer? In W. Cornelißen & M. Gille & H. Knothe & P. Meier & H. Queisser & M. Stürzer (Hrsg.), *Junge Frauen – junge Männer. Daten zur Lebensführung und Chancengleichheit. Eine sekundäranalytische Auswertung* (S. 135-204). Opladen: Leske + Budrich.
- du Bois-Reymond, M. (2000). Jugendkulturelles Kapital in Wissensgesellschaften. In H.-H. Krüger & H. Wenzel (Hrsg.), *Schule zwischen Effektivität und sozialer Verantwortung* (S. 235-253). Opladen: Leske + Budrich.
- Fend, H. (1997). *Der Umgang mit Schule in der Adoleszenz. Aufbau und Verlust von Lernmotivation, Selbstachtung und Empathie*. Bern: Huber.
- Geißler, R. (2001). Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In K.-R. Korte & W. Weidenfeld (Hrsg.), *Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen* (S. 97-135). Opladen: Leske + Budrich.
- Hartmann, M. (2002). *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Campus.
- Hengst, H. (2000). Die Arbeit der Kinder und der Umbau der Arbeitsgesellschaft. In H. Hengst & H. Zeiher (Hrsg.), *Die Arbeit der Kinder. Kindheitskonzept und Arbeitsteilung zwischen den Generationen* (S. 71-97). Weinheim: Juventa.
- Hitzler, R., & Pfadenhauer, M. (2000). Die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst! (Erwerbs-) Probleme junger Leute heute und die anderen Welten von Jugendlichen. In R. Hettlage & L. Vogt (Hrsg.), *Identitäten in der modernen Welt* (S. 361-380). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Honneth, A. (2002). Organisierte Selbstverwirklichung. Paradoxien der Individualisierung. In A. Honneth (Ed.), *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus* (S. 141-158). Frankfurt am Main: Campus.
- Keupp, H., & Straus, F. (1999). Civics matter – Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements. In U. Beck (Ed.), *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie* (S. 217-268). Frankfurt: Suhrkamp.
- King, V. (2002). *Die Entstehung des Neuen in der Adoleszenz. Individuation, Generativität und Geschlecht in modernisierten Gesellschaften*. Opladen: Leske + Budrich.
- Krafeld, F. J. (2000). *Die überflüssige Jugend der Arbeitsgesellschaft. Eine Herausforderung an die Pädagogik*. Opladen: Leske + Budrich.
- Lange, A. (2002). „Lebensführung“ als eine integrative Perspektive für die Jugendforschung. *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 22(4), 422-435.
- Liebau, E. (1999). *Erfahrung und Verantwortung. Werteerziehung als Pädagogik der Teilhabe*. Weinheim: Juventa.
- Linssen, R., Leven, I., & Hurrelmann, K. (2002). Wachsende Ungleichheit der Zukunftschancen? Familie, Schule und Freizeit als jugendliche Lebenswelten. In K. Hurrelmann & M. Albert & I. A. m. I. Sozialforschung (Hrsg.), *Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie* (S. 53-90). Frankfurt am Main: Fischer.
- Lüders, C., & Mack, W. (2001). Jugendliche als Akteure ihrer selbst. In H. Merckens & J. Zinnecker (Hrsg.), *Jahrbuch Jugendforschung 1/2001* (S. 121-134). Opladen: Leske + Budrich.
- Lull, J. (2002). Superkultur. In A. Hepp & M. Löffelholz (Hrsg.), *Grundlagentexte zur transkulturellen Kommunikation* (S. 750-773). Konstanz: Universitäts Verlag.
- Neckel, S., & Dröge, K. (2002). Die Verdienste und ihr Preis: Leistung in der Marktgesellschaft. In A. Honneth (Ed.), *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus* (S. 93-116). Frankfurt am Main: Campus.
- Schäfers, B. (1998). *Soziologie des Jugendalters*. Opladen: Leske + Budrich.
- Vester, M., von Oertzen, P., Geiling, H., Hermann, T., & Müller, D. (1993). *Soziale Milieus in gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*. Köln: Bund.
- Voß, G., & Pongratz, H., G. (1998). Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der ‚Ware Arbeitskraft‘? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50(1), 131-159.
- Ziehe, T. (1998). Bindungen und Selbsterprobungen – Jungen-Pubertät im Prozeß der kulturellen Modernisierung. In B. Hafenecker & M. Jansen & C. Klose (Hrsg.), *„Mit fünfzehn hat es noch Träume ...“* (S. 39-80). Opladen: Leske + Budrich.
- Zinnecker, J., Behnken, I., Maschke, S., & Stecher, L. (2002). *null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Ein Selbstbild*. Opladen: Leske + Budrich.

Ist das deutsche System das Ideal?

Berufsausbildung und -orientierung im internationalen Vergleich

Von Tanja Breuer

Das Orientieren an internationalen „Erfolgsmodellen“ ist nicht erst seit PISA auch für Bildungssysteme in Mode gekommen. Bachelor- und Master-Abschlüsse als mehr oder weniger erfolgreiche Orientierung am anglo-amerikanischen Hochschulsystem, die Orientierung an den skandinavischen Ländern im allgemeinbildenden Schulsystem und – interessanterweise in der Öffentlichkeit kaum offensiv vermittelt – keine Orientierung an anderen Systemen der Berufsausbildung. Im Gegenteil: Das deutsche System der dualen Berufsausbildung gilt sowohl innerhalb als auch außerhalb Europas als vorbildlich. Insbesondere die Verknüpfung von schulischer und betrieblicher Ausbildung wird in den vergangenen Jahren von der EU verstärkt gefördert, und sogar die USA griffen in den 90ern auf Elemente des Systems zurück (so etwa geschehen durch den „School-to-Work Opportunities Act“ 1994). Was macht aber nun das deutsche System der dualen Berufsausbildung international so konkurrenzlos und wo liegen die zweifellos vorhandenen Schwächen?

Jugendarbeitslosigkeit als Vergleichsmaßstab

Als wesentlicher Indikator für die Güte von Berufsausbildungssystemen wird in internationalen Vergleichen zumeist auf die Jugendarbeitslosenquote, d.h. die Arbeitslosenquote der 15-24-jährigen, zurückgegriffen (vgl. u.a. OECD 1998). Liegt diese in einem Land höher als die Gesamtarbeitslosigkeit, scheint der Übergang von der Schule ins Erwerbsleben, die sog. „School-to-Work-Transition“ (Diese kann definiert werden als „period between the end of compulsory schooling and the attainment of full-time, stable employment“ (Ryan 2000: 1)), mit strukturellen Problemen behaftet zu sein, deren Ursachen zumindest teilweise in der Ausgestaltung der Bildungssysteme und deren Abstimmung mit dem Beschäftigungssystem zu suchen sind. Welche Merkmale dabei entscheidend sein können, soll im Folgenden durch einen Vergleich des französischen und britischen Systems mit dem deutschen verdeutlicht werden. Ein Vergleich dieser Länder ist gerade deshalb von Interesse, da die Systeme der (Berufs-) Ausbildung als idealtypisch gelten: Während das französische System

durch einen sehr hohen Grad an schulischer Ausbildung gekennzeichnet ist, basiert das britische weitestgehend auf der Vermittlung beruflicher Qualifikationen durch „Training on the Job“. Das deutsche System nimmt hier eine Position zwischen diesen beiden Extrema ein. Gleichzeitig zeigt Abbildung 1, dass sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich die Jugendarbeitslosigkeit in den gesamten 90er Jahren weit über der Gesamtarbeitslosigkeit lag, während beide Quoten für Deutschland parallel verliefen.

Das deutsche System: dual und korporatistisch

Grundlegendes Charakteristikum des deutschen Berufsausbildungssystems ist bekanntermaßen seine Dualität, d.h. die Integration von betrieblicher und schulischer Ausbildung. Diese wurde 1969 durch die Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) gesetzlich festgeschrieben, welches die Kompetenzen und Mindestanforderungen im Rahmen des Ausbildungsverhältnisses detailliert regelt. Dabei obliegt die Zuständigkeit für die berufliche Bildung in den Betrieben dem Bund, wohingegen die Zuständigkeit für das (Berufs-) Schulwesen bei den Ländern angesiedelt ist. Demnach kann man also von einer „doppelten Dualität“ im Berufsausbildungssystem sprechen, nämlich zum einen der Dualität der Bildungsträger (private Betriebe und öffentliche Schulen) und zum anderen einer verfassungsrechtlichen Dualität, d.h. der Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern.

Die Ausbildung in den aktuell ca. 350 Ausbildungsberufen (vgl. BIBB 2000) ist geregelt durch Ausbildungsordnungen, in denen die zu vermittelnden Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse beschrieben werden. Beim Verfahren zur Erstellung dieser Ausbildungsordnungen wird ein weiteres zentrales Merkmal des deutschen Berufsausbildungssystems deutlich, nämlich seine sozialpartner-schaftliche Struktur. An diesem Verfahren, wie auch in allen anderen Institutionen und Ausschüssen, die mit Fragen der Berufsausbildung befasst sind, werden sowohl Arbeitgeber- als auch Arbeitnehmervertreter bzw. die Gewerkschaften paritätisch beteiligt.

Die Dualität der Ausbildung vollzieht sich – ebenso wie bei der inhaltlichen Planung –

auch bei der Finanzierung des Berufsausbildungssystems. Während der Staat die Ressourcen für die Finanzierung der Berufsschulen bereit stellt, zahlen die Betriebe ihren Auszubildenden eine Vergütung, die – anders als Löhne und Gehälter – nicht allein die Funktion eines Entgelts für im Betrieb geleistete Arbeit hat, vielmehr soll sie dem Auszubildenden auch eine finanzielle Hilfe zur Durchführung der Berufsausbildung sichern. Bei der Festlegung der Ausbildungsvergütungen wird wiederum der Einfluss der Sozialpartner deutlich, denn deren Höhe wird im Rahmen von Tarifverhandlungen bestimmt (vgl. ebd.), das heißt, dass es keine gesetzliche Mindesthöhe für diese gibt. Jedoch variieren die Vergütungen sehr stark nach Wirtschafts- bzw. Tarifbereichen; im Durchschnitt machten die Ausbildungsvergütungen im 3. Ausbildungsjahr 1999 32% der Ecklöhne für Facharbeiter aus. Die Zwischen- und Abschlussprüfungen sind bundeseinheitlich geregelt, und dementsprechend sind die erworbenen Zertifikate bundesweit anerkannt.

Diese Merkmale des dualen Systems bilden die wesentliche Grundlage für dessen hohe Stabilität und – wenn auch sinkender – Akzeptanz von Seiten der Arbeitgeber und der Schulabgänger. Nach wie vor beginnt der größte Teil der Jugendlichen nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule eine betriebliche Ausbildung (1992-1997 57% eines Abgangsjahres). Die Begründung dafür, dass Betriebe in der Vergangenheit meist ohne staatlichen Druck ausreichend Ausbildungsplätze angeboten haben, wird in der wissenschaftlichen Diskussion – neben der Rekrutierung und Ausbildung von Fachkräften zum eigenen Bedarf – darin gesehen, dass die Auszubildenden über international vergleichsweise niedrige Ausbildungsvergütungen ihre Ausbildung mitfinanzieren.

Frankreich: verschult und zentralisiert
Im Gegensatz zur deutschen dualen Berufsausbildung lässt sich das französische Berufsausbildungssystem als ein sequentielles charakterisieren, da die Vorbereitung auf das Arbeitsleben weitgehend innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems erfolgt. Nach Abschluss der Sekundarstufe I (9. Schuljahr) besteht die Möglichkeit, im berufsbildenden Schulwesen innerhalb von zwei Jahren ein Berufsbefähigungszeugnis (CAP) oder ein Berufsbildungszeugnis (BEP) zu erwerben oder innerhalb von vier Jahren ein berufsorientiertes Abitur abzulegen. Das Certificat d'Aptitude Professionnelle

(CAP) attestiert die Qualifikation zur Ausübung eines Berufs, während das Brevet d'Études Professionnelles (BEP) für ein größeres Berufsfeld qualifiziert.

Darüber hinaus gibt es das technologisch-fachliche Schulwesen, in dem die Abschlüsse mit dem Fachabitur vergleichbar sind, und auch die Hochschulen bieten auf allen Niveaus berufsqualifizierende Studiengänge an. Neben dem CAP und dem BEP besteht auch die Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren, die der dualen Berufsausbildung ähnelt. Allerdings spielt diese quantitativ eine eher geringe Rolle, da die französische Tradition eine Lehre nur für diejenigen vorsah, die nicht über die Fähigkeiten verfügten, im allgemeinbildenden Schulwesen bis zum Abitur zu verbleiben. Dem gegenüber wurden in den 80er Jahren aufgrund der seit den 70er Jahren permanent hohen Jugendarbeitslosigkeit nach und nach eine Vielzahl staatlicher Maßnahmen eingeführt, die die berufliche Eingliederung erleichtern sollten. Seit 1974 wurden insgesamt ca. fünfzig Maßnahmen eingeführt, von denen aktuell zehn noch angewendet werden. Normalerweise werden diese als Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bezeichnet, allerdings werden sie hier – aufgrund ihrer großen Bedeutung für die berufliche Eingliederung Jugendlicher – in die Darstellung des Ausbildungssystems integriert.

Die staatlichen Maßnahmen lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen einteilen:

- hoch subventionierte Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor (Contrats d'Emploi Solidarité – CES) überwiegend für gering qualifizierte,

- Betriebspraktika und alternierende Formen, die betriebliche und schulische Ausbildung verknüpfen (Contrat de Qualification, Contrat d'Adaption) und

- indirekte staatliche Subvention von Arbeitsplätzen durch die Befreiung der Betriebe von Sozialabgaben für Jugendliche.

Flankiert wurden die Maßnahmen 1989 durch die Einführung des „individuellen Rechts auf Ausbildung“, durch das versucht wurde, zielgerichtete Qualifizierung zu ermöglichen und alle Maßnahmen in einem kohärenten Rahmen zu integrieren. Dies spiegelt in besonderem Maße die starke Rolle des Staates wider: Die Verantwortung für die berufliche Qualifizierung wird nicht – wie in Deutschland – durch das Zusammenspiel zwischen Sozialpartnern und Staat übernommen, sondern der Staat übernimmt diese weitgehend ohne Beteiligung der Arbeitgeber und Gewerkschaften.

Auch bei der Finanzierung der Berufsausbildung und der beruflichen Eingliederung übernimmt der Staat die Hauptverantwortung. Er stellt die finanziellen Ressourcen für das Schulsystem bereit und befreit die Arbeitgeber von Sozialabgaben während der Ausbildungszeit. Die Belastung der Arbeitgeber beschränkt sich auf die Zahlung einer Lehrlingsabgabe in Höhe von 0,5% der jährlichen Lohn- und Gehaltssumme und einer Abgabe für die angeführten alternierenden Ausbildungsformen, mit denen die „Löhne“ der Jugendlichen in den entsprechenden Maßnahmen finanziert werden. Diese werden nicht in Tarifverhandlungen vereinbart, sondern werden in Abhängigkeit des Alters der Jugendlichen und je nach Maßnahme

als prozentualer Anteil des nationalen Mindestlohns (SMIC) festgelegt.

Demnach kann man das französische Ausbildungssystem im wesentlichen als ein „staatliches, zentralisiertes Einheitssystem“ bezeichnen. Der Staat übernimmt die Initiative bei der Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt, zum einen durch die Sicherstellung und Finanzierung des Bildungswesens insgesamt, zum anderen durch die Finanzierung von zusätzlichen Maßnahmen zur Qualifizierung außerhalb des regulären Bildungssystems. Zwischen 1986 und 1994 lag die Zahl der Jugendlichen, die nach der Schulzeit eine staatliche Maßnahme absolvierten, permanent zwischen 600.000 und 950.000 und man kann daher von einer systematischen „Zwischenschaltung“ bzw. auch von einer Institutionalisierung des Übergangs in das Berufsleben sprechen.

Großbritannien: dereguliert und marktorientiert

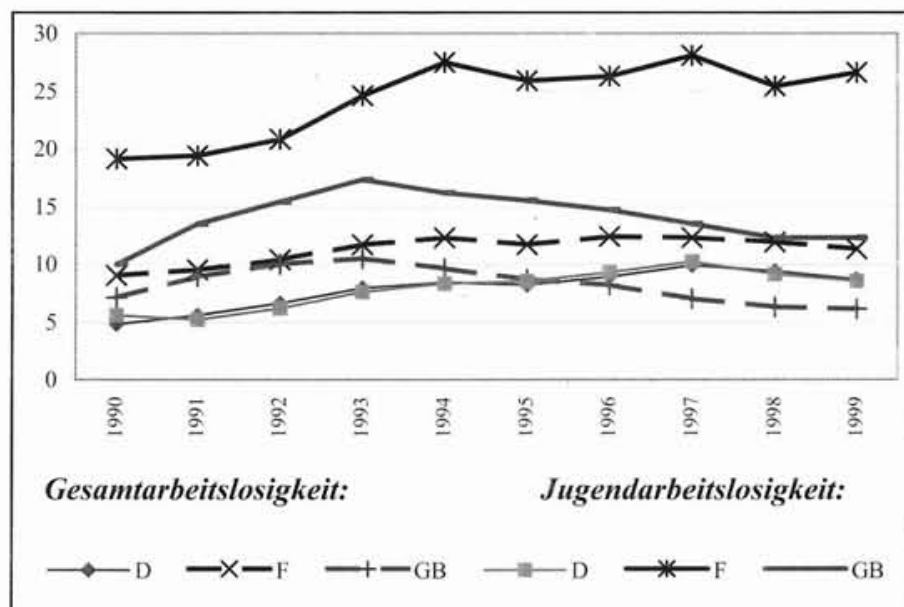
Ebenso wie das französische Berufsausbildungssystem lässt sich auch das britische als sequenziell charakterisieren, jedoch erfolgt hier die Vermittlung beruflicher Qualifikationen nicht bereits im regulären Bildungssystem, sondern diese werden im Wesentlichen „on the job“ erworben, d.h. dass Berufsausbildung in eigens dafür eingerichteten Schulen eher unüblich ist.

Die Ausbildung in den Betrieben ist – anders als in Deutschland – wenig standardisiert, was vor allem auf die unklare Kompetenzaufteilung zwischen den verschiedenen staatlichen und regionalen Stellen zurückzuführen ist. Mit der Einführung der sog. National Vocational Qualifications (NVQs) wurde zu Beginn der 90er Jahre der Versuch unternommen, einen transparenten Rahmen zur Standardisierung beruflicher Qualifikationen zu schaffen. Die NVQs können auf fünf abgestuften Niveaus erworben werden, die den Auszubildenden bestimmte Kompetenzen bescheinigen, die sie in ihrem Betrieb nachgewiesen haben. Das Verfahren der Entwicklung und Anerkennung eines NVQs ist sehr kompliziert, da bis zur allgemeinen Anerkennung durch das National Council for Vocational Qualifications (NCVQ) eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure involviert sind.

Besondere Bedeutung innerhalb dieses Systems kommt den Training and Enterprise Councils (TECs) im Hinblick auf regionale Ausbildungsfragen zu, die 1989 eingerichtet wurden und deren Aufgabe es ist, Unternehmen dazu zu bringen, sich angemessen an der Berufsbildung zu beteiligen. Sie werden von leitenden Angestellten der lokalen Firmen geleitet, Gewerchafts- bzw. Arbeitnehmervertreter spielen darin keine Rolle. Dies entspricht der traditionellen britischen Auffassung, dass Ausbildung einzig Aufgabe der Arbeitgeber ist.

Neben dieser auf Freiwilligkeit der Arbeitgeber basierenden Möglichkeit, formale Be-

Abbildung 1:
Gesamtarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit 1990-1999*
Deutschland, Frankreich, Großbritannien



*Arbeitslose zu Erwerbspersonen (15-24)

Quelle: OECD Employment Outlook. Eigene Darstellung.

rufsqualifikationen zu erwerben, wurde zu Beginn der 80er aufgrund steigender Jugendarbeitslosigkeit das Youth Training Scheme (YTS) eingeführt, ein einjähriges Programm, bei dem Firmen finanzielle Unterstützung für die Ausbildung Jugendlicher erhielten. Dies wurde 1990 umgewandelt in ein in bezug auf die Dauer flexibleres Trainingsprogramm (Youth Training – YT), das von den TECs verwaltet wird. Im Rahmen dieser Programme werden Qualifikationen auf den Niveaus „eins“ und „zwei“ der NVQs, d.h. auf den beiden niedrigsten Stufen, erworben. Seit Mitte der 90er wird YT schrittweise durch landesweite Ausbildungs- und moderne Lehrprogramme ersetzt, die auch die Qualifizierung bis zum NVQ-Niveau drei vorsehen.

Während der Ausbildung im Rahmen der NVQs erhalten die Jugendlichen eine Vergütung, die in Abhängigkeit des Alters festgelegt wird und nur geringfügig unterhalb des Lohns für gleichaltrige Arbeitnehmer liegt. Geschätzt wird, dass die Ausbildungsvergütungen zwischen 70 und 90% der Facharbeiterlöhne ausmachen. Jugendliche, die ihre Ausbildung im Rahmen von YT absolvieren, verdienen deutlich weniger. Allerdings besteht der Anreiz zur Teilnahme an YT darin, dass die Vergütung höher als die Arbeitslosenunterstützung ist; zudem geht der Anspruch auf diese verloren, wenn die 16 bis 18jährigen einen angebotenen Ausbildungsplatz ablehnen.

Zwischen 1990 und 1995 nahmen bis zu 300.000 Jugendliche an YT teil. Damit wird die Ambivalenz des britischen Ausbildungssystems deutlich: Auf der einen Seite kann das System als marktorientiert bezeichnet werden, da berufliche Qualifizierung weder für die Arbeitgeber noch für die Arbeitnehmer gesetzlich vorgeschrieben bzw. geregelt ist und eine sozialpartnerschaftliche Struktur, wie sie in Deutschland anzutreffen ist, nicht existiert. Auf der anderen Seite wurde und wird allerdings von staatlicher Seite immer wieder versucht, durch Programme und Maßnahmen, Berufsqualifikationen zu vermitteln.

Warum scheint das duale System überlegen?

In der wissenschaftlichen Diskussion ergeben sich aus den dargestellten Elementen eine Reihe von Gründen, warum das duale System bei der Eingliederung Jugendlicher in den Arbeitsmarkt erfolgreicher zu sein scheint als andere Systeme.

Zum einen erfolgt während der Ausbildungszeiten im Betrieb die Vermittlung von praktischen Kenntnissen am Arbeitsplatz, und während der Schulzeiten werden berufsbezogene und -übergreifende theoretische Ausbildungsinhalte, die nicht an den Ausbildungsbetrieb gebunden sind, vermittelt. Damit erwerben die Jugendlichen eine Einstiegsoption in den Ausbildungsbetrieb

nach abgeschlossener Ausbildung, können aber auch innerhalb ihres Berufsfeldes den Betrieb wechseln. Unterstützt wird dies insbesondere durch die relativ hohe Aussagekraft der erworbenen Abschlusszertifikate, die aufgrund der Standardisierung der Ausbildungsordnungen für potenzielle Arbeitgeber signalisieren, dass ein fest vorgegebener Leistungsstandard erreicht wurde. Der Vorteil der auf Sozialpartnerschaft angelegten Struktur des deutschen Berufsausbildungssystems resultiert vor allem daraus, dass es von Seiten der Gewerkschaften eine hohe Sensibilität für Fragen der Qualifizierung von Jugendlichen gibt, die zu höherem Druck auf die Arbeitgeber, Ausbildungsplätze bereit zu stellen, führt. Die Begrenzung der Ausbildungskosten, die Übernahme der Kosten für die schulische Ausbildung durch die öffentliche Hand und das arbeitgeberseitige Interesse an qualifizierten Arbeitskräften bilden die Grundlage dafür, dass sich die Unternehmen – bisher zumindest – am System beteiligen. Die Jugendlichen akzeptieren die vergleichsweise niedrigen Ausbildungsvergütungen, weil sie davon ausgehen können, am Ende ihrer Ausbildung über festgelegte und „marktfähige“ Qualifikationen zu verfügen, die ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz wesentlich verbessern.

Dagegen besteht das Hauptproblem des französischen Bildungssystems in der im Vergleich mangelhaften Verknüpfung schulischer (Berufs-) Ausbildung mit der Arbeitswelt in den Betrieben, d.h. Jugendliche verfügen zwar als Schulabgänger über theoretische Kenntnisse über einen Beruf oder ein Berufsfeld, praktische Fähigkeiten und Kenntnisse über Betriebsabläufe etc. müssen allerdings erst noch erworben werden. Dies geschieht dann allerdings unter Zahlung von „normalen“ Löhnen und nicht zu niedrigeren Ausbildungsvergütungen in Form eines prozentualen Anteils am Mindestlohn.

Die zahlreichen und systematisch zwischen den Schulabschluss und eine feste Arbeitsstelle geschalteten staatlichen Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung sollten dazu dienen, berufspraktische Erfahrung in einem Betrieb zu sammeln. Jedoch lässt sich feststellen, dass diese Programme, neben zweifelsohne positiven Effekten u.a. durch die bessere Abstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage, die Chancen für gering qualifizierte Jugendliche nicht wesentlich verbessert haben.

Allerdings spielen in Frankreich nicht alleine diese qualitativen Probleme des Systems eine Rolle. Betrachtet man die Struktur der Schulabgänger, kann man feststellen, dass – weitestgehend bedingt durch die steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes – die Bildungsbeteiligung und damit auch das Qualifikationsniveau der Schulabgänger in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an-

stieg. Aufgrund dessen, dass die parallel dazu steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften nicht ausreichte, die gut ausgebildeten jungen Arbeitskräfte zu absorbieren, entwickelte sich auch beim Zugang zu den staatlichen Maßnahmen eine starke Hierarchie: Je qualifizierter die Personen sind, umso leichter haben sie Zugang zu Maßnahmen, die den Ruf haben, ausbildungsintensiv zu sein. Dies bedeutet, dass durch dieses System für die Jugendlichen, die durch fehlende schulische Qualifikationen ohnehin die schlechtesten Aussichten auf eine Beschäftigung haben, die Unterschiede hinsichtlich der Beschäftigungsfähigkeit durch die Maßnahmen eher noch vergrößert werden, bzw. sie noch weiter in die „*précarité*“ gedrängt werden. Man kann also davon ausgehen, dass, obwohl es in Frankreich keinen „Ausbildungsstellenmarkt“ wie in Deutschland gibt, die erste Schwelle für Jugendliche darin besteht, in eine „gute“ Maßnahme einzumünden, die die Beschäftigungsaussichten an der zweiten Schwelle, also dem Eintritt in ein stabiles Arbeitsverhältnis, wirklich verbessert.

Anders gelagert sind dagegen die Probleme des Berufsausbildungssystems in Großbritannien. Die extreme „Marktorientierung“, d.h. die fehlende staatliche oder sozialpartnerschaftliche Regulierung des Ausbildungssystems, führt dazu, dass berufliche Qualifikationen zwar als hilfreich aber nicht unbedingt erforderlich beim Einstieg ins Erwerbsleben gesehen werden. Die längerfristige Perspektive rückt damit sowohl für die Jugendlichen als auch für die Unternehmen zunächst in den Hintergrund.

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es hier mit den NVQs einen nur ansatzweise institutionalisierten Rahmen, innerhalb welchem Berufsqualifikationen „on the job“ erworben werden können. Das wesentliche Problem besteht darin, dass der Qualifikationserwerb an den Arbeitsplatz gebunden ist und dementsprechend kein Verständnis für ein breiteres Aufgabenfeld vermittelt wird. Diese Vermittlung von betriebsspezifischen Qualifikationen senkt die individuelle Flexibilität der Jugendlichen und damit die Bereitschaft, sich auf eine Ausbildung einzulassen. Allerdings resultiert daraus dann auch ein Desinteresse von Seiten der Arbeitgeber an formaler Qualifizierung, da diese nicht bereit sind, etwaige allgemein qualifizierenden Bestandteile einer Ausbildung über vergleichsweise hohe Löhne alleine zu tragen.

Zwar war es das erklärte Ziel von YT, durch die Zahlung von Subventionen an Arbeitgeber und die Sanktionierung der Jugendlichen bei Nicht-Teilnahme, die Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen und die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, allerdings kam es auch hier zu Mitnahmeneffekten, da viele Betriebe dies als „Screening-Mechanismus“ für ohnehin einzustellende Arbeitskräfte nutzten. Ähnlich

Foto: Christian Kiel (Berlin)



wie in Frankreich kann man also auch für Großbritannien davon ausgehen, dass durch die ergänzenden Maßnahmen diejenigen mit den schlechtesten Beschäftigungschancen, d.h. gering qualifizierte Jugendliche, am wenigsten davon profitiert haben.

Grenzen der Übertragbarkeit und die Mängel des Systems aus internationaler Perspektive

Wenn nun also das duale System der Berufsausbildung in Bezug auf die Eingliederung Jugendlicher in das Erwerbsleben vergleichsweise viele Vorteile bietet, stellt sich die Frage, warum die sowohl in Frankreich als auch in Großbritannien unternommenen

Versuche zur Ausweitung alternierender Ausbildungsformen kaum Erfolge zeigten. Der wesentliche Grund besteht wohl darin, dass bei der Einführung solcher Ausbildungsformen nicht berücksichtigt wurde, dass das Zusammenspiel von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften die Rahmenbedingungen für die Funktionsfähigkeit des Systems schafft. Ein solcher korporatistischer Ansatz würde allerdings sowohl dem französischen als auch dem britischen Verständnis davon, wer die Verantwortung für die Ausbildung tragen sollte, nicht entsprechen. Der zentrale Mangel des dualen Systems liegt aus internationaler Perspektive weniger in der Ausgestaltung des Systems als solches

als vielmehr in der frühen Segmentierung des allgemeinbildenden Schulsystems. So kritisiert u.a. das International Labor Office (ILO), dass die Entscheidung zum Eintritt in eine duale Berufsausbildung meist bereits im Alter von zwölf Jahren, also mit der Entscheidung für den allgemeinbildenden Schulzweig, getroffen werde, da die spätere Durchlässigkeit kaum gegeben ist. Dieser Mangel kann prinzipiell nur durch ein vernünftiges integratives Schulsystem behoben werden, das die Neigungen und Talente von Jugendlichen klar herausarbeitet und sie bei der Berufswahl unterstützt. Die quantitative Erosion des Systems durch den Abbau an Ausbildungsplätzen kann jedoch nur gestoppt werden, wenn wir ausnahmsweise von Frankreich lernen und endlich die Umlagefinanzierung einführen.

spw 2 / 2003

Ausgewählte Literatur:

O'Higgins, Niall (2001): Youth unemployment and employment policy: A global perspective. International Labour Office, Genf
 OECD (1998): Employment Outlook. Kapitel 3: Getting Started, settling in: the transition from education to the labour market. Paris: 81-113
 OECD (1999): Preparing Youth for the 21st Century. The Transition from Education to the Labour Market. Proceedings of the Washington D.C. Conference, 23-24 February 1999. Paris
 Ryan, Paul (2000): The School-to-Work Transition: A Cross National Perspective. Online im Internet: [HTTP://WWW.ECON.CAM.AC.UK/DAE/BEPEC/CAM/PDF/WP0014.PDF](http://www.econ.cam.ac.uk/dae/BEPEC/CAM/PDF/WP0014.PDF)
 Einen detaillierten Überblick über und aktuelle Entwicklungen der Systeme der Berufsausbildung liefert das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) unter www.trainingvillage.gr und www.cedefop.gr.

Jetzt bestellen!

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg)



Jobs, Jobs, Jobs!
Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?



Ulla Burchardt, Reinhold Rürker (Hrsg)



Nachhaltigkeit als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter



Detlev von Larcher (Hrsg)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik



Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro
 Bestellungen an: verlag@spw.de oder über www.spw.de

Bildungsfinanzierung und Bildungsgerechtigkeit

Von Christoph Ehrmann

Der schwerwiegendste Verstoß gegen das Gebot der Chancengleichheit im Bildungswesen ist die gleiche Behandlung von Menschen mit ungleichen Voraussetzungen. Denn unter der Revolutionsfahne der *égalité* stabilisiert die gleiche Förderung von Ungleichem die Ungleichheit. Dass das konservative Lager an der Aufrechterhaltung solcher Ungleichheiten stets ein starkes Interesse hatte, es gar zum konstitutiven Element aller Gesellschaften erklärte, ist hinlänglich kritisiert worden. Aber es ist nicht zuletzt der Politik sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien zu verdanken, dass die gute Vision von der Chancengleichheit im Bildungswesen zur Gleichheitsfalle, zur miesen Praxis der Gleichbehandlung verkommen ist und weiter verkommt.

Gleiche Volkserziehung?

Wie kam es dazu? Fangen wir bei dem Bekanntesten an: Marx und Engels haben in ihrer Kritik des Gothaer Programms 1875 u.a. auch jenen Passus abgelehnt, der sich mit der „Allgemeinen und gleichen Volkserziehung“ und dem „Unentgeltlichen Unterricht“ befasste. Ich zitiere etwas ausführlicher:

„Gleiche Volkserziehung? Was bildet man sich unter diesen Worten ein? Glaubt man, dass in der heutigen Gesellschaft (und man hat nur mit der zu tun) die Erziehung für alle Klassen gleich sein kann?

„Unentgeltlicher Unterricht“. Wenn auch „höhere“ Unterrichtsanstalten ‚unentgeltlich‘ sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel bestreiten.

Der Paragraph über die Schulen hätte wenigstens technische Schulen (theoretische und praktische) in Verbindung mit der Volksschule verlangen sollen.“

Statt den Mahnungen der „Alten in London“, wie Bebel sie nannte, zu folgen, setzte die Sozialdemokratie mit dem Erfurter Programm von 1891 noch eins drauf:

„Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur

weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.“

Eine Beschränkung der Förderung auf einkommensschwache Familien war nicht vorgesehen.

Die weitgehende Umsetzung dieser Forderungen in die Bildungspraxis führte im Arbeiter- und Bauernstaat DDR zu einer Selbstergänzung der Akademiker in einem Ausmaß, das schon etwas Feudalistisches an sich hatte:

Zum Vergleich: Zur gleichen Zeit lag diese Selbstergänzungsquote unter Einschluss der Fachhochschulen in der BRD (alt) bei knapp 40 Prozent. Nur bezeichnete sich die BRD auch nicht als „Arbeiter- und Bauernstaat“ und fand die Selbstergänzung nicht verwerflich.

Wie kommt so etwas zustande?

Und wie hängt das mit der Finanzierung des Bildungswesens zusammen?

In der Kaiserzeit, aus der die zitierten und seit dieser Zeit heiliggehaltenen Parteitagebschlüsse stammen, war die eigentliche finanzielle Barriere für das Erreichen eines Hochschulabschlusses nicht der Aufwand für das Hochschulstudium, sondern es waren die Kosten des Gymnasialbesuchs. 1888, dem letzten

Jahr, in dem in Preußen auch für den Besuch der Volksschulen noch Schulgeld genommen wurde – 6 Pfennig pro Woche oder 2,40 Reichsmark im Jahr – betrug der Anteil der Schulkosten, die mit diesen Beiträgen gedeckt werden konnten, etwa 20 Prozent.

Nun muss man wissen, dass es zahlreiche wohlthätige Stiftungen gab, in Hamburg z.B. weit über 100, die für Jungen und Mädchen aus dem Volke diese Schulgelder übernahmen. Allerdings nur für wohlgeratene Schülerinnen und Schüler. Diese Stipendien waren also nicht nur wohlthätig, sondern auch ein Mittel der Disziplinierung, sowohl der Kinder als auch oder sogar vor allem der Eltern. *Dagegen* richtete sich denn auch vor al-

lem die sozialdemokratische Forderung nach „Unentgeltlichkeit“.

Konnten Arbeiterfamilien dem Versuch der politischen Disziplinierung durch Stipendien auf der Stufe der Volksschulen noch ausweichen, so war dies auf der nächsten Bildungstufe, dem Gymnasium, völlig unmöglich. Den Besuch dieser Schulen zu bezahlen, gelang auch noch so sparsamen und opferbereiten Eltern aus der Arbeiterschicht nicht. Denn mit den Schulgeldern für den Gymnasialbesuch, 90 bis 100 Mark, wurden rd. 50 Prozent der Schulkosten gedeckt. Aber nur ein Viertel der preußischen Bevölkerung verfügte damals über ein Jahreseinkommen von mehr als 900 Mark. Entsprechend wirkungsvoll war die soziale Selektion.

Wenn man aber diese Bildungsstufe durchlaufen hatte, ging es wieder moderat zu. Denn durch Studiengebühren mussten nur noch etwa 20 Prozent der Universitätskosten gedeckt werden. Und Universitätsstipendien gab es für die zuvor Disziplinierten durchaus in größerer Zahl, wenn auch häufig nur für ein eingeschränktes Fächerspektrum.

Das Schulgeld für den Volksschulbesuch wurde in Deutschland noch im 19. Jahrhundert abgeschafft, das für den Besuch der Gymnasien im Laufe der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts. Aber in den 20er Jahren und verstärkt nach 1945 hatten sozialdemokratisch regierte Kommunen dafür Sorge getra-

gen, dass die Zahl der Freiplätze an den Gymnasien stieg, also auch *einkommensschwache* Familien ihre Kinder zur höheren Schule schicken konnten. In der Regel bekamen sie auch die Lehrbücher kostenlos ausgeliehen. In eini-

gen Landesverfassungen wie der hessischen und der bremischen war dies ausdrücklich vorgesehen worden. Auch im Artikel 26 Abs.2 der DDR-Verfassung von 1968 heißt es noch: „*Ausbildungsbeihilfen und Lernmittelfreiheit werden nach sozialen Gesichtspunkten gewährt.*“

Kostenlos für alle – wer profitiert?

Das aber, nämlich die gezielte Förderung tatsächlich Bedürftiger, reichte den sozialdemokratischen und sozialistischen Bildungspolitikerinnen und Bildungspolitikern, zumeist Lehrerinnen und Lehrern, nicht. Sie verkündeten, dass das Bildungsrecht ein Bürgerrecht sei und daher für alle kostenlos zugänglich sein müsse. Was so ganz nebenbei den Vorteil hatte, dass dann auch sie, die sie längst den einkommensschwachen Schichten entwachsen waren, von dieser sozialen Errungenschaft für die Bedürftigen würden profitieren können.

Nun waren aber in den 50er Jahren längst zwanzig bis dreißig Prozent der Schüler-

Unter der Revolutionsfahne der *Égalité* stabilisiert die gleiche Förderung von Ungleichem die Ungleichheit.

Christoph Ehrmann, Tätigkeiten beim Deutschen Bildungsrat, Fernuniversität Hagen, Bundesinstitut für Berufsbildung, 1986-1994 Leiter des Amtes für Berufs- und Weiterbildung der Schulbehörde Hamburg, 1994-1997 Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern. Referat auf der Tagung „Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit? Wege aus einem alten Schulsystem“ von ProMS Norddeutschland und Jusos Lübeck am 18. Januar 2003 in Lübeck

Foto: Christian Kiel (Berlin)



innen und Schüler an Gymnasien von Schulgeldzahlungen befreit und konnten sich auch die Lernmittel über die Schülerhilfsbüchereien besorgen. Das Gleiche galt für die Studiengebühren. Hier hatten die Kultusminister vereinbart, dass dreißig Prozent aller Studierenden zu befreien seien. Dazu gehörten vor allem Stipendienempfänger und weitere, die sich nach Auffassung der Universitäten als würdig und bedürftig erwiesen. Von den neuen Errungenschaften – der Schulgeld- und Studiengebührenbefreiung und der Lernmittelfreiheit – konnten also nur jene profitieren, die zuvor entsprechende Zahlungen hatten leisten müssen, also die nach damaligen Verständnis Besserverdienenden. Da die Abschaffung den einkommensschwachen Schichten also keinerlei Nutzen brachte, stieg auch die Bildungsteilnahme dieser Bevölkerungsgruppe nicht. Aber darum ging es ja auch nicht. Erreicht werden sollte ja, dass die einkommensschwächeren nicht weiterhin gering belastet werden. Alle sollten gleich gering belastet werden. Neben der angenehmen Auswirkung auf die Geldbeutel der Besserverdienenden hatte und hat dieses scheinsoziale Geschenk bis heute aber auch deutlich negative Auswirkungen, nämlich auf die Landeshaushalte.

Auswirkungen auf die Bildungshaushalte

Die öffentlichen Schulbuchausgaben betragen 2001 bundesweit 273,5 Millionen €. Das sind, da von dieser Segnung ja alle profitieren sollen, bei rd. 10 Millionen Schülerinnen und Schülern in allgemeinbildenden und 2,6 Millionen in berufsbildenden Schulen nicht

ganz 22 € pro Person und Jahr oder 1,80 € pro Kind und Monat. Dies ist erkennbar keine ernstzunehmende Förderung bildungsferner Schichten. Und keine der heute ihre Kinder zu weiterführenden Schulen schickenden Eltern würde diese Entscheidung unterlassen, wenn sie die 22 € im Jahr auch noch zahlen müssten. Allerdings würde man mit 273 Millionen €, würden sie gezielt eingesetzt, durchaus Bildungsförderung betreiben können. In Hamburg hätte man dann

5,6 Mio € mehr zur Verfügung, in Schleswig-Holstein 7,7 und in Mecklenburg-Vorpommern 4,1 und in Niedersachsen gar 22,0 Millionen €.

Die von den Marktforschungsinstituten ermittelten Gelder, die Kindern und Jugend-

lichen im schulpflichtigen Alter im Jahr 2002 zur weitgehend freien Verfügung standen, werden mit 15 Mrd. € beziffert. Das ist das 70-fache dessen, was den Familien an Ausgaben für Schulbücher angeblich nicht zugemutet werden darf, weil sonst die Bildungsbereitschaft dramatisch zusammen zu brechen und die soziale Segregation ungeahnte Schärfen zu erreichen drohe.

Nun muss man anerkennen, dass Sozialdemokraten und Gewerkschaften von den späten 50er bis zu den frühen 70er Jahren, wie viele andere auch berauscht von dem ungebrochenen weltweiten Wirtschafts- und Wohlstandswachstum seit dem Ende des 2. Weltkriegs, nicht nur für die Abschaffung von Schulgeldern und Studiengebühren und für die Lernmittelfreiheit eintraten. Der DGB forderte 1972 in seinem „Bildungspolitischen Vorstellungen“ die Übernahme der Weiterbildung in die öffentliche Verantwort-

ung und Finanzierung. Und Nordrhein-Westfalen verabschiedete z.B. im gleichen Jahr ein Kindergartengesetz, in dem der schrittweise Abbau der Kita-Beiträge vorgesehen war.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung in der Folge des Vietnam-Krieges verhinderte die Realisierung solche Wünsche. Dass die früheren Schenkungen beibehalten wurden, mochte zunächst noch mit der Hoffnung auf andere, bessere Zeiten begründbar sein. Dass die Kostenverteilung aber heute noch praktiziert wird, obwohl sie weit weniger zur Steigerung der sozialen Gerechtigkeit beiträgt als dies eine Gebührenbefreiung im Kita-Bereich z.B. bewirken würde, ist denn nichts als reaktionäre Politik im alleinigen Interesse der besitzenden Klassen und ihrer Claqueure unter den kleinbürgerlichen Aufsteigern.

Schüler-Bafög und seine Folgen

Aber bald stellte sich heraus, dass mit dieser Art der Gleichbehandlung, nämlich der Abschaffung von Mehrbelastungen der Einkommensstarken, das Ziel nicht erreicht werden konnte. Es musste auch die gezielte Förderung von Einkommensschwachen so rasch wie möglich „platt gemacht“ werden. Denn es gab eine Errungenschaft aus den ersten Jahren der sozialliberalen Koalition, die ein wirkungsvoller Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit im Bildungswesen war, – und die gerade deshalb auch 1982 von der Kohl/Genscher-Wenderegierung sofort abgeschafft wurde. Ich meine das Bafög und hier insbesondere das Schüler-Bafög.

Die Stipendienprogramme alter Art beruhen und beruhen auf der Idee der Schenkung, des Gewährens einer Vergünstigung, zunächst durch den Landesherrn, dann durch die Kirche, schließlich auch durch wohltätige oder partei- und gewerkschaftsnahe Stiftungen.

Mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wurde die Förderung eine grundlegend andere. Gegen den heftigen Widerstand der CDU/CSU setzte die sozialliberale Koalition 1970 durch, dass jeder junge Mensch, der die schulischen Voraussetzungen zum Besuch einer zur Hochschulreife führenden Sekundarstufe II erfüllte, dieses auch tun können und entsprechend gefördert werden sollte. Im Kern war das nichts anderes als die endliche Einlösung eines Verfassungsgrundsatz, der z.B. in der Bayerischen Verfassung so lautete:

Art. 128: „Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch darauf, eine seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung zu erhalten.

(2) Begabten ist der Besuch von Schulen und Hochschulen, nötigenfalls aus öffentlichen Mitteln zu ermöglichen.“

Es ging hier um Begabte, nicht nur um Hochbegabte. Und es ging also nicht mehr um Belohnung oder Erkaufen von Wohlverhalten,

sondern um die finanzielle Absicherung des Rechts auf Bildung.

Das Schüler-Bafög setzte zudem an einer Stelle an, die den bislang weitgehend aus dem Bildungsbürgertum stammenden Bildungsverwaltern und Kultuspolitikern entgangen war. Erst die vielen Gespräche in Dörfern und Betrieben im Rahmen der studentischen Bildungswerbungskampagnen der 60er Jahre und die Beteiligung von Gewerkschaftern an der Bundesregierung seit 1966 hatten dem Argument Gehör verschafft, dass es nicht das Schulgeld war, auch in der Vergangenheit nicht, dass die Eltern davon abgehalten hatte, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken. Sondern dass es das entgangene Einkommen plus die mit dem Alter der Kinder steigenden Kosten für deren Unterhalt waren, die die Entscheidungen gegen die Fortsetzung des schulischen Bildungsgangs nach Abschluss der Vollzeitschulpflicht bestimmten.

Ich bin im Ruhrgebiet aufgewachsen und weiß deshalb, was meine Altersgenossen schon in den 50er Jahren vom Pütt an Bargeld mit nach Hause brachten. Selbstverständlich lieferten sie zu Hause einen nennenswerten Teil als „Kostgeld“ ab und kauften sich ihre Kleidung allemal selbst. Sie lagen also den Eltern ab 15 nicht nur nicht mehr auf die Tasche, sondern trugen für eine Reihe von Jahren, bis zur Hochzeit, Erhebliches zum Familieneinkommen bei.

Das Schüler-Bafög sprang genau hier ein. Es versorgte die Schüler und Schülerinnen mit bis zu rd. 400 DM, mit denen unter Berücksichtigung des Kindergelds weitgehend die Kosten des weiteren Schulbesuchs aufgefangen werden konnten. Und das Schüler-Bafög bewirkte genau das, was man sich erhofft hatte: Die Übergangszahlen in die zur Hochschulreife führende Sekundarstufe II schnellten hoch. Eine Förderung nach dem Honnefer Modell erhielten Ende der 60er Jahre nur noch weniger als 15 Prozent der Studierenden. Schüler-Bafög erhielten 1975 aber mehr als 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler der zur Hochschulreife führenden Sek II und Bafög sogar mehr als 43 Prozent der Studierenden. Die Wirkung war phänomenal. Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studienanfängern lag 1979 um das Zweieinhalbfache über dem von 1966/67. In nur 12 Jahren war er von 5,7 auf 14 Prozent gestiegen. Dazu hatte auch die Aufstufung einiger Fachschulen zu Fachhochschulen beigetragen. Aber die weitere Entwicklung und schließliche Abschaffung dieser Förderung zeigt, dass der Faktor „Schüler-Bafög“ ein entscheidender war in dem ehrlichen Bemühen, „mehr Demokratie zu geben.“

Dass es vor allem um die Finanzierung des Lebensunterhalts und die Sicherung des Familieneinkommens gehen muss, wenn man die Bildungsteilnahme fördern will, hätten eigentlich alle, die jemals Oliver Twist gele-

sen hatten, wissen müssen. Aber auch heute schaut man fast nur in staunende Gesichter, wenn man von einer – nicht repräsentativen – Befragung von Schülern und Schülerinnen der Sek II an drei Berliner Oberschulen/Gymnasien aus dem Jahr 2001 berichtet, die erbrachte, dass etwa 20 Prozent vorrangig deshalb arbeiteten, weil sie einen Beitrag zum Familieneinkommen leisten mussten. Wir haben verlernt, im Bildungsbereich auf die wachsende Armut in Teilen der Bevölkerung zu achten. Beim Einkommen von Studienratehepaaren mit „A 28“ auch kein Wunder. „Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein.“

Förderung nach dem AFG

Die Erkenntnis, dass eine die sozialen Barrieren überwindende Bildungsfinanzierung bei der Förderung der Bildungszeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ansetzen müsse, war auch der Grund dafür, im Arbeitsförderungsgesetz 1969 die zweckmäßige Förderung von Fortbildung und Umschulung, also der Förderung von Personen, die nicht arbeitslos oder unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht waren, sondern sich aus freien Stücken für ein „Sabbatjahr“ oder auch zwei entschieden, vorzusehen. Das Arbeitsförderungsgesetz sicherte allen, die sich vollzeitlich fortbilden wollten, also die Meisterschule oder die Technikerschule besuchen wollten und deshalb nicht erwerbstätig sein konnten, 90 Prozent des letzten Nettolohnes sowie die Übernahme der Schulgelder zu. Das „Bafög“ für junge Facharbeiter. Es war die Zeit reif, für solche Gedanken. Eine Ergänzung für den

Bereich der politischen Bildung, allerdings sehr viel sparsamer ausgestaltet, sollten dann die Bildungsurlaubsgesetze der Länder ab 1974 bringen.

Der Erfolg des AFG war durchschlagend. Junge Männer, vor allem, bildeten sich in großer Zahl fort, machten für zwei Jahre einen Arbeitsplatz frei und konnten trotz der steigenden Arbeitslosigkeit relativ sicher sein, mit der neuen Qualifikation im gleichen oder einem anderen Betrieb einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Ein solches Verhalten bringt aber nicht nur Freunde, ist es doch auch eine offene, wenn auch nonverbale Kritik an allen, die sich nicht fortbilden. So wurde denn auch diesen jungen Leuten vorgehalten, sie machten sich mit Versicherungsgeldern eine faulen Lenz, schließlich sei Lernen keine Arbeit. Auch die Bafög-finanzierten Studenten demonstrierten ja nur rum und spielten Revoluzzer mit Steuergeldern. Die seit drei Jahrzehnten spürbare Abwertung von Lernen als einem nur wenig getarnten Nichtstun hat hier ihren Ursprung.

Man müsse deshalb wie früher bei den Stipendien wieder mehr disziplinieren und

Wohlverhalten einfordern und das geschehe am besten präventiv, indem die individuelle finanzielle Belastung jedes einzelnen deutlich erhöht würde. So wurden denn der Zu-

Wir haben verlernt, im Bildungsbereich auf die wachsende Armut in Teilen der Bevölkerung zu achten.

schuss zunächst gesplittet in einen Zuschuss und einen Darlehensanteil, um schließlich den Zuschussanteil ganz zu kippen. Das alles half nichts, die Zahl derjenigen, die diese Möglichkeit zur Weiterbildung nutzten, blieb fast ungebrochen hoch. Erst als auch die



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Darlehensgewährung gestrichen und durch das „Meister-Bafög“ – korrekt trägt es die Bezeichnung „Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz“ – ersetzt wurde, sank die Fortbildungsbereitschaft rapide auf unter ein Drittel des Vergleichszeitraums. Es gibt eben viele Methoden, Bildungsbereitschaft zu unterdrücken.

Reaktion auf die Fortschritte der 1970er

Die messbaren Erfolge waren es auch, die das Bafög und vor allem das Schüler-Bafög zum Hauptangriffsziel der Reaktion machten. Weil die Zahl und der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten stieg und darunter der Arbeiterkinderanteil deutlich zunahm, bemühten sich die Besitzstandswahrer darum, diesen Zustrom von möglichen Konkurrenten für ihren eigenen Nachwuchs zu stoppen. Der politischen und publizistischen Vorbereitung diente die von der letzten sozialliberalen Koalitionsregierung auf Bundesebene eingesetzte so genannte „Transfer-Enquete-Kommission“, die sich mit den Sozialtransfers – von der Sozialhilfe bis zum Bafög – befassen sollte und der von Seiten der FDP als Begründung beigegeben wurde, dass mittlerweile sich das Arbeiten nicht mehr lohne, da man, ein gewisses Geschick vorausgesetzt, von den Transfers gut leben könne. Und die Schüler-Bafög-Empfänger ja auch deutlich schickere Klamotten trügen als die Kinder der „Besserverdienenden“ usw.

Also wurde das Schüler-Bafög 1983 weg gestrichen, das Bafög wie die zweckmäßige Förderung voll auf Darlehen umgestellt. Nun waren endlich alle gleich: Keiner musste mehr zahlen und keiner bekam zusätzliche Förderung. Dafür aber wurden die Stipendienfonds der parteinahen Stiftungen und der

Hans-Böckler-Stiftung deutlich erhöht. Denn auf Stipendien hat man ja keinen Rechtsanspruch, sondern muss sich „würdig“ erweisen.

Schließlich wurde aus der AFG-Förderung des „Meister-Bafög“. Das nun war Gleichbehandlung nach christlich-liberaler Art in Reinkultur: Studierende und angehende Meister bekamen beide zumindest umgangssprachlich „Bafög“ und das Studium wurde, zumindest wenn es um die Art und Weise der Teilnahmeförderung ging, der beruflichen Weiterbildung gleichgestellt. Aber dennoch durfte natürlich kein Meister studieren und keine Hauswirtschaftsmeisterin wurde zum Studium der Ökotronologie und keine Krankenschwester zum Studium der Medizin zugelassen. Soweit ging die Gleichstellung wieder nicht. Zum Studium berechtigt bleiben allein die „Hochschulzugangsberechtigten“, die nun wieder nahezu alle der eigenen Klasse angehörten.

Folgen der Reaktion

Der Anteil der Abiturienten am Altersjahrgang stagniert seit 1985, als die letzte Gruppe der Schüler-Bafög-Geförderten die Sek II verließ. Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Hochschulzugangsberechtigten liegt heute unwesentlich höher als zu Beginn der 70er Jahre. Studenten-Bafög erhalten nur

noch rd. 20 Prozent der Studierenden. Zwar wurde der Darlehensanteil 1990 wieder auf die Hälfte reduziert, aber eine Verschuldung im Bereich von bis zu 10.000 ist bis heute gesetzlich vorgesehen. Während die Erhebung von 10.000 Studiengebühren, die von den 60 Prozent Studierenden bzw. ihren Eltern zu zahlen wären, die lt. Studentenwerkstatistik zu den 30 Prozent gehören, die über die höchsten Einkommen in Deutschland

verfügen, einem sozialen Kahlschlag gleichkämen, glaubt man dem auch von der GEW, den Jusos, der PDS etc. mitgetragenen „Aktionsbündnis gegen Studiengebühren“. Währenddessen fordert die PDS die Familien-, d.h. einkommensunabhängige Ausbildungsförderung für alle Studierende, wahrscheinlich gefallen ihr die aus der DDR-Zeit bekannten

PISA hat gezeigt, dass in allen anderen Ländern – mit oder ohne Studiengebühren – der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen deutlich geringer ist als im gebührenfreien Deutschland.

Zahlen (s. Tabelle vorne) so gut.

PISA hat gezeigt, dass in allen anderen Ländern – ob mit oder ohne Studiengebühren und Schulgeldern – der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den Bildungschancen deutlich geringer ist als in dem partiell gebührenfreien Deutschland. Es sind andere Faktoren als die Gebühren, die das deutsche Bildungswesen ins Abseits gebracht haben.

Ich komme zum Schluss und auf meine Eingangstabelle zurück. In der DDR wurden alle gleich gefördert. Die individuellen und familiären Unterschiede aber waren – wie bei Menschen üblich – erheblich. Weil man meinte, mit der finanziell gleichen Förderung auch gleiche Chancen geschaffen zu haben und auf die anderen Unterschiede nicht geachtet wurde, konnten die ungleichen familiären, kulturellen und individuellen Voraussetzungen sowie die Besonderheiten im Umfeld voll durchschlagen, weil sich niemand um eine Korrektur bemühte.

Wir sind auf dem gleichen Weg. So lange Sozialdemokraten und Sozialisten im Westen noch bereit waren, von der Klassengesellschaft zu reden, war damit untrennbar verbunden, dass sie fordern mussten, dass die klassenbedingten Ungleichheiten zumindest im Bildungswesen durch ungleiche Förderungen ausgeglichen würden. Und sie hatten und haben bis heute dabei auch die liberalen Länderverfassungen und das Grundgesetz auf ihrer Seite. Seit wir uns alle aber in der „neuen Mitte“ versammelt haben oder auf sie hindrängen, ist der Blick auf solche Klassenunterschiede – oder schichtenspezifische Benachteiligungen – offensichtlich verstellt.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Berufsorientierung und sozialer Umbau als sozialistisches Reformkonzept

Das drohende Gespenst – Jugendarbeitslosigkeit und seine Wirkung für die Zukunft von Jugendlichen – Ein Diskussionsbeitrag

Von Ulf Banscherus, Tobias Gombert und Björn Böhning

„Unsicher schlittern wir nun vorwärts. Unsicher und ängstlich, weil es nie eine wirkliche Interessensfindung gegeben hat, unsere Köpfe wurden hervorragend trainiert, nur, was von dem Gelernten uns selbst angeht, haben wir nie herausgefunden, zu beschäftigt waren wir mit der Jagd nach Noten.“ (aus: Rutar 2003)

Diese Einschätzung einer Schulabgängerin ist symptomatisch für viele Jugendliche aus unserer Generation, die die Erfahrung gemacht haben, dass sie einer ungewissen Zukunft entgegen gehen, ohne durch Schule, Familie oder staatliche Institutionen ausreichend auf den Übergang in ein neues Leben vorbereitet worden zu sein. Die Notwendigkeit für Jugendliche, bereits während der Schulzeit eine individuelle Strategie zur Entfaltung der eigenen Stärken und der Organisation der späteren Berufsbiographie zu entwickeln, nimmt erheblich zu. Immer weniger taugt die Biographie der Eltern als Wegweiser für das eigene Leben. Während in bürgerlichen Milieus die Fähigkeit, sich flexibel auf neue Anforderungen einstellen zu können, eingeübt wird, gilt dies für andere Teile der Gesellschaft nicht. Nach wie vor spiegeln die Berufswahlwünsche von jungen Frauen und Männern nicht die Vielfalt der modernen Arbeitswelt wieder.

Die Schulen sind auf die neue Anforderungen der Berufsorientierung nicht vorbereitet. Sie sind nicht hinreichend in der Lage, SchülerInnen auf die Anforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten. Ein erhebliches Problem ist die Trennung von Schule, Berufsberatung, Jugendhilfe und Arbeitsmarktpolitik. Die unterschiedlichen Institutionen sind unzureichend miteinander vernetzt. Es muss uns gelingen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihren Orientierungsphasen eine individuelle Beratung und ein Coaching aufbauend auf ihren Potentialen zu bieten. Die sozioökonomische Entwicklung hin zum flexiblen Kapitalismus bringt viele Unsicherheiten mit sich. Der Versuch, die bislang diffuse und kaum abgesicherte Multioptionalität als Chance für wirtschaftlichen und ge-

gesellschaftlichen Erfolg umzudeuten, führt vor dem Hintergrund wachsender sozialer Ungleichheiten in die Irre. Die Tendenz einer weiteren Spaltung des Gegensatzes zwischen Arm und Reich ist unübersehbar. Trotz des zunehmenden Aufweichens festgefügtter gesellschaftlicher Hierarchien in Form von Klassen oder Schichten bleibt die soziale Herkunft entscheidend für die soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklung des Individuums. Die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus setzt den Rahmen, in dem die individuelle Ausprägung von Persönlichkeitsmerkmalen und Lebensstilen möglich wird. Die Ausdehnung dieses Rahmens, also die individuellen Möglichkeiten zu sozialem, ökonomischem und kulturellem Aufstieg, hängt entscheidend von der Kapitalausstattung des Elternhauses ab. Dies gilt gerade auch für die Chancenstrukturen im Bildungsbereich. Zwar gibt es auch Ausnahmen, im Regelfall ist der vorgegebene Rahmen aber weitgehend stabil, weshalb die gesellschaftlichen Spaltungen und Gegensätze nicht nur reproduziert, sondern unter den Bedingungen des flexiblen Kapitalismus weiter verschärft werden.

Die Zugehörigkeit zu sozialen Milieus bestimmt weitgehend die Interessen und Orientierungen der jungen Menschen. Dies gilt sogar bis hin zu beruflichen Fort- und Weiterbildungen, die nur unterdurchschnittlich von Angehörigen sozial schwacher Milieus genutzt werden. Für die Frage nach der beruflichen Orientierung ist die soziale Herkunft aus verschiedenen Gründen bedeutsam. So ist das Streben nach fordernden und selbstbestimmten Tätigkeiten bei Angehörigen sozial schwacher Milieus nur schwach ausgeprägt. Die geringe Leistungsorientierung führt häufig dazu, dass Jugendliche von der Arbeitswelt abgekoppelt werden. Überdurchschnittlich viele Jugendliche aus den betreffenden Milieus haben keinen Schul- oder Berufsabschluss, in krassem Gegensatz zu den Angehörigen der mit sozialem, ökonomischen und kulturellem Kapital gut ausgestatteten Milieus, deren Regelab-

schluss ein akademischer Grad mit entsprechenden Berufschancen ist.

Fünffache gesellschaftliche Spaltung

1. *Individuelle Trennung zwischen Qualifizierung und Arbeit/sozialem Status* – War es bis zu den 1970er Jahren die Regel, dass eine Karriere langfristig über den Ausbildungsweg vorbereitet werden konnte, ist heute eine hohe Qualifizierung zunehmend nicht mehr hinreichende Bedingung eines gesicherten und adäquaten Arbeitsplatzes. Die für alle Jugendlichen neue Unsicherheit wird als direkter Druck an die Lernenden weiter gegeben. Die materielle Absicherung der Lernenden und der institutionelle Abbau kann so über die ideologische Klammer des individuellen Wettbewerbs ausgetragen werden. Gleichzeitig gerät vor allem das ArbeiterInnen-Milieu unter Druck, weil der von den Eltern bekannte Ausbildungsweg häufig nicht mehr eingeschlagen werden kann. Der Erhalt des sozialen Status, der sich an den Eltern orientiert, wird so schwieriger.

2. *Soziale Spaltung* – Weiterhin verschärfen sich die Einkommensunterschiede in der Gesellschaft, betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche. Medial verbreitete „Ausbildungsplatz-Touren“ können nicht darüber hinweg täuschen, dass eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft und Appelle an das soziale Gewissen bei weitem nicht ausreichen, um das Ausbildungsplatzproblem zu lösen. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde zwar von der rot-grünen Bundesregierung als Problem erkannt und durch das Programm JUMP bekämpft. Dennoch müssen zu einer langfristigen Problemlösung tiefgreifendere Reformen im Arbeits- und Sozialrecht durchgesetzt werden (z.B. Arbeitsversicherung, Ausweitung des Öffentlichen Beschäftigungssektors, Ausbildungsplatzumlage).

3. *Kulturelle Spaltung* – Zunehmend hat sich im Zuge der 1980er Jahre zudem eine Freizeit- und Kulturindustrie mit flächendeckendem Angebot entwickelt. Vor allem bei Kindern und Jugendlichen werden Anerkennung und Beteiligung entscheidend über die Verfügbarkeit finanzieller Mittel erworben. Die Jugendkultur-Industrie ist ein heiß umkämpfter Markt. Eine schlechte finanzielle Absicherung bedeutet so häufig auch soziale Isolation, die nicht mehr durch einen

**TOPTHEMA
IM NEUEN
HEFT**

MENSCHEN- VERSUCHE

BAYER testet Pestizide an Menschen.

STICHWORT BAYER

**Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.**

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

starken Familienzusammenhalt abgedeckt wird.

4. *Spaltung der Interessen* – Untersuchungen wie die Shell Jugendstudie 2002 belegen eine relativ hohe Konstanz traditioneller Werte bei gleichzeitiger Orientierung an postmodernen Werten. Im Gegensatz zum häufig proklamierten Motto der Postmoderne, zum „Anything goes“, sind besonders zwei Bereiche für die jungen Menschen nach wie vor zentral: Familie und Beruf. Junge Menschen haben das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, ein Bedürfnis, das sie vor allem durch stabile soziale Beziehungen, Freundschaften und Partnerschaften erfüllt sehen. Ähnliches gilt für die Arbeitswelt. Hier besteht ein starkes Bedürfnis nach

weiterhin gravierende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, Westdeutschen und Ostdeutschen, Jugendlichen deutscher und nichtdeutscher Herkunft, aber auch zwischen den Marktsektoren der (industriellen) Produktion und der Dienstleistungen.

5. *Die sozialstaatliche Spaltung* – Ein weitgehend absichernder Sozialstaat, der Massenkonsum und Massenproduktion ermöglichte und den sozialen Frieden sicher stellte, droht durch die Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes zu einem Zweiklassensystem zu werden, zu einem Sozialstaat, der durch „Basis- und Zusatzleistungen“, die je nach dem Geldbeutel wählbar sind, „flexibel“ wird und Benachteiligte weitgehend von

ökonomischer Sicherheit durch Erwerbsarbeit, nach dauerhafter Beschäftigung, durchaus auch in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Die junge Generation hat aber keineswegs homogene Bedürfnisse und Ziele, Werte und Lebensstile, wenn auch einige wichtige Konstanten bestehen. Quer durch die junge Generation verlaufen weitgehend bekannte Konfliktlinien: So bestehen trotz der politischen Absichtserklärungen zu Gleichberechtigung, Förderung und Integration

einer besseren Versorgung und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungen abzukoppeln droht. Die Veränderung sozialstaatlicher Absicherung hat direkte Auswirkungen auf die Berufsorientierungsmöglichkeiten junger Menschen: Einerseits wird der Druck sozialer Einschnitte von der Elterngeneration direkt an die Kinder weitergegeben, denn das Abschmelzen eines materiellen Polsters bedeutet auch eine geringere finanzielle Unterstützungsmöglichkeit durch die Eltern. Andererseits werden vor allem Studierende in einen studentischen Niedriglohnssektor gedrängt, ohne Ansprüche gegenüber den Sozialversicherungssystemen zu erwerben.

Thesen für eine berufliche Orientierung als Chancenprojekt

Die Phase beruflicher Orientierung ist eine entscheidende Übergangsphase im Lebenslauf, in der sich spätere Zukunftschancen entscheiden. Die Schnittstelle zwischen Bildungssystem und Berufseinstieg ist es, die zunehmend höhere Anforderung an die Gestaltungskompetenz und Bewältigungsleistung Jugendlicher stellt. Dies resultiert aus den sektoralen Ausdifferenzierungen im Kapitalismus selbst sowie aus der weithin deregulierten Lebens- und Arbeitsumwelt, die es nur noch wenigen Individuen ermöglicht, eine gesicherte Erwerbslaufbahn einzuschlagen.

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsplatznot haben direkte Auswirkungen auf die berufliche Orientierung junger Menschen. Diese spielt sich in zunehmend unsicheren Rahmenbedingungen ab. Damit wird der Druck auf den einzelnen Jugendlichen, frühzeitig die eigene Karriere zu planen, immer größer. Dies geschieht ohne adäquate Unterstützungs- und Orientierungsleistungen. Schule und Lehrkräfte sind dazu häufig nicht in der Lage, gleiches gilt für die Eltern, auch die Berufsberatungen des Arbeitsamtes leisten nur einen geringen Beitrag. An der Hochschule werden Beratungsleistungen gekürzt, während viele ProfessorInnen ihrem Beratungsauftrag nicht nachkommen. Die hohe Zahl der StudienabreicherInnen korrespondiert mit dieser Situation unmittelbar.

Mit der Ausdifferenzierung jugendlicher Milieus haben sich auch die Lebensläufe und Erwerbsbiographien junger Menschen gewandelt. Traditionelle Berufseinstiegsmuster werden abgelöst durch Übergänge, die zunehmend gebrochen verlaufen. Wie und mit welchen Mitteln diese Übergänge gemeistert werden ist in höchstem Maße unterschiedlich.

Die Entwicklungstendenzen der Ökonomie sind dabei für jeden Einzelnen von uns undurchschaubar. Neben der wirtschaftlichen Krisensituation sind es insbesondere die gesellschaftlichen und ökonomischen Widersprüche unserer Zeit, die eine Orientie-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

zung auf ein bestimmtes Berufsbild, auf eine bestimmte Erwerbslaufbahn oder in ein bestimmtes Wirtschaftssegment immer weniger möglich machen. Der zunehmend rasanter stattfindende Wandel innerhalb der Branchen und der schnelle Wechsel von Anforderungen an Kompetenz und Qualifizierung erschweren nicht nur die Eingrenzung von Berufsbildern und -gängen, sondern auch die Entscheidung für und gegen einen bestimmten Ausbildungsgang. Insofern sind auch Gewerkschaften und Kammern gefragt, den neuen Anforderungen an Berufsbilder und Ausbildungsgänge Rechnung zu tragen. Dabei ist insbesondere eine schnellere Einrichtung dieser Ausbildungsgänge, eine Zertifizierung von Zwischenschritten sowie (basierend auf einer garantierten dreijährigen Ausbildungszeit) eine individuell wählbare modulare Weiterbildungs- und Spezialisierungsmöglichkeit notwendig. Dies ist in den Bereichen der neuen IT-Berufe schon gut gelungen.

Die regionale Strukturpolitik nimmt zunehmend regionale Bildungslandschaften als Beitrag zur Qualifizierung und Weiterbildung in den Blick. Eine Bildungspolitik in diesem Sinne soll einen Beitrag zum Strukturwandel in den Regionen leisten und dem Fachkräftemangel präventiv entgegenwirken. Die Berufsschule als Kern des dualen Ausbildungssystems spielt dabei eine große Rolle. Ihre Reform muss im Mittelpunkt einer zeitgemäßen Berufsbildungspolitik stehen. Die kommunale Unternehmenslandschaft ist in diesen Prozess einzubeziehen: Erhalt, Ausbau und Umbau des dualen Systems sind entscheidend für die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage der Eigenverantwortung neu zu stellen. Bisher wird immer dann an die „Eigenverantwortung“ appelliert, wenn es um den Abbau sozialstaatlicher Leistungen geht. Diese Debatte wird an entscheidender Stelle verkürzt: Es geht dabei nicht mehr um die Qualität sozialer Sicherung, sondern lediglich um die quantitative Finanzierung des Systems. Der Spieß müßte aber eigentlich umgedreht werden: Gerade die neuen Anforderungen an die eigene Lebensgestaltung müssen in einem fortschrittlichen Sozialsystem qualitativ aufgegriffen werden. Die Frage der Qualifizierung für die Herausforderungen, die uns neue Zeiten im Alltag, im Beruf, und in der Gesellschaft stellen, muss in den politischen Raum zurückgeholt werden. Übrigens ist dies auch eine zentrale Frage, die sich mit der Gleichstellung der Geschlechter verbindet: Eine Erhöhung der Frauenerwerbsarbeit wird solange nur Stückwerk bleiben, wie nicht klar ist, welche Institution diese absichert, wie Reproduktionsarbeit zukünftig gesellschaftlich/sozialstaatlich organisiert wird und wie in den Bildungsinstitutionen

von Anfang an ein zu einem „Klima“ von „gender mainstreaming“ und „gender diversity“ beigetragen wird.

Wir erleben, dass die Lebenslaufübergänge und die berufliche Orientierung selbst zu neuen Spaltungsfragen werden. An dieser Stelle entscheidet sich, ob sich soziale Spaltungen nivellieren oder vergrößern. Soziale Schlüsselkompetenzen wird zur entscheidenden Ressource für die Bewältigung von Übergängen und ihre Gestaltung. Zufällige Startchancen sind heute mehr denn je Indikatoren für die individuellen Entwicklungsperspektiven. Wer hier „eigenverantwortlich alleine“ gelassen wird, dem ist der Weg in eine gute Arbeit und ein schönes Leben im frühen Alter bereits verwehrt.

Die bisherigen sozialen Sicherungssysteme sind auf diese Situation kaum zugeschnitten. Die mangelnden Unterstützungs- und Hilfeleistungen in Bezug auf die Lebenslauf- und Berufsorientierung sind Ausdruck eines strategischen Versagens des deutschen, konservativen Sozialstaats. Junge Menschen erfahren die Brüche und Blockaden im Lebenslauf, ohne dass eine adäquate Regulierungsinstanz ihnen die Möglichkeit gibt, Wünsche, Ansprüche und Vorstellungen an das eigene Leben, Arbeiten und Wirtschaften zu verwirklichen.

Politische Herausforderungen: Pakt für Zukunftschancen statt Abbau beruflicher Perspektiven

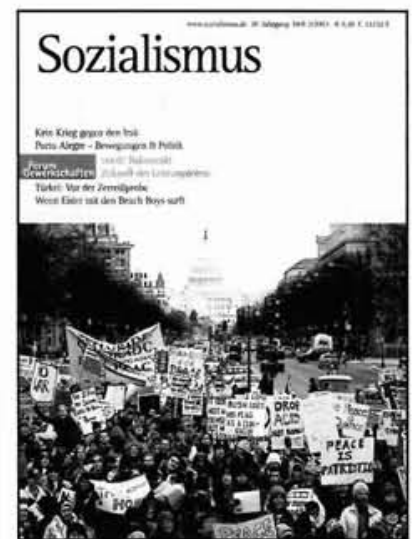
Die von Grünen und FDP forcierte Generationenendebatte unter dem Deckmantel demographischer Entwicklungen hat nicht die Zukunftschancen junger Menschen, sondern die weitere Spaltung der jungen Generation im Blick. Die Privatisierung von Lebensrisiken, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Sozialversicherung, wird hier zwar im Namen aber insbesondere auf Kosten der jungen Generation gefordert. Unsere Vorstellungen eines solidarischen Generationenprojekts gehen in eine andere Richtung: Wir wollen die Zukunftschancen junger Menschen nicht zum Spielball der Kapitaleseite verkommen lassen. Die politische Gestaltung beruflicher Orientierung bedeutet deshalb die Einleitung eines Reformprozesses, der die Bereiche von Struktur-, Bildungs- und Sozialpolitik miteinander verbindet, ohne einer einseitigen Sachzwanglogik zu verfallen. Unsere Vorstellung eines Projekts beruflicher Orientierung fußt daher auf der Idee, soziale Gerechtigkeit für alle Lebensläufe erlebbar zu machen. Dies ist die entscheidende Herausforderung, der sich sozialistische Politik stellen muss.

spw 2 / 2003

Literatur:

Sabine Rutar, Nicht wissen, wo es langgeht, in: Die Zeit, 1. 08.1986, S. 40, zitiert nach Günter Thoma, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – aber wie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 03.02.2003, S. 42.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Nein zum Krieg!
Ulrich Cremer: Nachruf auf Dieter S. Lutz;
Peter Lock: Das Imperium des Chaos

Fausto Bertinotti: Die Lektion der sozialen Bewegungen; Redaktion Sozialismus: Bewegungen & Politik

Hans-Georg Lorenz: Berlin – Ein Fall von fiskalpolitischer Fahrerflucht; Joachim Bischoff: Realitätsflucht – Zur Programmdebatte der PDS; Jörg Finkenberger: Die Rechte vor und nach dem NPD-Verbot; Joachim Bischoff: Was tun gegen Stagnation und Deflation?

Michael Wendt: Kompromiss im öffentlichen Dienst; Richard Detje: Verbetriebligung und Vermarktlichung – Wandel der Leistungsentlohnung; Ewald Wehner: Jenseits der Grenzen des Arbeitskampfrechts; Michael Wendt: DGB – Plädoyer für die Deflation? Hans-Jürgen Urban: Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa

Ömer Turgut: Die Türkei laviert; Hanna Ndlovu: ANC definiert sich links

Wenn Eisler mit den Beach Boys surft: Interview mit Heiner Goebbels; Holger Hegewald/Mario Keßler: Erwin Chargaff – Biochemiker und Gesellschaftskritiker
Marion Fisch: »Bowling for Columbine« (Filmkritik)

Supplement: S. Gindin/L. Panitch/Monthly Review-Redaktion/J. Bischoff/R. Detje
Krise der US-Ökonomie
Kontroversen der Linken

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/280 505 68

e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Berufliche Weiterbildung als Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Von Ingo Benzenberg

Im Zuge des regionalpolitischen Wandels von einer traditionell verteilenden und ausgleichenden zu einer endogen, sich entwickelnden Zielsetzung, sollen regionale Innovationspotenziale mobilisiert werden, welche den Strukturwandel positiv beeinflussen können. Selbstorganisiert und selbstverantwortlich werden regionale Akteure angehalten, innovative Neuorientierungen anzustoßen und unterstützend zu begleiten. In diesen regional orientierten Strategien wird Bildung zum Politikfeld übergeordneter Fachgebiete. Dabei wird die Möglichkeit, durch Qualifikation und Weiterbildung die Wirtschaftskraft in Regionen zu fördern und somit als Standortfaktor zu fungieren genauso angeführt, wie die in regionalen Krisen meistens auftretende Arbeitslosigkeit mit Hilfe der beruflichen Qualifizierung zu begegnen.

Diese Apodiktiken wirkungsvoll leisten zu können, scheint ohne verstärkte Kooperation mit Akteuren der regionalen Bildungslandschaft kaum möglich. Mit dem Aufbau regionaler Qualifizierungsnetzwerke, in denen Bildungsanbieter, Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitsämter, soziokulturelle Einrichtungen usw. mit einer vorausschauenden Orientierung des Bildungsangebotes am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel sowie einer starken Orientierung an den Bedürfnissen der Individuen zusammenarbeiten, wurde verstärkt Anfang der neunziger Jahre begonnen.

Die zahlreich entstandenen regionalen Bildungslandschaften mit mehr oder weniger kooperativen Netzwerkstrukturen haben teilweise bislang unbekannte Kooperationsmodi hervorgebracht, die ohne einen einheitlichen Rahmen zwar durchaus neue Dispositionschancen für Einzelne eröffneten, aber für die Mehrheit, besonders für die Nichtteilnehmer, auch neue Risiken und Unsicherheiten aufzeigten.

Im Folgenden werden Möglichkeiten, Grenzen und Perspektiven von Allianzen zwischen Betrieben und regionalen Bildungseinrichtungen als Beitrag zum regionalen

Strukturwandel beschrieben und ein Blick auf „innovative Formen“ von regionalen Qualifizierungsnetzwerken geworfen. Dabei sollen Anforderungen an eine Reform der beruflichen Bildung hinsichtlich des Aufbaus regionaler Qualifizierungs- und (Weiter-) Bildungslandschaften aufgezeigt werden.

1 Bildungseinrichtungen als Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Betrachtet man die Kooperationen von Unternehmen und Bildungsträgern, so wird davon ausgegangen, dass deren Interpretations- und Handlungsmuster über Kooperation in betriebswirtschaftlichen Theorien und in den darin eingebetteten Annahmen über Kooperation liegen. Somit werden mit der Kooperation von Unternehmen und Bildungsträgern überwiegend einzelorganisatorische Ziele verfolgt und die Kooperation für die Beteiligten als wirtschaftlicher Gewinn verstanden. Betriebliche Reorganisationsprozesse als Vorreiter eines regionalen Strukturwandels werden dagegen bislang nur selten von Bildungsträgern begleitet, da unternehmensseitig die systeminterne Entwicklung das dominierende Leitbild darstellt. Geprägt ist dieses Leitbild durch das Argument des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs, welcher die Abschottung von unternehmensinternen Informationen impliziert und damit isolierte Vorgehensweisen nahe legt (vgl. Dobischat/Husemann 2001, S. 7). Zwar erschöpft sich ein reflektiertes Konzept der Qualifikationsanpassung keinesfalls in einer ökonomischen Funktion, dennoch gab gerade diese Komponente Anstoß, personenorientiert und regionsverantwortlich zu wirken.

Aufgrund knapperer Mittel für Bildung seitens der Unternehmen und der öffentlichen Hand sowie zunehmender Konkurrenz um bestehende und neu zu erschließende Marktsegmente, sind Selbstverständnis, Autonomiebestreben, Aufgabenprofil und das Angebots- und Leistungsspektrum des tra-

ditionellen Lernortes „Bildungsträger“ im Wandel. Intensiviert wird dieser Wandel besonders durch neue finanzielle Förderkullissen, in der sich die Weiterbildungspolitik verstärkt einer regionsbezogenen Gestaltungsperspektive zugewandt hat, die neue Kooperationsformen und Kommunikationsstrukturen verbindet (vgl. Benzenberg/Dobischat 2002, S. 263).

Die Erforschung regionaler Kooperationsverbände in der Weiterbildung hat gezeigt, dass eine eher lose organisierte Zusammenarbeit dominiert, obwohl regionalpolitische Entscheidungen durch trägerübergreifende Unterstützungsleistungen wie Transparenz, Beratung und Qualitätssicherung ergänzt werden müssten (vgl. Gnahn 1997). Auf der Basis lose organisierter Zusammenarbeit scheint es aber schwierig diese Unterstützungsleistungen anzugehen. Empirische Untersuchungen geben zudem deutliche Hinweise auf Kooperationsprobleme, die besonders auf fehlende Kontinuität, ansteigenden Verhandlungsaufwand und das Verschieben von Konflikten fußen, wobei nach Markt- und Staatsversagen auch zunehmend ein Netzwerkversagen thematisiert wird (vgl. u.a. Dehnbestel 2001, S. 105; Faulstich 2001, S. 139). Die fehlende Kontinuität regionaler Kooperationsverbände wird dabei oft mit der zeitlichen Befristung von finanziellen Fördermitteln begründet. Übersehen werden darf in diesem Zusammenhang aber nicht, dass die zeitliche Befristung eine wesentliche Voraussetzung für deren Zustandekommen ist und somit ein im Wirtschaftsgeschehen kompensatorisches und damit innovatives Wirken ermöglicht, um letztendlich unter der Berücksichtigung von nicht marktfähigen Interessenpositionen strukturelle Fördereffekte zu erzielen (vgl. Husemann/Dobischat 2001, S. 273-275).

2 Innovative Formen von regionalen Qualifizierungsnetzwerken

Programme, die die Kooperation regionaler Akteure zum Aufbau von regionalen Qualifizierungsnetzwerken fördern, fordern durchweg Innovation, Qualität und Nachhaltigkeit. Innovativ zu sein, also bewusst von bisherigen Vorstellungen und Verhaltensweisen abzuweichen, steht vielfach im Gegensatz mit Qualitätsvorstellungen, welche schriftliche Regelungen der Zusammenarbeit oder die Netzwerkbildung aus wichtigen regiona-

Dr. Ingo Benzenberg ist Wissenschaftlicher Angestellter im Fachgebiet Wirtschaftspädagogik mit dem Schwerpunkt Betriebliche Aus- und Weiterbildung an der Universität Duisburg-Essen und Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Konsortium der wissenschaftlichen Begleitung des BMBF-Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“.

len Bildungseinrichtungen fordern. Die Förderung der Nachhaltigkeit zielt mehrheitlich auf ökonomische Komponenten dauerhafter selbsttragender Organisationsstrukturen mit langfristig angelegter Eigenfinanzierung ohne vielfach dabei zu berücksichtigen, dass die Vergänglichkeit von Netzwerken als wesentliches Merkmal ihres Erfolges gesehen wird (vgl. Tscheulin/Gölker/Hornyak 2002), Netzwerke typischerweise in labilen Suchprozessen auftreten und sich im Anschluss an die Erkenntnisgewinnungsphase in die am wirksamsten erachtete Organisationsform auflösen (vgl. Benzenberg 1999, S. 246). Eine Weiterentwicklung der Förderpolitik, in der die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nun nicht mehr traditionell aus Sicht der beruflichen, sondern aus der Sicht der allgemeinen Bildung unterstützt wird, könnte dort ansetzen, wo beide Bildungsbereiche aufeinandertreffen und notwendige inhaltliche Verzahnungen von Aus- und Weiterbildung auch zur Ressourcenbündelung beitragen.

Berufliche Schulen mit ihrem differenzierten Geflecht an Kompetenz, Organisation und Professionalität, sowohl in Bereichen allgemeiner und beruflicher Bildung als auch mit Ausprägungen von der vorberuflichen Bildung über die Ausbildung bis hin zu hochschuladäquaten Weiterbildungsgängen, rücken zunehmend ins Blickfeld als Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik.

3 Berufliche Schulen als Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik

Unbestritten leisten berufliche Schulen wichtige Qualifizierungsarbeit, die sich den Anforderungen des ökonomischen und technischen Wandels gewachsen zeigt und jungen Menschen den Zugang zu anspruchsvollen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen eröffnet. Wie Ergebnisse einer Bestandsaufnahme des Potenzials von Berufsschulen für ein Engagement in neuen Tätigkeitsfeldern zeigen, gibt es an vielen Schulen punktuelle Angebote für Weiterbildung und Zusatzqualifikationen (vgl. Dobischat et al. 2002). Anlässe für diese Entwicklung sind einerseits Rückgänge von Schülerzahlen, andererseits die Nutzung vorhandener Ressourcen. Mit der Weiterentwicklung beruflicher Schulen als Förderinstrument für die Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik geht es im Grundsatz aber nicht um die Anreicherung der Region mit Möglichkeiten der Weiterbildung, sondern um regionalorientierte bildungsbezogene Entwicklungsplanung. Somit sollten berufsbildende Schulen außerhalb ihrer Struktur vorhandene Kompetenzen einbinden, bevor sie selbst zusätzliche Ressourcen ausbauen, aber dann subsidiär eintreten, wenn andere Angebote nicht vorhanden sind. Dabei sind neben organisatorischen und strukturellen Lernort-

fragen auch didaktisch-methodische, curriculare und bildungstheoretische Zielorientierungen zu beachten. Letztendlich wird es aus entwicklungsplanerischer Sicht aber auf ein regional- und nachfrageorientiertes Leistungsangebot ankommen, für dessen Zustandekommen die berufsbildenden Schulen einen wesentlichen Beitrag leisten können und somit tragender Teil einer lernenden Region werden. Dies setzt voraus, dass berufsbildende Schulen vor Ort diese Verantwortung auch übernehmen.

4 Vom regionalen Qualifizierungsnetzwerk zum regionalen Kompetenznetzwerk

Mit dem Kompetenzbegriff, als Gegenstand der Persönlichkeitstheorie, wird versucht, einen Schwerpunkt auf den biografischen Erwerb von Fähigkeiten, Wissensbeständen, Denkweisen und Handlungspotenzialen zu legen, die in der Summe und mittels permanenter Interaktionsbeziehungen zwischen Individuum und Umwelt Identitätsbildung ermöglichen. Aus dieser Identitätsbildung resultiert, dass Kompetenzentwicklung ein Bestandteil und eine zusätzliche Dimension im Rahmen beruflicher Qualifikations- und Lernprozesse ist, und es auch somit nicht verwundert, dass im Kontext des Netzwerkbegriffs der Begriff der Kompetenzzentren jüngst häufiger Verwendung findet. (vgl. Benzenberg/Dobischat 2002, S. 263).

Auch die berufsbildenden Schulen sind verstärkt in die Diskussion um den Aufbau von Kompetenzzentren geraten. Aufgrund der institutionellen Arbeitsteilung mit Unternehmen und Kammern befinden sich die berufsbildenden Schulen im Bereich der beruflichen Ausbildung bereits seit langem in netzwerkartigen Kooperationen. Dass somit als Modernisierungsstrategie eine verstärkte

Durchlässigkeit zwischen Berufsschule und trägerstrukturierten beruflichen Weiterbildung gefordert wird (vgl. Harney 1997, S. 117-119), kann die Debatte, Berufsschulen verstärkt für die Förderung der regionalen, strukturellen und arbeitsmarktpolitischen Entwicklung einzusetzen, nur stützen. Trotz einiger Versuche regionale Kompetenznetzwerke zu etablieren, lässt sich aus den vorläufigen Ideen und Konzepten, aber auch aus den vorfindbaren Projekten und Modellen bisher kein idealtypisches und generalisierbares Konstrukt für die Praxis ableiten. Dennoch lassen sich einige Kriterien festhalten, die regionale Kompetenznetzwerke im Feld lebensbegleitenden Lernens charakterisieren: Regionale Kompetenznetzwerke bieten ein Aktivitätsspektrum an, welches die Kooperation und Koordination zwischen den Akteuren (Synergien, Ressourcensharing) fördert und eine verbesserte Kommunikation zwischen den verschiedenen Politikressorts (Finanzierung und Instrumentierung von Maßnahmen) anregt, um vorhandene Ressourcen und Potenziale zu bündeln und letztendlich zu optimieren (vgl. Dobischat/Benzenberg 2002, S. 232). Durch Kooperation geschaffene einheitliche Rahmenbedingungen dienen dann dazu, die Mobilisierungsproblematik (Zugang, Beratung, Bedarfsermittlung etc.) und die Qualitätsproblematik (Transparenz, professionelles Personal, Zertifizierung, Controlling etc.) von Weiterbildung zu lösen und das Ergebnis einem auch überregionalen Standard zuzuführen.

Auch wenn dieses Profil noch teilweise dem Wünschbaren entspricht, werden Schnittstellen und Gestaltungsfelder sichtbar, welche das Konzept der (bestehenden) regionalen Qualifizierungsnetzwerke in ein Konzept der Kompetenznetzwerke erfolgreich über-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

führen könnte. Dabei würde die durch den Kompetenzbegriff stärker transportierte personenbezogene Perspektive von Bildungsprozessen die individuelle Lebensgestaltung im Wechsel zwischen Beruf und außerberuflicher Zeit positiv beeinflussen. Gerade diese personenbezogene Perspektive von Bildungsprozessen in das Zielsystem regionaler Kompetenzzentren einzubinden, könnte zum Kristallisationspunkt der Entwicklung einer neuen Lernkultur in einer Region werden. Berufsbildenden Schulen als Zentrum regionaler Kompetenzentwicklung hätten dann hauptsächlich die Aufgabe zu vermitteln und bezüglich der einzelnen Funktionen regionaler Netzwerke tätig zu werden.

5 Funktionen von regionalen Qualifizierungsnetzwerken

Aufgrund einer üblicherweise unterstellten Dynamik von Netzwerken (als ihre Grundeigenschaft) ist es außerordentlich schwierig, einen bestimmten Netzwerktyp auf Dauer mit einer festgelegten Auswahl von Struktur- und Formalisierungskriterien zu belegen. Beispielsweise ist per Definition die Akteurskonfiguration in Netzwerken offen angelegt. Unter nutzenorientierten Gesichtspunkten ist daher vornehmlich der Wahl netzwerklicher Funktionen als Leitmerkmale für eine netzwerksbezogene Ausprägung zuzustimmen. Dies resultiert aus der Überlegung, dass im Rahmen netzwerklicher Bewertungen nicht der Verfahrenseinsatz und die Netzwerkabläufe interessieren, sondern das output-gerichtete Erscheinungsbild des Netzwerks im Mittelpunkt regionaler Bedeutung steht. Das Erscheinungsbild eines regionalen Netzwerks hängt jedoch entscheidend davon ab, mit welcher Intensität und Qualität und mit welcher Kombination der von der regionalen Bildungsproblematik

verlangten Netzwerksausprägungen erbracht werden.

Bildungsproblematiken, die die regionale Entwicklung und die Ausschöpfung der persönlichen Potenziale der Bürger sowie die Verwirklichung ihrer bildungsbezogenen Ziele behindern, spiegeln sich neben einer Unterversorgung von Angeboten in den oben genannten Mobilisierungs- und Qualitätsproblematiken wider. Jenen Problematiken entgegenzuwirken, ist Aufgabe einer Lernenden Region und gleichzeitig Funktion eines regionalen Netzwerkes und sollte als politische Anforderung an eine Reform der beruflichen Bildung hinsichtlich des Aufbaus regionaler Qualifizierungs- und (Weiter-) Bildungslandschaften verstanden werden.

Mobilisierungsfunktionen, geprägt durch den Abbau von Zugangsbarrieren, die Qualifizierung für nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit, die Einbeziehung von benachteiligten Gruppen und die generelle Erhöhung der Bildungsbeteiligung sind eng im Zusammenhang mit Qualitäts- oder Regulierungsfunktionen zu sehen, welche aufgrund einer bestehenden Diffusität und Intransparenz der Weiterbildung es notwendig machen, Instrumente systematisierender Regulationen zu entwickeln. Für die Nutzer müssen Bildungsangebote transparent sein und deren Qualität gewährleistet werden. Generell erfolgt dies durch Festlegung von Qualitätsstandards bezogen auf die Träger und Einrichtungen, die Durchführung und den Erfolg von Bildungsmaßnahmen.

Die Zusammenfassung der Funktionen, welche auf den Zielen der Netzwerke aufbauen aber auch von außen an die Netzwerke herangetragen werden (externe Sichtweise), sollte darauf ausgerichtet sein, dass die Fähigkeiten grundständig erworben werden können, die für ein erfolgreiches Bestehen im Berufs- und Privatleben notwendig scheinen und somit für ein lebenslanges Lernen maßgeblich sind.

Ausblick

Die Weiterentwicklung von regionalen Qualifizierungs- und Kompetenznetzwerken zu einem Förderinstrument für Regional-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik erfordert eine Funktionsbasis, die an den derzeitigen Problematiken der beruflichen Weiterbildung anknüpfen muss. Als erforderlich für die Wirksamkeit und die Akzeptanz dieser Netzwerke ist ein gleichartiges Verständnis über die Standardisierung, Ablaufgestaltung und Verfahrensweise bis hin zu gemeinsamen Normen und Wertvorstellungen, die sich in der Phase der Vernetzung als einheits- und modellstiftendes Prinzip der beruflichen Weiterbildung, subjektbezogen in modernen Gesellschaften ausprägen können. Berufsschulen mit ihrem differenzierten Geflecht an Kompetenz, Organisation und Professionalität müssen von den

Ländern, den regionalen Bildungsakteuren, den Unternehmen, den Berufsschulen selbst und vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern als Chance im Netz regionaler Innovationssträger gesehen und anerkannt werden. Berufsschulen als Initiatoren einer Lernenden Region die koordinieren und gestalten, hätten dann nicht mehr nur den Auftrag erforderliche Kompetenzen bei Jugendlichen zu entwickeln und zu fördern, sondern könnten über die synergetische Koordination regionaler Bildungsaktivitäten jene Kompetenzen ausbauen und dauerhaft im Berufsalltag begleiten.

Eine im Zuge der Globalisierung unsicherer gewordene Welt würde durch Koordination und Standardisierung der Weiterbildungslandschaft eine moderne, regionsbezogene und verpflichtende Modernisierung erfahren, die das von allen geforderte lebenslange Lernen sicherer gestalten lassen würde und mit den Zielen von lernenden Regionen korrespondiert.

spw 2 / 2003

Literatur

- Benzenberg, I.: Netzwerke als Regulations- und Aktionsfeld der beruflichen Weiterbildung, Bochum 1999.
- Benzenberg, I./Dobischat, R.: Qualifizierungsnetzwerke im Wandel – Unternehmensnetzwerke auf dem Weg zu regionalen Kompetenznetzwerken, in: Henrich, J./Hoß, D. (Hrsg.), Arbeiten und Lernen in Netzwerken, Eschborn 2002, S. 258-270.
- Dehnbostel, P.: Basis für eine umfassende Kompetenzentwicklung?, in: Grundlagen der Weiterbildung Zeitschrift – GdWZ, Heft 3/2001, S. 104-106.
- Dobischat, R./Benzenberg, I.: Verbund- und Netzwerkentwicklungen in der beruflichen Weiterbildung, in: Dehnbostel, P. u.a. (Hrsg.), Vernetzte Kompetenzentwicklung, Alternative Positionen zur Weiterbildung, Berlin 2002, S. 223-237.
- Dobischat, R./Düsseldorff, K./Euler, D./Roß, R./Schlausch, R./Wilbers, K.: Berufsschulen auf dem Weg zu regionalen Kompetenzzentren?, Duisburg 2002.
- Dobischat, R./Husemann, R.: Betriebe und Bildungsträger als „lernende Organisationen“ im Kooperationsverbund – Interpretationsmuster der Beteiligten und praktische Perspektiven zur Organisation, in: Benzenberg, I./Dobischat, R./Husemann, R. (Hrsg.), Lernende Organisationen im regionalen Kooperationsverbund, Karlsruhe 2001.
- Faulstich, P.: Regionale Netzwerke lebenslangen Lernens, in: Forum Bildung „Lernen – ein Leben lang, Vorläufige Empfehlungen und Expertenberichte.“ Bonn 2001.
- Gnahn, D.: Die lernende Region als Bezugspunkt regionaler Weiterbildungspolitik, in: Dobischat, R./Husemann, R. (Hrsg.), Berufliche Bildung in der Region, Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension, Berlin 1997, S. 25-38.
- Harney, K.: Der Sektor der Weiterbildung als Ausdehnungsraum der Berufsschule. Eine Rekonstruktion der Regionalisierungsproblematik beruflicher Bildung, in: Dobischat, R./Husemann, R. (Hrsg.), Berufliche Bildung in der Region – Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension, Berlin 1997, S. 105-120.
- Husemann, R./Dobischat, R.: Regulierung, Institutionalisierung und Professionalisierung als Gestaltungsdimension einer regionalen Berufsbildungspolitik, in: Hoß, D./Schrick, G. (Hrsg.): Die Region. Experimentierfeld gesellschaftlicher Innovation. Münster 2001, S. 263-279.
- Tscheulin, J./Gölker, S./Hornjak, H.: Über die Nachhaltigkeit vergänglicher Netzwerke, in: Henrich, J./Hoß, D. (Hrsg.), Arbeiten und Lernen in Netzwerken, Eschborn 2002, S. 75-83.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

„McWar“: US-Imperium made by BU\$H

von Edgar Göll

Bundeskanzler Schröder hat mit seiner deutlichen Absage im Sommer 2002 an einen kriegerischen Überfall zwecks Entwaffnung des Irak eine besondere welthistorische Konstellation ermöglicht. Als Reaktion auf säbelrasselnde US-Regierungsmitglieder hat er einen ersten spürbaren Stein in die US-Kriegsmaschinerie geworfen. Seither wuchs die Ahnung zur Gewissheit, dass die Obsession der Bush-Administration gegen den Irak weder Menschenrechten, Demokratie, der Einhaltung von UN-Resolutionen (die USA und Israel haben unzählige UN-Resolutionen ignoriert bzw. ihnen zuwidergehandelt) noch der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen gilt. Zum ersten Mal während der Pax Americana wird ein machtpolitisches Verbrechen des Imperiums vor seiner Durchführung kritisiert, diskreditiert und behindert - und dies in einem weltweiten Konsens und sogar von einigen der größten und engsten Verbündeten.

Unilateralismus pur

Die Rücksichtslosigkeit und Unerbittlichkeit, mit der Bush & Co. einen militärischen Überfall und Einmarsch vorantreiben, hat wohl viele „Freunde und Partner“ überrascht und entsetzt, lässt aber ahnen, dass es dabei um Entscheidendes geht, wie selbst die FAZ titelte: „Es geht in Wahrheit um Amerikas Macht in der Welt. Deswegen wird der Streit mit solcher Intensität ausgetragen.“ (Titelseite vom 10.3.2003) Mit Amtsantritt von Bush-Junior kamen wichtige neokonservative US-Globalstrategen und Energieplaner an die Schalthebel der politischen Macht. Seither betreibt die US-Administration einen extremen Unilateralismus, Arroganz und Ignoranz erleben eine neue Blüte, die nationale Überheblichkeit ist nach dem Zerfall des Realsozialismus und dem Verschwinden einer Gegenmacht weiter angestiegen, und die Geringschätzung von Völkerrecht, fairem Interessenausgleich und multilateraler Politik ist auf beängstigende Tiefe gesunken: In den USA haben die UN ungefähr das Ansehen eines Schülerparlaments.

Mit ihrer simplen und von PR-Experten ausgeklügelten Propaganda, sekundiert von einem beträchtlichen und wirkungsmächtigen Teil der angloamerikanischen Massen-

medien (z.B. der Murdoch-Gruppe) und deren Hassorgien erreichen Bush & Co. eine uninformierte, auf Emotionen und Klischees ansprechende Konsumbevölkerung. Im Zuge des „moral bombing“ und des propagandistischen Trommelfeuers werden Fakten verdreht.

Die von Bush mit religiösem Fanatismus verfolgte ultranationalistische Ideologie basiert auf Konzepten von Irving Kristol u.a. christlichen Fundamentalisten und ist vor allem im „Project for The New American Century“ (PNAC) vorbereitet worden. Deren Fokus liegt auf der Kontrolle des gesamten eurasischen Kontinents. Mit Bezug auf Irak war in deren Studie von 1998 bereits zu lesen: „Der ungelöste Konflikt mit dem Irak liefert zwar die unmittelbare Begründung dafür, die Präsenz einer substanziellen amerikanischen Streitmacht am Golf, ist aber ganz unabhängig von der Frage des Saddam-Hussein-Regimes nötig.“ (Spiegel online, 4.3.2003, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,238643,00.html)

Beute- und Kreuzzug - Ursachen und Motive

Die Region um den Irak ist von zentraler strategischer Bedeutung, denn von dort lassen sich immense Teile der Erdölproduktion und der riesigen Reserven auf diesem Planeten kontrollieren. Und von diesem Energieträger sind sowohl die Staaten des alten wie des neuen Europa und Japans, insbesondere aber die sich schnell industrialisierenden Staaten Asiens (China!) hochgradig abhängig! Auch der Nahostkonflikt kann von Irak aus direkter im Sinne von Israels Hardlinern beeinflusst werden. Eine dauerhafte militärische Präsenz in der Region kann hingegen via Saudi-Arabien oder anderen islamischen Oligarchien nicht gewährleistet werden.

Die exorbitanten US-Militärkapazitäten müssen „legitimiert“ werden. Irak dient als reales Testgelände für neue Waffensysteme und als öffentlichkeitswirksame Verkaufsshow.

Die innenpolitische Lage der USA ist durch verdrängte Probleme gekennzeichnet, durch exorbitante Skandale (Enron u.a.), durch Milliardenverluste, und statt visionärer Auswege wird traditionelle Politik betrieben.



Wie so manche Präsidenten zuvor verfiel Bush aufgrund der innenpolitischen Komplexität und seiner Inkompetenz dem Reiz, außenpolitisch Akzente zu setzen.

Die „Wahl“ Bushs zeigte, dass die USA zutiefst gespalten sind und dass die Neokonservativen mit rücksichtsloser Härte ihre Politik durchzusetzen bereit sind - wie andere Rechtspopulisten auch (Berlusconi, Haider usw.). Und seit den unsäglichen Terroranschlägen vom 11.9.2001 wird von Konservativen innerhalb und außerhalb des Staatsapparates eine Dauermobilisierung der Bevölkerung betrieben und ein simples Freund-Feind-Schema á la Hollywood kreiert. Der nach außen gerichtete Aktivismus ermöglicht die nostalgische Zuflucht zu „national greatness“ und Einzigartigkeit, einem Wiedererwachen der weltweiten „Erlöser-Mission“.

Innenpolitisch könnte sich etwas abzeichnen, was vor einer Generation der US-Sozialwissenschaftler Bertram M. Gross als „Friendly Fascism“ herausgearbeitet hat: eine neue Art des Totalitarismus. Ähnliche Anklänge lassen sich u.a. bei Barber oder auch bei dem US-Sozialphilosophen Richard Rorty finden. Unter dem Titel „The American road to fascism“ analysierte er 1998 negative Tendenzen in den USA und sagte voraus, dass ein „starker Mann“ an die Macht kommen könne: „He will invoke the glorious memory of the Gulf war to provoke military adventures that will generate short-term prosperity. He will be a disaster for the country and the world. People will wonder why there was so little resistance to his rise.“ (New Statesman, 8. Mai 1998, S.29)

Bushs Amerika hat sich mit der neuen Weltlage noch nicht arrangiert, sondern sich bei globalen Fragen (Kyoto-Protokoll, Internationaler Strafgerichtshof, Rüstungskontrolle usw.) immer mehr in eine unilateralistische Verweigerungshaltung hineinmanövriert. Und mit dieser Kriegführung erfolgt eine Art Befreiungsschlag: die von den USA beherrschte militärische Logik soll in der internationalen Politik wieder hergestellt werden. Der American

Way of Life – so Bush – dürfe durch drohende sozial-ökologische Zukunftspolitik nicht gefährdet werden (dabei geht die Gefährdung genau von dieser Lebensweise und ihrer Ausbreitung aus!). Und in Zeiten einer erstarken EU mit ihrem an Einfluss gewinnenden Euro kann durch die Kriegslogik eine starke US-Kontrolle geschaffen werden.

Im Hintergrund: ungelöste Strukturkrise

Unter dieser vielgestaltigen Interessen- und Motivstruktur liegt ein fundamentaler Zusammenhang verborgen, auf den Wolfgang Fritz Haug kürzlich hinwies: die strukturelle Krise des fordistischen „Kapitalismus“. Dass es um die Kontrolle des wichtigsten Energieträgers geht - Erdöl, haben viele Experten (u.a. Franz Alt) nachgewiesen. Auf Öl baut der industrielle Kapitalismus, unsere verschwenderische und naturzerstörende Produktionsweise, auf - vor allem in den USA. Die Situation, dass 4% der Weltbevölkerung 25% der Ressourcen verbrauchen, ist nicht mehr lange zu verteidigen. Und Bush hat verlautbart, dass sich sein Land trotz Klimawandel und anderen Problemen für unsere Zivilisation und die Natur ihren „American way of life“ nicht nehmen lassen werden. Wie häufig in der Geschichte von Systemkrisen werden keine progressiven Reformen oder gar Revolutionen, sondern eine Art „passive Revolution“ (Gramsci) exekutiert, werden passende Nebenkriegsschauplätze organisiert, um das Stellen der Machtfrage zu vermeiden.

Zum Funktionieren dieser Machterhaltungsstrategie spielt Angst und deren Benutzung eine große Rolle. Immer mehr Bürger werden verunsichert von den sich beschleunigenden Veränderungen, die ihrer Kontrolle entzogen sind, soziale Unsicherheit breitet sich aus, Konkurrenzkampf eskaliert. Und diese im Alltag des Systems verwurzelte Angst wird von einigen (meist konservativen, sich „christlich“ nennenden!) Politikern benutzt, um mit Ersatz-Zielen von den eigentlichen Ursachen abzulenken. Ein Bösewicht wie Saddam Hussein passt da sehr gut ins Konzept. Und in einer „Culture of Fear“ (so der Titel des hervorragenden Buches von Barry Glassner), können Ängste besonders leicht ausgenutzt werden (wie auch Michael Moore in seinem Film und Buch zeigt).

Opposition in den USA: zwischen Ohnmacht und Empörung

Der imperiale Kurs von Bush fand innerhalb der USA erst spät nennenswerte Gegenwehr. Die kolossale Schwäche der Liberalen und Linken in den USA machte den Durchmarsch der Neokonservativen um Bush erst möglich. Zu den historischen, strukturellen und ideologischen Schwächen der US-Linken kamen noch der Schock der Machtübertragung auf den rechtskonservativen Texaner Bush nach der ominösen Wahl von 1999 und schließlich der Schock des 11. September, gegen dessen

patriotischen Schub kaum etwas entgegen zu setzen war.

Dennoch melden sich immer wieder klare kritische Stimmen gegen die reaktionäre Zuspitzung, vor allem Intellektuelle wie Susan Sontag oder Noam Chomsky, die aber im Mainstream keine Chance haben. Abstinente waren vor allem die Demokraten, die erst in den letzten Wochen begannen, deutliche Kritik an Bush zu üben. Aufgrund der langen Kriegsvorbereitungen haben sich inzwischen auch weitere Intellektuelle, Film- und Pop-Stars, Wissenschaftler, Kirchenvertreter, Gewerkschaften in einer wachsenden Friedensbewegung gefunden. Selbst der konservative Schriftsteller Mario Vargas Llosa, ansonsten immer mit den Mächtigen in Washington im Gleichschritt, kritisiert nun Bush sehr deutlich, wenn auch pathetisch: „Wer gegen den Irak-Krieg ist, kämpft nicht gegen die Vereinigten Staaten, sondern verteidigt die Prinzipien der Freiheit und Legalität, die aus dem Land Lincolns und Martin Luther Kings die stärkste und blühendste Demokratie der Welt gemacht haben.“ (FAZ 3.3.2003, S.40)

Doch dieses „andere Amerika“ ist aufgrund der in den USA geradezu perfektionierten Unterdrückungs- und Eindämmungsfähigkeiten gegenüber Linken nur unter bestimmten historischen Bedingungen wirkungsvoll. Die unübertroffene Fähigkeit zur Minimierung ernsthafter politischer Opposition ist ein zentraler Charakterzug des politischen Systems und der politischen Kultur in „God's own country“. Die im Laufe der Geschichte und auch nach 1945 angewandten Strategien umfassten neben legalen Mitteln häufig auch kriminelle und terroristische Methoden (McCarthy-Ära, FBI-Aktionen gegen Linke etc.), hierzu gehören auch rechtliche Strukturen (z.B. Arbeitsrecht, Wahlrecht), die patriotische und infantile Ausrichtung in den Medien. Im Zuge der imperialen Strategie Bushs werden diese Selektionsmechanismen nun auch international intensiv eingesetzt.

„Piraten-Diplomatie“ - Das außenpolitische Manipulations-Arsenal

In der Außenpolitik hat Bush ebenfalls einen unilateralen, rücksichtslosen Kurs eingeschlagen. Mit einer Art von „Piraten-Diplomatie“ (John Pilcher) hatten die USA bereits im Umfeld ihres ersten Irak-Krieges ihren Willen im UN-Sicherheitsrat durchzusetzen versucht. Die Radikalität des Einsatzes von „Carrots and Sticks“ ist allerdings ohne historische Präzedenz. Der linksliberale Think-tank Institute for Policy Studies veröffentlichte kürzlich eine Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass es sich nicht etwa um eine „Coalition of the willing“, die Bush zusammenbrachte, sondern um eine „Coalition of the Coerced“ - also eine Koalition der durch Druck, Tyranisieren und Bestechung dazu Manipulierten handelt (www.ips-dc.org). Die Unterlagen, die US-Außenminister Powell dem UN-Sicherheitsrat mit viel Brimborium

präsentierte, sind lächerlich und würden in keinem Amtsgericht für eine Verurteilung hinreichen. Sie beweisen lediglich, dass die USA trotz riesigem Militär- und Geheimdienstapparat anscheinend über keine wirklich überzeugenden Beweise gegen Irak verfügen.

Sonnenuntergang für das neue Imperium?

Aufgrund der extremen Übermacht, aber auch wegen der sukzessiven Abrüstung des Irak und der militärisch relevanten UN-Inspektionsberichte haben die US-Krieger vermutlich ein leichtes Zerstörungsspiel gegen dieses verteidigungsunfähige Land. Friedhofsruhe dürfte aber ähnlich schwer herzustellen sein wie in Afghanistan, sowohl in Bagdad wie in den Provinzen - ganz abgesehen von Terroranschlägen gegen westliche Ziele allüberall.

Bush & Co. werden diese Auseinandersetzung unabhängig vom Resultat als Sieg ihrer Stärke deklarieren; vor allem, wenn ein militärisch schneller „Sieg“ mit möglichst keinen eigenen und wenigen zivilen Opfern erreicht werden würde. Dadurch würde das global-strategische Kräfteverhältnis sehr zugunsten der USA verschoben. Einem erfolgreichen Bush würden einige beleidigte Freunde verzeihen und er würde weiterhin fallweise „coalitions of the willing“ zusammenbasteln. Sollte sich kein schneller öffentlicher „Sieg“ ergeben, würde er hingegen kein Fell zu verteilen haben. Er hätte damit die imperiale Strömung in der US-Politik auf die Spitze und zugleich über die Klippe getrieben: zu hoch gepokert!

Auch innenpolitisch hängt vieles von Dauer, Verlauf und Ergebnis des Krieges ab: ob Bush Chancen für eine Wiederwahl hat, ob die Demokraten 2004 einen Regierungswechsel herbeiführen können, ob die Linke sich endlich stärker vernetzt, ob die UN geschwächt oder gestärkt - und die USA global diskreditiert oder als Helden gefeiert werden.

Die unmittelbaren Kosten eines Krieges werden für die USA auf über 100 Mrd. US\$ geschätzt, bereits der US-Truppenaufmarsch kostet 25 Mrd. US\$. Die Bush-Administration hat einen Auftrag für den Aufbau des Irak nach einem Krieg vorbereitet. Der Umfang beträgt ca. 900 Mio US\$ (zwar das größte derartige Programm seit dem Wiederaufbau der BRD und Japans, aber weit unter 1 Prozent der direkten Kriegskosten!) und konkrete Anfragen gingen laut Wall Street Journal an mindestens fünf US-Baukonzerne.

Dieser Präventivkrieg ist der erste „Krieg des 21. Jahrhunderts“ und könnte aufgrund seiner überdeutlichen Verletzung rechtlicher, demokratischer und humaner Prinzipien der letzte gewesen sein. Doch andererseits steht ohne effektiven Widerstand und systematische Delegitimierung des selbstherrlichen Vorgehens der Bush-Administration durchaus zu befürchten, dass Irak nicht der letzte Staat der „Achse des Bösen“ wäre, der vom

US-Militärapparat angegriffen werden würde. Zudem zeichnet sich schon jetzt ab, dass eine neue Aufrüstungsrunde begonnen hat. Mittelfristig jedoch ist zu vermuten, dass sich aufgrund des Ausmaßes der von Bush betriebenen Manipulationen und seiner imperialen Politik die US-Regierung weg von einer hegemonialen hin zu einer einfachen herrschaftssichernden Supermacht bewegt. Tariq Ali hat kürzlich auf diesbezügliche Erkenntnisse von Antonio Gramsci verwiesen: „Die 'normale' Ausübung der Hegemonie ist charakterisiert durch eine Kombination von Macht und Konsens, in variablen Gleichgewichten, ohne dass Macht zu sehr über Konsens dominiert.“ Es gebe aber Situationen, in denen der Rückgriff auf eine dritte Variante von Hegemonie erfolge, denn „zwischen Konsens und Macht steht Korruption und Bestechung, welches die Schwächung und Paralisierung des Antagonisten oder der Antagonisten“ bedeutet. Derartige historische Situationen bedeuten aufgrund seiner Schwäche zur Erzeugung von Konsens eine strukturelle Niederlage eines Hegemons. Und die Isoliertheit von Bushs Politik könnte belegen, dass nun tatsächlich das vorliegt, was der US-Historiker Paul Kennedy als „imperial overstretch“ bezeichnete: dass sich die Supermacht USA „übernommen“ hat und Bush der letzte Cowboy war, der dem Sonnenuntergang entgegenreitet.

Die Perspektive der Unwilligen: UN, EU, Linke

Die Perspektiven der künftigen internationalen Politik hängen sehr davon ab, wie die jetzige Situation, ihre Ursachen und ihre Entwicklung interpretiert werden wird. Bush & Co. werden die Sachverhalte verdrehen. Hingegen kommt es darauf an, das Verbrechen beim Namen zu nennen: die Bush-Regierung hat gegen UN-Charta, zahlreiche Prinzipien des Völkerrechts und des NATO-Vertrags verstoßen, dem noch niemals zuvor so klar artikulierten Willen der Völker zuwidergehandelt. Als Verfahrensschritt schlägt das Center for Constitutional Rights vor, einen Angriff der USA gegen den Irak dadurch zu stören oder zu beenden, indem die Generalversammlung der UN einberufen wird, um über diese Problematik abzustimmen (www.ccr-ny.org). Dieses als „Uniting for Peace“ bezeichnete Verfahren war bereits während der Suez-Krise angewandt worden - damals von der US-Regierung, und war erfolgreich!

Die UN und andere Organisationen, so steht zu befürchten, werden von Bush als Aufräumungskommando missbraucht werden. Seinen Kampf gegen den Terrorismus aber hat er überzogen und aufgrund seiner eigenen teilweise terroristischen Mittel diskreditiert. Demgegenüber konnten Frankreich und Deutschland ein alternatives Profil aufbauen, und zahlreiche Menschen, selbst in den USA, begrüßen dies. Bis zum Abgang von Bush in knapp zwei Jahren wird wohl nicht viel Konstruktives geschehen können,

aber schon jetzt müssten Perspektiven konzipiert werden und relevante Akteure beiderseits des Nordatlantik kooperieren.

Mehr als je zuvor steht die Stärkung der Politikfähigkeit der EU auf der Tagesordnung. Vor allem aber gilt es, zukunftsfähige Koalitionen mit Staaten und Akteuren des Südens zu verstärken und damit notfalls - wie bereits in einigen Politikbereichen - eine Politik auch ohne bzw. gegen die imperialen USA zu realisieren.

In Bezug auf die Bundesrepublik ist nun deutlich hervorgetreten, was sich bereits abzeichnete: der deutsche Michel hat für die USA als Prellbock gegen unliebsame Systeme seine Schuldigkeit getan. Im Zuge der Ost-Erweiterung der NATO werden wohl Militärstützpunkte u.a. in Bulgarien entstehen; aber die Krisenherde der Zukunft liegen außerhalb Europas. Daher betreiben die BUSH-Krieger gegenüber der EU offen wie nie zuvor die altbewährte römische Taktik des „teile und herrsche“.

Was die Entstehung dieser Situation zum wiederholten Male beweist, ist die dringende Notwendigkeit zur Stärkung der transatlantischen Kooperation linker und progressiver Kräfte. Einige der zahlreichen vereinzelt Kontakte z.B. der Parteien, Stiftungen, Gewerkschaften und NGOs müssten zu einer Art zivilgesellschaftlichem Parlament oder Runden Tisch gebündelt werden. Denn Konflikte mit Bush & Co. (oder wie sie heißen mögen) wird es weiterhin geben. Und die progressiven Akteure beiderseits des Atlantik haben mit ähnlichen destruktiven und nicht-zukunftsfähigen Strukturen zu kämpfen.

Und schließlich: zum sozial-ökologischen Umbau in der EU und zur Umsteuerung auf eine wirklich nachhaltige Produktions- und Lebensweise, die es schrittweise zu erreichen gilt, gibt es keine Alternative. In der Geschichte der Klassenkämpfe und Zivilisationsentwicklung wird Bushs imperiales Agieren eine - wenn auch destruktive - Phase darstellen, die überwindbar ist. Die nie da gewesenen weltweiten Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen könnten in diesem Sinne als Weiterentwicklung der Aktivitäten gegen die neoliberale Globalisierung fungieren. Und da imperialistische Phasen immer ein enormes Destruktionspotenzial mit sich bringen und nicht von alleine beendet werden, gilt es, genau die Gegenmacht gegen imperiale Akteure und Strukturen voranzutreiben - hier liegt das Potenzial linker Analysen, Deutungen und daraus zu entwickelnder und umzusetzender Strategien. Insofern hat es uns Bush sehr leicht gemacht! Und tatsächlich lesen und hören wir allerorten selbst aus bürgerlichen Medien linke, kritische Erklärungsmuster! Wenn dies aktuell auch angesichts der losgelassenen Militärmaschinerie und der Zerstörungen zu gering erscheint: Eine realistische Alternative muss in dieser Richtung geschaffen und wirkungsmächtig gemacht werden - an möglichst vielen Orten. Die Zeit ist reif.

SPW 2/2003

www.dampfboot-verlag.de



Worldwatch Institute
Zur Lage der Welt 2003
In Zusammenarbeit mit
Heinrich-Böll-Stiftung und
GERMANWATCH
2003 - 332 S. - € 19,90 - SFR 34,60
ISBN 3-89691-537-1

Mathias Brodkorb
Metamorphosen von rechts
Eine Einführung in die
Strategie und Ideologie des
modernen Rechtsextremismus
(einsprache Band 14)
2003 - ca. 160 Seiten - ca. € 14,90 - SFR 26,80
ISBN 3-89691-595-9



Ulrich Brand/Werner Raza (Hrsg.)
Fit für den Postfordismus?
Theoretisch-politische Perspektiven
des Regulationsansatzes
2002 - 331 S. - € 24,80 - SFR 42,90
ISBN 3-89691-529-0

PROKLA
Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Prokla 130
Gewerkschaften ...
zur Sonne, zur Freiheit?
2003 - 182 S. - € 10,50 - SFR 19,00
ISBN 3-89691-330-1

Prokla 129
Arbeit und Arbeitsmärkte
2002 - 160 S. - € 10,50 - SFR 19,00
ISBN 3-89691-329-8



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT
Dorotheenstr. 26a - 48145 Münster
Tel.: 0251/60 860 80 - Fax: 0251/60 860 20
email: info@dampfboot-verlag.de

Irak-Konflikt und US-Strategie

Von Rolf Mützenich

Wir sind gegenwärtig Zeugen bedeutender Veränderungen des Internationalen Systems. Der Krieg im Irak wird diese beschleunigen und hat verschiedene Auswirkungen: Der weiterhin ungehinderte Zugang zu und der Transport von wichtigen Rohstoffressourcen bleibt für alle Industriegesellschaften existenziell. Dies gilt vor allem für die USA, deren nationale Rohstoffpolitik sich an einem bedeutenden Zuwachs fossiler Brennstoffe ausrichtet. Ob zu deren Sicherung künftig auch militärische Interventionen als adäquates Mittel angesehen werden, entscheidet sich unter Umständen im Irak. Der Krieg wird dabei auch auf die politischen Systeme im Nahen und Mittleren Osten einwirken und darüber hinaus auch die Neuordnung eines palästinensischen Staates beeinflussen.

Darüber hinaus wird ein Krieg auch dem internationalen Terrorismus neue Nahrung geben. Und nicht zuletzt könnte ein Dritter Golfkrieg der Auslöser für eine weltweite Konfrontation

zwischen Islam und Christentum sein. Nicht nur in der Summe sondern schon allein für sich genommen sind diese Ergebnisse problematisch genug. Strukturierend wird hingegen sein, ob die neue „Nationale Sicherheitsstrategie der

Vereinigten Staaten von Amerika“ in Zukunft auch praktische Gültigkeit bekommen wird. Welche revolutionäre Auswirkungen dies für die internationale Politik haben würde, kann am besten durch einen Rückblick auf die Grundzüge des Internationalen Systems nach Ende des Zweiten Weltkrieges verdeutlicht werden. Geprägt von der Zäsur der Kuba-Krise formulierte der damalige US-Präsident, John F. Kennedy, in seiner „Friedensrede“ am 10. Juni 1963 die Bedingungen eines neuen Sicherheitssystems: Wir „wollen die Vereinten Nationen stärken, ihre finanziellen Probleme lösen helfen, sie zu einem wirksamen Instrument des Friedens machen, sie zu einem echten Sicherheitssystem für die Welt entwickeln – einem System das in der Lage ist, Meinungsverschiedenheiten auf der Basis des Rechts beizulegen, die Sicherheit der Großen und Kleinen zu garantieren und Be-

dingungen zu schaffen, unter denen die Waffen schließlich abgeschafft werden können.“ (Rede des Präsidenten John F. Kennedy vor der American University, Washington D.C., am 10. Juni 1963)

Die hegemoniale Rolle der USA war auch in diesem Konzept verankert. Allerdings waren deren Handlungen institutionell eingebunden, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zumindest bis Anfang der achtziger Jahre anerkannt und die in Jalta festgelegten Einflusszonen akzeptiert. Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts wurde die Sicherheitspolitik der USA nicht nur durch die Fähigkeit zum atomaren Zweitschlag, sondern auch durch internationale Organisationen, Rüstungskontrollverträge, Verifikationsapparate, Handelsverträge sowie die Einbeziehung des gesellschaftlichen Sektors in der Bearbeitung internationaler Konflikte bestimmt. Die Regimebildung prägte immer stärker die Gestalt des Internationalen Systems. Auch andere Regionen

entwickelten entsprechende Muster der Konfliktbearbeitung. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts erlahmte hingegen das Interesse der USA an derartigen Strukturen. Die Politik der „soft power“ wurde mehr und mehr durch einseitige Handlungen der einzig verbliebenen

Weltmacht abgelöst. Mit der konservativen Revolution im US-Kongress wurde der Bruch endgültig: In der Folge wurden verbindliche Klimastandards abgelehnt, ein Übereinkommen zur Kontrolle von Kleinwaffen behindert, die Entwicklungshilfe reduziert, Schulden gegenüber den Vereinten Nationen nicht beglichen und Schutzzölle für einheimische Produkte eingeführt.

Im Bereich der Rüstungskontrolle wurden ebenfalls entscheidende Fortschritte blockiert: So wurde die Chemiewaffen-Konvention nur mit Einschränkungen akzeptiert und der ABM-Vertrag zugunsten einer nationalen Raketenabwehr mit dem Recht, eine neue Generation von Atomwaffen zu entwickeln, gekündigt. Darüber hinaus wurden der Internationale Strafgerichtshof geächtet und Sonderabkommen mit Staaten hinsichtlich der Verfolgung von US-Bürgern

geschlossen; der Vertrag über das Verbot von Landminen nicht anerkannt; ein Verifikationssystem für die Biowaffen-Konvention boykottiert sowie der Umfassende Teststopp-Vertrag und die Seerechts-Konvention nicht ratifiziert.

Dieser Prozess begann bereits weit vor Amtsantritt der Bush-Administration. Die neue Qualität und die damit verbundene Herausforderung für das Internationale System besteht jedoch darin, dass wichtige Entscheidungsträger der neuen US-Regierung mittlerweile auch offiziell eine neokonservative, imperiale Politik stützen. Die neue „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika“ vom September 2002 stellt in diesem Zusammenhang einen wichtigen Einschnitt dar. Aus deren Blickwinkel erfreut sich das Land „gegenwärtig beispielloser militärischer Stärke und eines großen wirtschaftlichen und politischen Einflusses“ (Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika (President of the United States), September 2002, S. 2.)

Die amerikanische Regierung ist von der Überlegenheit des eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems überzeugt. Ihre Mission sieht sie in der Übertragung dieser Vorzüge auf andere Regionen. Dabei müssen die USA jederzeit unabhängig und frei entscheiden können. Internationale Bindungen und Verträge sind nur dann zweckmäßig, wenn sie die eigene Handlungsfreiheit und -fähigkeit nicht beschränken. In der Bedrohungsanalyse ging man bereits vor dem 11. September 2001 von einer umfassenden, aber asymmetrischen Gefahr amerikanischer Interessen aus. Die VR China rückte rasch als neuer, aufstrebender Rivale ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

Der Höhepunkt war die Krise um das nach einer Kollision mit einem chinesischen Abfangjäger in China notgelandete US-Aufklärungsflugzeug im April 2001. Aber auch sogenannte „Schurkenstaaten“ wurden als Bedrohung identifiziert. Eine Verbindung zum internationalen Terrorismus wurde zwar unterstellt, rückte aber erst mit den Anschlägen in New York und Washington D.C. in den Mittelpunkt.

Die Schlussfolgerung der Bush-Administration war eindeutig: Sowohl potentielle Konkurrenten als auch Proliferatoren und Regierungen, die mit global agierenden Terrornetzwerken zusammen arbeiten, sollten künftig bekämpft und in Schach gehalten werden. Dieses Ziel soll in erster Linie durch militärische und sicherheitspolitische Instrumente erreicht werden. Anhand der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ lassen sich dabei drei Elemente identifizieren, die die Überle-

Die amerikanische Regierung ist von der Überlegenheit des eigenen politischen und wirtschaftlichen Systems überzeugt.

genheit der USA garantieren sollen: *Abschreckung, Prävention und Präemption*.

Im Zentrum der Politik der *Abschreckung* stehen weiterhin Kernwaffen. Auch nach der russisch-amerikanischen Verabredung über die weitere Reduzierung von Atomwaffen haben die USA nach wie vor ein überdimensioniertes Nukleararsenal zur Verfügung, welches zudem durch neue Komponenten modernisiert werden wird. Damit soll jeglichen militärischen Provokateuren signalisiert werden, dass die Vereinigten Staaten auf jede Aktion eine überlegene Antwort bereit halten. Auch der frühzeitige Einsatz von Kernwaffen ist in diesem Konzept vorgesehen.

In diesen Zusammenhang reiht sich auch der Aufbau einer Raketenabwehr ein. Konkurrenten mit einer begrenzten Zahl an strategischen Trägersystemen sollen daran gehindert werden, den potentiellen Kriegsschauplatz auf den nordamerikanischen Kontinent auszuweiten. Dadurch wird die militärische Handlungsfreiheit der USA in allen Regionen geschützt. Das Konzept der *Prävention* hingegen richtet das Augenmerk auf künftige militärische Bedrohungen der USA. Diese sollen bereits im Keim erstickt werden, indem man die Absicht und das Verhalten des Gegners quasi im Voraus antizipiert.

Die neue US-Strategie geht somit weit über die traditionelle Abschreckung hinaus, weil nicht mehr nur die Aussichtslosigkeit einer militärischen Handlung vermittelt werden soll. Vielmehr sollen bereits die Möglichkeiten jedwedem Gegners behindert werden – auch dann, wenn dieser durch Aufrüstung lediglich begrenzte politische Ziele im regionalen Umfeld verfolgt. Somit kann bereits der bloße Verdacht zu unüberlegten Reaktionen führen.

Bei der *Präemption* geht es schließlich um die Zerstörung derartiger militärischer Fähigkeiten, bevor diese einsatzfähig und möglicherweise gegen US-Interessen eingesetzt werden können. Darunter fällt auch die

Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an oder die Zusammenarbeit mit international operierenden Terrorgruppen. Multilaterale Verabredungen, Rüstungskontrolle und Verifikation spielen in diesem Konzept lediglich eine untergeordnete Rolle. Internationale Organisationen sind darin nur insoweit akzeptabel, wie sie den Bewegungsspielraum der USA nicht behindern. Ein möglicher Krieg gegen den Irak wäre somit auch der erste Schritt zur Umsetzung der neuen „Nationalen Sicherheitsdoktrin“. Aus Anlass der Verabschiedung der Resolution 114 durch den Kongress am 16. Oktober 2002 zur „Ermächtigung zum Einsatz der amerikanischen Streitkräfte gegen den Irak“ betonte George W. Bush erneut im offenen Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen die „verfassungsgemäße Autorität des Präsidenten, Gewalt einzusetzen zur Abschreckung, Vorbeugung oder als Reaktion auf Aggressionen oder andere Bedrohungen amerikanischer Interessen“ (Die Vereinigten Staaten sprechen mit einer Stimme, Präsident George W. Bush über die Irak-Resolution des Kongresses, 16. Oktober 2002 (www.unembassy.de/us-botschaft/cgi/detail.cgi?lfdnr=1508)). *Präemption* und *Prävention* greifen dabei ineinander. Dass der Irak mit herkömmlichen militärischen Mitteln die USA unmittelbar angreifen kann, unterstellen selbst die dortigen Regierungsstellen nicht. Vielmehr rückt die Gefahr der Weitergabe des irakischen Chemie- und Biowaffenpotentials an terroristische Gruppen in den Mittelpunkt der amerikanischen Bedrohungsanalyse. Ein entsprechender Beweis oder auch nur die Präsentation von Anhaltspunkten sind bisher jedoch nicht ge-

lungen. Entscheidend bleibt somit das Ziel zu verhindern, dass Saddam Hussein in absehbarer Zeit über Kernwaffen und weitreichende Trägersysteme verfügt. Weil die Irakpolitik der Bush-Administration zugleich

der Testfall für die neue nationale Sicherheitsdoktrin ist, fällt ihr das Einlenken auf zivile Verifikations- und Abrüstungsmaßnahmen auch so schwer. Zugleich ist nicht zu übersehen, dass die amerikanische Weltordnungsstrategie bereits erste Risse bekommt: So lässt sich

In verschiedenen Regionen sind bereits Aufrüstungsprozesse in Gang gekommen sind – nicht trotz der neuen US-Politik, sondern als Reaktion darauf.

die Politik der Eindämmung gegenüber Nordkorea mit der neuen Programmatik nur schwer in Einklang bringen.

Zudem ist es offensichtlich, dass in verschiedenen Regionen bereits Aufrüstungsprozesse in Gang gekommen sind – nicht trotz der neuen US-Politik, sondern als Reaktion darauf. Nicht zuletzt wurde auch die NATO einer großen Belastungsprobe ausgesetzt, während die Vereinten Nationen vor der Alternative zwischen Folgsamkeit oder Unabhängigkeit stehen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Ansehensverlust der US-Politik weltweit dramatisch zugenommen hat und selbst innerhalb der Vereinigten Staaten die Irakpolitik der Bush-Regierung zunehmenden auf Widerstand stößt. Da aber zumeist der subjektive Faktor den Ausschlag in der Entscheidungsfindung gibt, bleibt Skepsis angebracht: In der Irakkrise steht nicht nur die Durchsetzungsfähigkeit der amerikanischen Außenpolitik auf dem Spiel, sondern ebenso die Glaubwürdigkeit ihrer Entscheidungsträger. Und wenn diese von ihrer Mission so überzeugt sind, wie die Mannschaft um George W. Bush, steht das Ergebnis zumeist bereits vorher fest.

spw 2/2003

Die Schweiz sagt Nein zum „freien Strommarkt“

Von Wolf Stettler und Adrian Zimmermann

Am 22. September 2002 hat das Schweizer Stimmvolk das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) abgelehnt und sich damit gegen die Liberalisierung des Strommarktes

ausgesprochen. Für das Gesetz war eine millionenschwere Kampagne geführt worden. Regierung, Parlamentsmehrheit und Medien waren fast geschlossen für das Gesetz einge-

treten. Die Ablehnung markiert eine grundlegende Wende weg von der marktradikalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der 90er Jahre hin zu einer Renaissance des öffentlichen Sektors der Wirtschaft.

Gegen das Gesetz organisierte ein Komitee das Referendum, in dem Kantonalparteien und Sektionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP Schweiz), die Gewerkschaften und Vertreter kleinerer, lokaler und regionaler Linksruppen vertreten waren. Um ein vom Parlament beschlossenes Gesetz einer Volksabstimmung zu unterstellen müssen innerhalb dreier Monate 50.000 Unterschriften gesammelt und beglaubigt werden.

Auf Seiten der Gewerkschaften waren der VPOD (Verband des Personals der öffentlichen Dienste) und die Gewerkschaft SMUV

Wolf Stettler (Zürich), Informatikstudent, Internationaler Sekretär JUSO Schweiz, und Adrian Zimmermann (Bern), Historiker, Vizepräsident SP Bern-Süd, sind Vorstandsmitglieder des Oltener Kreises linker SozialdemokratInnen.

(Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen vormals Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiterverband) federführend, die das Personal der Elektrizitätswerke organisieren. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) schloss sich dem Referendum erst nach langem Zögern an, hatte sich doch die Mehrheit ihrer Parlamentarier zunächst für das EMG ausgesprochen.

Die Liberalisierungsdiskussion in der Schweiz

Wie im übrigen Europa begann die Liberalisierungsdebatte in der Schweiz in den 1990er Jahren. Die SP Schweiz versuchte unter ihrem damaligen Präsidenten Peter Bodenmann diese Liberalisierungen aktiv zu beeinflussen, d.h., sie zu Gunsten oder wenigstens nicht zu Lasten der Lohnabhängigen zu gestalten. Die grundsätzliche Opposition gegen die Liberalisierungswelle war damals auch in den Gewerkschaften und der sozialistischen Linken schwach. Ein Versuch von Teilen der Postgewerkschaft und der SP-Linken, ein Referendum gegen die Liberalisierung der Telekommunikation zu lancieren, scheiterte 1997 am Nichterreichen der notwendigen Unterschriftenzahl.

Der Widerstand begann auf lokaler Ebene, gegen Projekte zur Privatisierung lokaler Elektrizitätswerke. Die wichtigsten Erfolge, auch in Hinblick auf die EMG-Debatte, waren die Ablehnung der Privatisierung des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich EWZ im Sommer 2000 und der Eingliederung des Elektrizitätswerks des Kantons Zürich EKZ in den neuen Stromkonzern Axpo im Juni 2001. Durch diese beiden Abstimmungen wurde der Beweis erbracht, dass man in Volksabstimmungen Liberalisierungsprojekte verhindern kann, und zwar sowohl in der mehrheitlich linken Stadt Zürich als auch im mehrheitlich bürgerlichen Kanton Zürich. Damals begannen die bürgerlichen Befürworter des EMG nervös zu werden, nachdem sie vorher von einem sicheren Sieg ausgegangen waren.

Besonderheiten des Elektrizitätsmarkts

Weil der Zusammenbruch der Stromversorgung in Kalifornien damals in aller Mund war und aus Europa kaum substantielle kritische Analysen des Strommarkts vorlagen, lehnte sich die Argumentation gegen das EMG stark an amerikanische Vorarbeiten an. Namentlich die von Dr. Richard Rosen vom in Boston beheimateten „Tellus Institute“ erarbeiteten Studien lieferten fruchtbare Anregungen. Einen guten Einstieg in die Thema-

tik bietet auch das einschlägige Positionspapier der berühmten US-Konsumentenorganisation „Public Citizen“ mit dem auf einen Slogan von Bill Clinton anspielenden Titel „It's greed stupid!“

Es gelang schließlich, in einer für die breitere Öffentlichkeit überzeugenden Weise den Nachweis zu erbringen, dass die „kalifornischen Zustände“ nicht bloss ein einmaliges Ereignis, sondern eine logische Folge des Prinzips des „freien Markts“ in der Stromversorgung sind.

Eine naive, marktgläubige Vorstellung geht davon aus, dass Konkurrenz in jedem Fall zu einer effizienteren und preisgünstigeren Versorgung führt. Diese Vorstellung ist für jeden Wirtschaftszweig reichlich weltfremd, in der Stromversorgung ist sie absurd. Strom ist kein Gut wie jedes andere. Strom ist nicht lagerbar, er muss im selben Moment erzeugt werden, in dem er verbraucht wird. Stromerzeugung, Stromtransport und Stromverbrauch müssen deshalb optimal aufeinander abgestimmt sein, sonst bricht

Eine grundlegende Wendung von der marktradikalen Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der 90er Jahre hin zu einer Renaissance des öffentlichen Sektors der Wirtschaft.

die Stromversorgung zusammen. Der Strombedarf ist nicht gleichmäßig, zu bestimmten Jahreszeiten (in unseren Breitengraden vor allem im Winter) und Tageszeiten (vor allem am Mittag) wird mehr Strom benötigt als zu anderen. Man unterscheidet deshalb zwischen der immer benötigten Bandenergie und der nur zu bestimmten Zeiten benötigten Spitzenenergie. Gerade die Haushalte benötigen vor allem teuren Spitzenstrom, während die industriellen Grossverbraucher rund um die Uhr Strom beziehen. Zudem muss auch die mittel- bis langfristige Entwicklung des Strombedarfs abgeschätzt werden, damit rechtzeitig die benötigten Erzeugungs- und Leitungskapazitäten erstellt werden können.

Die ökologische Herausforderung zwingt dazu, haushälterisch mit der Energie umzugehen. Mit der integrierten Ressourcenplanung (IRP) würde ein Instrument zur Verfügung stehen, dass bei jedem neuen Kraftwerksprojekt zuerst abklärt, ob das gleiche Resultat nicht effizienter mit Investitionen in Energiesparmaßnahmen zu erzielen wäre. Die Liberalisierungsprojekte haben dazu geführt, dass die IRP klammheimlich beerdigt wurde. Es wird damit klar, dass der Markt kein geeigneter Mechanismus ist, die Bedürfnisse nach einer sicheren, preisgünstigen effizienten und nachhaltigen Energieversorgung sicherzustellen.

In der Stromversorgung gab es in der letzten Zeit keine größeren Produktivitätsfortschritte. Kosteneinsparungen werden des-

halb in erster Linie mit Personalabbau- massnahmen angestrebt. Damit werden die Sicherheit der Anlagen und der Versorgung gefährdet. In Schweden waren zum Jahreswechsel 2000/2001 ganze Landesteile wochenlang ohne Strom, als nach starken aber für Skandinavien nicht außergewöhnlichen Schneefällen, wegen der im Zuge der Liberalisierung ausgesprochenen Massentlassungen zu wenig Personal zur Verfügung stand, um das Leitungsnetz in kurzer Frist zu reparieren.

Die Realität im Strommarkt: Profitgier auf Kosten der Konsumenten

Im „freien Strommarkt“ verfolgt ein Stromversorger nicht mehr das Ziel, ein bestimmtes Gebiet mit möglichst niedrigen Kosten effizient mit Strom zu versorgen, sondern das Ziel, möglichst viel Profit zu erzielen. Die Strompreise werden nicht mehr wie im System der Versorgungsmonopole aufgrund der durchschnittlichen Kosten der Stromversorgung berechnet, sondern aufgrund der Grenzkosten: Die teuerste jeweils gerade noch benötigte Energie bestimmt den Marktpreis. Im Klartext heißt dies, dass an einem kalten Wintertag mit sehr hohem Strombedarf, an dem ein neues, noch kaum amortisiertes Kraftwerk in Betrieb genommen werden muss, auch die das ganze Jahr laufenden, alten und weitgehend abgeschriebenen Kraftwerke für ihren Strom diesen hohen Preis einstreichen können. In Norwegen – von den schweizerischen Behörden als Musterland einer gelungenen Liberalisierung dargestellt – kam es anfangs Januar 2003 innerhalb weniger Tage zu einer Verfünffachung der Strompreise, zwei Rentner erfroren in ihren Wohnungen, weil sie aus Furcht vor den hohen Stromrechnungen ihre Heizungen gedrosselt hatten (Preisexplosion lässt Norwegen frieren, Basler Zeitung Nr. 8, 10.01.2003, S. 15).

Darüber hinaus haben im „freien Strommarkt“ die Stromerzeuger die Möglichkeit ihre marktmächtige Position noch weiter auszuspielen, den Markt zu manipulieren. So können sie den Strom ihrer Kraftwerke zu einer bestimmten Spitzenzeit absichtlich zu teuer offerieren (Strategischer Kapazitätseinsatz). Da ohnehin alle Anbieter den Preis für das teuerste Kraftwerke bekommen werden, haben die Kraftwerksbesitzer kein Interesse daran, den zu teuer anbietenden „Konkurrenten“ zu unterbieten.

Die Preise lassen sich sogar noch weiter in die Höhe treiben: Ein billigeres Kraftwerk kann gerade während des Spitzenbedarfs – etwa unter dem Vorwand einer Reparatur – vom Netz genommen werden. Diese Marktmanipulationen haben seinerzeit zur Katastrophe in Kalifornien geführt.

Selbstverständlich kann bei einer solchen Spekulation auf Kosten des der Marktmacht ausgelieferten Konsumenten von einer ge-

sunden Wirtschaft keine Rede mehr sein: Es ist kein Zufall, dass gerade die Hauptprofiteure der Deregulierungswelle, wie der zusammengebrochene Stromhandelskonzern Enron, im Epizentrum der gegenwärtigen Erschütterung der Finanzmärkte stehen.

Monopole und Spekulanten sind somit die Hauptprofiteure des „freien Strommarkts“. Die Deregulierung der Stromversorgung hat überall eine gewaltige Konzentrationswelle ausgelöst. Die staatsmonopolistischen Energiekomplexe wollen mittels der Liberalisierung überall die Fesseln der demokratischen Kontrolle sprengen. Weniger marktmächtig werden sie dadurch nicht, die politischen Rücksichten die sie bis anhin noch nehmen mussten, – namentlich die Versorgungspflicht für ein bestimmtes Territorium – fallen aber weg.

Doch auch weitere Kreise schielen darauf, dass im Stromhandel und der Stromspekulation für sie einige saftige Profitstücke zu holen sind: Finanzdienstleister bieten für den zahlungskräftigen Kunden derivative Finanzinstrumente an, um sich gegen die Unwägbarkeiten des „freien Strommarktes“ abzusichern, die ideologischen Dienste der Werbewirtschaft schließlich, werden beim wettbewerbsorientierten Verkauf eines für den Konsumenten völlig homogenen Gutes wie Strom besonders dringend benötigt – rund 15 % des Marktpreises für Strom besteht selbst nach Schätzungen von Befürwortern der Liberalisierung aus Marketingkosten. (Strombranche im Banne der Marktöffnung, NZZ, 9.2.2001)

Die Bedeutung des EMG-Neins für die Parteilinke

Da die Mehrheit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion dem EMG zugestimmt hatte, musste der Kampf gegen das EMG auch in der Partei geführt werden. Parallel zur Unterschriftensammlung, an der sich die Partei nicht offiziell beteiligte (wohl aber viele Kantonalparteien und lokale Sektionen), begann die mehrere Monate dauernde Überzeugungsarbeit. Zuerst wurde eine Resolution gegen die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes von der schweizerischen Delegiertenversammlung (DV) vom 6. Oktober 2001 in Fribourg mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Darauf haben sich nach und nach die Geschäftsleitung, mehrere Kantonalparteien und diverse ParlamentarierInnen, die sich teilweise im Parlament noch enthalten oder mit Ja gestimmt hatten öffentlich gegen das EMG ausgesprochen. Die offizielle und endgültige Nein-Parole wurde an der Delegiertenversammlung vom

22. Juni 2002 in Lausanne wiederum mit Zweidrittelmehrheit gefasst.

Diese Neinparole war bereits ein großer Erfolg für den linken und gewerkschaftlichen Flügel der SPS. Dass es auch gelang, das Stimmvolk von einem Nein zu überzeugen, wiegt umso schwerer. Die Parteilinke ist seither politisch und moralisch gestärkt. Noch ließ sich dieser gesteigerte Einfluss der Parteilinken nicht machtpolitisch und personell umsetzen: In der Parlamentsfraktion und im Parteiapparat ist sie immer noch deutlich in der Minderheit. Die Gesamtpartei konnte nur bedingt vom Abstimmungssieg profitieren. Einerseits haben sich bekannte SP-Exponenten und vor allem Bundesrat Moritz Leuenberger sehr stark für das EMG eingesetzt und damit dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Partei geschadet. Andererseits hat die späte Parolenfassung und die sehr laue Kampagne der SP verhindert, dass die Nein-Kampagne stark von der SP geprägt worden wäre. Im Vordergrund standen die Gewerkschaften und einzelne Personen der SP-Linken – vorab Nationalrat Pierre-Yves Maillard, der eigentliche „Vater“ des Referendums – oder aus kleineren linken Parteien.

Innerhalb der SP hat die Linke in der Liberalisierungsdebatte die Hegemonie erlangt. Es gibt kaum noch SozialdemokratInnen, die sich öffentlich für Privatisierungen oder Liberalisierungen aussprechen.

Opportunismus (im Herbst 2003 sind Wahlen) geschuldet ist, wird sich zeigen. Die EMG-Abstimmung war der wichtigste Erfolg der schweizerischen Linke seit Jahren. Liberalisierungsvorlagen werden es in Zukunft wesentlich schwerer haben.



Am 22. September:

**Kein Kurzschluss
bei unserer
Stromversorgung.**

**Nein
zum Elektrizitäts-
marktgesetz (EMG).**

www.emg-nein-danke.ch

Komitee gegen das Elektrizitätsmarktgesetz, info@emg-nein-danke.ch

Schließlich wurde das EMG laut Abstimmungsanalyse nicht nur von der Mehrheit der Linken sondern auch von vielen bürgerlichen Wählerinnen und Wählern abgelehnt. Dabei zeigt sich, dass gerade auch die Wähler der rechtspopulistischen SVP – trotz gegenteiliger Parole ihrer Parteileitung – sich klar gegen das EMG ausgesprochen hat. Der konsequente Kampf gegen Deregulierungen und Privatisierungen ist daher in der Auseinandersetzung mit den rechtspopulistischen Strömungen von entscheidender Bedeutung. Die Debatte um nationale Souveränität, Globalisierung und europäische Integration wird in der Auseinandersetzung um die Zukunft des öffentlichen Einflusses in der Wirtschaft vom Kopf auf die Füße gestellt: Globalisierung und europäische Integration dürfen nicht länger als Vorwand für die Enteignung des Volkes und den Abbau demokratischer Rechte missbraucht werden!

spw 2 / 2003

Links und Literaturhinweise

www.tellus.org

www.citizen.org/documents/report10mythspdf.PDF

Oltener Kreis linker SozialdemokratInnen (Hg.), Energie für eine andere Politik. Nein zum EMG! Zu bestellen unter: info@socialism.ch

Adrian Zimmermann, Die Versorgungssicherheit nicht fahrlässig aufs Spiel setzen. Nein zum EMG (SGB-Dossier 14), Dezember 2001 (zu bestellen unter: <http://www.sgb.ch/bestellungen.htm>)

**Es gibt kaum noch
SozialdemokratInnen, die
sich öffentlich für
Privatisierungen oder
Liberalisierungen
aussprechen.**

Steuern auf Zinserträge – hat der Fiskus etwas zu verschenken?

Von Sabine Reiner

Kurz vor Weihnachten überraschte die Bundesregierung mit dem Vorschlag, die bisherige Zinsbesteuerung in Deutschland durch eine Abgeltungsteuer in Höhe von 25 Prozent zu ersetzen. Verbunden mit dieser neuen Idee war eine Amnestie für Steuerflüchtlinge: Wer illegal im Ausland angelegtes Geld zurückholt, soll pauschal eine Art einmaliger Strafsteuer von ebenfalls 25 Prozent auf das Fluchtgeld bezahlen und würde nicht wegen Steuerhinterziehung bestraft. 100 Milliarden Euro von insgesamt geschätzten 3-400 Milliarden Euro Fluchtgeld, so hieß es im Dezember, sollten auf diese Weise zur Rückkehr bewegt werden.

Für Vermögende ist es bisher überaus lukrativ, Geld in Ländern anzulegen, die niedrige oder keine Steuern auf Zinserträge erheben.

In den meisten Ländern werden Zinseinkünfte aus ausländischem Kapital dabei überhaupt nicht besteuert, weil davon ausgegangen wird, dass die Steuer im Heimatland bezahlt wird. Dies ist aber natürlich nicht der Fall, wenn der Eigentümer

„vergisst“, die Zinserträge bei der Einkommensteuererklärung anzugeben.

Die Strafsteuer könnte dem Fiskus – nach der optimistischen Schätzung von 100 Milliarden Euro rückkehrwilligem Fluchtgeld – 25 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Hinzu kämen anschließend die Steuereinnahmen aus den Erträgen des ehemals abtrünnigen Kapitals. Mit diesen rosigen Aussichten konnte die Forderung nach Wiedererhebung der vom Kanzler ungeliebten Vermögensteuer vom Tisch gewischt werden. Dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gabriel hat sein Rückzug von dieser Forderung im Wahlkampf allerdings nichts genützt – er wird ihm eher geschadet haben.

ExpertInnen und WissenschaftlerInnen halten die Hoffnung auf Rückfluss von Fluchtgeld in diesem Umfang für völlig illusionär. Zudem würde die 25-prozentige Strafsteuer nur einmalig anfallen. Selbst auf Kapital im Umfang von 100 Milliarden Euro würde die Abgeltungsteuer auf die Zinserträge danach

nur gut eine Milliarde Euro jährlich einbringen können.

Auch Finanzminister Eichel hat seine optimistische Schätzung inzwischen auf nur noch ein Fünftel reduziert. Im Februar verabschiedete das Bundeskabinett Eckpunkte der Steueramnestie, die schon im Juli in Kraft treten soll: Wer bis Ende diesen Jahres Fluchtgeld „strafbefreiend erklärt“, soll 25 Prozent Steuern auf das erklärte Vermögen zahlen, danach werden 35 Prozent fällig. Statt 100 Milliarden Euro erwartet Hans Eichel nun lediglich noch 20 Milliarden Euro steuerlich nacherklärtes Fluchtgeld für das Jahr 2003. Die erhofften einmaligen Mehreinnahmen aus der Strafsteuer schrumpfen damit von 25 auf nur noch 5 Milliarden Euro zusammen, die laufenden Einnahmen aus

der Besteuerung der Zinserträge des ehemaligen Fluchtgeldes von gut einer Milliarde auf gut 200 Millionen Euro.

Die – ungewissen – Mehreinnahmen aus rückgeflossenem Fluchtkapital müssen jedoch verrechnet werden mit dem Steuer-

ausfall, den die Abgeltungsteuer gegenüber der jetzigen Zinsbesteuerung bei ehrlichen Anlegern auf Dauer mit sich bringen würde. Der Steuerexperte Prof. Lorenz Jarass schätzt, dass die Steuerausfälle selbst bei der optimistischen Annahme, dass 100 Milliarden Euro Fluchtgeld zurückgeholt werden, insgesamt mehr als 3 Milliarden Euro betragen.

Die Abgeltungssteuer bringt dem Fiskus also nicht die angeblichen Mehreinnahmen, sondern wird ihn langfristig sogar weiter belasten. „Desinformation“, „Rosstäuscherei“, ja „Volksverdummung“ sind die deutlichen Worte des Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Rudolf Hickel gegenüber dem – vorläufig gelungenen – Versuch, die Abgeltungsteuer als Ersatz für die Vermögensteuer zu verkaufen. (vgl. Rudolf Hickel; Abgeltung für Vermögende – Ablass für Steuerflüchtlinge. Endgültige Abschlagsteuer auf Zinsen verkehrt die Vermögensteuer in ihr Gegenteil; <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0103.pdf>; vgl. auch: Abgeltungsteuer –

kein Ersatz für die Vermögensteuer, Wirtschaftspolitische Informationen, ver.di Bundesvorstand, Dezember 2002.)

EU-Zinssteuervereinbarung

Dem Fluchtgeld wurde inzwischen auch noch von europäischer Seite zu Leibe gerückt: Am 21. Januar 2003 einigten sich die Finanzminister der Europäischen Union nach jahrelangen Verhandlungen auf eine Richtlinie zur grenzüberschreitenden Zinsbesteuerung. Die Europäische Union mache damit Schluss mit der Steuerhinterziehung in Europa, freut sich Finanzminister Eichel.

Der fehlende grenzüberschreitende Informationsaustausch bzw. das Bankgeheimnis machen es den Steuerflüchtlingen bisher leicht, die Höhe ihrer gesamten Einkünfte vor dem jeweils heimischen Finanzamt zu verschleiern. Dies aber ist Steuerhinterziehung, denn auch im Ausland erzielte Kapitalerträge müssen bei der Steuererklärung angegeben werden.

12 der 15 EU-Mitgliedstaaten haben nun vereinbart, ab 1. Januar 2004 automatisch Informationen über Zinseinnahmen untereinander weiterzuleiten. Zwischen diesen 12 Ländern soll es somit keine Geheimnisse mehr über grenzüberschreitende Zinseinkünfte geben. Auch über die Grenzen der 12 Länder geschmuggeltes Schwarzgeld kann deswegen künftig leichter verfolgt werden. Ein Abkommen zu grenzübergreifendem Datenaustausch über Kapitalanlagen und Fluchtgelder war daher längst überfällig und ist begrüßenswert.

Bevorzugte Ziele für Schwarzgeld oder Vermögen auf der Suche nach lukrativen Anlagemöglichkeiten sind allerdings weniger Länder wie Frankreich oder Griechenland, sondern die als Steueroasen bekannten Länder. Hierzu zählen unter anderem Luxemburg und die Schweiz aber auch kleine Länder wie Andorra, Liechtenstein, Monaco oder die Pazifikinsel Vanuatu. Die letzten vier Länder sind dabei in einer OECD-Übersicht mit „unkooperativen Steueroasen“ enthalten.

Gerade Luxemburg sowie Belgien und Österreich haben sich dem gemeinsamen Informationsaustausch mit den übrigen 12 Ländern aber nicht angeschlossen, sondern halten weiterhin am Bankgeheimnis fest. Diese drei EU-Länder werden als Übergangsregelung eine Quellensteuer auf Zinseinkünfte erheben, die von 15 Prozent ab 2004 über 20 Prozent ab 2007 auf schließlich 35 Prozent ab 2010 ansteigt. Die Einnahmen daraus werden zu 75 Prozent an die jeweili-

gen Heimatstaaten der EU-Anleger überwiesen. Die Anleger bleiben damit für ihren heimischen Fiskus anonym. Das Bankgeheimnis wollen die drei Länder erst dann lüften, wenn auch die Schweiz dazu bereit ist. Das aber erwartet für die Zukunft vorerst niemand.

Vielmehr hat die Schweiz signalisiert, die gleiche Regelung wie für die drei EU-Abweichler einzuführen. Ein entsprechendes Abkommen muss die EU laut ihres Beschlusses nun mit der Schweiz und mit den ebenfalls sehr beliebten Zielorten für steuerflüchtiges Geld Monaco, San Marino, Liechtenstein und Andorra vereinbaren. Erst dann kann die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Zinsbesteuerung überhaupt in Kraft treten.

Die Umsetzung der Richtlinie scheint aufgrund von Vorgesprächen mit den betreffenden Ländern jedoch gewährleistet. Allerdings wird damit für vermutlich sehr lange Zeit ein Doppelsystem bei der Zinsbesteuerung etabliert: Die bisherigen Steuerparadiese, die nun eine – anonyme – Quellensteuer erheben, und 12 Länder, die Informationsaustausch praktizieren. Die EU-Finanzminister hatten ein solches Koexistenzmodell im Jahr 2000 noch zurückgewiesen. Deshalb kamen die Verhandlungen damals zu keinem Ergebnis.

Trocknen die Oasen aus?

Die Regelung einer Quellensteuer auf Zinseinkünfte von 35 Prozent klingt auf den ersten Blick für Steuerflüchtlinge abschreckend. Allerdings wird diese Höhe der Steuer erst nach einer langen Übergangsfrist im Jahr 2010 erreicht. Im Vergleich zur gegenwärtigen Zinsbesteuerung in Deutschland ist sie bei hohen Einkommen außerdem immer noch günstiger. Zinseinkünfte werden in der Höhe des individuellen Einkommensteuersatzes versteuert. Bei Einkommen über 55.000 Euro je Jahr (bei Ledigen) werden diese zur Zeit mit 48,5 Prozent – dem sogenannten Spitzensteuersatz – besteuert.

Bestehen bleibt außerdem nach wie vor die Anonymität. Anleger, die Schwarzgeld im Ausland angelegt haben, werden es auch dann nicht zurück holen, wenn sie eine Quellensteuer auf die Zinseinnahmen bezahlen müssen. Die Hoffnung, steuerflüchtiges Kapital mit der Aussicht auf sprudelnde Zinseinnahme in großem Umfang nach Deutschland zurück zu locken, wird sich daher kaum erfüllen.

Länder wie die Schweiz oder Luxemburg waren von den EU-Ministern teilweise scharf kritisiert worden, zum Beispiel von Hans Eichel: „Ich schließe aus, dass ein Land auf Dauer davon leben will, dass es sich als Fluchtbürg für die Steuerhinterzieher anderer Länder hergibt.“ Sogar von Sanktionen durch eine Beschränkung des Kapitalverkehrs zwischen der Schweiz und der EU war in informellen Runden die Rede.

Für die verbleibenden hartnäckigen Steueroasen hat es aber nun wenig Vorbildcharakter, wenn nicht einmal innerhalb der 15 EU-Länder eine einheitliche Regelung gefunden werden konnte. Die EU muss sich daher weiterhin für ein einheitliches System von Kontrollmitteilungen einsetzen – auch über die Grenzen der EU hinaus. Nur so kann den steuerlichen Fluchtbürgen auf Dauer ihre Attraktivität genommen werden. Politischer Druck hat dabei durchaus Wirkung. Das zeigt das Beispiel der Schweiz, die dazu bewegt werden konnte, 1997 eine Liste mit nachrichtlosen Konten von Opfern der Nazi-Verfolgung zu veröffentlichen, um mögliche Erben ausfindig zu machen.

EU-Zinsrichtlinie und Abgeltungsteuer sind kein Ersatz für die Vermögensteuer

Für Deutschland ist die nun vereinbarte EU-Zinsrichtlinie keineswegs ein automatischer Durchbruch. Auch sie wird keinen nennenswerten Kapitalrückfluss in Gang setzen – so zum Beispiel die Ansicht des ehemaligen Mitglieds des Sachverständigenrats Rolf Pefekoven. Denn eine anonyme Quellensteuer, die vorerst sogar nur 15 Prozent beträgt, ist immer noch attraktiv für fluchtwilliges Kapital und Schwarzgeld. Trotz EU-Richtlinie und der wahrscheinlichen Einigung mit der Schweiz, Monaco, San Marino, Liechtenstein und Andorra bleiben außerdem weiterhin genügend Steueroasen bestehen. Deshalb sind Kontrollmitteilungen – grenzüberschreitend und im Inland – so notwendig und wichtig gegen Steuerhinterziehung. Auch innerhalb Deutschlands erleichtern fehlende Kontrollmitteilungen die Hinterziehung von Steuern. Der steuerliche Freibetrag für Zinseinkünfte beträgt hierzulande 1601 Euro (3202 Euro für Verheiratete). Ohne Freistellungsantrag bzw. jenseits des Freibetrags führen Kreditinstitute die sogenannte Quellensteuer in Höhe von 30 Prozent der Zinseinkünfte an die Finanzämter ab. Bei der

Einkommensteuererklärung müssen die Anleger anschließend ihre Zinssteuern mit der persönlichen Einkommensteuerschuld verrechnen. Anleger, die wegen geringer Einkommen einen niedrigeren persönlichen Einkommensteuersatz haben, erhalten die Zinssteuern zurückerstattet. Anleger mit höheren Einkommen und höherem persönlichen Steuersatz – bei Spitzeneinkommen gegenwärtig bis zu 48,5 Prozent – müssen entsprechend höhere Steuern auf ihre Zinseinkommen zahlen. Fehlende Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute an die Finanzämter sind jedoch eine Einladung zur Steuerhinterziehung, denn die ordnungsgemäße Versteuerung der Zinseinkommen ist nicht sichergestellt.

Kein Wunder daher, dass eine mögliche Einführung von Kontrollmitteilungen schon im Vorfeld kritisiert wird. Das Argument, dass flächendeckende Kontrollmitteilungen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung widersprechen, kann allerdings kaum überzeugen. Auch in Ländern wie den USA sind solche Kontrollmitteilungen längst üblich, und die USA gelten in dieser Hinsicht wohl kaum als Schnüffelstaat.

Selbst Kontrollmitteilungen können die Steuereinnahmen aber nicht stabilisieren, wenn gleichzeitig Steuern für Spitzenverdiener/innen und Vermögende weiter sinken. Genau dies wäre der Fall, sollte Finanzminister Eichel an der geplanten Abgeltungssteuer auf Zinseinkünfte festhalten. Die 25-prozentige Abgeltungsteuer würde den Beziehern hoher Einkommen fast eine Halbierung ihrer Steuern auf Zinserträge bringen. Das Prinzip der Leistungsfähigkeit – je höher das Einkommen, desto höher die prozentuale Besteuerung – wäre damit gravierend verletzt. Und die Freude des Finanzministers dürfte sich zusehends trüben, wenn er in naher Zukunft aus der Zinsbesteuerung weniger und nicht mehr Einnahmen erzielen wird.



In den vergangenen 25 Jahren hat in Deutschland eine gravierende Umverteilung von Steuerlasten stattgefunden. Ende der 70er Jahre war der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen mit rund 30 Prozent genauso groß wie der Anteil der Gewinn- und Vermögenssteuern. Heute stellt die Lohnsteuer mit einem Anteil von 35 Prozent die Finanzierung der öffentlichen Kassen sicher. Aus den Steuern auf Gewinne und Vermögen werden lediglich noch 15 Prozent der Steuereinnahmen bestritten. Der Wegfall der Vermögensteuer sollte durch Änderungen bei der Grunderwerbsteuer und der Erbschaftsteuer kompensiert werden. Allerdings betragen die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer im jährlichen Durchschnitt ungefähr 1,5 Milliarden Euro und bei der Erbschaftsteuer eine Milliarde Euro. Dies ist nur etwa die Hälfte des Ausfalls durch die Vermögensteuer, die im letzten Jahr ihrer Erhebung 1996 ein Aufkommen von 4,6 Milliarden Euro hatte. Spitzenverdiener/innen und Vermögende haben zusätzlich durch die bereits erfolgte und geplante weitere Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer profitiert. Der Spitzensteuersatz ist bereits von 53 Prozent auf 48,5 Prozent gesenkt worden, soll mit der zweiten Stufe der Steuerreform auf 47 Prozent und ab 2005 auf nur noch 42 Prozent sinken. Durch diese letzte Senkung würden Einkommensmillionäre um über 100.000 Euro pro Jahr entlastet. Die Höhe, ab der Einkommensteile mit dem Spitzensteuersatz besteuert werden, reduziert sich aber ebenfalls. Daher wird natürlich

eine breitere Schicht von Einkommensbeziehern getroffen, deren Steuerlast nicht oder nur unwesentlich sinkt. Je höher aber das Einkommen jenseits der Grenze des Spitzensteuersatzes, desto höher auch die Entlastung. Die Verteilung des Reichtums hierzulande ist bereits höchst ungleich, und die Lücke zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auf. 1993 verfügten die ärmsten 25 Prozent der Haushalte noch über 0,1 Prozent am gesamten nachgewiesenen Geldvermögen. 1998 hatten sie nicht nur keinen Anteil am Nettogeldvermögen mehr, sondern waren sogar mit 1,5 Prozent verschuldet. Auf der anderen Seite verfügten die reichsten zehn Prozent der Haushalte über mehr als die Hälfte des gesamten Geldvermögens. 1993 hatten sie „nur“ 46 Prozent. Die Steuer- und Einkommenspolitik hat hier in den letzten Jahren und Jahrzehnten eindeutig versagt, denn die Steuerentlastungen der Vergangenheit haben den Trend zur höheren Konzentration der Geldvermögen weiter verstärkt. Die Wiedererhebung der Vermögensteuer würde diesem Trend zumindest entgegenwirken. Bei einem Freibetrag von beispielsweise 500.000 Euro für einen Vierpersonenhaushalt wäre gewährleistet, dass die große Mehrheit der Bevölkerung nicht durch zusätzliche Steuern betroffen ist. Fast 16 Milliarden dringend nötiger

Mehreinnahmen könnte die öffentliche Hand dennoch bei einem Steuersatz von einem Prozent erzielen. (Vgl. Stefan Bach/Bernd Bartholmai; Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, von IG Metall und ver.di; Düsseldorf 2002. Informationsmaterial sowie die Studie sind auch zu finden unter <http://www.verdi.de/wirtschaftspolitik>.)

Die Verteilung des Reichtums hierzulande ist bereits höchst ungleich, und die Lücke zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auf.

Genau das Gegenteil wird durch den Verzicht auf die Vermögensteuer und die Einführung der geplanten Abgeltungssteuer erreicht: Der Trend zur Entlastung von Vermögenden wird sich fortsetzen, und der Fiskus wird

neuerliche Steuermindereinnahmen beklagen müssen. Die Gewerkschaft ver.di hält deshalb an der Forderung nach der Wiedererhebung der Vermögensteuer fest, die bei einer Einführung der Abgeltungssteuer sogar notwendiger wird denn je. Es darf „keine weiteren Steuersenkungen für Vermögende geben. Bezieher hoher Einkommen, Unternehmen und Vermögende müssen im Gegenteil wieder verstärkt zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben herangezogen werden.“ (ver.di Bundesvorstand Berlin Positionspapier Wirtschafts- und Finanzpolitik. Beschluss vom 27. Januar 2003“.)

spw 2/2003

Privates versus gemeinschaftliches Eigentum

Begriffliche Klärung und Konsequenzen

Von Thieß Petersen

Die konkrete Ausgestaltung von Eigentumsformen ist prägend für die Struktur einer Gesellschaft. Besonders relevant ist dabei die Eigentumsregelung hinsichtlich der gesellschaftlichen Produktionsmittel. So ist das Privateigentum Sinnbild für die Marktwirtschaft, während der Sozialismus eng mit dem Begriff Staatseigentum verbunden ist. Folgerichtig stellt die Abschaffung des Privateigentums einen zentralen

Aspekt des Übergangs von der kapitalistischen zur postkapitalistischen Gesellschaft dar. Unklar ist dabei allerdings die konkrete Ausgestaltung dessen, was das private Eigentum ablösen soll. Der folgende Beitrag versucht, den Begriff des gemeinschaftlichen Eigentums mit Leben zu füllen und greift dabei vor allem auf die Ausführungen von Karl Marx zurück.

Der Begriff des Eigentums

Der Begriff 'Eigentum' beschreibt das Verhältnis der tätigen Menschen zu den mit der Produktion verbundenen Gegenständen, d. h. zu den Produktionsmitteln und den Produktionsergebnissen. Es geht dabei um „die Verfügung über Produktionsmittel und Produktionsbedingungen und die Aneignung von neuen Produkten“ (Welti 2002, S. 37), was bei Karl Marx wie folgt umschrieben wird: „Eigentum meint also ursprünglich ... Verhalten des arbeitenden (produzierenden) Subjekts (oder sich reproduzierenden) zu den Bedingungen seiner Produktion oder Reproduktion als den seinen. Es wird daher auch verschiedne

Formen haben nach den Bedingungen dieser Produktion" (Grundrisse, S. 395). Eine Regelung hinsichtlich der Fragen, wer wann und wo welche Produktionsmittel nutzen darf und wem die Ergebnisse dieser Tätigkeit zufallen, ist eine Aufgabe, die in jeder Gesellschaft gelöst werden muss. Konkret geht es um die Zuweisung folgender Rechte: das Recht, ein Gut zu gebrauchen; das Recht, Erträge aus dem Gut zu ziehen; das Recht, die Form und Substanz des Guts zu verändern; das Recht, das Gut an andere zu übertragen und das Recht, externe Effekte zu verursachen (vgl. Weise u. a. 1979, S. 131). Hierbei gibt es zwei theoretische Extrem Lösungen - Privateigentum und Staatseigentum -, die in der Realität bei fast keinem Gegenstand anzutreffen sind. Beim Privateigentum ist eine einzelne Person Inhaber aller genannten Rechte, während das gemeinschaftliche bzw. das Staatseigentum diese Rechte der Gesamtheit aller Gesellschaftsmitglieder einräumt. Eine Zwischenlösung stellt das Kollektiveigentum dar. Bei ihm werden die genannten Rechte einem Kollektiv, also einer Gruppe von Personen, zugestanden, wobei zahlreiche Personengruppen denkbar sind: Familie, Wohngemeinschaft, Betrieb, Stadtteil, Verein, Gemeinde bzw. Kommune oder schließlich die Gesamtheit aller Mitglieder einer Gesellschaft, was wiederum zum Staatseigentum führt.

In der Realität fällt es schwer, eine der beiden theoretischen Extrem Lösungen in Reinkultur anzutreffen. Die Verfügungsrechte an einem Privatauto oder einem Eigenheim sind auf den ersten Blick sicherlich als reines Privateigentum einzustufen. Tatsächlich aber nimmt die Gesellschaft in Form gesetzlicher Vorschriften und Auflagen erheblichen Einfluss auf die Nutzung dieser beiden Gegenstände. So muss sich der Eigentümer eines Autos bei der Nutzung seines Wagens an Höchstgeschwindigkeiten und Parkverbote halten, und er darf nicht ohne weiteres Personen oder Gefahrenstoffe transportieren. Zudem sind Veränderungen an seinem Auto ohne eine Abnahme durch den TÜV ebenso wenig zulässig wie das Fahren ohne eine gültige Fahrerlaubnis. Ähnliche Einschränkungen gelten für einen Hauseigentümer. Bauliche Maßnahmen dürfen nicht dem Bebauungsplan widersprechen, eine gewerbliche Nutzung in einem reinen Wohngebiet ist nicht erlaubt und der Verkauf eines Grundstücks kann nicht ohne eine notarielle Beglaubigung erfolgen.

Auch das Staatseigentum stellt eine theoretische Lösung dar, die sich praktisch nicht verwirklichen lässt. Exemplarisch lässt sich hierfür das Volkseigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln im real existierenden Sozialismus heranziehen. Trotz aller Vorgaben hatte das Individuum in gewissen Spielräumen die Möglichkeit, die Nutzung der Produktionsmittel nach seinen Vorstellungen zu regeln, was unter anderem die

Arbeitsintensität und Pausenregelungen betrifft. Ebenso konnten Teile der Produktionsergebnisse für eine private Nutzung verwendet werden und auch die unterlassene Wartung und Pflege der Produktionsmittel ist eine eigenständige Form der individuellen Nutzung.

Wie auch immer die konkrete Ausgestaltung der Verfügungsrechte einer Gesellschaft aussieht - ohne solche Regelungen ist ein gesellschaftliches Zusammenleben nicht möglich. Deshalb stellen Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ fest: „Was den Kommunismus auszeichnet, ist nicht die Abschaffung des Eigentums überhaupt, sondern die Abschaffung des bürgerlichen Eigentums“ (MEW 4, S. 475).

Das individuelle Eigentum

Das Ziel von Marx ist die Verwirklichung des so genannten individuellen Eigentums, weil dies eine Voraussetzung für ein dem menschlichen Wesen entsprechendes Leben darstellt. Ausdrücklich weist Marx z. B. auf die Notwendigkeit des Vorliegens materieller Gegenstände für die Selbstverwirklichung des Individuums hin, wenn er feststellt, dass „das private Haus, die parzellenweise Bewirtschaftung des Ackerlandes und die private Aneignung der Früchte eine Entwicklung der Persönlichkeit gestatten“ (MEW 19, S. 388). Darüber hinaus ist zu beachten, dass es zur produktiven Lebenstätigkeit des Menschen gehört, „sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen“ (MEW 23, S. 192). Das Verbot einer individuellen Aneignung der Ergebnisse der eigenen produktiven Betätigung würde deshalb eine Entfremdung von dieser Lebenstätigkeit darstellen. Im „Manifest der Kommunistischen Partei“ heißt es dazu: „Der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen“ (MEW 4, S. 477). Das auf der eigenen Tätigkeit basierende individuelle Eigentum an den Ergebnissen des Arbeitsprozesses ist in einer dem wahren menschlichen Wesen entsprechenden Gesellschaft beizubehalten bzw. erst noch zu etablieren, so dass für das Individuum ein „wirkliches Eigentum an den Früchten seiner Arbeit“ (MEW 17, S. 552) ermöglicht wird.

Damit kann unmissverständlich festgestellt werden, dass es selbst in der postkapitalistischen Gesellschaft die Institution des 'individuellen Eigentums' gibt. Die genaue Ausgestaltung dieser Eigentumsform gilt es zu analysieren. Marx deutet seine Vorstellungen zu dieser Thematik in den Ausführungen „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ und zum Ende des ersten Bandes von „Das Kapital“ in längeren Passagen an. „Jawohl, meine Herren, die Kommune wollte jenes Klasseigentum abschaffen, das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen verwandelt. ... Sie wollte das individuelle Eigentum zu einer Wahrheit machen, indem sie die Produktionsmittel, den

Erdboden und das Kapital, jetzt vor allem die Mittel zur Knechtung und Ausbeutung der Arbeit, in bloße Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt“ (MEW 17, S. 342). „Die aus der kapitalistischen Produktionsweise hervorgehende kapitalistische Aneignungsweise, daher das kapitalistische Privateigentum, ist die erste Negation des individuellen, auf eigne Arbeit gegründeten Privateigentums. Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel“ (MEW 23, S. 791). Das individuelle Eigentum ist danach auf das Engste mit dem gemeinschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln verknüpft.

Das gemeinschaftliche Eigentum

Das gemeinschaftliche Eigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln ist die Basis für eine gemeinsame Entscheidung bezüglich der materiellen Produktion. Sinn des gemeinschaftlichen Eigentums ist es, dass die Gemeinschaft der assoziierten Produzenten kollektiv über die Ziele und den Ablauf der Produktionsprozesse sowie die Verwendung und Verteilung der hergestellten Produktionsergebnisse entscheidet. An dieser Entscheidung partizipieren alle Individuen und regeln insofern ihr individuelles Verhältnis zu den sachlichen Gegebenheiten der Produktion bewusst und selbstbestimmt. Dadurch, dass auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums die individuellen Verhältnisse zwischen den tätigen Menschen und den sachlichen Produktionsbedingungen geregelt werden, stellt das gemeinschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln zugleich das individuelle Eigentum dar, weil es jedem Individuum ermöglicht, sein eigenes Verhältnis zu den Produktionsbedingungen - wenn auch in Zusammenarbeit mit den Mitmenschen - selbst zu bestimmen. Anders ausgedrückt: Die demokratisch-egalitäre Leitung und Kontrolle der Produktionsprozesse erlaubt jedem Individuum die Einflussnahme auf die Produktion sowie auf sein Verhältnis zu den Produktionsmitteln und -ergebnissen und stellt dadurch das individuelle Eigentum im Sinne von Marx dar. Über die gemeinsame Entscheidung und Ausführung der materiellen Produktion ermöglicht das gemeinschaftliche Eigentum den Individuen, ihr Verhältnis zu den sachlichen Produktionsbedingungen selbstbestimmt festzulegen. Erst durch diesen Vorgang wird ein individuelles Eigentum im Marxschen Sinn etabliert, so dass die Idee des gemeinschaftlichen Besitzes an Produktionsmitteln keinesfalls die Eliminierung des individuellen Eigentums bedeutet. Und nur durch die Gemeinsamkeit in der Planung, Ent-

scheidung, Ausführung und Distribution wird das gemeinsame Eigentum verwirklicht, denn erst das Vorliegen derartiger gemeinsamer Verfügungsrechte trennt das gemeinsame Eigentum bzw. das „Volkseigentum“ (MEW 26.2, S. 97) vom bloßen „Staatseigentum“ (MEW 26.2, S. 38). Entscheidend ist die „faktische Besitznahme sämtlicher Arbeitsinstrumente durch das arbeitende Volk“ (MEW 18, S. 282).

Über diese mit dem gemeinsamen Eigentum verbundene „Selbstregierung der Produzenten“ (MEW 17, S. 339) hinaus, finden sich bei Marx nur noch wenige Ausführungen über die postkapitalistischen gesellschaftlichen Regelungen der Produktionsprozesse. Wiederholt stellt er fest, dass die Produktion der postkapitalistischen Gesellschaft eine „im großen Maßstab organisierte genossenschaftliche Arbeit“ (MEW 19, S. 392) sein wird, dass also die Produktion - und mit ihr zugleich die Aneignung der erstellten Gegenstände - kollektiv erfolgen wird. Dabei werden alle Mitglieder der Gemeinschaft sowohl an der geistig planenden als auch an der körperlich ausführenden Tätigkeit teilnehmen, d. h. es „wird jeder Mensch ein Arbeiter, und produktive Arbeit hört auf, eine Klasseigentumschaft zu sein“ (MEW 17, S. 342). Erst die Produktion „für gemeinschaftliche Rechnung, nach gemeinschaftlichem Plan und unter Beteiligung aller Mitglieder der Gesellschaft“, also „die gemeinsame Benutzung aller Produktionsinstrumente und die Verteilung aller Produkte nach gemeinsamer Übereinkunft“, bedeutet die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums. Die geforderte Beseitigung des bürgerlichen Privateigentums ist folglich erst realisiert, wenn alle Mitglieder einer Gemeinschaft über die faktischen Verfügungsrechte hinsichtlich der Produktionsmittel und der Produktionsergebnisse verfügen, wenn sie also „als Mit-Produzent“ (Przeworski 1990, S. 150) fungieren und gleichberechtigt über den Einsatz der Produktionsmittel sowie über die Verteilung der Ergebnisse der Produktionsprozesse entscheiden (vgl. Brus/Laski 1990, S. 12f.). Dies verdeutlicht, dass die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums zugleich die Abschaffung der kapitalistischen Organisation der Reproduktion bedeutet. Die konkrete Ausgestaltung der neuen Form des Eigentums und der mit ihr verbundenen „Organisation der Arbeit“ (MEW 7, S. 18f.) lässt sich skizzenhaft beschreiben.

Organisation der Reproduktion auf kommunaler Ebene

Beginnend bei der gemeinschaftlich erfolgenden Planung der gemeinsamen Produktion muss zuerst die Menge der herzustellenden Gebrauchsgegenstände festgelegt werden. Dazu verständigt sich die Gemeinschaft der tätig werdenden Individuen über die von ihnen zum Leben benötigten Gegenstände, so dass die Produktion „von seiten

des Produzenten auf Befriedigung seines Selbstbedürfnisses oder bei etwas weiterer Entwicklung der Teilung der Arbeit, auf Befriedigung ihm bekannter Bedürfnisse seiner Co-Produzenten gerichtet“ (MEW 26.2, S. 509) ist. Bei der Zusammenkunft aller Gemeinschaftsmitglieder teilt jedes Individuum mit, welche Gebrauchsgegenstände es in welcher Quantität und Qualität für das individuelle Überleben braucht. Außerdem verständigt sich die Gemeinschaft über die Gegenstände, die die Gemeinschaft als Ganzes benötigt, z. B. jene „zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel“, für die „Ausdehnung der Produktion“, für die Folgen unvorhergesehener Katastrophen, für arbeitsunfähige Personen sowie „zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen ... wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc.“ (vgl. MEW 19, S. 19, MEW 25, S. 827, 855, 884). Damit ist das zur Reproduktion der Gemeinschaft und jedes einzelnen Mitglieds erforderliche Quantum an Gebrauchsgegenständen bestimmt.

In einem nächsten Schritt erfolgt die gemeinsame Verteilung der Ressourcen auf die einzelnen Produktionszweige. Die „Gesellschaft verteilt Arbeitskraft und Produktionsmittel in die verschiedenen Geschäftszweige“ (MEW 24, S. 358), so dass „die richtige Proportion ... zu den verschiedenen Bedürfnissen“ gewährleistet ist (vgl. MEW 23, S. 93). Auch die Bewältigung gemeinschaftlicher Großprojekte wird derart geregelt, „daß die Gesellschaft im voraus berechnen muß, wieviel Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel sie ohne irgendwelchen Abbruch auf Geschäftszweige verwenden kann, die, wie Bau von Eisenbahnen z. B., für längere Zeit, ein Jahr oder mehr, weder Produktionsmittel noch Lebensmittel, noch irgendeinen Nutzeffekt liefern, aber wohl Arbeit, Produktionsmittel und Lebensmittel der jährlichen Gesamtproduktion entziehen“ (MEW 24, S. 316f.).

Bei der Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Geschäftszweige nimmt die Gemeinschaft Rücksicht auf die individuellen Neigungen und Entwicklungsbedürfnisse der produzierenden Menschen und gestaltet die erforderlichen Tätigkeiten so, dass einzelne Produzenten abwechselnd verschiedene Handlungen ausführen. Bei Engels findet sich zur Abwechslung der Tätigkeiten die Vorstellung, „daß es einmal keine Karrenschieber und keine Architekten von Profession mehr geben soll und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Tätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird“ (MEW 20, S. 186). Gleichzeitig regelt die Gemeinschaft der tätigen Menschen jedoch nicht detailliert die einzelnen Arbeitsabläufe jedes Individuums, obwohl ein gewisses Maß an 'Oberaufsicht' bei jeder kooperativen Produktion erforderlich ist und daher bei der postkapitalistischen Produktionsweise stattfinden wird: „Die Arbeit der Oberaufsicht und

Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat und nicht als vereinzelt arbeitende selbständigen Produzenten auftritt. ... Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß in jeder kombinierten Produktionsweise“ (MEW 25, S. 397).

Die Verteilung der gemeinschaftlich produzierten Gegenstände stellt kein neues Problem mehr dar. Weil die Produzenten bereits vor dem Beginn der Produktionsprozesse die Menge der erforderlichen Gebrauchsgegenstände bestimmt haben, legen sie damit zugleich deren Distribution fest. Jedes Individuum erhält die Gegenstände, die es vor Produktionsbeginn als benötigte Gegenstände angab. Die Distribution erfolgt nach dem Bedürfnisprinzip und unabhängig von den individuell erbrachten Arbeitsleistungen. Ebenso werden die für gemeinschaftliche Zwecke produzierten Gegenstände nach Produktionsende lediglich den Bestimmungen zugeführt, für die sie vor Produktionsbeginn vorgesehen waren.

Organisation der Reproduktion auf gesamtgesellschaftlicher Ebene

Die genannten Regelungen gelten für alle Gemeinschaften, d. h. sowohl für die Gemeinden, Kommunen oder Genossenschaften als auch für den Zusammenschluss dieser Gemeinden zu einem Gemeinwesen auf nationaler Ebene. Auch für diesen Zusammenschluss gilt, dass „die Gesamtheit der Genossenschaften die nationale Produktion nach einem gemeinsamen Plan regeln“ wird, so dass eine „im großen Rahmen organisierte Arbeit“ vorliegt (vgl. MEW 17, S. 343, 551). Aufgestellt wird dieser gemeinsame Plan von frei gewählten und jederzeit absetzbaren nationalen Abgeordneten (vgl. MEW 17, S. 339f., 596). Diese sind „an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden“ (MEW 17, S. 340) und zudem „dauernd unter öffentlicher Kontrolle“, denn alle Reden und Handlungen der Kommune werden veröffentlicht, so dass allen Gemeinschaftsmitgliedern eine Transparenz der Planungsabläufe zukommt und sie dadurch eine aktive Rolle bei der Entscheidungsfindung auf nationaler Ebene einnehmen können (vgl. MEW 17, S. 348, 543-545). Für die Aufstellung der Pläne gelten die Ausführungen, die auch auf kommunaler Ebene Anwendung finden. So herrscht zwischen dem Gemeinwesen auf nationaler Ebene und dem der einzelnen Kommune das gleiche Verhältnis wie zwischen der Kommune und einem einzelnen Produzenten. Der jeweils letztgenannten Einheit werden außer der Vorgabe der zu erbringenden Tätigkeitsergebnisse keine weiteren Vorschriften gemacht, so dass die Kommune weiterhin eine sich selbst regierende Kommune ist (vgl. MEW 17, S. 545). Mit diesen Vorschlägen wendet sich Marx gegen eine „zentralisierte und organisierte Regierungsgewalt“, gegen „die großen zentralen

Staatsorgane“ und zusammenfassend gegen eine „Überzentralisation“ (MEW 17, S. 341, 542), weil „die außerordentlichste Zentralisation eine Allgegenwart“ (MEW 8, S. 150) hervorruft, die mit einer menschlichen Daseinsweise unvereinbar ist. Stattdessen spricht er sich für eine „De-facto-Selbstverwaltung“ der Kommunen aus, bei deren politischer Föderation stets die „lokale, territoriale, städtische und provinzielle Unabhängigkeit“ gewahrt bleibt (MEW 17, S. 538f.). Eine zentralistische Planung, die den Kommunen faktisch keine Selbstbestimmungsmöglichkeiten zulässt, ist daher mit der Marx'schen Konzeption der wirklichen Selbstregierung unvereinbar. Sowohl für die einzelne Gemeinde als auch für deren Zusammenschluss auf nationaler Ebene gilt die Forderung nach einem Höchstmaß an faktischen Mitwirkungsmöglichkeiten aller Mitglieder dieses Zusammenschlusses.

Die Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums

Die Abschaffung des Privateigentums ist - dies ist eine wesentliche Erkenntnis der bisherigen Ausführungen - gleichbedeutend mit der Abschaffung der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion. Beides ist nach Überzeugung von Marx erst möglich, wenn ein hohes technisch-organisatorisches Niveau der materiellen Produktion vorliegt, das sich im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft einstellt. Dadurch, daß das kapitalistische Produktionssystem durch den Konkurrenzdruck die „Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit“ vorantreibt, „schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform“ (MEW 25, S. 269).

Der technische Fortschritt schafft aber nicht nur die Voraussetzung für die postkapitalistische Gesellschaft, sondern er führt zudem auch die Abschaffung des kapitalistischen Systems herbei. Wenn wegen des technischen Fortschritts die Produktion materieller Gegenstände immer weniger von der direkt angewendeten menschlichen Arbeit abhängt, zieht diese Entwicklung Einkommenseinbußen für den Arbeiter nach sich. Eine vollautomatische Produktion, bei der die notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der zum Überleben der Gesellschaft erforderlichen Güter - inklusive der sie herstellenden Maschinen - Null ist, bedeutet für die Lohnarbeiter die vollkommene Einkommenslosigkeit. Die Arbeiter müssen sich gegen ein derartiges Produktionsverfahren wehren, weil es ihnen die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse unmöglich macht. „Eine Entwicklung der Produktivkräfte, welche die absolute Anzahl der Arbeiter verminderte, d. h., in der Tat die ganze Nation befähigte, in einem geringern Zeiteil ihre Gesamtproduktion zu vollziehen, würde Revolution herbeiführen, weil sie die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs set-

zen würde. Hierin erscheint wieder die spezifische Schranke der kapitalistischen Produktion“ (MEW 25, S. 274).

Die Unmöglichkeit, ein Produktionsverfahren im Rahmen der kapitalistischen Produktion zu implementieren, welches die notwendige Arbeitszeit zur Herstellung der die gesellschaftliche Reproduktion sicherstellenden materiellen Güter gegen Null gehen läßt, beschreibt Marx bereits in den „Grundrissen“. Bezüglich einer vollautomatischen Produktion, bei der der Mensch nur noch Funktionen „als Wächter und Regulator“ (Grundrisse, S. 592) wahrnimmt, stellt er fest: „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder - deren powerful effectiveness - selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, ... Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. ... Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen“ (Grundrisse, S. 592f.).

Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems der Produktion mit dem dazu gehörenden Privateigentum ergibt sich somit für Marx als logische Konsequenz eines sich entwickelnden Kapitalismus. Abgelöst wird dieses System durch das gemeinschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und der gemeinschaftlichen Produktion aller Gesellschaftsmitglieder in der skizzierten Form.

Konsequenzen

Die Abschaffung des Privateigentums bedeutet im Kern die Abkehr von der exklusiven Nutzung der gesellschaftlichen Produktionsmittel (vgl. Welti 2002, S. 37) und zugleich die Abkehr von der kapitalistischen Organisation von Produktionsprozessen. Damit wird das gesamte System der gesellschaftlichen Reproduktion in Frage gestellt. Das an die Stelle des bürgerlichen Privateigentums tretende gemeinschaftliche Eigentum ist allerdings keinesfalls gleichbedeutend mit dem Begriff des Staatseigentums, den wir aus dem real existierenden Sozialismus kennen. Auch dort waren die Gesellschaftsmitglieder von der Planung und Organisation der Produktion weitgehend ausgeschlossen. Gemeinschaftliches Eigentum aber verlangt die Beteiligung aller an den Entscheidungsprozessen zur gesellschaftlichen Reproduktion sowie an der Verteilung der gesellschaftlich erstellten Produkte. Damit verbunden ist eine neue Form der Produktionsweise. Die in Umrissen beschriebene politische Gestaltung der postkapitalistischen Gesellschaft lässt sich durch die fol-

genden Schlagworte charakterisieren: die gemeinschaftliche Nutzung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, ein Höchstmaß an Demokratie und ein Ausbau aller Formen der direkten Demokratie - auch und gerade in der Arbeitswelt -; die Wahl, Verantwortlichkeit und jederzeitige Absetzbarkeit der Abgeordneten, Beamten und Richter; eine weitreichende Dezentralisierung aller gesellschaftlichen Entscheidungen; die Auflösung aller staatlichen Repressionsorgane und schließlich der dienende Charakter aller Staatsdiener. Damit wird eine Mischung aus Zentralisation und Dezentralisation erreicht, die einerseits die Gefahr des ökonomischen Chaos verhindert und andererseits jedem Individuum eine aktive Mitbestimmung bei der Produktion und beim Leben in der Gemeinschaft erlaubt. Nur vor dem Hintergrund dieser Ausführungen zur gesellschaftlichen Reproduktion ist die „Abschaffung des Privateigentums ... die kürzeste und bezeichnendste Zusammenfassung der ... Umgestaltung der gesamten Gesellschaftsordnung“ (vgl. MEW 4, S. 370f.). Die Weiterentwicklung der Wirtschaftsdemokratie, die „Gewährleistung des allgemeinen Zugangs zu gemeinschaftlichen Ressourcen“ und die „Entwicklung eines genossenschaftlich geprägten Unternehmenssektor“, wie sie anlässlich der spw-Jahrestagung 2001 gefordert wurden (vgl. spw 2002, S. 28); sind sinnvolle Schritte in diese Richtung. Wer allerdings das individuelle Eigentum im dargestellten Sinne realisieren will, muss weitere Schritte folgen lassen.

spw 2 / 2003

Literatur

- Brus, Wlodzimierz / Laski, Kazimierz, (1990), Von Marx zum Markt, aus dem Englischen übersetzt von Silvia Zendron, Marburg.
- Marx, Karl / Engels, Friedrich; Karl Marx / Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 1ff., Berlin 1956ff.
- Marx, Karl, (1857/58), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt, o.J.
- Przeworski, Adam, (1990), Warum hungern Kinder, obwohl wir alle ernähren könnten? Irrationalität des Kapitalismus - Unmöglichkeit des Sozialismus, in: Prokla, Heft 78, 20. Jahrgang, S. 138 - 171.
- spw, (2002), Flexibler Kapitalismus - Moderner Sozialismus: Thesen zur spw-Jahrestagung 2002, in: spw, Heft 123, S. 25 - 28.
- Weise, Peter, u.a. (1979), Neue Mikroökonomie, 1. Auflage, Heidelberg.
- Welti, Felix, (2002), Eigentum und Zugang - Herausforderung für den modernen Sozialismus, in: spw, Heft 123, S. 37 - 39.
- Hervorhebungen:
- Wer welche Produktionsmittel nutzen darf und wem die Ergebnisse dieser Tätigkeit zufallen, ist eine Aufgabe, muss in jeder Gesellschaft geregelt werden.
- Marx' Ziel ist die Verwirklichung des individuellen Eigentums, weil dies Voraussetzung für ein dem menschlichen Wesen entsprechendes Leben ist.
- Die demokratisch-egalitäre Leitung der Produktionsprozesse ist das individuelle Eigentum im Sinne von Marx.
- Marx wendet sich gegen eine „zentralisierte und organisierte Regierungsgewalt“, weil sie mit einer menschlichen Daseinsweise unvereinbar ist.
- Das an die Stelle des bürgerlichen Privateigentums tretende gemeinschaftliche Eigentum ist keinesfalls gleichbedeutend mit Staatseigentum.

Politik der nächsten Generation

Einige Überlegungen zum Verhältnis von Sozialdemokratie und junger Generation

Von Björn Böhning, Marc Herter, Britta Lenz, Anja Spiegel und Cornelia Walter

„Momentan ist richtig, momentan ist gut. Nichts ist wirklich wichtig, nach der Ebbe kommt die Flut.“

(Herbert Grönemeyer)

Kapitel I:

Eine Generationen-debatte von Links.

(...)

1. Ein solidarisches Generationenprojekt

Die Politik der nächsten Generation fußt auf der Idee, die fortschrittlichen Potenziale in unserer Generation auf der Basis einer alternativen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu entfalten. Dazu müssen die unterschiedlichen Akteure und ihre Ansprüche ernst genommen und diese in ein konsistentes gesellschaftliches Reformprojekt überführt werden:

Die Ansprüche der jungen Generationen drohen auseinander zu laufen. Grob fällt die junge Generation schon heute in zwei Gruppen auseinander: Diejenigen, die in potenziell hochqualifizierten, extrem flexiblen und hochbezahlten Jobs arbeiten, die ein hohes Maß an Selbstorganisation und Selbstausbeutung beinhalten, und diejenigen, die zunehmend in der Gefahr stehen, unsichere, schlecht entlohnte oder keine Beschäftigung zu haben. Neben den weiterhin wirkenden Milieuorientierungen kommt es daher zu sehr unterschiedlichen Zugangsmustern zu kulturellem Kapital. Ein besonderer Fokus richtet sich dabei heute auf die Übergänge zwischen einzelnen Lebensabschnitten und damit einhergehenden politischen Orientierungen und (Wert-)Einstellungen. Sozialdemokratische Politik hat hierfür noch keine tragfähigen Ansprachemuster entwickelt. (...)

Es entstehen unterschiedliche Bewusstseinsformen und Einstellungen im Bezug auf die eigene Arbeit und deren Absicherung. Gemein ist beiden genannten Gruppen, dass sie sich weiterhin über ein Kapitalverhältnis definieren, das sektoral unterschiedliche For-

men von Zwang, Selektion und Ausbeutung schafft. (...)

Politik trifft eine pragmatische Generation (und wundert sich...)

Die „Spaßgeneration“ ist spätestens mit der letzten Love Parade zu Grabe getragen, ihr Anspracheentwurf, das politische Mogelpaket des „Projekt 18“, entzaubert worden, und das Comeback der Raiders-, Trash- und Depeche Mode-80er geht seinem Ende zu. Die Shell-Jugendstudie 2002 hat daraufhin die „pragmatische Generation“ ausgerufen. Diese Etikettierung ist die unmittelbare Folge eines säkularen Generationsformierungsprozesses, der sich vor dem Hintergrund heterogener Lebensläufe und Erwerbsorientierungen in unsicherer Umwelt vollzieht.

(...) Die Herausforderung, der wir uns nun stellen, ist es, die Konturen eines neuen Wertehorizonts junger Menschen für eine sozialdemokratische Politik der nächsten Generation nutzbar zu machen. Denn wir sind uns bewusst, dass eine Generation, die pragmatisch auf die Anforderungen der Zeit reagiert, auch von der Linken neu angesprochen werden muss. So ist zum Beispiel eine junge Generation, die sich zu Leistungsorientierung, positiver Zukunftsaussicht und realistischem Pragmatismus bekennt, nicht mehr durch das Verweisen auf Blockaden der gesellschaftlichen Entwicklung anzusprechen – das wissen sie selber. Sondern es geht um eine neue Form der Repräsentation, die die Mentalität junger Menschen in ihren spezifischen Lebensabschnitten aufgreift. „Das aktive Umweltmonitoring [...] nach Chancen und Risiken“ (Shell 2002), das jugendliche Lebensführung heute auszeichnet, ist der Ausgangspunkt für politische Ansprache und politisches Handeln. Sozialistische Politik muss für alle Übergänge in jugendlichen Lebensphasen erlebbare Lösungswege anbieten können. Politische Mitarbeit wird daraus nur resultieren, wenn politische Aktion in Einklang gebracht wird mit

einer positiven und erfolgreichen Bereicherung der eigenen Lebensführung. Es geht daher darum, Individualität und Solidarität in eine fortschrittliche Synthese zu bringen. Jugend als Lebensabschnitt ist heute ausdifferenziert und anspruchsvoll. (...) An (der) eigenen Karriereplanung macht sich die gesellschaftliche Spaltung in zwei Klassen besonders deutlich: Während in den aufstiegsorientierten und abgesicherten Milieus Gruppen von pragmatischen und optimistischen „PlanerInnen“ existieren, orientieren sich die tendenziell 'abgehängten' Milieus daran, ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe und Reproduktion abzusichern. Der Pragmatismus der einen hat aber mit dem Pragmatismus der anderen nicht viel zu tun.

Obwohl die Übergänge zwischen beiden Gruppen fließend sind, muss ein zentrales Ziel jungsozialistischer Programmatik sein, beide grob unterteilten gesellschaftlichen Gruppen in ein tragfähiges Zukunftsszenario einzubinden. Wir wollen an den jeweiligen Biografien ansetzen und individuelle und gruppenspezifische „Handlungskorridore“ (Hoffmann) an den Lebenslaufübergängen junger Menschen entwickeln.

2. Ausgangspunkt ‚Recht auf Zukunftschancen‘

Vor dem Erfahrungshorizont der jungen Generation vollzieht sich die informationstechnologische Revolution. Unsere Generation ist gleichzeitig Trägerin und Getragene der fundamentalen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Neue Modelle der Erwerbsarbeit, flexible und eigenständige Lebensführung im Kontext gesteigerter sozialer Komplexität sowie gebrochene Übergänge und Biografien gehören zum Stückwerk einer „Jugend im flexiblen Kapitalismus“. (...)

Wir erleben, dass den Individuen neue Anforderungen an die eigene Lebensführung und die Organisation der Erwerbsarbeit gestellt werden. Es findet eine neue „Verschränkung von Arbeit und Leben“ statt. Die Erwerbsarbeit breitet sich dabei in die Privatsphäre aus und wird zum dominierenden Faktor der Lebensgestaltung. Hier verschärfen oder nivellieren sich soziale und ökonomische Ungleichheiten. Die Abhängigkeit individueller Zukunftschancen von der individuellen sozialen Herkunft bleibt dabei erschreckend konstant. (...)

Kapitel 1 und 2 in gekürzter Fassung, das Kapitel 3 und Schluss veröffentlichen wir in spw 131. Die Originalfassung kann angefordert werden bei redaktion@spw.de.

Björn Böhning (24) ist stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender und lebt in Berlin, Marc Herter (28) ist Juso-Landesvorsitzender NRW und lebt in Hamm, Britta Lenz (23) ist stellvertretende Juso-Landesvorsitzende NRW und lebt in Düsseldorf, Anja Spiegel (23) ist Juso-Landesvorsitzende von Brandenburg und lebt in Werder, Cornelia Walter (23) ist Mitglied des Juso-Bezirksvorstandes Hannover und lebt in Lüneburg.

3. Ausgangspunkt ‚Recht auf Gute Arbeit‘

Der Weg in die Erwerbsarbeit ist heute mehr denn je von brüchigen Übergängen, Unwägbarkeiten und einer (z.T. künstlich) verlängerten Bildungsphase gekennzeichnet. Das ist nicht nur die Folge veränderter Lebensführungsmuster, sondern insbesondere des Wandels des fordistisch-tayloristischen Kapitalismus zu einem flexiblen Akkumulationsregime. Keine andere Erfahrung der jungen Generation ist heute bestimmender als die erlebbaren Widersprüche und Veränderungen dieser ökonomischen Entwicklung. Diese wirkt sich auf die täglichen Lebenssituationen vielfältig aus und stellt neue Herausforderungen an die Gestaltungskapazität der Individuen. Das bisherige „Normalarbeitsverhältnis“ (NAV) des Fordismus sieht sich dabei von drei Seiten heraus in Frage gestellt.

So sind erstens die Anforderungen an die Flexibilität in der Erwerbsarbeit durch einen neuen Produktionstyp massiv gestiegen. Dieser neue Produktionstyp bringt nicht nur eine neue (globale und nationale) Arbeitsteilung durch veränderte Wertschöpfungsbeziehungen hervor, sondern verändert auch die Inhalte der Arbeit. (...)

Die Politik der vergangenen Jahre hat zweitens zu einer Zunahme atypischer Beschäftigungsformen gerade im Bereich niedrigproduktiver Tätigkeiten geführt, die es immer weniger Menschen möglich macht, nur einen Beruf auszuüben, so dass sie sich ein Portfolio an korrespondierenden Arbeitsverhältnissen flexibel zusammenstellen müssen, um nicht in die Erwerbsarmut abzugleiten. (...)

Drittens sind die Ansprüche an die Gestaltung der Erwerbsarbeit gestiegen. Neue Anforderungen an die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, an die Gestaltung der Arbeitszeit, an den Arbeitsort aber auch an die Form der Arbeit selbst, stellen die bisherige Arbeitsorganisation in Frage. (...) Was wir derzeit erleben, ist ein Verteilungskampf um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um Kinderwunsch und Geschlechterarrangements: Es findet fortwährend ein kultureller Aushandlungs- und Abstimmungsprozess zwischen Arbeit, Leben und Familie statt – dies vor dem Hintergrund weiter bestehender geschlechtsspezifischer Unterschiede.

Ein neuer Steuerungsmodus und die Freude am Talent – Ideologie für die Hochqualifizierten?

Eine zentrale Veränderung des flexiblen Kapitalismus resultiert aus einem neuen unternehmerischen Steuerungsmodus. Im fordistischem Akkumulationsregime verlief die

Steuerung der Arbeit durch direkte Kontrolle und Herrschaft. Im flexiblen Akkumulationsregime verläuft die Steuerung der Arbeit durch jede/n von uns. Durch flachere Hierarchien, netzwerkförmiger Produktion, Formen der Gruppenarbeit, neue Selbständigkeit, Tele(heim)arbeit und Dezentralisierungsmaßnahmen werden den Beschäftigten erhöhte Verantwortungs- und Steuerungskompetenzen eingeräumt, wenngleich ihnen zentrale Rechte verwehrt bleiben. Solche „Intrapreneure“ (Formen selbständiger Beschäftigung im Unternehmen) sind von einem hohen Maß an Selbstbestimmung und Entscheidungsbefugnissen gekennzeichnet. (...)

Der Trend zu höheren Anforderungen an das „individuelle Marketing“ in Leben und Arbeit korrespondiert mit dem Wunsch nach einer erfüllten und ereignisreichen Erwerbslaufbahn. Das Bedürfnis zur „Zurschaustellung“ eigener Fähigkeiten und Kompetenzen wird nicht nur von der Wirtschaft „abverlangt“, sondern erfüllt auch Ansprüche an eine neue Gestaltung und Präsentation der Arbeit. (...) Diese Form der „Hollywoodisierung der Arbeit“ (A. McRobbie) treibt Individualisierung und Employability auf eine absurde Spitze. Gesellschaftliche Voraussetzungen werden durch einen neuen „Begabungsbegriff“ ersetzt. Individualisierung ist damit nicht mehr „nur“ noch eine gesellschaftliche Entwicklung, sondern das Mittel die bestmögliche Karriere in Arbeit und Leben zu verwirklichen. (...)

Die arbeitssoziologischen Untersuchungen Richard Sennetts zeigen hingegen deutlich, dass die neue Freiheit ebenso trügerisch ist, wie Marx die doppelte Freiheit der ArbeiterInnen nennt (frei an

der Person und frei von Kapital). Nun wird die dritte Freiheit ergänzt: Jeder sei frei, sein individuelles Kapital zu mehren und zu Märkte zu tragen; jeder ist nun Kapitalist, bedauerlich nur, dass der Großteil der jungen ArbeitnehmerInnen wei-

terhin frei von materiellem Kapital ist und bei zunehmender Befreiung vom Sozialstaat auch noch frei von Absicherung. Die Linke kommt damit in Bedrängnis: Ein Rückzug in alte Argumentationsmuster hilft nicht mehr, denn der Wunsch nach größerer Gestaltungsfreiheit existiert gerade in den leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus.

(...) Der Konflikt Arbeit vs. Kapital wird zusätzlich zu seiner ungebrochenen gesellschaftlichen Existenz und Wirksamkeit damit praktisch in das Individuum hinein versetzt und geht durch jeden von uns, mit der Folge, dass traditionelle Interessenvertretung wie Gewerkschaften und Parteien an ihre Grenzen

stoßen: Sie widersprechen einem neuen (zweifelhaften) Freiheitsverständnis. Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, dass sich kollektive Interessenvertretung auch einem individualisierten Vertretungsanspruch öffnen muss. Dies muss mit einem neuen Leitbild von solidarischer Arbeitsgestaltung verknüpft werden. Kleine Netzwerke mit Beratungs-, Aufklärungs- und Unterstützungsfunktion sind neben einem neuen sozialstaatlichen Überbau unerlässlich. Die Suche junger Menschen nach *situationsgerechter Repräsentanz* ist dafür der entscheidende Ansatzpunkt.

Während Liberale an dieser Schnittstelle versuchen, die junge Generation zu spalten, ist es eine Hauptaufgabe von Jungsozialistinnen und Jungsozialisten, ein positives Verständnis von einem nach den individuellen Bedürfnissen zugeschnittenen, *selbstbestimmten und dienstleisterischen Sozialstaat* zu entwickeln. Der neue Typ des Kapitalismus verändert die Struktur von Arbeit und Leben nachhaltig und unumkehrbar. Er birgt Chancen und Risiken. Die Ambivalenz dieser neuen Strukturen ist es aber gerade, die die Linke über Jahre hinweg gelähmt hat, den neuen Realitäten eine fortschrittliche Richtung zu verleihen. Ziel muss es sein, eine *Vision Guter Arbeit*, die den individuellen Ansprüchen moderner Gesellschaften an die Gestaltung der Erwerbsarbeit, die selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens und der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern Rechnung trägt und so ein selbstbestimmtes, flexibles und Übergangsorientiertes Normalarbeitsverhältnis zu entwickeln, das eine *„Vollbeschäftigung neuen Typs“* möglich macht. Konkret heißt dies:

Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung zur Absicherung flexibler Berufsbiografien und die sozialstaatliche Einbettung von Lebenslaufübergängen durch wählbare Unterstützungsleistungen, wie z.B. Aus- und Weiterbildungen, Flankierung von Teilzeitarbeit oder Beratungsleistungen.

Eine neue Arbeitszeit- und Präventionsoffensive. Moderne Beschäftigungspolitik muss sich wieder verstärkt flexiblen und wählbaren Arbeitszeitmustern widmen. Dazu sind staatliche Verhandlungskorridore zwischen Beschäftigten und Unternehmen zu schaffen, die es beiden ermöglicht, auf gleicher Augenhöhe individuelle Arbeitszeiten auszuhandeln. Kollektive Maßnahmen sollen zur Begrenzung von Überstunden eingesetzt werden. Arbeitszeitpolitik ist mit Gesundheitspolitik zu verzahnen. Ziel ist ein individuelles „Recht auf gesundheitliche Vorsorge“ als Maßnahmenpaket zur Sicherung von (gesundheitlicher) Beschäftigungsfähigkeit. (...)

Die Verknüpfung allgemeiner und beruflicher Bildung. Die Durchlässigkeit der Bildungssysteme als auch die Öffnung der Hochschulen für Aus- und Weiterbildung sind für eine Mo-

Unsere Generation steht vor der Frage, wie wir zukünftig leben wollen und wie wir eine darauf hinwirkende Politik neu entwickeln können.

dernisierung der beruflichen Orientierung unerlässlich. (...)

Der Ausbau von Beratungsleistungen im Rahmen beruflicher Orientierungszeiten. Eine individuelle Lebenslaufberatung soll jungen Menschen die Orientierung im Bildungs- und Erwerbssystem erleichtern. (...)

Die Gründung regionaler Transfergesellschaften. Ausbildungsplatzlose und arbeitslose junge Menschen sollen sofort in solche kommunalen Personalentwicklungsgesellschaften übernommen werden. Dort ist mit ihnen ein Perspektivplan zu entwerfen, der eine reale Aufstiegs- und Bildungschance beinhaltet. (...)

4. Ausgangspunkt: Finanzpolitik der nächsten Generation

In der neueren finanzpolitischen Debatte spielt der Begriff der Nachhaltigkeit eine besondere Rolle. Eng damit in Zusammenhang wird gebracht, dass im Sinne einer sogenannten Gerechtigkeit zwischen den Generationen eine Politik der Haushaltskonsolidierung und der Senkung von Steuern und Abgaben vor allem im Bereich der Sozialversicherungen angezeigt sei. Argumentiert wird pauschal, dass die heutigen Schulden von den nächsten Generationen abbezahlt werden müssten, und dass hohe Steuern und Sozialabgaben die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft negativ beeinflussen und das Engagement des Einzelnen untergraben würden. Als finanzpolitische Lösung wird ein Rückschnitt der staatlichen Aufgaben auf ein Mindestmaß und die psychologische Aktivierung von Marktkräften angepriesen.

(...)

Diese Sichtweise blendet bewusst aus, dass es sich nicht etwa um ein Problem zwischen Jung und Alt handelt, wenn Schulden aufgebaut werden oder Sozialabgaben steigen. Der Kern der Diskussion liegt mitten in der jeweiligen ökonomischen Konstellation, ist also eine massive Umverteilung von unten nach oben. Dies lässt sich an zwei Beispielen leicht belegen:

(...)

Es geht deshalb darum, die Potenziale einer sozialstaatlichen Regulierung zu nutzen, Zukunftschancen für die junge Generation auch real zu finanzieren. Der Sozialstaat ist Teil der Lösung für die Zukunftsfragen der jungen Generation – nicht Teil des Problems. Das Recht auf Zukunftschancen für die junge Generation geht mit der Pflicht einher, dieses heute auch finanzpolitisch abzusichern. Wir schlagen hierzu vier konkrete finanzpolitische Initiativen vor:

Die Einrichtung einer Familienkasse nach französischem Vorbild, die familien- und

jugendorientierte Umgestaltung des Familienleistungsausgleichs und die deutliche Erhöhung der Erbschaftssteuer zur dauerhaften Finanzierung von Jugendphase und Bildung. Eine Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze ist in der deutschen Situation des dualen Systems weiterhin unverzichtbar. Langfristiges Ziel wäre eine Grundgesetzänderung dahingehend anzustreben, dass nicht mehr die Ehe, sondern Familie im weitesten Sinne besonders geschützt wird.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einer einheitlichen Unternehmenssteuer und Einführung eines gespaltenen Mehrwertsteuersatzes auf Luxusgüter, um Unternehmen und Reiche entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen.

Die Verbreiterung und Vereinheitlichung der Beitragsbemessungsgrundlagen der Sozial-

kassen nach Schweizer Vorbild, so dass alle gleichermaßen zur solidarischen Finanzierung der großen Lebensrisiken herangezogen werden. *Die Rückkehr zu einer konjunkturgerecht einsetzenden Schuldenfinanzierung* von Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Arbeitsmarkt und Bildung, die die Möglichkeit schafft, konjunkturelle Abschwünge abzufedern und strukturpolitische Brüche zu vermeiden, anstatt sie zu verschärfen und zu vertiefen.

Die Aussetzung des Maastricht-Kriteriums. Das 3-Prozent-Kriterium zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist eine willkürliche von Kohl und Weigel im Bauch erfundene Marke. Es ist angesichts zunehmender konjunktureller und struktureller Probleme nicht mehr zu rechtfertigen. Gerade unsere Generation möchte sich durch ein willkürliches Kriterium die Ansprüche an Leben, Arbeiten und Wirtschaften nicht kaputt machen lassen. Maastricht ist deshalb auszusetzen, um die Stabilisierung und Modernisierung des Staates durch die Wahrung der Investitionsfähigkeit in Zukunftsbereiche einzuleiten.

Kapitel II: Zukunft 2010@spd.de

Die SPD ist nun im fünften Jahr in der Regierungsverantwortung. Dies hat deutliche Spuren an der Aufstellung der Partei hinterlassen. So haben die stark an der Tagespolitik ausgerichtete Regierungspolitik und die damit verbundenen Richtungsentscheidungen eine große Verunsicherung in den klassisch sozialdemokratischen WählerInnenmilieus hinterlassen und den traditionellen Par-

teipparat lahmgelegt. Darüber hinaus gibt es derzeit keinen Diskursraum für sozialdemokratische Theorie- und Politikentwicklung. Übriggeblieben ist eine Partei im latenten Konflikt zwischen Regierungsfähigkeit und sozialdemokratischer Grundsatzkonzeption.

Unsere Vorstellung einer modernen Sozialdemokratie sucht die Auflösung dieses Widerspruchs in einer Modernisierung und Öffnung der SPD zu einer *Ideenpartei 2010*, die aus der Mitte der Bevölkerung heraus, sozialdemokratische Zukunftskonzeptionen entwirft.

1. Die Sozialdemokratie muss Plattform für Zukunftsfragen werden.

Eine sinnentleerte und kampagnenunfähige Partei wird mittelfristig nicht mehr in der Lage sein, gesellschaftliche Mehrheiten links der Mitte zu erzielen. Daran wird auch die modernste Wahlkampfkampagne nichts ändern können. (...) Sozialdemokratie gerecht werden. Deshalb muss der neue SPD-Generalsekretär Olaf Scholz eine Re-Integration der Politikentwicklungsfähigkeit auch gegen Widerstände durchsetzen. Dazu können folgende Initiativen dienen:

Es ist nicht einzusehen, warum die großen deutschen Industrieunternehmen eng mit Universitäten zur Ausbildung ihres Personals zusammenarbeiten, die Partei aber keine effektiven Netzwerke in die Universitätslandschaft aufbaut. Die SPD sollte ein *Netzwerk aus sozialdemokratischen gesinnten Hochschulabsolventen* aufbauen, die konkrete Seminar- und Projektangebote an die Hochschulen bringen. Das gilt für die Fakultäten politischer, technischer und kultureller Intelligenz gleichermaßen.

Der vom Parteivorstand in die Wege geleitete „Makroökonomische Dialog“ sollte zusammen mit Sozialpartnern, NGOs und Wissenschaftlern als der Beginn zur Versachlichung der Debatte genutzt werden. Die SPD sollte mittelfristig (jenseits des bisherigen Sachverständigenrats) die *Gründung eines „Sozial- und Wirtschaftsrats“* nach holländischem Vorbild zusammen mit der Zentralbank und den o.g. Gruppen einleiten.

Eine *Neuorganisation der Zielgruppenansprache* der SPD ist notwendig. Die SPD muss mehr mit politikfeld- und lebenslagenspezifischen Politikangeboten arbeiten. Es wären daher Zielgruppenangebote zu entwickeln, die projektmäßige, zeitlich befristete und netzwerkförmige Zusammenarbeit erlauben. Dazu ist die innerparteiliche Nachwuchsrekrutierung und Personalentwicklung zu reformieren. (...)

2. Sozialdemokratie vor struktureller Mehrheitsfähigkeit?

Als Folge der informationstechnologischen Revolution und des Erwachsenwerdens einer fortschrittlichen „Neuen sozia-

Die SPD hat es bisher nicht vermocht, den Widerspruch zwischen notwendiger Geschlossenheit und mittelfristiger Politikentwicklung aufzulösen.

len Mitte“ kann der fortschrittliche Milieublock in Deutschland mittelfristig hegemoniebildend wirken. Ohne eine fortschrittliche Anrufung dieses Blocks durch die Sozialdemokratie, ohne die Thematisierung der entscheidenden Zukunftsfragen bleibt jedoch jede Mehrheitsfähigkeit der SPD als Partei in den Ansätzen stecken. Mehr denn je ist es nötig, dass die SPD die Widersprüche, die sich entlang der Modernisierung und Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ergeben, offensiv aufgreift und in sozialdemokratisches Regierungshandeln überführt. Aus dem derzeitigen sozialdemokratischen „muddling through“ speist sich ein Großteil der Implementationsprobleme sozialdemokratischer Politik. Insbesondere ist es notwendig, bereits erprobte und unwirksame Politikinstrumente fallen zu lassen. Obwohl die SPD nun die Neuaufgabe der schlafenden Programmdebatte beschlossen hat, treten wir dafür ein, dass diese zu Gunsten einer Debatte um einen *Orientierungsrahmen 2010* als Grundlage für eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit aufgegeben wird. Die „Offenheit der historischen Konstellation“ wird jedes Grundsatzprogramm, das heute entworfen wird, morgen überholt sein lassen. Anspruch und Wirklichkeit der Programmdiskussion klaffen deshalb weit auseinander. Notwendig ist vielmehr ein orientierender Rahmen, in den sich sozialdemokratisches Regierungshandeln einfügen kann. (...)

3. Jusos: Aus der Mitte der eigenen Generation – Motor für Erneuerung.

(...)
Die Milieu- und Jugendforschung hat uns zahlreiche Erkenntnisse über die Motive und Formen, von politischem Engagement geliefert. Dabei tritt deutlich zu Tage, dass sich Jugendliche nicht engagieren, weil sie die gängigen Politikmuster unterstützen oder weil sie den Ritualen der Parteien und Verbände nahe sein wollen, sondern trotzdem es sie gibt. Diese Situation zu ändern heißt, im eigenen Verband anzufangen. Wir wollen, dass Jugendliche bei uns mitmachen und ihre politischen Inhalte bei uns entwickeln und in die politische Diskussion einbringen können.

Es geht darum, die Meinungsbildner in den Netzen des Alltags unserer eigenen Generation für uns zu gewinnen: „diejenigen, die weit häufiger als andere Verantwortung und Ehrenämter übernehmen, die sich das Vertrauen von anderen erwerben und oft um Rat und Information gebeten werden.“ (M. Vester). Uns ist dabei klar, dass eine eigenständige Ansprache von marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen auch in diesem Konzept besonders schwierig ist. Dies gilt insbesondere für jene, die sich aus der gesellschaftlichen Kommunikation verabschiedet haben, sei es durch den gerade heute wieder

verbreitet auftretenden realen Entzug des sozio-kulturellen Minimums, sei es durch eine selbstgewählte Abschottung aus Resignation über die Lebensumstände oder Ausgrenzung aufgrund ethnischer oder kultureller Ressentiments.

(...)

Ansatz 1: Initiativfähigkeit erlangen – Eingriffsfähig werden

Bei den aktiven Jusos finden sich zahlreiche inhaltliche und professionelle Kompetenzen. Diese werden jedoch oft gar nicht für die Verbandsarbeit genutzt oder stehen unverbunden nebeneinander. Viele Gliederungen arbeiten auf hohem fachlichen Niveau an politischen Fragestellungen und erarbeiten Lösungsansätze. Es gilt vor allem, fachlich exzellente Arbeitsergebnisse nicht im Gehäuse der eigenen Organisation zu belassen, sondern mit den real „Betroffenen“ (Frauen, SchülerInnen, Studierende, Erwerbstätige, Arbeitslose) zu diskutieren. Wir nehmen an dieser Stelle die zwei Vorschläge aus dem Papier „Neue Zeiten denken“ (Mikfeld, Wischmeier/Kohlrach 2000) auf:

Lokale und regionale Zukunftsinitiativen. Mehr denn je hat der Juso-Verband die Verantwortung, politische Schlüsselfragen zu definieren und politische Debatten anzustoßen – ohne sich jedoch selbst den Avantgarde-Anspruch bei der Lösung zuzuschreiben. Es geht darum, *Zukunftsinitiativen* auf den verschiedenen Ebenen gemeinsam in einem offenen Diskurs zu formulieren und zu kommunizieren. Lokale und regionale von Jusos initiierte *Zukunftsnetzwerke* bieten dabei die Chance, praktisch und ergebnisorientiert an Zukunftsfragen zu arbeiten und lokal/regional vorhandene Aktivpotenziale von Organisationen, ExpertInnen und InteressentInnen zu bündeln. (...)

Hochschul-Clubs. Die Hochschulen sind und bleiben der Ort, an dem die wissenschaftlich-technische und sozial-kulturelle Intelligenz von morgen ausgebildet wird. Auch wäre es falsch anzunehmen, dass die wissenschaftliche Ausbildung und das eigene politische Bewusstsein nicht aufeinander bezogen sind. Sinnvoll wäre daher die Gründung von qualifizierten *Diskussionsclubs*, die langfristig die Herausbildung der individuellen wissenschaftlichen Kompetenz und gesellschaftliches Erkenntnisinteresse miteinander verbinden.

Ansatz 2: Popularisierung und Inszenierung von Reformprojekten

Linke Politik kann und darf sich nicht auf akademische Arbeit, Gremienauseinandersetzung und konkrete Interessenvertretung beschränken. Erforderlich ist das gezielte Eingreifen in öffentliche Diskurse und Zuspitzungen, Symbole und positive Referenzbeispiele, die eng mit der politi-

schen Programmatik in Verbindung stehen und Anknüpfungspunkte zum Alltagsverständnis der Menschen besitzen. Daher gilt es, die progressiven Elemente im Alltagsverständnis und in den Anspruchskonzepten unserer Generation zu identifizieren und gezielt anzusprechen.

Hierbei spielt auch die Frage der medialen Inszenierung eine Rolle, wobei ihre Wirkung auf die politische Meinungsbildung, insbesondere die politische Sozialisation nicht überschätzt werden darf. In Mediengesellschaften folgt jedoch die politische Agenda oft genug massenmedial gesetzten und inszenierten Prozessen und bringt so die Erfordernis auch medial kampagnenförmig geplanter und ggf. spektakulär inszenierter Kommunikationsformen mit sich. Notwendig ist ebenso der Aufbau von individuellen kommunikativen und medialen Kompetenzen. Sie erst führen dazu, dass eine Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit eng mit der programmatischen Entwicklung einhergeht.

Die Konsequenz: Leitprojekt Verbands-erneuerung

Die Erneuerung des Verbandes ist kein eigenes Aufgabengebiet, sondern Querschnittsaufgabe in allen Arbeitsfeldern. Das darf jedoch nicht heißen, dass es hier keine Zusammenführung, strategische Orientierung und operative Steuerung gibt. Ganz im Gegenteil erfordert gerade der Umbau des Verbandes „im laufenden Geschäft“ und mit dezentraler Ausrichtung ein erhöhtes Maß an operativer Steuerung, um erfolgreiche Prozesse zu verbreitern, ihre Nachhaltigkeit sicherzustellen und so Stück für Stück die neue Gestalt des Verbandes herauszuarbeiten.

Generationenkampagne: „Learning by doing!“ Der Verband hat alle Chancen eine Generationenkampagne als Umbauprojekt zu nutzen, wenn es gelingt, sie als Plattform zu begreifen. Das bedeutet vor allem, die vielfältigen Erfahrungen und Entwicklungen zu dokumentieren und so für die weitere Diskussion in den Gliederungen nutzbar zu machen. Hierauf sind die innerverbandlichen Medien auszurichten, ggf. spezielle zusätzliche Formen zu finden.

Workshopreihe & Wettbewerb: Verbands-umbau. Um der systematischen Auseinandersetzung mit den Erfordernissen und Möglichkeiten des Verbandsumbaus ein Forum zu geben, schlagen wir eine entsprechende Reihe von Workshops vor, in denen die Diskussion gebündelt und verbreitert wird, vor allem jedoch Sachverständnis von außen eingebunden werden kann. Erfolgreiche Projekte, Aktionen, Initiativen und Formen der Arbeit sollten dokumentiert werden. Ein Wettbewerb sollte eine Prämierung der best practices ermöglichen.

Amerika im Krieg

Bob Woodward, *Bush at War - Amerika im Krieg*, Deutsche Verlagsanstalt 2003., 399 S., 24.90. ISBN-Nr. 3421056986

Das politische Washington könne nur rätseln, was die Regierung eigentlich will oder denkt, war kürzlich in einer deutschen Tageszeitung zu lesen. „Weil man, wie die amerikanischen Journalisten klagen, diese Leute auf Dinner Partys niemals sieht.“ Das sei in der Clinton-Ära anders gewesen, notierte Franziska Augstein in der Süddeutschen Zeitung. George W. Bush ist ein äußerst raffinierter und skrupelloser Profi der politischen Kampagnen. Das hat er schon bewiesen, als er in Texas einer erfolgreichen demokratischen Senatorin den Gouverneursposten abspenstig machte. Niemand in seiner Administration darf ein Interview zu einer politisch relevanten Frage geben, ohne vorher von ihm dafür das Plazet erhalten zu haben, erfahren wir aus Bob Woodward's Buch „Bush at War – Amerika im Krieg.“ Nach dem 11. September 2001 hieß es, dass die Bush-Regierung plane, ein Büro zur Desinformation der Öffentlichkeit einzurichten. Es hagelte Proteste und offiziell ließ Bush das Vorhaben dementieren. Ein Medien-Profi ist auch Bob Woodward, der 1972 als Reporter der Washington Post den Watergate Skandal aufdeckte. Sein Informant muss aus dem Zentrum des amerikanischen Machtapparates gekommen sein – offiziell bekannt wurde er nie. Aber es gab Interesse in der politischen Klasse der USA, die Macht von „Ticky Dick“ Nixon zu beschneiden. Nun erhielt Woodward nicht nur die Erlaubnis von Bush, mit nahezu allen Mitgliedern seines Kriegskabinetts, wie Woodward die Administration nennt, Interviews zu führen. Woodward durfte darüber hinaus sogar die Protokolle des Nationalen Sicherheitsrates auswerten, um ein Bild von Bushs Kriegskabinett zu zeichnen. Kokettierend schreibt

Woodward im Vorwort: „Dies ist keine amtlich bereinigte Darstellung, und wenn wir in den Vereinigten Staaten Zensoren hätten – Gott sei dank haben wir keine –, würden sie bestimmt einiges von dem, was ich hier mitteile, gestrichen haben.“

Woodward hat Aufschlussreiches zu berichten. Klar erkennbar ist, dass die neokonservativen Kriegstreiber im Bush-Kabinett alte Hasen des politischen Establishments sind. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hatte schon einen Posten mit Kabinettsrang in der Nixon-Administration und diente bereits unter Präsident Ford einmal als Verteidigungsminister. Ford beförderte Rumsfelds damaligen Stellvertreter Dick Cheney zum Stabschef im Weißen Haus. Rumsfeld arbeitete auch für den republikanischen Präsidenten Ronald Reagan und sogar für den Demokraten Bill Clinton – zuletzt als Leiter einer Kommission, welche die Bedrohung der USA durch ballistische Raketen einschätzen sollte.

Lediglich bei Bush-Senior erhielt er kein öffentliches Amt, weil Rumsfeld und Bush Senior in früheren Jahren politische Konkurrenten in der republikanischen Partei gewesen waren. Nur oberflächlich betrachtet ist es psychologisch pikant, dass Bush Junior dann Rumsfeld zum Verteidigungsminister machte. Denn Rumsfeld ist einer der einflussreichsten Interessenvertreter der amerikanischen Rüstungsindustrie im politischen Machtapparat. Das erörtert Woodward jedoch nicht. Schon einen Tag nach dem terroristischen Angriff vom 11. September plädierte Rumsfeld dafür, die Gunst der Stunde für einen Krieg gegen den Irak zu nutzen, schreibt Woodward. Aber er klärt den Leser nicht darüber auf, dass diese Idee auf ein Konzept zurückgeht, das seit 1996 das „Center for Security Policy“ vertritt, eine mächtige neokonservative Stiftung, die sich gegen alle wichtige Abrüstungsverträge engagiert. Als den großen Antipoden zu Rumsfeld und Cheney führt Woodward Außenminister

Colin Powell ein, der früher auch Stabschef der US-Streitkräfte war. Powell unterstützte unmittelbar nach dem 11. September nicht die Absicht, gegen den Irak Krieg zu führen und empfahl dem Präsidenten, sich auf El-Kaida zu konzentrieren, „weil das amerikanische Volk auf El-Kaida konzentriert ist.“ Woodward würdigt Powell als den Mann, der Präsident Bush davon überzeugte, der UNO eine Chance zu geben und vor einem Krieg Waffeninspektoren in den Irak zu schicken. In seinem pseudo-authentischen Einblick hinter die Kulissen der Macht bedient der Infotainment-Profi Woodward auch voyeuristische Bedürfnisse, wenn er in Boulevard-Manier die „menschlichen Schwächen“ des Präsidenten und seines Stabes illustriert. Auch die Mächtigen brüllen sich an – das mag auf einige Leser sympathisch wirken. Solches PR-Spiel mit Theaterkulissen entspricht aber auch durchaus dem eigentlichen Zweck dieses Buches, das sich in so fern als publizistisches Instrument einer medienpsychologischen Inszenierung erweist. Mit zwei zentralen Bildern skizziert Woodward These und Antithese in der Bush-Administration. „Jede Aktion ist auf öffentliche Unterstützung angewiesen“, lässt er Powell als Protagonisten der Mäßigung sagen. „Das Risiko, das mit der Untätigkeit verbunden ist, ist viel größer als das Risiko des Handelns“, zitiert er Cheney als Repräsentanten der Entschlossenheit. Und Präsident Bush erscheint dann als der Mann, der beide Strömungen vernünftig ausbalanciert. Das wäre dann der politische Sinn dieses Medien-Coups, den George W. Bush mit Woodward lancierte. Woodwards Quellen bleiben der Öffentlichkeit verschlossen. Mit grundsätzlicher Skepsis gelesen, liefert es dem Leser jedoch das eine oder andere interessante Detail aus dem Machtapparat von George W. Bush.

(Ingo Zander)

Globalisierung der Unsicherheit

Elmar Altvater/ Birgit Mahnkopf: *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Verlag Westfälisches Dampfboot Münster 2002, 394 S. (24,80)

Die Frage, wie mittelfristige Bündnisse zur Beeinflussung der neoliberalen Dampfwalze begründet werden könnten ist für die reformorientierte Politik von großem Interesse. Dazu leisteten Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf mit ihrem bereits in 5. (erweiterter und überarbeiteter) Auflage vorliegenden Standardwerk „Grenzen der Globalisierung“ – erschienen ebenfalls im Verlag Westfälisches

Dampfboot – einen grundlegenden Beitrag. Nun liegt von den beiden in Berlin lehrenden SozialwissenschaftlerInnen als Ergebnis eines DFG- geförderten Projektes die lesefreundliche „Globalisierung der Unsicherheit“ vor. „Unsicherheit“ ist die Negation von „Sicherheit“, die in „erster Linie eine Folge der Regelmäßigkeit des Handelns, welches durch förmliche Institutionen gewährleistet wird“ ist. (S.39) Nutznießer von Sicherheit sind die in gesellschaftlichen oder ökonomischen Auseinandersetzungen jeweils Schwächeren. Der Abbau von Sicherheit, also die Verbreitung von Unsicherheit – der arbeitsmarktpolitische Begriffe wie Flexibilisierung, Liberalisierung, Privatisierung oder Deregulierung korrespondieren – dient dagegen den jeweils Mächtigeren. Ausgehend von der Formulierung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird

die Informalisierung der Arbeit untersucht. Den Begriff der Informalisierung übertragen die Autoren weiter auf das Geld und schließlich auf die Politik.

Wie der Titel besagt konzipiert das Autoren-duo die aus Informalisierungen folgende „Unsicherheit“ als Gemeinsamkeit negativer Produkte der Globalisierungsprozesse. Ohne Einschränkung überzeugen die im Abschnitt „Arbeit im Schatten“ zu findenden drei Kapitel zum Abbau von Sicherheit, der neoliberal inspirierten Informalisierung der Arbeit. Sind wir doch – Altvater/ Mahndorf sozusagen illustrierend – in Deutschland seit langem Zeugen der „Deregulierung“ des Arbeitsmarktes, neuerdings im Zeichen der Hartz-Kommission oder ohne Rücksicht auf resultierende wahlpolitische Katastrophen von Sozialdemokraten in Superministerfunktion oder an

der Spitze der Bundesanstalt für Arbeit betriebener noch weitergehender Projekte. Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz generiert Sicherheit für Arbeitnehmer, deren Existenz in aller Regel vom Arbeitsplatz abhängt.

Die entlarvende Rede von der „Ich-AG“ bringt die individualisierende, die Privatisierung sozialer Risiken bezweckende Strategie auf den unfreiwillig satirischen Begriff, der es gar zum Unwort des Jahres gebracht hat.

Altwater und Mahndorf erklären die historische Entwicklung zum regulierten (männlichen) „Normalarbeitsverhältnis“ als Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterbewegung und industriekapitalistischer Klassenkompromisse, die nun „unter dem Zwang der Globalisierung“ aufgekündigt werden.

Bei Altwater und Mahndorf lässt sich nachlesen, dass der Wettkampf um die Verbilligung der Arbeit von einem führenden Industriestaat nicht gewonnen werden kann. „Die globale Wettbewerbsfähigkeit verlangt Produktivitätssteigerungen, und diese bedeuten, dass weniger Arbeitsplätze geschaffen (oder erhalten) als nachgefragt werden. Informalisierung ist also *Begleiterscheinung der Strukturanpassung*, die allen Gesellschaften abverlangt wird (...) Anders als die ILO ursprünglich angenommen hatte, ist der informelle Sektor also nicht eine Modernisierungsreserve, sondern ein Sektor, in den die sozialen Kosten einer Modernisierung unter den Bedingungen der globalen Konkurrenz externalisiert werden können.“ (S. 155)

Während die Folgen der Arbeitsmarkt-Deregulierung verbreitet Gegenstand sozialwissenschaftlicher und/oder politischer Kontro-

versen sind, wird der Deregulierung des Geldes weitaus weniger Beachtung geschenkt. Dabei ist der Zusammenhang evident: „Also sind nicht nur durch Arbeit und in der Arbeit die Individuen vergesellschaftet. Geld normiert die soziale Beziehung ebenso.“ (S. 181) Und es spaltet die Weltgesellschaft. „Es ist eine globale Klasse von Geldvermögensbesitzern entstanden, die wie im wucherischen Frühkapitalismus auf 'rent-seeking' geht.“ (S. 184) Dass dabei neben vielen „legalen“ Verwertungsmöglichkeiten eben auch die Illegalität gesucht wird belegen die Autoren an zahlreichen Beispielen wie Drogenhandel, Anlagekriminalität, Waffenhandel, Menschenhandel (Prostitution und illegale Arbeitskräfte), Steuerhinterziehung, Kapitalflucht u.v.a.m., was alles Geldwäsche zur boomenden Branche werden lässt.

Die Autoren konstatieren einen zeitlichen Zusammenhang des prekär werdenden Normalarbeitsverhältnis, also der Intensivierung der Arbeitsmarkt-Uncertainty und dem Zusammenbruch des Weltwährungssystems, wie es unter Keynes' Ägide in Bretton Woods geschaffen worden war. Beides datiert auf die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Diese Koinzidenz wird nicht nur zeitlich, sondern vor allem sachlich gesehen. Ausgehend von Krisen infolge der Deregulierung der internationalen Finanzinstitutionen und -märkte (über die das Buch von Joseph Stiglitz handelt) ergaben sich weltweit Arbeitsmarktkrisen bzw. -katastrophen.

Die fünf Kapitel des Abschnittes „Schmutziges Geld“ beleuchten die Informalisierung des Geldes unter nahezu allen denkbaren Aspekten.

Während „Arbeit“ und „Geld“ somit überzeugend unter der Rubrik „Unsicherheit“ verhandelt werden, stellen sich hinsichtlich der dritten tragenden Säule des Gesamtkonzeptes Fragen. Kann in gleicher Weise von der Informalisierung der Politik gesprochen werden? Die Deregulierung der Finanz- und Arbeitsmärkte nutzt den Verwertungsinteressen derjenigen, die über großes Kapital verfügen. Dies kann hinsichtlich informeller Politik nicht generell gesagt werden. So sind formelle Sicherheits- und Innenpolitik, vor allem inflationsbekämpfende Geldpolitiken als Rahmen für die ungestörte Akkumulation von Kapital geradezu unabdingbare Voraussetzungen, wohingegen die Entwertung demokratischer Entscheidungsprozesse durch die verordnete Übernahme nationaler oder transnationaler informeller Kungelrunden (vom Nationalen Ethikrat bis zum Weltwirtschaftsforum) schon eher die Globalisierungsideologie unterstützen kann. Die Linke in der SPD muss darum kämpfen, dass Richtungsentscheidungen wieder in die formell zuständigen innerparteilichen und parlamentarischen Gremien verlegt werden.

Andererseits sind nach geltenden Standards etwa Greenpeace oder „attac“ sowie viele Aktionen der Globalisierungskritiker informell. Politik ist auf allen Ebenen neben und unter ihrem institutionellen und formellen Mantel immer auch informell. Wer einmal in einem Ortsverein Positionen oder Personen durchsetzen wollte, kennt die „corner politics“.

(Friedhelm Wolski-Prenger)

spw

intern

In dieser Ausgabe wollen wir gleich drei Tagungen ankündigen:

Juso-Zukunftskongress

vom 4. – 6. April in Bielefeld

Die Generationendebatte hat in Deutschlands Parteien Hochkonjunktur. Diese Generationendebatte ist bislang geprägt von der Vorstellung, immer mehr Alte würden die Zukunftschancen der jungen Generation verbauen.

Die Jusos wollen keine Angstmacherei vor einem „Generationenkampf“, sondern ein solidarisches Modell, dass die Ansprüche unserer Generation aufgreift und daraus eine neue Politik der Zukunfts- und Lebenschancen formuliert.

Der Kongress findet in Kooperation mit dem Juso-Bezirk Hannover, dem Juso-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und dem Juso-Bundesverband statt. Nähere Informationen finden sich im Internet unter www.jusos.de und www.jusosnrw.de.

spw-Frühjahrstagung

Vom **26.-27. April** findet in Hamburg die **spw-Frühjahrstagung** in Zusammenarbeit mit Proms Nord e. V., statt. Die Tagung steht am Samstag unter dem Titel „New Economy – neues Wirtschaften, neues Leben“

Es diskutieren u.a.: spw-Mitherausgeber Prof. Michael Krätke, Prof. Dr. Arne Heise, Meike Jäger (connex.av), Tanja Breuer (Jusos) und spw-Mitherausgeber Prof. Dr. Ulrich Zachert. Informationen und Anmeldung bitte über kai.burmeister@t-online.de und unter www.proms-nord.de.

Tagung „25 Jahre spw“

1978 erschien spw erstmals, gegründet von marxistisch orientierten SPD-Mitgliedern, die zumeist bei den Jusos aktiv waren. Aus diesem Anlass planen spw und der Verein zur Förderung von Demokratie und Völker-

verständigung eine Tagung, auf der wir drei wesentliche spw-Diskussionsstränge dahingehend abklopfen, welche Relevanz sie für sozialistische Theoriebildung und radikalreformerischer Praxis im 21. Jahrhundert haben:

- Anders Arbeiten, anders Leben – ist die Gestaltung der Ökonomie obsolet?
- Friedensmacht Europa – gibt es eine geopolitische Alternative zur US-Hegemonie?
- Vorwärts, Rückwärts, Seitwärts – der alte und neue Weg der SPD?

Zur Zeit planen wir, die Tagung am 25. Oktober 2003 in Berlin durchzuführen. Eine ausführliche Einladung werden wir in der nächsten Ausgabe veröffentlichen.

*

Jetzt für spw-Abonnement werben

Auch in 2002 konnten wir unsere Abo-Zahlen stabil halten. Dafür engagieren sich viele LeserInnen und AutorInnen von spw, denen wir herzlich dafür danken wollen. Um das Engagement etwas zu erleichtern, gibt es ab sofort neue Prämienbuchpakete, die wir auf der letzten Umschlagseite ankündigen.

Reinhold Rünker, spw-Redaktion

25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edlbert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15.50, sFr 27.80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de